

Boston Athenæum.

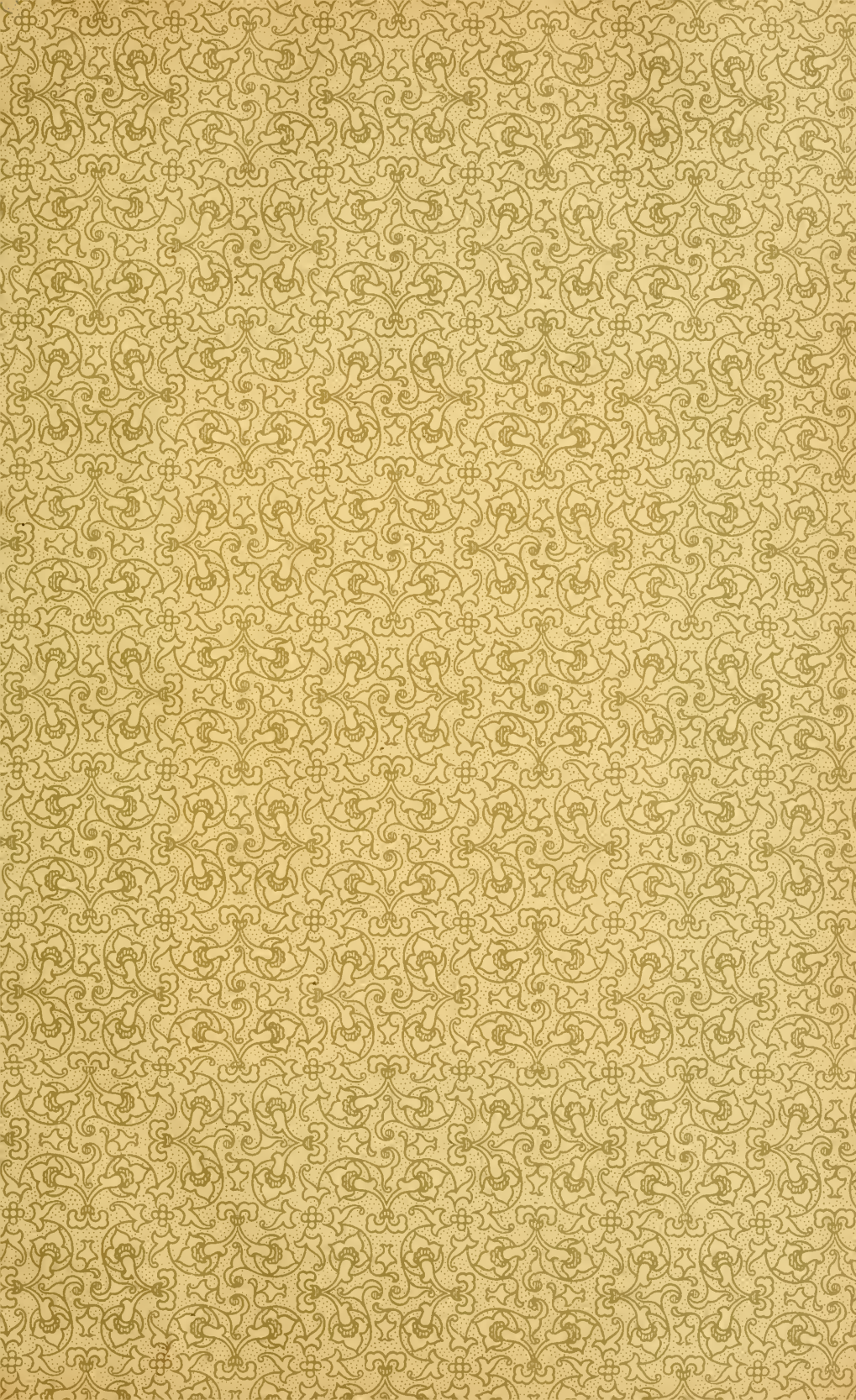
*From the Bequest of
George Peck.*

CANCELLED

Received Aug. 20, 1910.

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE
LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM

"If any book shall be lost or injured, or if any notes,
comments, or other matters shall be written, or in any
manner inserted therein, the person to whom it stands
charged shall replace it by a new volume, or set, if it
belongs to a set."



UNIVERSITY
OF FLORIDA
LIBRARIES



DAS STAATSARCHIV.

SAMMLUNG

DER

OFFIZIELLEN AKTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE DER GEGENWART.

BEGRÜNDET

VON

AEGIDI UND KLAUHOLD.

IN FORTLAUFENDEN HEFTEN

HERAUSGEGEBEN

VON

GUSTAV ROLOFF.

BAND LXXVIII.

ERSTES BIS DRITTES HEFT.



LEIPZIG,

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT.

1910.

Sechs Hefte bilden einen Band.

Preis des Heftes 1 Mark 40 Pf.

Das Staatsarchiv.

Sammlung
der offiziellen Aktenstücke
zur
Geschichte der Gegenwart.

Begründet
von
Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben
von
Gustav Roloff.

Achtundsiebzigster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1910.

CANCELLED

327.08

5775'

v. 78

70144
Benio 7

Aug 20. 1910

ER

7 St 2

(v. 78)

Inhaltsverzeichnis.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle usw.

			Nr.	Seite
1901.	Febr.	<u>4.</u> <u>17.</u>	Deutsches Reich und Rußland. Postabkommen . .	14077. 165
„	April	16.	Schweden und Portugal. Erklärung über Meistbe- günstigung	14055. 113
„	Novbr.	<u>23.</u>	Preußen und Rußland. Abkommen über eine Eisen- bahnverbindung Skalmierzice - Warschau - Kalisch .	14075. 156
„	Dezbr.	<u>6.</u>	— Abkommen über eine Eisenbahnverbindung Herby- Czenstochow	14076. 160
1905.	Oktbr.	26.	Schweden und Norwegen. Schiedsgerichtsvertrag . .	14066. 131
„	„	26.	— Abkommen über Errichtung einer neutralen Zwischenzone	14067. 132
„	„	26.	— Abkommen über die nomadisierenden Lappen .	14068. 136
„	„	26.	— Abkommen über den Transithandel	14069. 137
„	„	26.	— Abkommen über die gemeinsamen Gewässer . . .	14070. 140
„	„	26.	— Schlußprotokoll zu den vorstehenden Verträgen	14071. 141
„	Dezbr.	21.	Schweden und Vereinigte Staaten. Postabkommen .	14065. 127
1906.	Mai	10.	Schweden und Bulgarien. Notenaustausch über Meist- begünstigung	14057. 115
„	Juli	14.	Italien und Egypten. Handels- und Schifffahrtsvertrag	14042. 13
„	Juli	<u>27.</u>	Rußland und Schweden. Erklärung über Meistbe- günstigung	14051. 112
„	Aug.	<u>9.</u>		
1907.	März	28.	Schweden und Belgien. Vertrag über Eigentumsrechte	14064. 125
„	Juni	<u>14.</u> <u>27.</u>	Schweden und Rußland. Erklärung über die Be- rechnung der Schiffsgröße	14060. 119
„	Septbr.	10.	Schweden und Großbritannien. Notenaustausch über die Behandlung schwedischer Seelente im britischen Dienst	14058. 116
„	Oktbr.	10.	Mexiko und Nikaragua. Postvertrag	14052. 99
1907.	Dezbr.	<u>20.</u>		
1908.	Jan.	<u>2.</u>	Schweden und Serbien. Erklärung über Meistbe- günstigung	14056. 114
1908.	Febr.	26.	Schweden und Niederlande. Abkommen über Rettung aus Seenot	14059. 117
„	„	27.	Rumänien und Serbien. Fischereivertrag	14041. 9
„	April	<u>10.</u> <u>23.</u>	Deutsches Reich, Rußland, Schweden, Dänemark. Ostseeabkommen	14062. 122

				Nr.	Seite
1908.	April	23.	Deutsches Reich, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Niederlande, Schweden. Nordseeabkommen	14063.	123
„	Mai	14.	Schweiz und Columbien. Traité d'amitié, d'établissement et de commerce entre la Confédération suisse et la République de Colombie	14051.	97
„	„	18.	Dänemark und Vereinigte Staaten von Amerika. Schiedsgerichtsvertrag	14045.	54
„	Juli	2.	Schweden und China. Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsvertrag	14072.	144
„	„	24.	Belgien und Bolivien. Auslieferungsvertrag	14050.	91
„	Aug.	16. 29.	Belgien und Bulgarien. Handels- und Schiffsfahrtsvertrag	14049.	82
„	Oktbr.	23.	Schweden und Portugal. Schiedsgerichtvertrag . . .	14061.	120
„	Nov.	4.	Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Schweiz. Münzabkommen	14046.	55
„	„	9.	Deutsches Reich und Italien. Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums	14078.	169
1909.	Jan.	11.	Großbritannien und Vereinigte Staaten von Amerika. Vertrag über die Grenzgewässer und andere Grenzfragen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten	14040.	1
„	„	30.	Deutsches Reich und Großbritannien. Erklärung in bezug auf das Schiedsgerichtsverfahren hinsichtlich der Walfischbai-Grenze	14044.	52
„	Febr. März	2. 18.	Vereinigte Staaten von Amerika und Mexiko. Vertrag über Überweisung von Geld	14053.	104
„	Febr.	16.	Egypten. Zollreglement	14043.	32
„	„	20.	Norwegen und Frankreich. Erklärung über Spirituoseinfuhr	14073.	153
„	Febr. März.	28. 13.	Rußland und Egypten. Handels- und Schiffsfahrtsvertrag	14048.	63
„	März	2.	Italien und Vereinigte Staaten. Tarifabkommen . .	14047.	62
„	„	11.	Norwegen und Spanien. Erklärung über Einfuhr moussierender spanischer Weine	14074.	155
„	Mai	20.	Japan und Straits Settlements. Postvertrag	14082.	176
„	Aug.	19.	Japan und China. Abkommen über die Eisenbahn in der Mandchurei	14081.	176
„	Septbr.	4.	China und Korea. Vertrag über die Grenze am Tumen	14079.	172
„	„	4.	— Vertrag über die 5 mandschurischen Fragen . .	14080.	174
„	Oktbr.	—	Großbritannien. Denkschrift über die Ergebnisse der indischen Verwaltung (1859—1909). — (Memorandum on some of the Results of Indian Administration during the past Fifty Years of British Rule in India)	14083.	189

Die Staatsumwälzung in der Türkei 1908.

1908.	Juli	7.	Großbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Agitation der Jungtürken. Ermordung Schemsi Paschas . . .	14084.	245
-------	------	----	--	--------	-----

				Nr.	Seite
1908.	Juli	8.	Großbritannien, Der Konsul in Monastir an den Botschafter in Konstantinopel. — Näheres über die jungtürkischen Umtriebe in der Armee und Schemsis Ermordung	14086.	248
„	„	15.	— Der Militärattaché in Konstantinopel an den Botschafter. — Bericht über die jungtürkische Bewegung in Mazedonien. Haltung der Truppen	14087.	249
„	„	17.	— Derselbe an denselben. — Ermordung Osman Hidayets. Die Verfassung von 1876 wird gefordert	14085.	247
„	„	20.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Übersickt Dokumente zum Programm der Jungtürken. — Fortschritte der Jungtürken in Monastir	14090.	255
„	„	21.	— Der Generalkonsul in Saloniki an den Botschafter in Konstantinopel. — Programm der Jungtürken. Sie lehnen eine fremde Einmischung ab	14104.	268
„	„	22.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Ministerwechsel	14088.	253
„	„	23.	— Derselbe an denselben. — Dasselbe	14089.	254
„	„	23.	— Der Oberstleutnant Bonham in Drama an den Botschafter in Konstantinopel. — Schilderung der jungtürkischen Bewegung	14105.	269
„	„	24.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Proklamierung der Verfassung in Monastir	14091.	257
„	„	25.	— Derselbe an denselben. Dasselbe	14106.	273
„	„	25.	Rußland, Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. — Soll der englischen Regierung ein neues Vorgehen in der mazedonischen Frage vorschlagen. Rückblick auf die mazedonische Frage. (Communicated by Count Benckendorff, August 13.)	14109.	278
„	„	26.	Großbritannien, Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Näheres über den Entschluß des Sultans zur Konstitution	14101.	265
„	„	26.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Große konstitutionelle Demonstration vor dem Sultan	14092.	260
„	„	26.	— Der Generalkonsul in Saloniki an den Botschafter in Konstantinopel. — Wirkung der Verfassung	14108.	276
„	„	27.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Soll dem Großwesier zu dem neuen Zustande gratulieren. Eventuell Suspension der Vorstellungen über Mazedonien	14093.	261
„	„	27.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. — Soll die Anschauung der russischen Regierung feststellen	14094.	262
„	„	27.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Amnestiefrage und Camarilla	14095.	262
„	„	28.	— Derselbe an denselben. — Mitglieder der Camarilla suchen Schutz in der Botschaft	14096.	263

			Nr.	Seite
1908.	Juli	29. Großbritannien. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Rom, Berlin, Wien, Petersburg. — Mazedonische Frage	14097.	264
„	„	29. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Kein Schutz der Camarilla	14098.	264
„	„	29. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. — Schleuniger Beschluß über Mazedonien ist nötig	14099.	264
„	„	29. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Beruhigung in Mazedonien seit der Verkündung der Verfassung	14107.	275
„	„	30. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. — Iswolsky ist einverstanden . . .	14100.	265
„	„	31. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Unterredung mit dem türkischen Gesandten über die Staatsumwälzung . .	14102.	266
„	Aug.	3. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Keine Aufnahme von Gegnern des neuen Regiments	14103.	267
„	„	11. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Beruhigung Mazedoniens . .	14110.	281
„	„	18. Österreich-Ungarn. Aide-mémoire communicated by Austro-Hungarian Ambassador to Russian Cabinet in reply to Circular Despatch of July 25 (o. s.). — (Communicated by Count Széchényi, August 18, 1908.)	14111.	282
„	„	26. Großbritannien. Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. — Wirkung der Verfassung besonders unter den Armeniern	14117.	285
„	„	29. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Die türkische Regierung würde eine Zurückziehung der mazedonischen Gendarmerieoffiziere gern sehen	14112.	288
„	Septbr.	1. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris, Rom, Petersburg. — Teilt Nr. 14112 mit und empfiehlt den türkischen Wunsch zu erfüllen	14113.	284
„	„	2. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. — Die russische Regierung ist einverstanden, schlägt Mitteilung an die Pforte vor	14114.	284
„	„	2. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die französische Regierung ist einverstanden mit Nr. 14112	14115.	285
„	„	3. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Soll gemeinsam mit dem französischen, italienischen und russischen Botschafter eine Mitteilung an die Pforte machen .	14116.	285
„	„	7. — Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. — Tittoni stimmt dem russischen Vorschlage zu	14118.	287
„	„	8. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Übersendet den Entwurf zur Note	14121.	288

			Nr.	Seite
1908.	Septbr.	9.	Großbritannien, Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Identische Note an die Pforte	14119. 285
„	„	10.	— Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Wien und Berlin. — Österreich-Ungarn und Deutschland sollen der Note beitreten	14120. 285
„	„	16.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Antwort auf das vorige . .	14122. 288
„	„	27.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Übersendet den Text der Gendarmerienote	14123. 289
„	„	28.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Was bedeutet „situation“? .	14124. 289
„	„	30.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Antwort auf das vorige . . .	14125. 289
„	Oktbr.	2.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Genehmigung der Note . .	14126. 290
„	„	3.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. — Änderung der Note	14127. 290
„	Dezbr.	10.	Türkei, Antwort auf die Kollektivnote Nr. 14123 .	14128. 290

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle usw.

Nr. 14040. **GROSZBRITANNIEN und VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA.** Vertrag über die Grenzgewässer und andere Grenzfragen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten.

Washington, January 11, 1909.

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, and the United States of America, being equally desirous to prevent disputes regarding the use of boundary waters and to settle all questions which are now pending between the United States and the Dominion of Canada involving the rights, obligations, or interests of either in relation to the other or to the inhabitants of the other, along their common frontier, and to make provision for the adjustment and settlement of all such questions as may hereafter arise, have resolved to conclude a Treaty in furtherance of these ends, and for that purpose have appointed as their respective Plenipotentiaries: || His Britannic Majesty, the Right Honourable James Bryce, O. M., his Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Washington; and || The President of the United States of America, Elihu Root, Secretary of State of the United States; || Who, after having communicated to one another their full powers, found in good and due form, have agreed upon the following Articles:—

Preliminary Article.

For the purposes of this Treaty boundary waters are defined as the waters from main shore to main shore of the lakes and rivers and connecting waterways, or the portions thereof, along which the international boundary between the United States and the Dominion of Canada passes, including all bays, arms, and inlets thereof, but not including tributary waters which in their natural channels would flow into such lakes,

rivers, and waterways, or waters flowing from such lakes, rivers, and waterways, or the waters of rivers flowing across the boundary.

Article 1.

The High Contracting Parties agree that the navigation of all navigable boundary waters shall for ever continue free and open for the purposes of commerce to the inhabitants and to the ships, vessels, and boats of both countries equally, subject, however, to any Laws and Regulations of either country, within its own territory, not inconsistent with such privilege of free navigation, and applying equally and without discrimination to the inhabitants, ships, vessels, and boats of both countries. || It is further agreed that so long as this Treaty shall remain in force this same right of navigation shall extend to the waters of Lake Michigan, and to all canals connecting boundary waters and now existing or which may hereafter be constructed on either side of the line. Either of the High Contracting Parties may adopt Rules and Regulations governing the use of such canals within its own territory, and may charge tolls for the use thereof; but all such Rules and Regulations and all tolls charged shall apply alike to the subjects or citizens of the High Contracting Parties and the ships, vessels, and boats of both of the High Contracting Parties, and they shall be placed on terms of equality in the use thereof.

Article 2.

Each of the High Contracting Parties reserves to itself, or to the several State Governments on the one side and the Dominion or Provincial Governments on the other, as the case may be, subject to any Treaty provisions now existing with respect thereto, the exclusive jurisdiction and control over the use and diversion, whether temporary or permanent, of all waters on its own side of the line which in their natural channels would flow across the boundary or into boundary waters; but it is agreed that any interference with or diversion from their natural channel of such waters on either side of the boundary resulting in any injury on the other side of the boundary shall give rise to the same rights and entitle the injured parties to the same legal remedies as if such injury took place in the country where such diversion or interference occurs; but this provision shall not apply to cases already existing or to cases expressly covered by special agreement between the parties hereto. || It is understood, however, that neither of the High Contracting Parties intends by the foregoing provision to surrender any right which it may have to object to any interference with or diversions

of waters on the other side of the boundary the effect of which would be productive of material injury to the navigation interests on its own side of the boundary.

Article 3.

It is agreed that, in addition to the uses, obstructions, and diversions heretofore permitted or hereafter provided for by special agreement between the Parties hereto, no further or other uses or obstructions or diversions, whether temporary or permanent, of boundary waters on either side of the line, affecting the natural level or flow of boundary waters on the other side of the line, shall be made except by authority of the United States or the Dominion of Canada within their respective jurisdictions and with the approval, as hereinafter provided, of a Joint Commission, to be known as the International Joint Commission. || The foregoing provisions are not intended to limit or interfere with the existing rights of the Government of the United States on the one side and the Government of the Dominion of Canada on the other, to undertake and carry on governmental works in boundary waters for the deepening of channels, the construction of breakwaters, the improvement of harbours, and other governmental works for the benefit of commerce and navigation, provided that such works are wholly on its own side of the line and do not materially affect the level or flow of the boundary waters on the other, nor are such provisions intended to interfere with the ordinary use of such waters for domestic and sanitary purposes.

Article 4.

The High Contracting Parties agree that, except in cases provided for by special agreement between them, they will not permit the construction or maintenance on their respective sides of the boundary of any remedial or protective works or any dams or other obstructions in waters flowing from boundary waters or in waters at a lower level than the boundary in rivers flowing across the boundary, the effect of which is to raise the natural level of waters on the other side of the boundary unless the construction or maintenance thereof is approved by the afore-said International Joint Commission. || It is further agreed that the waters herein defined as boundary waters and waters flowing across the boundary shall not be polluted on either side to the injury of health or property on the other.

Article 5.

The High Contracting Parties agree that it is expedient to limit the diversion of waters from the Niagara River so that the level of Lake

Erie and the flow of the stream shall not be appreciably affected. It is the desire of both Parties to accomplish this object with the least possible injury to investments which have already been made in the construction of power plants on the United States' side of the river under grants of authority from the State of New York, and on the Canadian side of the river under licences authorized by the Dominion of Canada and the Province of Ontario. || So long as this Treaty shall remain in force, no diversion of the waters of the Niagara River above the Falls from the natural course and stream thereof shall be permitted except for the purposes and to the extent hereinafter provided. || The United States may authorize and permit the diversion within the State of New York of the waters of the said river above the Falls of Niagara, for power purposes, not exceeding in the aggregate a daily diversion at the rate of 20,000 cubic feet of water per second. || The United Kingdom, by the Dominion of Canada or the Province of Ontario, may authorize and permit the diversion within the Province of Ontario of the waters of said river above the Falls of Niagara for power purposes, not exceeding in the aggregate a daily diversion at the rate of 36,000 cubic feet of water per second. || The prohibitions of this Article shall not apply to the diversion of water for sanitary or domestic purposes, or for the service of canals for the purposes of navigation.

Article 6.

The High Contracting Parties agree that the St. Mary and Milk Rivers and their tributaries (in the State of Montana and the Provinces of Alberta and Saskatchewan) are to be treated as one stream for the purposes of irrigation and power, and the waters thereof shall be apportioned equally between the two countries, but in making such equal apportionment more than half may be taken from one river and less than half from the other by either country so as to afford a more beneficial use to each. It is further agreed that in the division of such waters during the irrigation season, between the 1st of April and 31st of October inclusive, annually, the United States is entitled to a prior appropriation of 500 cubic feet per second of the waters of the Milk River, or so much of such amount as constitutes three-fourths of its natural flow, and that Canada is entitled to a prior appropriation of 500 cubic feet per second of the flow of St. Mary River, or so much of such amount as constitutes three-fourths of its natural flow. || The channel of the Milk River in Canada may be used at the convenience of the United States for the conveyance, while passing through Canadian terri-

tory, of waters diverted from the St. Mary River. The provisions of Article 2 of this Treaty shall apply to any injury resulting to property in Canada from the conveyance of such waters through the Milk River. || The measurement and apportionment of the water to be used by each country shall from time to time be made jointly by the properly-constituted reclamation officers of the United States and the properly-constituted irrigation officers of His Majesty under the direction of the International Joint Commission.

Article 7.

The High Contracting Parties agree to establish and maintain an International Joint Commission of the United States and Canada composed of six Commissioners, three on the part of the United States appointed by the President thereof, and three on the part of the United Kingdom appointed by His Majesty on the recommendation of the Governor in Council of the Dominion of Canada.

Article 8.

This International Joint Commission shall have jurisdiction over and shall pass upon all cases involving the use or obstruction or diversion of the waters with respect to which under Articles 3 and 4 of this Treaty the approval of this Commission is required, and in passing upon such cases the Commission shall be governed by the following rules or principles which are adopted by the High Contracting Parties for this purpose: — || The High Contracting Parties shall have, each on its own side of the boundary, equal and similar rights in the use of the waters hereinbefore defined as boundary waters. || The following order of precedence shall be observed among the various uses enumerated hereinafter for these waters, and no use shall be permitted which tends materially to conflict with or restrain any other use which is given preference over it in this order of precedence: — || 1. Uses for domestic and sanitary purposes; || 2. Uses for navigation, including the service of canals for the purposes of navigation; || 3. Uses for power and for irrigation purposes. || The foregoing provisions shall not apply to or disturb any existing uses of boundary waters on either side of the boundary. || The requirement for an equal division may in the discretion of the Commission be suspended in cases of temporary diversions along boundary waters at points where such equal division cannot be made advantageously on account of local conditions, and where such diversion does not diminish elsewhere the amount available for use on the other side. || The Commission in its discretion may make its approval in any case conditional upon the con-

struction of remedial or protective works to compensate so far as possible for the particular use or diversion proposed, and in such cases may require that suitable and adequate provision, approved by the Commission, be made for the protection and indemnity against injury of any interests on either side of the boundary. || In cases involving the elevation of the natural level of waters on either side of the line as a result of the construction or maintenance on the other side of remedial or protective works or dams or other obstructions in boundary waters or in waters flowing therefrom or in waters below the boundary in rivers flowing across the boundary, the Commission shall require, as a condition of its approval thereof, that suitable and adequate provision, approved by it, be made for the protection and indemnity of all interests on the other side of the line which may be injured thereby. || The majority of the Commissioners shall have power to render a decision. In case the Commission is evenly divided upon any question or matter presented to it for decision, separate reports shall be made by the Commissioners on each side to their own Government. The High Contracting Parties shall thereupon endeavour to agree upon an adjustment of the question or matter of difference, and if an agreement is reached between them, it shall be reduced to writing in the form of a Protocol, and shall be communicated to the Commissioners, who shall take such further proceedings as may be necessary to carry out such agreement.

Article 9.

The High Contracting Parties further agree that any other questions or matters of difference arising between them involving the rights, obligations, or interests of either in relation to the other or to the inhabitants of the other, along the common frontier between the United States and the Dominion of Canada, shall be referred from time to time to the International Joint Commission for examination and report, whenever either the Government of the United States or the Government of the Dominion of Canada shall request that such questions or matters of difference be so referred. || The International Joint Commission is authorized in each case to be referred to examine into and report upon the facts and circumstances of the particular questions and matters referred, together with such conclusions and recommendations as may be appropriate, subject, however, to any restrictions or exceptions which may be imposed with respect thereto by the terms of the reference. || Such reports of the Commission shall not be regarded as decisions of the questions or matters so submitted either on the facts or the law, and shall in no way

have the character of an arbitral award. || The Commission shall make a joint report to both Governments in all cases in which all or a majority of the Commissioners agree, and in case of disagreement the minority may make a joint report to both Governments, or separate reports to their respective Governments. || In case the Commission is evenly divided upon any question or matter referred to it for report, separate reports shall be made by the Commissioners on each side to their own Government.

Article 10.

Any questions or matters of difference arising between the High Contracting Parties involving the rights, obligations, or interests of the United States or of the Dominion of Canada, either in relation to each other or to their respective inhabitants, may be referred for decision to the International Joint Commission by the consent of the two Parties, it being understood that on the part of the United States any such action will be by and with the advice and consent of the Senate, and on the part of His Majesty's Government with the consent of the Governor-General in Council. In each case so referred, the said Commission is authorized to examine into and report upon the facts and circumstances of the particular questions and matters referred, together with such conclusions and recommendations as may be appropriate subject, however, to any restrictions or exceptions which may be imposed with respect thereto by the terms of the reference. || A majority of the said Commission shall have power to render a decision or finding upon any of the questions or matters so referred. || If the said Commission is equally divided, or otherwise unable to render a decision or finding as to any questions or matters so referred, it shall be the duty of the Commissioners to make a joint report to both Governments, or separate reports to their respective Governments, showing the different conclusions arrived at with regard to the matters or questions so referred, which questions or matters shall thereupon be referred for decision by the High Contracting Parties to an Umpire chosen in accordance with the procedure prescribed in the fourth, fifth, and sixth paragraphs of Article 45 of The Hague Convention for the pacific settlement of international disputes, dated the 18th October, 1907. Such Umpire shall have power to render a final decision with respect to those matters and questions so referred on which the Commission failed to agree.

Article 11.

A duplicate original of all decisions rendered and joint reports made by the Commission shall be transmitted to and filed with the Secretary

of State of the United States and the Governor-General of the Dominion of Canada, and to them shall be addressed all communications of the Commission.

Article 12.

The International Joint Commission shall meet and organize at Washington promptly after the members thereof are appointed, and when organized the Commission may fix such times and places for its meetings as may be necessary subject at all times to special call or direction by the two Governments. Each Commissioner upon, the first joint meeting of the Commission after his appointment, shall, before proceeding with the work of the Commission, make and subscribe a solemn declaration in writing that he will faithfully and impartially perform the duties imposed upon him under this Treaty, and such declaration shall be entered on the records of the proceedings of the Commission. || The United States' and Canadian sections of the Commission may each appoint a Secretary, and these shall act as joint Secretaries of the Commission at its joint sessions, and the Commission may employ engineers and clerical assistants from time to time as it may deem advisable. The salaries and personal expenses of the Commission and of the Secretaries shall be paid by their respective Governments, and all reasonable and necessary joint expenses of the Commission incurred by it shall be paid in equal moieties by the High Contracting Parties. || The Commission shall have power to administer oaths to witnesses and to take evidence on oath whenever deemed necessary in any proceeding, or inquiry, or matter within its jurisdiction under this Treaty, and all parties interested therein shall be given convenient opportunity to be heard, and the High Contracting Parties agree to adopt such legislation as may be appropriate and necessary to give the Commission the powers above mentioned on each side of the boundary, and to provide for the issue of subpoenas and for compelling the attendance of witnesses in proceedings before the Commission. The Commission may adopt such rules of procedure as shall be in accordance with justice and equity, and may make such examination in person and through agents or employés as may be deemed advisable.

Article 13.

In all cases where special agreements between the High Contracting Parties hereto are referred to in the foregoing Articles, such agreements are understood and intended to include not only direct agreements between the High Contracting Parties, but also any mutual arrangement between the United States and the Dominion of Canada expressed by

concurrent or reciprocal legislation on the part of Congress and the Parliament of the Dominion.

Article 14.

The present Treaty shall be ratified by His Britannic Majesty and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof. The ratifications shall be exchanged at Washington as soon as possible, and the Treaty shall take effect on the date of the exchange of its ratifications. It shall remain in force for five years, dating from the day of exchange of ratifications, and thereafter until terminated by twelve months' written notice given by either High Contracting Party to the other. || In faith whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Treaty in duplicate and have hereunto affixed their seals.

Done at Washington, the 11th day of January, in the year of our Lord one thousand nine hundred and nine.

(L.S.) James Bryce.

(L.S.) Elihu Root.

Nr. 14041. **RUMÄNIEN und SERBIEN.** Fischereivertrag.

Bukarest, 27. Februar 1908.

Sa Majesté le Roi de Serbie et Sa Majesté le Roi de Roumanie, ayant jugé utile de conclure une convention qui doit déterminer les mesures uniformes à prendre pour la conservation et l'exploitation de la pêche dans la portion du Danube qui forme la frontière entre la Serbie et la Roumanie, ont nommé, à cet effet, pour Leurs plénipotentiaires: || Sa Majesté le Roi de Serbie: || Monsieur le Docteur Michel Petrovitch, Professeur à l'Université de Belgrade, Grand-Officier de l'Ordre de Saint Sava etc. || Sa Majesté le Roi de Roumanie: || Monsieur le Docteur Gregoire Antipa, Secrétaire général du Ministère de l'Agriculture, de l'Industrie, du Commerce et des Domaines, Officier de l'Ordre de la Couronne de Roumanie, etc., lesquels après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Article I.

La pêche, dans la partie du Danube qui forme la frontière entre la Serbie et la Roumanie, sera soumise aux dispositions suivantes:

Article II.

Il est interdit de faire usage d'engins et instruments de pêche en fil ou autres matières textiles, dont les mailles, mesurées après leur séjour

dans l'eau, auraient des dimensions inférieures à 4 centimètres de côté. Pour la partie du filet qui forme le sac du grand filet trainant („alov“ en serbe, „nâvod“ en roumain), les mailles pourront être réduites jusqu'à 2½ centimètres de côté. || Pour la pêche des harengs du Danube, (*Clupea pontica* et *Clupea Nodrmani*) les dimensions des mailles pourront être réduites jusqu'à 3 centimètres de côté. || Les engins servant exclusivement à la pêche des petits poissons, dont la taille ne dépasse jamais 20 cm, pourront avoir des mailles ne mesurant que 2 cm. de chaque côté, mais en aucun cas la dimension totale des filets de ce genre ne pourra dépasser 10 mètres carrés. || De même, font exception les filets en forme de sac dénommés en serbe „Ketza“ ou filets trainants dont l'ouverture ne dépasse pas deux m.² et les appareils dénommés „Balatchka predja“ en serbe, „Oria“ en roumain, avec une ouverture ne dépassant pas dix (10) m.² dont les mailles peuvent avoir 25 m. m. de côté. || La mesure des mailles est admise avec une tolérance de 1/10. || Les Gouvernements respectifs, à la suite d'une entente entre leurs délégués, peuvent réduire les dimensions des mailles de certains appareils et à des époques déterminées, mais seulement pour des espèces de poissons de petite taille.

Article III.

Est interdite la pêche à la dynamite ou à toute autre matière explosible, toxique ou narcotique, ainsi que la pêche avec des fourches en fer dénommées „Ostve“ en serbe, „Ostia“ en roumain et à l'aide des armes à feu.

De même est interdit d'employer à la pêche du sterlet (*Ketchiga*, „Cega“) des cordes à petits hameçons flottants, sans appât, destinés à accrocher le poisson au passage (dénommés en serbe „Pampourski strouk“ et en roumain „cârmăcute plutitoare de cegă fărâ nadă“). Cette mesure ne s'applique pas aux cordes à gros hameçons flottants sans appât (dénommés en serbe „Morounski strouk“ et en roumain „cârmăce“) servant à la pêche des autres espèces d'Acipenser.

Article IV.

Les bourdiques et les barrages fixes, en bois ou en roseaux, doivent être construits de manière que les espaces entre claies ne soient pas inférieures à 3 centimètres.

Article V.

Il est défendu d'installer sur un cours d'eau, tous les appareils de pêche, fixes ou mobiles (cordes à hameçons, filets trainants, trémailles, grands filets etc.), qui barrent plus de la moitié du fleuve et empêchent

ainsi le libre passage de poissons. || Cette moitié du fleuve sera déterminée par le milieu de la ligne la plus courte qui unit les deux rives pendant les eaux basses. || Cette mesure ne s'applique pas aux canaux (gârla) qui conduisent aux marais et aux lacs, qui pourront être barrés par des bourdiques et des barrages fixes en bois ou en roseaux, construits d'après les prescriptions de l'article 4.

Article VI.

La pêche des espèces suivantes est interdite du 1-er avril au 1-er juin, vieux style, en vue de protéger la reproduction: || *Acipenser Huso* S. („Morun“ en serbe et en roumain); || *Acipenser Güldenstädtii* („Yessetra“ en serbe, „Nisetru“ en roumain); || *Acipenser Stellatus* Pall, („Pastruga“ en serbe et en roumain); || *Acipenser Glaber* („Sim“ en serbe, „Viza“ en roumain); || *Acipenser Ruthenus* („Ketchiga“ en serbe, „Cega“ en roumain) et toutes les espèces du genre *Acipenser*; || *Lucioperca Sandra* et *Volgensis* Cuv. („Smoudj“ en serbe, Sandre „Salâu“ en roumain); || *Cyprinus Carpio* („Charan“ en serbe, Carpie, „Crap“ en roumain); || *Tinca Vulgaris* Cuv. („Lignak“ en serbe, Tanche, „Lin“ en roumain); || *Barbus Fluviatilis* Agass. („Mrena“ en serbe, Barbeau, „Mreana“ en roumain); et toutes les espèces du genre *Barbus*; || *Astacus Fluviatilis* et *Leptodactylus* („Ecrevisse, „Rac“ en serbe et en roumain). || Les Gouvernements respectifs après entente de leurs délégués, pourront établir des époques de prohibition pour d'autres espèces encore que celles qui ont été énumérées. Exceptionnellement la pêche dans le Danube sera permise deux jours avant le Dimanche des Rameaux („Tsveti“ en serbe, „Florii“ en roumain).

Article VII.

La pêche des espèces ci-dessous indiquées sera interdite si elles n'ont pas au moins les dimensions suivantes:

<i>Acipenser Huso</i>	100 ctm.
<i>Acipenser Güldenstädtii</i>	60 „
<i>Acipenser Stellatus</i>	60 „
<i>Acipenser Ruthenus</i>	35 „
<i>Acipenser Glaber</i>	60 „
<i>Lucioperca Sandra</i> et <i>Lucioperca Volgensis</i> .	30 „
<i>Cyprinus Carpio</i> et autres espèces du genre	
<i>Cyprinus</i>	30 „
<i>Tinca Vulgaris</i>	20 „
<i>Barbus Fluviatilis</i>	25 „
<i>Astacus Fluviatilis</i> et }	9
<i>Astacus Leptodactylus</i> }	

Les dimensions des poissons seront prises en mesurant la distance de l'oeil à l'extrémité de la queue. || La tolérance admise est de 10%. || Les Gouvernements respectifs après entente de leur délégués, pourront si on le trouve nécessaire — établir des dimensions minimales pour d'autres espèces encore que celles qui ont été indiquées.

Article VIII.

Les poissons qui n'auront pas les dimensions indiquées dans l'art. VII ainsi que ceux qui seraient pris à une époque où la pêche en est interdite par l'art. VI, doivent être immédiatement jetés à l'eau, même s'ils sont morts.

Article IX.

La vente des poissons prohibés soit à cause de leurs dimensions, soit à cause de leur époque de reproduction, est rigoureusement interdite, ainsi que la vente de leur caviar frais.

Article X.

Dans l'intérêt de la pisciculture et de l'astaciculture, de même que dans le but d'expériences scientifiques la pêche des poissons et des ecrevisses, peut malgré l'interdiction établie par les articles VII et VIII, être autorisée exceptionnellement, en vertu d'un permis délivré par l'autorité compétente, qui pourra aussi pour les mêmes motifs, autoriser l'emploi des appareils et engins prohibés par l'article II.

Article XI.

Il est défendu de jeter, de drainer ou de laisser s'écouler dans les eaux du Danube des déchets provenant d'établissements industriels, dont la nature et la quantité pourraient être nuisibles aux poissons. || Cependant il sera permis d'établir des canaux d'écoulement quand les intérêts de l'industrie l'emporteront sur ceux de la pêche. Mais les propriétaires de pareils établissements devront faire à leurs frais tout ce qui sera reconnu nécessaire pour que les dégâts que pourraient causer ces écoulements soient réduits au minimum.

Article XII.

Les Gouvernements des Parties contractantes prendront toutes les mesures nécessaires pour la mise en application de cette Convention, puniront toutes les contraventions des peines prévues par les lois respectives et auront le personnel nécessaire pour la surveillance. || Cette Convention n'empêche pas les Parties contractantes de prendre librement sur leur territoire, des mesures même plus sévères, si elles le jugent nécessaire.

Article XIII.

Les Parties contractantes nommeront chacune un délégué spécial. Ces délégués se communiqueront réciproquement les mesures que leurs Gouvernements auront prises en ce qui concerne la pêche dans les eaux indiquées à l'article I. || En outre ces délégués se réuniront de temps en temps, au moins une fois par an, pour conférer et proposer de nouvelles mesures et aussi pour veiller à l'application stricte et rigoureuse du texte de la présente Convention.

Article XIV.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Bucarest, le plus tôt possible. || Elle sera exécutoire immédiatement après l'échange des ratifications et restera en vigueur pour une durée de cinq années. || Si aucune des Parties contractantes ne l'a dénoncée une année avant l'expiration de cette période, elle restera en vigueur et ne prendra fin que douze mois après avoir été dénoncée par l'un des Gouvernements contractants. || En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double exemplaire à Bucarest, le vingt-sept Févr. v. st. mil neuf cent huit.

Unterschriften.

Nr. 14042. **ITALIEN und EGYPTEN.** Handels- und Schiffahrts-vertrag.

14. Juli 1906.

Les soussignés, M. le marquis Salvago Raggi, Agent diplomatique et Consul général d'Italie en Egypte, et Son Excellence Boutros Ghali Pacha, Ministre des affaires étrangères du Gouvernement de Son Altesse le Khédive d'Egypte, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs et, en ce qui concerne l'Egypte, dans les limites des pouvoirs conférés par les firmans impériaux, sont convenus de ce qui suit:

Art. 1^{er}.

Il y aura liberté réciproque de commerce et de navigation entre l'Italie et l'Egypte. || Les ressortissants italiens en Egypte et les égyptiens en Italie pourront librement entrer avec leurs navires et leurs cargaisons dans tous les lieux et ports dont l'entrée est ou serait permise aux nationaux et aux ressortissants de la nation la plus favorisée et ils jouiront réciproquement, en ce qui concerne le commerce et la navigation, des mêmes droits, privilèges, libertés, faveurs, immunités et franchises dont

jouissent ou pourraient jouir les nationaux et les ressortissants de la nation la plus favorisée, sans qu'ils aient à payer des taxes ou droits plus élevés que ceux auxquels ces derniers sont assujettis.

Art. 2.

Les produits du sol ou de l'industrie de l'Italie qui seront importés en Egypte et les produits du sol ou de l'industrie de l'Egypte qui seront importés en Italie ne seront pas soumis à des droits autres ou plus élevés que ceux qui seront perçus sur les produits similaires originaires du pays étranger le plus favorisé et en provenant dans les mêmes conditions. || Les deux Parties contractantes s'engagent à n'établir l'une envers l'autre aucune prohibition d'importation. Toutefois, chacune des Parties contractantes se réserve le droit d'édicter des prohibitions d'importation dans l'intérêt de la sécurité ou de la moralité publiques, sous la condition que ces prohibitions seront applicables aux autres nations. || Cette dernière restriction n'est pas applicable aux prohibitions ou restrictions temporaires d'entrée ou de transit que l'une ou l'autre des Parties contractantes jugerait nécessaire d'édicter pour protéger la santé publique, pour empêcher la propagation d'épizootie ou la destruction des récoltes ou pour protéger les plantes utiles.

Art. 3.

Les articles destinés à être exportés d'Egypte en Italie ou de l'Italie en Egypte ne pourront être frappés en Egypte et, respectivement, en Italie de droits ou charges autres ou plus élevés que ceux qui sont ou pourraient être acquittés lors de l'exportation des dits articles à destination du pays étranger le plus favorisé. || Les deux Parties contractantes s'engagent à n'établir l'une envers l'autre aucune prohibition d'exportation qui ne soit en même temps applicable aux autres nations.

Art. 4.

Les Parties contractantes conviennent que pour tout ce qui concerne le commerce, la navigation, le montant, la garantie et la perception des droits d'importation et d'exportation, ainsi que le transit, tous les privilèges, faveurs ou immunités quelconques que l'une des Parties contractantes a déjà accordés ou pourrait ultérieurement accorder à tout autre pays seront étendus immédiatement et sans compensation ou autre condition quelconque aux ressortissants, au commerce et à la navigation de l'autre Partie contractante.

Art. 5.

Quel que soit le port de départ des navires et quel que soit le lieu d'origine ou de destination de leur cargaison, les navires italiens en Egypte et, réciproquement, les navires égyptiens en Italie, jouiront, sous tous les rapports, du même traitement que les navires nationaux et les navires de la nation la plus favorisée. || Cette stipulation s'applique aux règlements locaux, aux taxes et aux autres droits ou charges de toute espèce dans les ports, bassins, docks, rades et havres, des pays contractants, au pilotage, et, en général, à tout ce qui concerne la navigation. Tout bâtiment considéré comme italien par la loi italienne et tout bâtiment considéré comme égyptien par la loi égyptienne, sera reconnu comme tel par les Parties contractantes. || Il est fait exception aux dispositions qui précèdent pour le cabotage et la navigation intérieure, dont le régime demeure soumis aux lois respectives des deux pays. || Les articles, quelle qu'en soit la provenance ou le lieu d'origine, importés ou exportés par les navires de l'une des Parties contractantes, ne pourront être soumis, dans les territoires de l'autre Partie, à des restrictions autres ou à des droits plus élevés que ceux auxquels seraient assujettis ces mêmes articles s'ils étaient importés ou exportés par les navires nationaux ou par des navires de la nation la plus favorisée.

Art. 6.

Le Gouvernement égyptien s'engage à ne soumettre les produits du sol ou de l'industrie de l'Italie à aucun droit excédant 8 % *ad valorem*, à l'exception des articles ci-après : || a) alcools dulcifiés ou aromatisés (liqueurs) ne contenant pas plus de 50 degrés d'alcool pur; sucres raffinés bois de construction et autres, — qui pourront être portés jusqu'à 10 % *ad valorem*; || b) alcool au dessus de 50 degrés; pétroles; animaux — qui pourront être portés jusqu'à 15 % *ad valorem*.

Art. 7.

Les droits d'importation *ad valorem* en Egypte sur les produits du sol ou de l'industrie de l'Italie seront calculés sur la valeur de l'article importé dans le lieu du chargement ou d'achat, valeur majorée des frais de transport et d'assurance jusqu'au port de déchargement en Egypte. || Afin de fixer pour une période déterminée la valeur dans les ports d'entrée des principaux articles taxés, l'Administration des douanes égyptiennes invitera, par un avis communiqué au Consulat d'Italie, les commerçants italiens intéressés dans le commerce des dits articles à procéder, en commun avec elle et les commerçants intéressés des autres nationa-

lités, à l'établissement d'un tarif pour une période n'excédant pas douze mois. || Le tarif ainsi établi sera communiqué par la douane égyptienne au Consulat d'Italie à Alexandrie et sera en même temps officiellement publié. || Il sera considéré comme officiellement reconnu en ce qui concerne les produits et ressortissants italiens au cas où le Consulat d'Italie n'y aurait pas fait une opposition formelle pendant la quinzaine qui suivra la publication officielle et la communication conforme adressée à ce Consulat.

Art. 8.

Les droits d'exportation seront perçus en Egypte à un taux qui n'excédera pas 1 % *ad valorem*. || Il appartiendra à l'Administration des douanes égyptiennes de faire établir, d'accord avec les commerçants intéressés, la valeur des articles d'exportation pour une période déterminée. || Les tarifs ainsi établis pour les articles non tarifés mensuellement seront communiqués par la douane égyptienne au Consulat d'Italie à Alexandrie et ne seront applicables aux ressortissants italiens que si ce Consulat n'y fait pas une opposition formelle dans la huitaine qui suivra cette communication. || Les marchandises italiennes réexportées ne paieront pas le droit d'exportation pourvu que leur importation régulière dans le pays ait été dûment constatée. Ces mêmes marchandises jouiront du remboursement des droits payés à l'importation, moins 1 %, à condition qu'elles ne soient pas sujettes à dépérissement ou détérioration et que la réexportation ait lieu dans les six mois du retrait.

Art. 9.

Aucun droit de transit ne sera prélevé sur les marchandises italiennes passant par l'Egypte, sans distinction, qu'elles soient transbordées d'un navire à l'autre ou placées dans des entrepôts réels ou transportées par voie de terre à travers le territoire égyptien; mais les charbons embarqués en Egypte continueront à être soumis à un droit équivalent au droit d'exportation, c'est-à-dire 1 % *ad valorem*. Toutefois, cette taxe ne sera pas perçue sur les charbons embarqués à bord des navires de guerre italiens.

Art. 10.

En ce qui concerne les taxes intérieures prélevées pour le compte, soit de l'Etat, soit d'une commune ou d'une corporation quelconque à titre de taxes sur les consommations ou de droit d'accise de quelque espèce que ce soit, chacune des Parties contractantes s'engage à faire participer l'autre à tous les avantages, privilèges, ou abaissements de tarifs dont elle pourrait avoir permis la jouissance à tout autre Etat. De même,

chacune des deux Parties contractantes jouira immédiatement et sans conditions de tous privilèges ou immunités que l'autre pourra, par la suite, accorder à toute autre Puissance. || Le Gouvernement égyptien s'engage, en outre, à ce qu'il ne soit prélevé aucune taxe de consommation, ni droit d'accise, sur les marchandises d'importation autres que les suivantes: || boisson (sauf le vin, qui ne pourra être frappé d'aucune surtaxe); liquides; comestibles; fourrages; matériaux de construction — lesquelles pourront être frappées de droits intérieurs dont le total ne pourra excéder 2 % *ad valorem*. Il est toutefois entendu que, dans aucun cas, les produits italiens ne pourront être frappés de droits intérieurs plus élevés que ceux qui grèvent ou grèveraient les marchandises similaires de production égyptienne. || Les règlements concernant les taxes spéciales et les droits accessoires en douane, tels que les droits de factage, d'entrepôt, droit de dépôt, de quai, de grues, d'écluses, de tamkin, de plombage, de laissez-passer, de déclaration, de pesage, de mesurage et tous les autres droits semblables perçus à titre rémunératoire, seront appliqués par les douanes de chacune des deux parties contractantes aux ressortissants et aux marchandises de l'autre pays, de la même manière qu'aux ressortissants et aux marchandises de la nation la plus favorisée.

Art. 11.

Le tabac de toute espèce, le tombac, le sel, le salpêtre, le natron et le hachiche sont exclus des stipulations de la présente convention.

Art. 12.

Le Gouvernement égyptien se réserve le droit de prohiber l'importation d'armes de toute espèce, des munitions de guerre, de la poudre et d'autres matières explosibles. || Toutefois, l'importation des objets spécifiés dans le tableau ci-annexé demeurera permise selon les dispositions du règlement de police égyptien également ci-joint, et les droits auxquels ils seront soumis ne dépasseront pas le taux fixé par les dispositions de l'article 6. || En ce qui concerne l'importation et le trafic des objets spécifiés dans le présent article, les ressortissants italiens et les marchandises italiennes ne seront, dans aucun cas, soumis à des restrictions plus étroites ni à des taxes plus élevées que celles auxquelles seront resujettis les ressortissants de la nation la plus favorisée et les sujets égyptiens les plus favorisés, ainsi que les marchandises étrangères et égyptiennes les plus favorisées.

Art. 13.

Les objets passibles d'un droit de douane, qui sont importés comme échantillons par des marchands, des industriels et des voyageurs de com-

merce seront, de part et d'autre, admis en franchise de droit d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets soient réexportés sans avoir été vendus, et sous réserve de l'accomplissement des formalités de douane nécessaires pour la réexportation ou la mise en entrepôt. || Le délai accordé pour la circulation de ces échantillons sera fixé lors de leur importation et ne pourra être réclaté pour plus d'un an. La réexportation des échantillons devra être garantie dans les deux pays immédiatement au premier lieu d'entrée, soit par le dépôt du montant des droits de douane, soit par un cautionnement. || Les échantillons importés dans l'un des deux pays par des voyageurs de commerce pourront, après leur admission par l'autorité douanière du premier lieu d'entrée et durant le délai accordé pour leur circulation, être expédiés par mer à d'autres endroits du même pays, sans être soumis à un renouvellement des formalités d'entrée, moyennant une déclaration de transport faite à l'autorité douanière compétente.

Art. 14.

Sont exemptes de toute vérification dans les douanes égyptiennes, aussi bien que du paiement des droits à l'entrée et à la sortie, les objets d'usage et effets personnels appartenant aux titulaires ou gérants de l'Agence diplomatique d'Italie ou d'un Consulat ou d'un Vice-consulat, lorsqu'ils sont de carrière (missi) et qu'ils n'exercent aucune autre profession, ne s'occupent ni de commerce ni d'industrie et ne possèdent ni exploitent des biens fonds en Egypte. || La même franchise est accordée pour l'Agence diplomatique à deux officiers de cette Agence et dans chaque Consulat à un officier de ce Consulat, à la demande de l'Agent diplomatique ou du Consul, à la condition toutefois que ces officiers appartiennent à la catégorie des fonctionnaires qui sont nommés par décret souverain et auxquels le commerce est absolument interdit.

Art. 15.

Dans les principaux ports, autant que l'intérêt du commerce l'exigera, le Gouvernement égyptien établira des entrepôts où les articles importés pourront être déposés contre un droit de magasinage et, à défaut d'établissements publics de ce genre, il permettra d'entreposer les marchandises dans les magasins privés sous la double fermeture de l'autorité douanière et du détenteur, et contre paiement d'un droit de surveillance conformément au règlement douanier. Le délai d'entrepôt des marchandises n'excédera pas 12 mois, pendant lesquels les importateurs auront la faculté de les réexporter sans payer des droits d'importation ou

d'exportation. Passé ce délai, les marchandises seront passibles de l'intégralité des droits d'importation.

Art. 16

Les capitaines des bâtimens de commerce ayant à bord des marchandises à destination de l'Égypte seront tenus, immédiatement après leur arrivée au port de destination ou au plus tard dans les 36 heures qui suivront leur arrivée, de déposer à la douane deux copies exactes de leur manifeste, certifiées par eux conformes à l'original. De même, ils doivent avant leur départ d'un port égyptien déposer à la douane une copie du manifeste relatant les marchandises chargées sur leur navire. || Le manifeste original, soit à l'arrivée soit au départ, sera présenté en même temps que les copies pour être comparé et restitué dans les 24 heures. || Les agents des bateaux italiens pourront se constituer garants pour l'accomplissement de toutes les formalités douanières prescrites par le règlement douanier. Les capitaines en seront, dès lors, dispensés. || Les employés de la douane ne peuvent procéder en aucun cas à la visite et à la perquisition à bord des bâtimens de commerce sans en avoir donné au préalable connaissance au Consulat d'Italie, pour donner aux autorités consulaires la faculté d'y assister. Cette notification devra être communiquée aux fonctionnaires consulaires à temps et en mentionnant l'heure où l'on procédera à ces formalités. || Dans le cas où la perquisition devrait être faite à bord d'un navire qui aurait séjourné pour une raison quelconque dans un port égyptien plus de vingt et un jours, il ne sera pas nécessaire d'en donner, au préalable, connaissance aux autorités consulaires. || Les excédents ou déficits que ferait ressortir la comparaison des manifestes avec la cargaison donneront lieu à une application des amendes prévues par le règlement douanier égyptien.

Art. 17.

Toute opération de douane en Égypte, soit à l'arrivée, soit au départ, doit être précédée d'une déclaration spéciale signé par le détenteur de la marchandise ou son représentant. || La déclaration doit contenir toutes les indications nécessaires pour l'application des droits; ainsi, outre la nature, l'espèce, la qualité, la provenance et la destination de la marchandise, elle doit énoncer le poids, le nombre, la mesure et la valeur. || Tout refus de faire la déclaration à l'arrivée ou au départ, tout retard apporté à la dite déclaration, toute différence en plus ou en moins entre les poids, nombre, mesure et valeur des marchandises et ceux portés sur la déclaration, donne lieu à l'application de la pénalité prévue par le

règlement douanier égyptien. || La vérification douanière doit être faite dans les quarante-huit heures qui suivront la remise de la déclaration.

Art. 18.

Pour vérifier la valeur énoncée dans la déclaration, la douane peut réclamer la présentation de tous les documents qui doivent accompagner l'envoi d'une marchandise, tels que facture, police d'assurance, etc. || Si le négociant ne produit pas ces documents ou si ces pièces paraissent insuffisantes, la douane peut percevoir les droits en nature. || Dans le cas de perception en nature, si les marchandises sont toutes de la même espèce, la perception des droits s'opère proportionnellement aux quantités; dans le cas où les marchandises comprennent des objets d'espèces variées la perception des droits en nature ne s'opère que sur les articles contestés, en se basant sur les prix indiqués par le négociant. || L'autorité douanière ne pourra pas demander que les droits soient payés en nature sur les articles dont la valeur n'est pas contestée. || Dans le cas où la marchandise dont la valeur est contestée serait indivisible, telle qu'une voiture, un piano, une pièce de machine, etc., la douane pourra prendre pour son compte la marchandise. || Lorsque la douane fait usage de ce droit, elle est tenue de faire connaître cette intention dans les trois jours, et, dans ce cas, le paiement du prix de la marchandise déclaré par l'importateur, majoré de 10 %, ainsi que le remboursement des droits quelconques qui auraient été perçus sur la dite marchandise, seront effectués dans les quinze jours qui suivront la déclaration.

Art. 19.

Les marchandises introduites en contrebande, les navires, lorsqu'ils sont spécialement affrétés dans un but de contrebande, ainsi que tous les autres moyens de transport et tous instruments de contrebande, seront passibles de confiscation au profit du trésor, sans préjudice des droits de douane perçus ou dus dans le cas spécial et des amendes prévues par les règlements douaniers, pourvu que le délit soit dûment et légalement prouvé et que la décision de la Commission douanière soit communiquée sans délai à l'autorité consulaire italienne, dont dépend le propriétaire de la marchandise saisie. || La partie intéressée pourra, dans le délai de quinze jours, à compter du jour de la remise de la copie à l'autorité consulaire, faire opposition. Cette opposition sera portée devant la chambre commerciale du tribunal mixte. || Tant qu'il n'aura pas été rendu décision définitive, il ne pourra être disposé des marchandises saisies au profit du fisc égyptien, ni des moyens de transport et instruments de

contrebande. || La douane pourra, néanmoins, procéder à la vente des marchandises et articles sujets à déperissement. Le prix en provenant sera conservé en dépôt dans ses caisses jusqu'à ce qu'une décision définitive soit intervenue. || Si l'Administration douanière égyptienne croyait devoir ne pas laisser passer des marchandises qu'elle considérerait comme appartenant à la catégorie des articles prohibés et que des italiens auraient importées par la voie régulière, elle fera immédiatement connaître par écrit, au Ministère égyptien des affaires étrangères, ainsi qu'à l'autorité consulaire italienne, les motifs du refus de livrer les marchandises. || Le Ministère égyptien des affaires étrangères, après entente avec l'autorité italienne, décidera s'il y a lieu de confirmer le refus de la douane, et dans ce cas le ressortissant sera tenu de réexporter les marchandises sans aucun délai; dans le cas contraire, l'Administration laissera passer librement les marchandises, après avoir perçus les droits réglementaires. Jusqu'à ce qu'une décision soit prise, les marchandises arrêtées resteront en dépôt à la douane, qui en sera responsable vis-à-vis de l'importateur.

Art. 20.

En cas de soupçon de contrebande, les agents de la douane égyptienne pourront aborder et saisir tout navire d'un tonnage de moins de 200 tonneaux, dans un rayon de dix kilomètres de la côte en dehors des eaux d'un port égyptien; de plus, tout navire italien de moins de 200 tonneaux pourra être arrêté et saisi au-delà de cette distance, si la poursuite non interrompue a été commencée dans un rayon de dix kilomètres du littoral. || Procès-verbal du fait sera dressé avec le capitaine et copie de ce procès-verbal sera, sans délai, communiquée au Consulat d'Italie. || Excepté dans le cas prévu dans les alinéas précédents de cet article et dans les alinéas 4 et 5 de l'art. 16, aucun navire italien ne pourra être abordé par les agents des douanes égyptiennes. || Il est entendu que le Gouvernement égyptien pourra, sans notification aux autorités consulaires italiennes, placer des gardes à bord de tout navire italien dans un port égyptien ou transitant par le canal de Suez; cette mesure ne devra, néanmoins, causer ni frais ni retard aux bâtiments auxquels elle serait appliquée. || Si la douane égyptienne a des raisons sérieuses pour présumer l'existence d'articles introduits en contrebande dans des endroits quelconques des districts frontières ou du canal de Suez, elle pourra procéder, dans les magasins ou demeures, à toute perquisition immédiate qu'elle jugera nécessaire. Un double de l'ordre de perquisition sera envoyé à l'autorité consulaire, qui devra assister à la perquisition ou s'y fera représenter sans occasionner aucun retard. || La

stipulation de l'alinéa précédent ne sera pas applicable dans le cas où la perquisition doit être faite dans un magasin indépendant du domicile ou dans des locaux servant exclusivement d'entrepôt ou de dépôt de marchandises. Dans ce cas, il suffira qu'un avis préalable de la visite soit donné au propriétaire ou à son représentant ou, à défaut, à l'autorité consulaire. || Dans tous les cas où l'autorité consulaire n'assisterait pas à la perquisition, un procès-verbal devra être dressé et la copie en devra être communiquée sans délai au Consulat d'Italie. || Dans le cas où la douane procéderait à des perquisitions sans l'assistance consulaire et qu'elle n'aurait pas constaté un délit de contrebande, elle sera responsable, indépendamment des conditions prévues par l'article 213 du code civil mixte, de tout dommage matériel qu'elle aurait occasionné à la propriété. || En cas de contestation, l'appréciation du fait et l'évaluation du dommage appartiendront à la juridiction mixte. || Les perquisitions ne pourront être opérées qu'à partir du lever jusqu'au coucher du soleil.

Art. 21.

Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi d'Italie accepte l'application à ses ressortissants et à son commerce du règlement douanier ci-annexé. || Il demeure entendu qu'il ne pourra, pendant toute la durée de la Convention, être apporté aucun changement aux articles 2, 8, 11, 12, 15, 17, 18, 19, 27 et 33 à 41 du règlement susdit, ainsi qu'au dernier paragraphe de l'art. 5 si ce n'est avec le consentement de l'Agent et Consul général d'Italie. || Toute facilité que le Gouvernement égyptien pourrait accorder dans l'avenir, par rapport à ses règlements douaniers, aux ressortissants, aux bâtiments, à la navigation et au commerce de toute autre Puissance étrangère, est acquise aux ressortissants, aux bâtiments, à la navigation et au commerce de l'Italie, qui en auront de droit la jouissance.

Art. 22.

Les stipulations de la présente convention ne s'appliquent pas: 1. Aux arrangements spéciaux actuels, ou qui pourraient intervenir ultérieurement, entre l'Egypte et les autres parties de l'Empire ottoman, placés sous l'administration directe de la Sublime Porte. || 2. Aux dispositions que pourrait prendre le Gouvernement égyptien pour l'échange des marchandises indigènes ou étrangères avec les provinces soudanaises. 3. Aux faveurs actuellement accordées, ou qui pourraient être accordées ultérieurement par l'Italie à d'autres Etats limitrophes, pour faciliter le commerce de frontière, ni aux réductions et franchises de droits de douane accordées seulement pour certaines frontières déterminées ou aux habitants de certains districts.

Art. 23.

Les modifications apportées au présent tarif des droits égyptiens par l'article 6 n'entreront en vigueur que lorsque les dites modifications deviendront également applicables à tous les autres pays. || Dans l'intervalle, les marchandises italiennes seront traitées, à leur entrée en Egypte, sur le pied de la nation la plus favorisée, et les importations italiennes ne seront dans aucun cas assujetties à des droits supérieurs à ceux fixés à l'article 6.

Art. 24.

Il est entendu que les marchandises venant de Turquie qui, y ayant acquitté les droits d'importation, sont accompagnées d'acquits de douane turque (Raftiehs), ne seront, en aucun cas, astreintes à un second paiement de droits d'entrée en Egypte, sauf le paiement de la différence en plus, dans le cas où les droits d'entrée en Egypte seraient supérieurs aux droits acquittés en Turquie.

Art. 25.

Les ressortissants italiens dans les eaux égyptiennes et les égyptiens dans les eaux italiennes sont autorisés à se livrer à la pêche dans les mêmes conditions que les nationaux: ils seront, en conséquence, pour ce qui regarde l'exercice de la pêche, soumis, aux mêmes conditions et sous les mêmes réserves, à tous règlements, droits, taxes, à l'égal des nationaux, auxquels ils seront entièrement assimilés.

Art. 26.

Les stipulations de la présente Convention s'appliquent à la Monarchie italienne, la colonie Erythrée exceptée. || Il est entendu que ces stipulations ne portent aucune atteinte aux droits, privilèges et immunités conférés aux ressortissants, aux bâtiments, à la navigation et au commerce italiens par les capitulations, traités et arrangements existants. || En conséquence, ces droits, privilèges et immunités resteront en vigueur en tant qu'ils ne sont pas modifiés par les dispositions de cette Convention.

Art. 27.

La présente Convention entrera en vigueur après l'échange des ratifications et aura force et valeur pendant vingt et un ans. Un an avant l'expiration de la septième et de la quatorzième année chacune des Parties contractantes aura la faculté de notifier à l'autre son intention de réviser ce traité, afin d'y introduire, d'un commun accord, les modifications suggérés par l'expérience. || En outre le Gouvernement italien se réserve de notifier à toute époque, au Gouvernement égyptien son intention de

mettre fin, à l'expiration du douzième mois qui suivra cette notification, aux stipulations du présent traité, en vertu desquelles le traitement de la nation, la plus favorisée est assuré, de part et d'autre, à l'importation, aux marchandises des deux pays. || Dans ce cas, les marchandises égyptiennes seraient soumises en Italie au tarif général et l'article 6 de la présente convention, applicables aux marchandises italiennes entrant en Egypte, pourrait être suspendu. || En foi de quoi, les soussignés ont signés la présente convention et y ont apposé les sceaux de leurs armes. || Fait, en double, à Alexandrie, le quatorze juillet mil neuf cent six.

(L.S.) Salvago Raggi. (L.S.) Boutros Ghali.

Anlage 1.

Procès-verbal.

Au moment de signer la convention commerciale conclue à la date de ce jour entre l'Italie et l'Egypte, les soussignés sont convenus des dispositions suivantes: || I. — Les bâtiments des compagnies italiennes de navigation qui entretiennent des communications régulières avec l'Egypte, ainsi que tous les navires italiens d'un tonnage supérieur à quatre cents tonneaux, auront, sans accomplissement préalable d'aucune formalité, le droit d'exercer le cabotage en Egypte. || II. — En ce qui concerne le commerce avec les provinces soudanaises, les ressortissants italiens et les marchandises italiennes jouiront de tous les avantages qui sont ou seront accordés aux ressortissants de la nation la plus favorisée ou aux indigènes les plus favorisés, ainsi qu'aux marchandises étrangères ou indigènes les plus favorisées. || III. — En ce qui concerne la perquisition dans les magasins ou demeures sis dans les districts de frontière ou sur le Canal de Suez, telle qu'elle est prévue et réglementée par le paragraphe 5 de l'article 20 de la convention, si quatre heures après la remise du double de l'ordre de perquisition, l'autorité consulaire ne s'est pas fait représenter, elle sera considérée comme voulant s'abstenir et les agents de la douane seront autorisés à procéder à la perquisition. || Dans les localités des districts-frontières ou du Canal de Suez situées à plus d'une heure de distance du siège d'une autorité consulaire, les agents de la douane ne pourront procéder à une perquisition qu'en présence de deux témoins de nationalité italienne ou, à défaut, en présence de deux témoins étrangers. || IV. — Un exemplaire du tarif actuellement en vigueur des droits de factage à Alexandrie a été communiqué à M. le marquis Salvago Raggi par Son Excellence Boutros Ghali Pacha. Il a été convenu que pendant

toute la durée de la Convention commerciale en date de ce jour, les droits portés à ce tarif ne pourront être majorés que d'accord avec l'agent diplomatique d'Italie. || V. — La Convention commerciale en date de ce jour dispose formellement que le tabac, sous toutes ses formes, est exclu des stipulations de l'arrangement. || Toutefois, pendant tout le temps que la Convention sera en vigueur, les cigares de fabrication italienne et les tabacs italiens accompagnés de certificats d'origine seront admis à l'importation en Egypte, aux mêmes conditions et moyennant le paiement des mêmes droits qui sont ou seront appliqués aux cigares et aux tabacs dont l'introduction est ou serait ultérieurement autorisée par suite d'arrangement spéciaux. || En aucun cas et pour quelque motif que ce soit, pendant toute la durée de la susdite Convention, les cigares et tabacs italiens en Egypte ne seront traités moins favorablement que ceux provenant de tout autre pays. || De même, pendant la durée de la convention, tous avantages qui viendraient à être ultérieurement concédés à n'importe quelle autre Puissance, en ce qui concerne le tombac, le sel, le salpêtre, le natron et le hachiche, seraient acquis de plein droit, sans compensation ou autre condition quelconque, au commerce et aux ressortissants italiens. || Il est entendu que les règlements édictés ou à édicter par le Gouvernement relativement au commerce de ces divers produits seront applicables aux ressortissants italiens, qui, en aucun cas, ne pourront être soumis à un traitement moins favorable que les sujets locaux et les étrangers les plus favorisés. || Les dispositions de la convention commerciale de ce jour concernant les perquisitions s'appliquent également à ces articles. || VI. — Les échantillons de vin italien d'une contenance inférieure à 50 centilitres seront admis en Egypte en franchise de douane, à la condition qu'il s'agisse réellement d'échantillons proprement dits, c'est-à-dire représentant des vins d'espèce différente et destinés à la dégustation. || VII. — Les graines de vers à soie d'origine italienne et provenant d'Italie seront admise en franchise de douane en Egypte. VIII. — Les livres italiens envoyés d'Italie en Egypte par colis postaux ou par la poste sont exempts de droits de douane. || IX. — Le Gouvernement égyptien maintiendra l'immunité douanière pour les effets et objets appartenant aux maisons religieuses des différents cultes, aux couvents et établissements de bienfaisance ou d'éducation existant en Egypte sous la protection consulaire de l'Italie, dans les conditions établies par l'art. IX du règlement douanier ci-annexé.

Salvago Raggi.

Boutros Ghali.

Anlage 2.

Tableau annexé à l'article 12.

Chapitre I.

Est permise l'importation des armes de chasse et de luxe, ainsi que des armes de commerce, des munitions et du matériel ci-dessous spécifiés:

Première catégorie — Armes importables.

1^o Les fusils à âme lisse et les mousquetons de chasse, systèmes Lefauchaux, Lancaster et autres, à un ou deux coups, se chargeant par la bouche, à la condition que le diamètre de la bouche ne dépasse pas 20 millimètres. || Mais il est permis aux voyageurs d'importer des fusils rayés et leurs cartouches, pourvu qu'ils signent une déclaration par laquelle ils reconnaîtront que ces fusils sont pour leur propre usage et que la vente en est défendue. || Toute contravention à l'une ou l'autre des conditions de cet engagement entraînera de plein droit la confiscation du fusil. || 2^o Les armes de luxe, savoir: les armes antiques, ainsi que les fusils, carabines, mousquetons, revolvers et pistolets de toute longueur, dont la crosse, le chien ou le canon sont essentiellement enrichis d'or ou d'argent ou ciselés artistement. Pour que les armes de luxe, à l'exception des armes antiques, soient admises, le prix de vente ne devra pas être inférieur à 500 francs par arme, pour les fusils, carabines et mousquetons, à 200 francs pour les revolvers, et à 80 francs pour les pistolets. Il est entendu que les armes dont l'introduction est admise en vertu des autres dispositions de ce tableau ne sauraient être considérées comme armes de luxe et interdites sous prétexte que leur valeur est inférieure aux prix fixés. || Les personnes qui importent des armes de luxe seront admises à importer, en même temps, cent cartouches, chargées à petit plomb, pour chaque fusil, carabine ou mousqueton; toutefois le prix des cartouches n'est pas compris dans la valeur fixée pour ces armes. 3^o Les fusils, carabines et pistolets dits Flobert et les armes semblables de petit calibre, ainsi que celles à spirale dites de salon. || 4^o Les sabres dont la poignée ou la lame est essentiellement enrichie d'or ou d'argent ou ciselée artistement. Les épées et lames d'épées, fleurets d'escrime et couteaux de chasse. || *N. B.* — Tout voyageur muni de passeport ou teskéré en règle ne pourra importer qu'un seul pistolet-revolver ou une paire de pistolets de n'importe quelle sorte, plus cent cartouches chargées au maximum.

Deuxième catégorie. — Matériel importable.

Toutes sortes de parties de fusils, de revolvers, de pistolets, d'armes blanches et d'autres armes importables; crosses, platines, cheminées, gâchettes, sous-gardes, ressorts, canons ouvrés ou demi-ouvrés et semblables parties d'armes et tout accessoire ou objet nécessaire à l'usage de ces armes.

Troisième catégorie. — Munitions importables.

Cartouches chargées et douilles de cartouches non chargées pour les armes comprises dans les paragraphes 1, 2 et 3. || L'importation de cartouches de fusils de guerre de quelque modèle que ce soit est interdite.

Chapitre II.

Toutes les armes dont l'importation est admise seront, après vérification de la douane, sans délai, ni frais pour le propriétaire, à son choix, et par le soin de cette administration, munies d'une ficelle plombée ou poinçonnée.

Chapitre III.

L'introduction de toutes armes ou parties d'armes, de tout matériel d'arme, de toutes munitions non mentionnées dans le présent tableau, de toute sorte de poudre, ainsi que de toutes les compositions qui ont la même destination ou qui, inventées plus tard, pourraient produire les mêmes effets que la poudre, telles que la dynamite, la poudre-coton dite fulmi-coton et coton-azotique, la nitro-glycérine, les picrates et fulminates, les mèches à mines et autres matières fulminantes de ce genre, du salpêtre raffiné et non raffiné et du chlorate de potasse, est interdite. Toutefois, la défense d'importer des matières explosives n'emporte pas prohibition d'importation et de vente des produits qui, en vertu de leur composition, sont explosifs dans certaines conditions ou qui peuvent servir à la fabrication de matières explosives, comme, par exemple, le soufre, l'éther, le nitrate de soude. Elle doit seulement empêcher l'introduction de matières qui sont destinées à être exclusivement ou, au moins, principalement employées comme poudres à carrière ou pour les usages analogues.

Salvago Raggi.

Boutros Ghali.

. Anlage 3.

Règlement de police.

(Voir article 12 de la Convention.)

Art. 1^{er}.

Le commerce d'armes, de munitions, du matériel et des matières explosives, dont l'importation est admise par la présente Convention, ne

pourra être exercé que par les personnes dûment autorisées par le Gouvernement, et dans les magasins désignés dans l'autorisation. || Cette autorisation est personnelle, et elle devient nulle si elle est cédée à un tiers.

Art. 2.

La police peut saisir toutes armes importées, alors même qu'elles auront été marquées ou poinçonnées par les autorités gouvernementales égyptiennes, si elle les trouve en vente dans d'autres magasins ou boutiques que ceux établis suivants l'article précédent.

Art. 3.

Le propriétaire d'un établissement autorisé, au termes de l'art. 1^{er}, à vendre les armes y mentionnées, devra tenir deux livres; l'un contenant l'inscription, par numéros d'ordre, de toutes les armes mises en vente, avec désignation du prix, de leur provenance, et de tous les détails nécessaires; l'autre relatant toutes les ventes effectuées, avec indication de l'espèce de l'arme vendue, du numéro d'inscription, des noms, prénoms, domicile et profession de l'acheteur, et du prix. || Ces deux livres, avant d'être mis en usage, devront être paraphés à chaque feuillet, par le gouverneur ou le moudir. Ils seront tenus à la disposition de la police, qui aura le droit, à tout moment, de les inspecter.

Art. 4.

Nul ne pourra transporter d'un endroit à un autre une quantité d'armes excédant celle qui lui est nécessaire pour son propre usage, sans une autorisation spéciale du gouverneur ou du moudir, et, si le transport doit avoir lieu d'une ville à une autre ou d'un village, on indiquera, dans la permission, le nombre et la nature des armes, ainsi que la personne à laquelle elles sont destinées.

Art. 5.

Toute infraction aux art. 2 et 3 entraînera le retrait de l'autorisation de vente. || Le retrait de l'autorisation pourra également être prononcé, mais seulement après un avertissement, si une fausse inscription vient à être découverte sur les livres prescrits. || Dans aucun de ces cas, le propriétaire ne pourra avoir droit à indemnité ou élever une réclamation quelconque contre le Gouvernement.

Art. 6.

Les armes transportées sans la permission requise par l'art. 4 seront saisies et confisquées administrativement.

Art. 7.

Les officiers ou agents de la police spécialement désignés à cet effet sont autorisés à entrer, en tout temps, dans les établissements dont il s'agit, pour y examiner les livres sus-indiqués, les vérifier, s'assurer que toutes les prescriptions de ce règlement sont observées, et procéder à toute constatation ayant trait à la vente des armes.

Art. 8.

Toutes les prescriptions des articles 2, 3, 4, 5 et 6 s'appliquent également à la vente et au transport des munitions, du matériel et des matières explosives.

Dispositions finales.

Art. 9.

Toute personne qui exerce actuellement le commerce des armes, des munitions, du matériel et des matières explosives dont il est fait mention à l'art. 1^{er}, devra, dans le délai d'un mois à partir de la publication du présent règlement, en faire la déclaration au gouverneur ou au moudir en indiquant le magasin dans lequel ces objets sont mis en vente. || Elle devra, en outre, dans le délais même, se munir des livres prescrits par l'art. 3.

Art. 10.

Il est absolument défendu d'avoir dans la province-frontière, des dépôts d'armes ou autres objets indiqués à l'article précédent. || L'autorité de police aura, dans cette province, le droit de faire des visites domiciliaires, dans les formes prévues dans la convention et le procès-verbal y annexé pour les perquisitions faites dans la ligne douanière, de saisir et de confisquer les armes et les autres objets désignés ci dessus.

Salvago Raggi.

Boutros Ghali.

Anlage 4.

**Scambio di note relativo all'intervento consolare nelle
perquisizioni a bordo di navi mercantili.**

Il ministro degli affari esteri di Egitto
all'agente diplomatico d'Italia in Cairo.

Alexandrie, le 14 juillet 1906.

Monsieur le Marquis, || Le procès-verbal annexé à la convention signée le 19 juin 1892 entre l'Allemagne et l'Egypte porte en passage ainsi

conçu: || 6) „La perquisition à bord des bâtiments de commerce, telle qu'elle est prévue et réglementée par les paragraphes 3 et 4 de l'article 16 de la convention, ne pourra être, en aucun cas, ni retardée ni entravée par l'abstention de l'autorité consulaire.“ || Vous avez désiré que cette disposition qui vous paraît superflue ne fût pas reproduite dans les arrangements signés aujourd'hui entre l'Italie et l'Egypte. Le Gouvernement égyptien y consent volontiers, mais à la condition que cette suppression ne puisse pas être interprétée comme impliquant que nos deux Gouvernements ont entendu modifier en quoi que ce soit le sens et la portée des paragraphes 4 et 5 de l'article 16 de la convention de ce jour, dont le texte est identique à celui du même article de la convention conclue entre l'Allemagne et l'Egypte.

Veuillez agréer, etc.

Boutros Ghali.

L'agente diplomatico l'Italia in Cairo
al ministro degli affari esteri di Egitto.

Alexandrie, le 16 juillet 1906.

Monsieur le Ministre, || J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence de sa lettre de ce jour concernant la disposition qui fait l'objet du paragraphe 6 du procès-verbal annexé à la convention conclue entre l'Allemagne et l'Egypte le 19 juin 1892, et qui n'a pas été reproduite dans les arrangements signés aujourd'hui entre l'Italie et l'Egypte. || En vous donnant acte de cette communication, je suis en mesure de vous déclarer que le Gouvernement de Sa Majesté partage entièrement, sur ce point, votre manière de voir.

Veuillez agréer, etc.

Salvago Raggi.

Anlage 5.

Scambio di note concernente i diritti di banchina (droits de quai).

Il ministro degli affari esteri di Egitto
all'agente diplomatico d'Italia in Cairo.

Alexandrie, le 14 juillet 1906.

Monsieur le Marquis, || Au cours des négociations qui ont abouti à la conclusion d'une convention commerciale entre l'Italie et l'Egypte, vous m'avez exprimé le désir d'être renseigné sur le montant des droits de quai, afin d'être fixé sur les charges qu'auront à supporter les marchandises italiennes. || Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous le faire connaître, les droits de quai à Alexandrie sont établis et fixés par le décret du

22 septembre 1880. || En ce qui concerne Port-Saïd, si les droits de quai n'y sont pas actuellement perçus, c'est que le port n'est pas encore aménagé pour le commerce; mais le Gouvernement se propose de les y établir aussitôt que, par l'exécution des travaux projetés, le port de cette ville sera en état de satisfaire aux besoins du commerce. Ces droits seront établis de manière à assurer un traitement égal à toutes les marchandises arrivant dans le pays ou en partant, soit par la voie de Port-Saïd, soit par la voie d'Alexandrie, et leur montant n'excédera pas 7 pour mille *ad valorem* sur les importations et $4\frac{1}{2}$ pour mille *ad valorem* sur les exportations. Je vous réitère l'assurance que, pendant toute la durée de la convention commerciale en date de ce jour, les droits de quai établis comme ci-dessus ne pourront être majorés que d'accord avec l'agent et consul général d'Italie.

Veuillez agréer, etc.

Boutros Ghali.

L'agente diplomatico d'Italia al Cairo
al ministro degli affari esteri d'Egitto.

Alexandrie, le 14 juillet 1906.

Monsieur le Ministre, || J'ai reçu la lettre que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'écrire à la date de ce jour pour me donner l'assurance que les droits de quai existant actuellement à Alexandrie et ceux qui pourront être établis à Port-Saïd, après l'exécution des travaux projetés dans ce port, ne pourront être élevés, les premiers au-dessus de leur montant actuel, les seconds au-dessus de 7 ‰ à l'importation et de $4\frac{1}{2}$ ‰ à l'exportation, sans l'assentiment de l'agent diplomatique d'Italie. || Je prends acte de cette déclaration et je vous prie d'agréer, etc.

Salvago Raggi.

Anlage 6.

Scambio di note relativo all' interpretazione della voce „bois de construction et autres“ menzionata all'art. 6.

Il ministro degli affari esteri d'Egitto
all'agente diplomatico d'Italia al Cairo.

Alexandrie, le 14 juillet 1906.

Monsieur le Marquis, || Au cours d'un entretien que nous avons eu relativement aux droits imposés, aux termes de l'art. 6 de la Convention signée en date de ce jour, sur les bois de construction et autres, il a été entendu que sous cette rubrique: „bois de construction et autres“, ne seraient pas compris les meubles en bois, ni les bois façonnés. || Je vous

confirme que le Gouvernement égyptien consent à ce que les meubles en bois et les bois façonnés ne soient pas soumis à un droit excédant 8 % *ad valorem*, et je saisis l'occasion, etc. Boutros Ghali.

L'agente diplomatico d'Italia al Cairo.
al ministro degli affari esteri di Egitto.

Alexandrie, le 14 juillet 1906.

Monsieur le Ministre, || J'ai reçu la lettre que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser à la date de ce jour pour me donner l'assurance que les meubles en bois et les bois façonnés ne doivent pas être compris sous la rubrique „bois de construction et autres“ et que, par conséquent, ils ne seront pas soumis à un droit excédant le 8 % *ad valorem*. || Je prends acte de cette déclaration et je vous prie d'agréer, monsieur le Ministre, etc. Salvago Raggi.

Nr. 14043. EGYPTEN. Zollreglement.

16. Februar 1909.

Titre I.

Dispositions générales.

Article premier.

Ligne douanière.

Le littoral de la mer, et les frontières touchant aux territoires des États voisins, forment la ligne douanière.

Art. 2.

Zone de surveillance.

Le dépôt et le transport des marchandises qui ont franchi la ligne douanière sont soumis à la surveillance des agents de la douane jusqu'à la distance de 2 kilomètres de la frontière de terre ou du littoral de la mer, ainsi que des deux rives du Canal Maritime de Suez et des lacs que ce Canal traverse. || En dehors de ces limites, le transport des marchandises peut-être effectué librement; néanmoins, les marchandises soustraites frauduleusement, et tenues à vue par des agents de la force publique, peuvent être saisies même après qu'elles ont franchi la zone de surveillance. || Peuvent également être saisies sur toute l'étendue du territoire égyptien; les marchandises prohibées, celles dont la vente est monopolisée par l'État, ainsi que les tabacs ou tombacs circulant en contravention aux règlements. || Pour les navires, la zone de surveillance s'étend à une distance de 10 kilomètres du littoral. Les caravanes traversant le

désert, et soupçonnées de faire un trafic illicite, sont soumises aux visites et vérifications de la douane.

Art. 3.

Passage par la ligne douanière.

Les marchandises ne peuvent franchir la ligne douanière pendant la nuit, c'est-à-dire entre le coucher et le lever du soleil. || Sur toute l'étendue de la ligne douanière maritime, l'entrée dans les ports et l'accostage au littoral sont permis pendant la nuit, là où il existe des bureaux de douane, mais aucune opération de débarquement, transbordement ou embarquement, ne peut être faite sans une autorisation spéciale, et par écrit, du chef de la douane.

Art. 4.

Embarquement, débarquement et transbordement des marchandises.

Aucune opération de chargement, débarquement et transbordement de marchandises, ne peut être effectuée sans l'autorisation préalable de la douane, et hors de la présence de ses agents. || Toute opération d'embarquement, de débarquement ou de transbordement, doit être effectuée aux endroits spécialement affectés à cet usage par l'Administration des douanes. || La douane pourra permettre, exceptionnellement, que le débarquement ou le transbordement des marchandises ait lieu sans l'assistance des agents douaniers. || Dans ce cas, elle en fera mention par une annotation sur la copie du manifeste.

Art. 5.

Permis de départ, dit Tamkin.

Les capitaines doivent, avant le départ, présenter à la douane le manifeste des marchandises chargées à leur bord. Ce n'est qu'après l'accomplissement de cette formalité que la douane autorisera l'Administration du port à accorder le Tamkin. || Il est défendu à tout commandant de navire de quitter le port ou la rade sans Tamkin. || La douane a la faculté de faire accorder le Tamkin, même avant la présentation du manifeste, aux navires représentés par un agent dans le port de départ, pourvu que cet agent ait déposé à la douane un engagement par écrit de satisfaire à cette formalité dans un délai de trois jours. || Les compagnies de navigation à vapeur pourront, en vue de jouir de cette facilité, se constituer garantes, une fois pour toutes et par acte notarié, pour toutes contraventions qu'encourraient les capitaines conduisant leurs navires.

Art. 6.

Déclaration.

Toute opération douanière doit être précédée d'une déclaration signée par le propriétaire de la marchandise ou par son représentant. || La douane considérera comme représentant légitime du propriétaire la personne munie de l'ordre de livraison de la compagnie de transport (Voir articles 19 et 20).

Art. 7.

Visite.

Aussitôt la déclaration présentée à la douane, il est procédé à la vérification des marchandises. La douane a le droit de visiter tous les colis, mais suivant les circonstances, le directeur, s'il le juge à propos, pourra exempter de la visite les colis dont le contenu déclaré ne lui paraîtrait pas devoir être soumis à la vérification. || Il ne pourra cependant être visité moins d'un colis sur dix, sauf une autorisation contraire spéciale du chef de la douane. || Si, après une première vérification, et même après le paiement des droits, des contre-vérifications sont jugées nécessaires, la douane est toujours en droit d'y faire procéder. || Les colis seront ouverts pour la visite par les préposés de la douane, en présence des intéressés; l'opération se fera, soit dans les magasins de la douane, soit dans ses bureaux. || En cas de soupçons de fraude, la douane procédera d'office, si l'intéressé, ou, à défaut, l'autorité consulaire, dûment avisée au moins quatre heures à l'avance, ne se présente pas à l'ouverture des colis, en dressant procès-verbal. || Les marchandises qui ne seront pas placées dans les magasins, soit à cause de leurs dimensions, soit en raison de leur nature encombrant, pourront être visitées au dehors. || Les sacs, plis de lettres et imprimés apportés par le service postaux de terre et de mer sont exemptés de la visite, pourvu qu'ils soient portés sur une feuille de route régulière. || Par contre, tous les colis-postaux sont soumis à la visite et à la vérification; à moins de soupçons de fraude, cette vérification sera seulement sommaire et pourra ne porter que sur un certain nombre de colis à déterminer par le chef de la douane.

Art. 8.

Droit à percevoir, privilège et garantie du trésor.

Les droits d'importation et d'exportation sont perçus conformément aux Traités et Conventions en vigueur. || En outre, il sera perçu des droits de quai et de factage, et s'il y a lieu des droits d'entrepôt, de dépôt, d'écluse, de Tamkin, de plombage, de Raftieh et de Kechf, etc.,

en vertu des règlements actuellement en vigueur. || Le paiement des droits se fait au comptant, en monnaie d'or ou d'argent, d'après le tarif du Gouvernement, excepté le cas où il se fait en nature. || Aucune marchandise n'est délivrée avant que les droits dont elle est passible aient été dûment acquittés. || Les marchandises arrivées en douane pour n'importe quelle destination servent de garantie à l'Administration, par privilège, pour le paiement des droits, frais et amendes de toute nature, dus par le destinataire, à raison de ces marchandises.

Art. 9.

Franchise.

Sont exemptés de la vérification et du paiement des droits d'entrée et sortie: || 1° Les objets et effets personnels appartenant à Son Altesse le Khédive; || 2° Les objets d'usage et effets personnels appartenant aux titulaires ou gérants d'une agence diplomatique d'un Consulat général, d'un Consulat ou d'un vice-Consulat lorsqu'ils sont de carrière (*missi*) et qu'ils n'exercent aucune autre profession, ne s'occupent ni de commerce ni d'industrie et ne possèdent ni n'exploitent de biens-fonds en Égypte. || La même franchise est accordée dans chaque agence diplomatique à deux officiers de cette agence et dans chaque Consulat à un officier de ce Consulat à la demande de l'agent diplomatique ou du Consul, à la condition toutefois que ces officiers appartiennent à la catégorie des fonctionnaires qui sont nommés par décret souverain et auxquels le commerce est absolument interdit. || Sont exemptés des droits d'entrée et de sortie, mais assujettis à la visite et à la vérification les effets et objets appartenant aux maisons religieuses des différents cultes, aux couvents et établissements de bienfaisance ou d'éducation. || Ces établissements devront, au commencement de chaque année, remettre à la douane, par l'entremise de leur autorité consulaire ou autre, un état énonçant approximativement les objets qu'ils comptent importer dans le courant de l'année, et la valeur de ces objets. || La franchise sera suspendue jusqu'à l'année suivante lorsque la valeur totale énoncée sur cet état sera atteinte. || Cette franchise pourra être retirée si la douane constate qu'il en est fait abus. || Dans ce cas, avis préalable à cet effet devra être donné à l'autorité consulaire ou autre dont relève l'établissement intéressé. || Sont également exemptés des droits d'entrée et de sortie, mais demeurent assujettis à la visite et à la vérification: || 1° Les effets, meubles, livres et autres objets à l'usage privé, appartenant aux personnes qui viennent s'établir pour la première fois dans le pays. Ces articles devront cependant porter trace de l'usage, sous peine d'être

soumis au paiement des droits réglementaires. En cas de contestation, il sera procédé par voie d'expertise; || 2° Les effets personnels apportés par les voyageurs et destinés à leur usage; || 3° Les échantillons, lorsqu'ils ne sont pas de nature à être vendus comme marchandises; || 4° Les échantillons des produits du sol égyptien dont la valeur ne dépasse pas 100 piastres; || 5° Le numéraire (or ou argent); || 6° L'or et l'argent en barres; || 7° Les marchandises appartenant aux Administrations du Gouvernement et aux particuliers, jouissant de la franchise, soit en vertu d'ordres ou d'arrangements spéciaux; || 8° Les objets destinés à l'approvisionnement des navires de guerre des Puissances amies, ainsi que les provisions et les munitions destinées à l'usage des navires de commerce et de leurs équipages. || Toute demande d'introduction ou d'exportation en franchise des droits doit être adressée à la douane et porter les indications suivantes: || 1° la nature des objets; || 2° leur valeur; || 3° les marques et numéros; || 4° le nom du navire qui a importé ou qui doit exporter. || L'obtention de la franchise est subordonnée à la condition que le connaissement porte le nom de celui qui a droit à la franchise; s'il était libellé au nom d'un tiers, ou simplement à ordre, la douane ne pourrait accorder la franchise. || La demande en exemption doit être signée par le destinataire, ou par l'expéditeur s'il s'agit de droits d'exportation.

Art. 10.

Marchandises provenant de naufrages.

Les marchandises provenant d'un navire naufragé ne sont soumises à aucun droit de douane si elles ne sont pas destinées à un port égyptien, et elles peuvent être réexportées en franchise aussitôt que les formalités concernant l'avarie sont terminées. || Ces marchandises sont assujetties aux droits réglementaires selon la valeur qu'elles ont dans l'état avarié, si elles sont employées à la consommation entièrement intérieure.

Art. 11.

Bulletin de sortie par les portes de la douane, Kechf.

Après l'accomplissement des formalités de douane et l'acquiescement des droits, il est délivré au dédouaneur de la marchandise un permis de passage par les portes de la douane. || Sur la demande de l'importateur et sur la présentation du reçu du caissier de la douane, il est délivré à l'intéressé une note détaillée, ou Kechf, des marchandises qui ont acquitté les droits. || La présentation du Kechf est indispensable pour réexporter, en franchise de droits, une marchandise d'origine étrangère et établir

le droit au remboursement de la différence entre les droits d'importation et ceux d'exportation, si la réexportation se produit dans les six mois de la date du retrait de la marchandise, date qui sera constatée sur le Kechf. || La douane ne délivre pas de Kechf pour les marchandises sujettes à déperissement ou détérioration. (Voir art. 20). || Le Kechf n'est délivré qu'une seule fois, sauf le cas de perte dûment prouvée, où il peut être renouvelé.

Art. 12.

Importation des produits originaires d'Égypte et exportation des produits originaires de l'étranger.

Si un produit du pays, après avoir été exporté à l'étranger, est rapporté en Égypte, il sera soumis au paiement du droit d'importation établi sur les produits étrangers. || De même, si une marchandise d'origine étrangère est exportée à nouveau, elle est soumise au paiement du droit de sortie établi sur les produits du pays, à moins qu'elle ne soit accompagnée d'un Kechf établissant clairement son identité et la date de l'acquittement des droits d'importation; dans ce cas, elle jouit de la franchise à l'exportation. || Si cette exportation est faite avant qu'un délai de six mois ne soit écoulé, le remboursement de la différence entre le droit d'importation et le droit d'exportation peut être exigé. Mais dans l'un et l'autre cas, la présentation du Kechf est indispensable, comme il est dit à l'art. 11.

Art. 13.

Retrait des marchandises de la douane, dédouaneurs autorisés.

Les marchandises peuvent être retirées de la douane, après l'accomplissement des formalités par les personnes munies de l'ordre de livraison émanant des capitaines, des consignataires des navires, ou des compagnies de navigation. || Cependant, les dédouaneurs de profession ne seront admis à retirer les marchandises arrivant pour le compte de tiers que s'ils remplissent les conditions suivantes: || 1° Aucun dédouaneur ne peut exercer sa profession sans être agréé par l'Administration des douanes; || 2° Toute demande à cette fin doit être faite par écrit, et accompagnée d'un certificat d'honorabilité émanant de deux négociants-notables d'une honorabilité reconnue; || 3° Si ce certificat est jugé suffisant, le postulant est agréé et il lui est délivré un permis en conséquence; || 4° Si la recommandation est considérée comme insuffisante, l'Administration peut exiger du candidat, soit le dépôt d'une somme de 2,000 P. T. à 10,000 P. T., soit une caution donnée par deux négociants agréés par l'Administration; || 5° Le dépôt ou la caution garantissent à l'Admini-

stration le paiement des amendes encourues par le dédouaneur, en raison des contraventions qui viendraient à être constatées à sa charge; || 6° Tout dédouaneur peut être suspendu par le directeur général des douanes pour un temps déterminé, suivant la gravité de la faute ou de l'irrégularité commise dans l'exercice de sa profession, et ce, sans préjudice du paiement des amendes encourues. Pour la première fois, la suspension ne peut excéder six mois. Elle peut être d'une année s'il y a récidive. Avis motivé de la mesure disciplinaire est donné par écrit à l'intéressé; || 7° Les personnes au service permanent de tiers sont passibles des mêmes amendes et mesures disciplinaires que les dédouaneurs de profession. Toutefois, le chef de la maison intéressée devra recevoir un avis préalable et être mis en mesure de fournir, s'il y a lieu, des explications utiles.

Titre II.

Importation et transport des marchandises d'une douane à une autre.

Art. 14.

Présentation des marchandises aux douanes de terre.

Les marchandises à introduire par voie de terre doivent être présentées au bureau de douane le plus voisin de la frontière. || Si le bureau est en dedans de la ligne, les marchandises doivent parcourir la route usitée sans aucune déviation. || Si le bureau le plus voisin n'a pas la possibilité de les recevoir, elles continuent leur route jusqu'au bureau le plus voisin pouvant les recevoir, mais les conducteurs doivent se munir, au premier bureau, d'un avis indiquant qu'ils s'y sont présentés et ont soumis leurs marchandises à une visite sommaire. || Si le bureau le plus voisin n'est pas éloigné de plus de dix kilomètres, les marchandises doivent être escortées par les agents douaniers.

Art. 15.

Manifeste de cargaison.

Dans les trente-six heures de l'arrivée d'un navire dans une rade ou port égyptien, le capitaine ou l'agent des armateurs doit déposer à la douane deux copies du manifeste de cargaison, certifiées, par lui, conformes à l'original. La douane se réserve la faculté, dans tous les cas, de réclamer la présentation du manifeste original pour être collationné avec les copies. || La présentation du manifeste peut être exigée, quelle que soit la cause pour laquelle le navire accoste au port, et quelle que soit la durée de temps qu'il s'y arrête. || Si le navire provient d'un port

égyptien, le manifeste de cargaison doit être accompagné du manifeste de départ de ce port, à moins que le navire n'ait été dispensé de se munir de ce document aux termes de l'art. 5. || Si le chef de la douane doute de la conformité des indications du manifeste avec la cargaison, le capitaine doit donner toutes explications et produire tous documents jugés nécessaires. || Le magasinier de la douane, après débarquement des marchandises destinées au port d'arrivée, en donnera reçu sur la copie du manifeste. Cette copie sera ensuite remise à l'intéressé. || Si la totalité de la cargaison est destinée à un autre port, la douane apposera seulement son visa sur la copie du manifeste. || Les navires dont la cargaison est destinée à un autre port ou qui arrivent sur lest, ne peuvent séjourner dans le port d'arrivée, sans raison majeure, pendant plus de trois semaines. Pendant toute la durée de ce séjour ils sont soumis à la surveillance de la douane. || Si ces navires doivent prolonger leur séjour dans le port, pour cause de réparations, d'avaries, vents contraires, manque de fret, etc., ils ne peuvent le faire sans autorisation spéciale de la douane. Cette autorisation ne sera accordée que si les motifs invoqués paraissent légitimes. || A défaut de l'autorisation, le navire doit quitter le port sans délai, et avant le départ il est soumis à la visite des agents de la douane. || Si un navire s'arrête dans un port pour un motif paraissant suspect à la douane, celle-ci peut exiger la présentation immédiate du manifeste et faire, dans les conditions mentionnées à l'article 41, toutes perquisitions qu'elle jugera nécessaires.

Art. 16.

Manifeste d'importation.

Le manifeste doit contenir les indications suivantes: || Le nom du navire; || Le port de départ et les escales faites pendant le voyage; || L'énonciation sommaire des différentes espèces de marchandises dont la cargaison se compose; || Le nombre et la nature des colis; || Leurs marques et numéros. || Le nombre total des colis doit être répété en toutes lettres, sur le manifeste et les deux copies. Tous renvois, ratures, surcharges ou interlignes doivent être approuvés. || Dans le cas d'omission d'une des prescriptions ci-dessus, le manifeste est restitué et considéré comme non présenté. Pourtant, dans de pareils cas, le capitaine a la faculté de présenter un nouveau manifeste.

Art. 17.

Débarquement des marchandises.

Un préposé de la douane pointe sur une des copies du manifeste, contrairement avec le capitaine du navire ou son représentant, les

colis et marchandises débarqués. || Les marchandises sont transportées à la douane pour les opérations de vérification et d'enregistrement. || La partie de la cargaison qui doit être transportée à une autre destination reste à bord, et la sortie en est légitimée lors du départ du navire, au moyen d'un laissez-passer délivré par la douane au capitaine. || La douane a toujours la faculté, quand elle le juge utile, d'envoyer à bord des gardiens et de prendre telle mesure qu'elle croit opportune pour empêcher tout embarquement, débarquement ou transbordement non autorisé. || Si la quantité des marchandises ou le nombre des colis débarqués sont inférieurs aux indications données à cet égard par le manifeste, le capitaine ou son représentant doit fournir des justifications relativement aux différences constatées. Si les marchandises ou les colis manquants n'ont pas été embarqués, s'ils n'ont pas été débarqués ou s'ils ont été débarqués sur un point autre que celui de leur destination primitive, la justification doit en être fournie au moyen de documents certains établissant le fait. || Si les marchandises ou les colis manifestés ne se retrouvent pas et que la valeur en soit réclamée par le chargeur et le destinataire, le capitaine ou son représentant doit apporter les preuves du remboursement de cette valeur. || Si les justifications exigées par le présent article ne peuvent être données dans les vingt-quatre heures, le capitaine ou son représentant sera tenu de donner caution ou de faire le dépôt du montant de l'amende aux termes de l'article 37; dans ce cas, il peut lui être accordé, pour fournir ces justifications, un délai qui ne pourra excéder quatre mois.

Art. 18.

Déclaration.

La déclaration prescrite à l'art. 6 doit être présentée aux douanes dans les huit jours qui suivent le débarquement de la cargaison, sans compter les dimanches et jours fériés de la douane. || Ce délai expiré, la marchandise est soumise aux droits de magasinage „*ardich*“ aux termes du règlement spécial sur cette matière. || Il est obligatoire pour le négociant d'indiquer dans sa déclaration la valeur des marchandises. Si la douane n'accepte pas comme base de la perception des droits, la valeur déclarée par le négociant, elle peut réclamer la présentation de tous les documents qui doivent accompagner l'envoi d'une marchandise tels que factures, police d'assurance, correspondances, etc., etc. || Si le négociant ne produit pas ces documents, ou, si ces pièces paraissent insuffisantes, la douane pourra fixer elle-même la valeur de la marchandise, et, si le négociant refuse d'acquitter les droits au comptant, à raison de l'estima-

tion douanière, la perception des droits s'effectuera en nature. || Dans ce cas, si les marchandises sont toutes de la même espèce ou qualité, la perception des droits en nature s'opère proportionnellement aux quantités; dans le cas où les marchandises comprennent des objets d'espèces ou de qualités variées la perception des droits en nature ne s'opère que sur les articles contestés, au choix de la douane, qui devra se baser dans l'un et l'autre cas, sur les prix indiqués par le négociant. || Toutefois, si l'écart entre les prix indiqués par le négociant et l'estimation faite par la douane ne dépasse pas 10 %, le choix des objets à prélever en nature, appartiendra moitié au négociant et moitié à la douane. || L'autorité douanière ne pourra pas demander que les droits soient payés en nature sur les articles dont la valeur ne sera pas contestée. || Dans le cas où la marchandise dont la valeur est contestée ne pourrait être fractionnée, telle que, une voiture, un piano, une pièce de machine, etc., la douane peut prendre pour son compte la marchandise, en faisant connaître son intention à cet effet, dans les trois jours qui suivront la remise de cette déclaration; dans ce cas, le paiement du prix de la marchandise déclaré par l'importateur, majoré de 10 %, ainsi que le remboursement des droits quelconques qui auraient été perçus sur la dite marchandise, seront effectués dans les quinze jours qui suivront la déclaration. || Sur la demande du propriétaire d'une marchandise, celui-ci sera autorisé à vérifier le contenu des colis arrivant pour son compte avant d'en dresser la déclaration écrite. || La déclaration, une fois présentée, ne peut être modifiée sans excuse valable et sans autorisation, par écrit, du directeur de la douane. || Le permis d'ouvrir les colis pour en vérifier le contenu est donné par le directeur de la douane, ou l'inspecteur en chef, lequel délègue l'employé qui doit assister à la vérification.

Art. 19.

Forme de la déclaration.

Les déclarations doivent être faites par écrit sur des formules imprimées par la douane. || Elles énoncent: || 1° Les noms, prénoms, nationalité et domicile du déclarant: || 2° À l'importation, les lieux de provenance et d'origine, et à l'exportation, les lieux de destination des marchandises, ainsi que le nom du navire qui les a transportées ou doit les transporter; || 3° L'espèce, la qualité des marchandises, le nombre, la nature, les marques et numéros des colis, et s'il y a lieu, le poids de la marchandise; || 4° La valeur de la marchandise calculée sur le prix que celle-ci a dans le lieu de chargement ou d'achat avec majoration des frais de transport et d'assurance jusqu'au port de déchargement. || Si la

valeur n'est pas connue du déclarant, la douane fera procéder à l'évaluation par ses estimateurs.

Art. 20.

Effets du défaut de présentation de la déclaration.

Le refus ou le retard de présenter la déclaration et de venir retirer la marchandise dans un délai de douze mois à partir de son débarquement en douane, donne le droit à l'Administration de faire, dans les formes administratives, la vente aux enchères publiques en donnant un seul avis au destinataire, soit directement, s'il est connu d'elle, soit par l'entremise du Consulat dont il dépend, si elle le connaît, soit par une publication dans un journal de la localité, ou de la localité la plus voisine, s'il n'est pas connu. Toutefois la vente ne pourra avoir lieu que huit jours après que l'avis aura été donné. || Les marchandises sujettes à détérioration ou dépérissement, telles que les liquides, les fruits, etc., ne peuvent séjourner en douane plus longtemps que leur état ne permet de les garder. Si jusque-là, elles ne sont pas retirées, la douane constate par procès-verbal le défaut d'enlèvement en temps opportun et effectue la vente d'office sans avoir à appeler le propriétaire. || L'ouverture et la vente des colis abandonnés doivent se faire, en cas d'absence des intéressés, avec l'assistance des représentants de l'autorité consulaire ou indigène, selon la nationalité de l'intéressé. || Si, après convocation, les représentants de cette autorité ne se présentent pas, il en est dressé procès-verbal et la douane procédera à la vente. || Le produit des ventes, après déduction des droits de douane, des frais de magasinage, des amendes et de tous autres droits et frais reste en dépôt dans les caisses de l'Administration à la disposition de qui il appartiendra. || Si ce dépôt n'est pas réclamé dans les trois ans, il est acquis à l'Administration des douanes. || Tant que la vente n'est pas consommée, le propriétaire de la marchandise peut la retirer en acquittant les droits de douane et tous les autres frais, y compris ceux de criée et de courtage, s'il y a lieu.

Art. 21.

Expédition des marchandises étrangères d'une douane à une autre.

Les colis des marchandises étrangères qui, avant le paiement des droits doivent être expédiés d'une douane à une autre, ne peuvent être enlevés qu'après une déclaration. || La déclaration détaillée n'est nécessaire, que si l'emballage des colis est défectueux; cette déclaration pourra ne porter que sur la valeur des marchandises si les colis se trouvent dans, de bonnes conditions d'emballage. || Les colis doivent être accompagnés

d'un Elm-Khabar; ils doivent être, en outre, placés sous la garantie du plomb de la douane. Sont dispensés du plombage les colis n'ayant qu'une valeur inférieure à 30 P. T., ou les marchandises qui, par leur nature, ne sont pas susceptibles de recevoir le plomb. || En cas de transport par chemin de fer, l'expédition sera faite sous la surveillance de la douane, qui retirera les connaissements et les fera parvenir aux autorités douanières du lieu de destination. || La douane remettra l'Elm-Khabar au propriétaire des colis pour la vérification à l'arrivée. || Si l'expédition est faite par une autre voie de terre, le propriétaire devra consigner les droits d'importation ou donner caution du montant de ces droits. || Les marchandises d'origine étrangère, ayant déjà acquitté les droits, qui seraient exportées par mer à un autre port égyptien ne seront soumises à aucun droit nouveau. || S'il existe des droits de consommation sur les marchandises en question, la douane de départ n'exigera que le dépôt de ces droits; le montant des droits déposé sera remboursé à l'ayant-droit contre la production d'un certificat de la douane de destination constatant l'arrivée des marchandises.

Art. 22.

Décharge de l'Elm-Khabar.

À l'arrivée des marchandises à la douane vers laquelle elles ont été dirigées, le destinataire doit, dans un délai de huit jours, sans compter les dimanches et jours fériés de la douane, déclarer leur destination définitive si elle n'est déjà portée sur l'Elm-Khabar, ou faire le retrait de ces marchandises en payant les droits. Si ces marchandises restent à la douane passé ce délai, elles sont passibles du droit d'ardieh. || A l'arrivée, il est procédé à la vérification de l'identité des marchandises; si elles se trouvent conformes aux énonciations de l'Elm-Khabar, un certificat de décharge est délivré au destinataire; si au contraire la constatation fait ressortir des différences, et si les colis portent des traces d'une manipulation pratiquée en route, le certificat est refusé ou bien il n'est donné que pour la partie des marchandises trouvée conforme aux indications de l'Elm-Khabar. Procès-verbal est dressé relatant l'état de la marchandise au moment de la vérification. || Un certificat de décharge peut être délivré pour les colis qui n'ont pas été soumis, au départ, à une vérification minutieuse, mais qui, s'étant trouvés en bon état d'emballage, auraient été simplement plombés, et cela sur la constatation à l'arrivée qu'ils sont intacts et ne portent trace d'aucune altération. || Le retour à la douane de départ du certificat de décharge donne droit à la restitution du dépôt ou dégage la caution.

Art. 23.

Exportation des marchandises égyptiennes d'une douane à une autre.

Les marchandises indigènes, c'est-à-dire les produits du sol ou de l'industrie de l'Égypte, qui seraient transportées par mer à un autre port égyptien devront acquitter en dépôt le droit d'exportation de 1 % *ad valorem* contre remise d'un Elm-Khabar. || L'Elm-Khabar est déchargé à l'arrivée, dans les conditions énoncées à l'article précédent, et le certificat de décharge donne droit à la restitution du dépôt ou dégage la caution.

Titre III.

Du transit

Art. 24.

Marchandises en transit.

Les marchandises destinées à traverser le territoire seront soumises, en ce qui concerne la déclaration écrite et la visite, aux règles établies pour l'entrée des marchandises étrangères sujettes aux droits de douane, et, en ce qui concerne l'expédition, aux règles établies pour le transport des marchandises d'une douane à une autre. || Après la vérification des marchandises en transit, un Elm-Khabar est délivré au propriétaire ou expéditeur contre dépôt ou garantie par cautionnement d'une somme égale au montant du droit d'entrée. || Sur l'Elm-Khabar, la douane indique le délai dans lequel les marchandises doivent être présentées au bureau de sortie. Ce délai peut être fixé à dix jours au minimum et à six mois au maximum selon la distance que doivent parcourir les marchandises. || Les colis en transit sont soumis au plombage.

Art. 25.

Décharge de l'Elm-Khabar de transit.

Quand l'identité des marchandises expédiées en transit a été constatée et leur sortie effectuée dans le délai indiqué par l'Elm-Khabar, celui-ci est vidimé par la douane de sortie. || La présentation à la douane de départ de l'Elm-Khabar vidimé donne droit au remboursement du dépôt ou à la décharge de la caution. || Si à l'expiration d'un délai de six mois l'Elm-Khabar régulièrement vidimé n'est pas présenté à la douane de départ, les marchandises sont considérées comme ayant été livrées à la consommation, et le montant du dépôt est définitivement acquis à la douane. S'il y a cautionnement, l'Administration exige du garant le paiement du droit garanti. || Dans le cas de perte dûment prouvée de

l'Elm-Khabar de transit, après visa donné par le bureau de sortie, ce bureau est tenu de délivrer un certificat destiné à remplacer l'Elm-Khabar. || En cas de perte totale dûment constatée des marchandises, il y aura lieu à restitution de la somme déposée en garantie.

Titre IV.

De l'exportation.

Art. 26.

Manifeste.

Le manifeste d'exportation doit être présenté à la douane du port de départ d'après les règles établies par l'article 5.

Art. 27.

Déclaration.

Les marchandises destinées à l'exportation doivent être déclarées. La déclaration se fait suivant les règles établies aux articles 18 et 19. || La douane, après avoir fait la vérification des marchandises, et avoir perçu les droits d'exportation, délivre, en même temps que la quittance de ces droits, un permis d'embarquement qui doit être représenté au préposé de garde à l'échelle d'exportation. || Les marchandises apportées en douane pour être exportées ne sont passibles d'aucun droit d'ardieh pendant 48 heures; passé ce délai, elles sont soumises à ce droit, à moins d'impossibilité d'embarquement pour cause de mauvais temps, ou manque de moyens de transport, etc. || L'exemption des droits d'ardieh pour cause de force majeure, n'est toutefois accordée que pour les marchandises qui auraient préalablement acquitté les droits d'exportation.

Titre V.

De la circulation et du cabotage.

Art. 28.

Expéditions des marchandises nationales.

Les marchandises égyptiennes qui sont expédiées d'un endroit à un autre du territoire par voie de mer, conservent leur nationalité, pourvu qu'elles n'aient touché à aucun territoire étranger. || Si un navire portant de telles marchandises en cabotage touche, par suite de force majeure, un port étranger, la marchandise ne perd pas, par ce fait, sa nationalité.

Art. 29.

Plomb à apposer aux colis.

Les colis transportés en cabotage doivent être plombés, si la douane l'exige.

Titre VI.

Dispositions relatives à la surveillance.

Art. 30.

Défense d'accostage.

Il est défendu aux navires de toute portée d'accoster, sauf les cas de force majeure, les points où il n'existe pas de bureau de douane.

Art. 31.

Surveillance sur le Canal maritime de Suez et aux bouches du Nil.

Sur le Canal maritime de Suez et sur les lacs qu'il traverse, ainsi qu'aux bouches du Nil, il est défendu d'aborder ou de se mettre en communication avec la terre, de manière à pouvoir charger ou débarquer des marchandises hors la présence des agents de la douane, sauf les cas de force majeure. || Les agents doivent arrêter et visiter tout voilier dont l'attitude serait suspecte et le conduire au bureau de douane le plus proche, en dressant procès-verbal.

Art. 32.

Surveillance sur la mer.

Les agents douaniers peuvent, dans le rayon de dix kilomètres du littoral, se rendre à bord des bâtiments d'une portée inférieure à 200 tonneaux et se faire présenter à nouveau le manifeste et les autres documents relatifs à la cargaison. || Si un navire à destination d'un port égyptien est dépourvu de manifeste ou présente quelque indice de fraude, les employés doivent l'accompagner jusqu'à la douane la plus proche en dressant procès-verbal. || Si un navire quelconque d'une portée inférieure à 200 tonneaux destiné à un port étranger, est trouvé dans le susdit rayon sans manifeste, ou avec un manifeste ne portant pas les indications d'usage, les agents douaniers peuvent l'escorter hors du rayon de surveillance, ou, en cas d'indice de fraude, le forcer à les accompagner jusqu'à la douane la plus voisine, ou praticable, en dressant procès-verbal. || Les agents de la douane, les officiers des bâtiments du service postal égyptien et les officiers des navires de l'État, peuvent aborder tout bâtiment à voile ou à vapeur d'une portée inférieure à 200 tonneaux, ayant jeté l'ancre ou louvoyant dans les dix kilomètres du littoral, sans justification de force majeure. || S'ils trouvent à bord des marchandises dont l'importation ou l'exportation sont prohibées, ils les confisqueront sommairement, en dressant un procès-verbal qui devra énoncer que le bâtiment a été trouvé dans les limites du rayon de surveillance, à l'ancre, sans qu'il y eût nécessité, ou faisant une navigation que ne justifiaient ni sa destination

ni aucun cas de force majeure. || Si les agents de la douane, les officiers des bâtiments du service postal égyptien ou les officiers des navires de l'État donnent la chasse à un bâtiment d'une portée inférieure à 200 tonnes, et que celui-ci refuse de se laisser aborder, ils doivent hisser le pavillon et la flamme de leur embarcation ou navire, et avertir le bâtiment par une décharge à poudre. Si le navire ne s'arrête pas, une seconde décharge à boulet ou à balles doit être dirigée dans sa voilure. Après ce double avertissement le poursuivant fera un usage sérieux des armes. La poursuite peut être continuée, et le navire poursuivi peut être saisi, au delà de dix kilomètres. || Pour les navires d'une portée supérieure à 200 tonnes, la surveillance se borne à une observation de leurs mouvements le long du littoral; en cas de tentative de déchargement des marchandises à terre ou dans les embarcations, ou de transbordement, les susdits agents et officiers peuvent obliger le navire à les accompagner à la douane la plus proche ou praticable, en dressant procès-verbal de la contravention. || Les susdits agents et officiers ne peuvent visiter aucun navire, bâtiment ou embarcation de guerre, appartenant à une Puissance étrangère; ils doivent se borner à en surveiller les mouvements, et en cas d'indice de contrebande, signaler à la Direction des douanes les faits qu'ils auront observés. || Dans les cas prévus ci-dessus, les procès-verbaux des perquisitions devront être communiqués à l'autorité consulaire dont dépend le contrevenant, si celle-ci en fait la demande.

Titre VII.

. De la contrebande.

Art. 33.

À la suite de toute saisie en matière de contrebande, le directeur et trois ou quatre employés principaux de l'Administration, se constituent en Commission douanière, et, après avoir procédé à l'instruction de l'affaire, décident s'il y a lieu à confiscation et à l'application de l'amende. || La confiscation peut porter sur la marchandise, ainsi que sur tous moyens de transport et tous instruments de contrebande. Toutefois, les bâtiments ne pourront être confisqués comme moyens de transport que dans le cas où ils auraient été affrétés en réalité dans ce but. || L'amende est applicable quelle que soit la nature de la marchandise saisie; elle est égale au double droit d'importation, et en cas de récidive elle peut être portée au quadruple, puis au sextuple. || La décision de la Commission douanière doit énoncer la date de la saisie, les circonstances dans lesquelles elle a été opérée, les noms et qualités des saisissants, des témoins et du prévenu, l'espèce et la quantité de la marchandise, et les motifs justifiant la décision prise. ||

Une copie de cette décision, signée par le directeur de la douane, ou par délégation de ce fonctionnaire, est, dans le jour de sa rédaction ou dans le jour qui suit, envoyée directement par la douane à l'autorité consulaire ou indigène dont dépend le prévenu. || À défaut d'opposition faite par le prévenu et notifiée à la douane dans le délai de quinze jours à compter du jour de la remise de la copie à l'autorité, cette décision devient définitive, sans qu'aucun recours puisse être admis. || Si le prévenu croit devoir faire opposition, cette opposition sera portée devant le tribunal de commerce du ressort. Lorsque le prévenu est sujet étranger, son opposition sera portée devant la Chambre de commerce du tribunal mixte. || Les décisions de la Commission douanière font foi jusqu'à inscription de faux des énonciations qui y sont contenues. || Les procès-verbaux dressés par les agents de la douane font foi jusqu'à preuve contraire. || Si la décision judiciaire rendue en dernier ressort sur l'opposition déclare mal fondée la décision de la Commission douanière, le propriétaire de la marchandise aura droit à une indemnité égale au dommage qu'il aura pu souffrir par suite de la saisie. || L'Administration des douanes aura toujours le droit de transiger avec le prévenu en abaissant la pénalité à une amende qui est à apprécier suivant les circonstances, mais qui ne pourra, en aucun cas être inférieure au double du droit d'importation.

Art. 34.

Les pénalités en matière de contrebande seront applicables, solidairement, aux auteurs et complices quels qu'ils soient ayant concouru à la fraude et aux propriétaires des marchandises.

Art. 35.

En dehors des cas ordinaires de tentative d'introduction frauduleuse, seront considérées comme de contrebande et traitées d'après les règles prescrites à l'article 33 et avec les conséquences ci-dessus: || 1° Les marchandises étrangères débarquées irrégulièrement dans les ports ou sur les côtes, déviées de leur route ou déchargées avant d'arriver à la première douane; || 2° Les marchandises étrangères que l'on tente de décharger ou de transborder sans qu'elles soient manifestées, ou celles trouvées sur des barques d'une portée ne dépassant pas quinze tonneaux, dirigées vers un port égyptien et dépourvues de manifeste; || 3° Les marchandises étrangères trouvées sur le canal maritime de Suez et les lacs qu'il traverse ou aux bouches du Nil, dans des embarcations qui accostent, ou qui sont en communication avec la terre, sans l'autorisation écrite de l'Administration des douanes ou dans les bâtiments qui longent le

littoral, jettent l'ancre ou accostent là où il ne se trouve pas de bureau des douanes. || Ne seront pas toutefois considérées comme de contrebande les marchandises trouvées dans les conditions susdites, si le cas de force majeure est dûment établi; || 4° Les marchandises étrangères trouvées sur les personnes, dans les bagages, embarcations ou voitures, ou cachées dans les colis de meubles ou de marchandises d'autre espèce; de manière à faire présumer l'intention de les soustraire aux droits; || 5° Les marchandises étrangères enlevées de la douane sans laissez-passer; || 6° Les marchandises étrangères déposées dans le désert hors de la ligne douanière et dans des conditions suspectes; || 7° Les marchandises étrangères expédiées en cabotage, sans Raftieh, sur des bâtiments d'une portée inférieure à 5 tonneaux; || 8° Toutes les marchandises soumises au droit d'exportation dont on effectuerait ou tenterait d'effectuer la sortie, sans les présenter à la douane. || En ce cas, l'amende à prononcer en sus des confiscations sera égale à seize fois le droit d'exportation, et pourra être en cas de récidive portée au double, puis au sextuple de ce chiffre. || Seront également considérées comme de contrebande et traitées d'après les mêmes règles, toutes marchandises prohibées par le Gouvernement, ainsi que les tabacs et les tombacs circulant, en cabotage ou à l'intérieur, ou trouvés sur un point quelconque en contravention aux règlements.

Titre VIII.

Des contraventions.

Art. 36.

Les contraventions sont punies d'une amende exigible solidairement contre les auteurs, instigateurs et complices, contre les propriétaires des marchandises et contre les capitaines des navires, qui répondront aussi des infractions commises par l'équipage. || Le paiement des amendes prévues au présent titre est exigible dans les cinq jours qui suivront la signification, à moins qu'avant l'expiration de ce délai les intéressés ne se soient pourvus par voie judiciaire contre la décision de l'Administration des douanes. || Les marchandises et navires serviront de garantie suivant les cas au recouvrement des droits et amendes, sans préjudice des dispositions de l'art. 8, alinéa 5, et de toute autre action. || L'amende ne sera pas prononcée si la douane reconnaît qu'il y a eu cas de force majeure; la preuve doit, en ce cas, être dûment fournie avant le retrait des marchandises ou le départ des navires; la douane peut même accorder un délai. || L'application de ces amendes est indépendante des droits dus selon les traités, lois et règlements.

Art. 37.

Si des différences en plus existent entre les marchandises et les indications du manifeste de cargaison, le capitaine paiera une amende qui ne pourra être inférieure au droit de douane, ni supérieure au triple de ce droit, pour chaque colis non mentionné sur le manifeste. Si des colis en excédent ont les mêmes marques et numéros que d'autres colis indiqués sur le manifeste, ceux qui seront passibles du droit le plus élevé seront considérés comme non manifestés. || Pour chaque colis porté sur le manifeste et non représenté, d'après l'art. 17, il sera versé une amende qui, outre le droit de douane à évaluer suivant les indications des documents représentés, ne pourra être inférieure à 100 P. T. ni supérieure à 600 P. T. || L'amende pour les marchandises chargées en vrac d'après le manifeste, peut être portée de 60 P. T. à 600 P. T. || Toutefois, les excédents ne dépassant pas dix pour cent, et les manquants ne dépassant pas cinq pour cent, ne donneront pas lieu à l'application des amendes.

Art. 38.

Pour les différences de quantité, de poids ou de qualité entre la déclaration écrite et la marchandise présentée à la visite, il sera perçu une amende qui ne pourra être inférieure au dixième du droit, ni supérieure au droit de douane. || Il n'y aura lieu d'appliquer aucune amende si les différences de quantité, ou de poids, ne dépassent pas cinq pour cent.

Art. 39.

Sont soumis à une amende de P. T. 200 à P. T. 1,000 les capitaines des bâtiments: || 1° qui refusent d'exhiber ou qui ne possèdent pas le manifeste légal de la cargaison; || 2° qui refusent d'admettre les agents douaniers à bord; || 3° qui partent ou tentent de partir sans la permission de la douane; || 4° qui contreviennent à toute autre prescription énoncée à l'art. 15. || Le tout sans préjudice des cas de contrebande. || L'amende sera de P. T. 25 à P. T. 200: || 1° Au cas où les bâtiments ne seraient pas amarrés dans les endroits désignés; || 2° Au cas où les déchargements, chargements et transbordements de marchandises auraient lieu sans la permission de la douane, ou hors de la présence des agents douaniers; || 3° Au cas de présentation tardive du manifeste, si le retard n'est pas justifié.

Art. 40.

L'amende sera de P. T. 25 à P. T. 100 au cas de tentative d'importation ou d'exportation en dehors des règles prescrites, même pour les marchandises exemptes des droits d'entrée ou de sortie.

Art. 41.

En cas de soupçons de fraude, les employés peuvent, dans la zone de surveillance, faire des visites ou perquisitions dans l'intérieur des habitations et des magasins, mais seulement dans le but de rechercher une marchandise prohibée ou soustraite au paiement du droit et de la saisir s'il y a lieu. || Il ne doit être cependant procédé à ces visites que sur l'ordre écrit du directeur de la douane et avec l'assistance: 1° d'un employé supérieur du grade d'inspecteur au moins; 2° d'un délégué du Gouvernorat. || Le double de l'ordre de visite, qui indiquera le jour et l'heure de la perquisition, devra être, le cas échéant, envoyé en temps utile à l'autorité consulaire intéressée, qui devra assister à la perquisition ou s'y fera représenter sans occasionner aucun retard. || Si, quatre heures après la remise du double de l'ordre de perquisition, l'autorité consulaire ne s'est pas faite représenter, elle sera considérée comme voulant s'abstenir et les agents de la douane seront autorisés à procéder à la perquisition. || Dans les localités situées à plus d'une heure de distance du siège d'une autorité consulaire, les agents de la douane pourront procéder à une perquisition en présence de deux témoins de la nationalité du propriétaire ou locataire de la demeure ou du magasin à visiter, ou, à défaut, en présence de deux autres témoins étrangers. || Ces stipulations ne seront pas applicables dans le cas où la perquisition doit être faite dans un magasin indépendant du domicile ou dans des locaux servant exclusivement d'entrepôt ou de dépôt de marchandises. Dans ce cas, il suffira qu'un avis préalable de la visite soit donné au propriétaire ou à son représentant, où, à défaut, à l'autorité consulaire. || Pour procéder à une visite ou perquisition à bord d'un navire étranger ancré dans un port égyptien, il faut un ordre écrit du directeur de la douane; le double de l'ordre qui indiquera le jour et l'heure de la perquisition devra être envoyé en temps utile à l'autorité consulaire intéressée, qui pourra se faire représenter, si elle le juge à propos. || Toutefois, la perquisition ne pourra être, en aucun cas, ni retardée ni entravée par l'abstention de l'autorité consulaire, pourvu que celle-ci ait été dûment avisée. || Dans tous les cas où l'autorité consulaire n'assiste pas à la perquisition, un procès-verbal devra être dressé et la copie lui sera communiquée sans délai. || Le procès-verbal dressé par les agents de la douane, devra énoncer les dires et observations de la personne chez laquelle la visite aura été pratiquée, ou, en cas d'absence de celle-ci, les dires et observations de ses représentants ou domestiques. || La personne intéressée, ou, à défaut, ses représentants ou domestiques, seront invités à signer le procès-verbal. || Les perquisitions ne pourront être opérées qu'à partir du lever jusqu'au coucher du soleil.

Art. 42.

Anciennes dispositions.

Toutes les dispositions contraires à celles contenues dans le présent règlement sont abrogées.

Le Caire, le 16 février 1909.

Signé: Giacomo de Martino.
Boutros Ghali.

Nr. 14044. DEUTSCHESREICH und GROSZBRITANNIEN. Erklärung in bezug auf das Schiedsgerichtsverfahren hinsichtlich der Walfischbai-Grenze.

Berlin, 30. Januar 1909.

In Erwägung, daß am 1. Juli 1890 ein Abkommen bezüglich gewisser, die kolonialen Interessen von Deutschland und Großbritannien berührenden Fragen unterzeichnet worden ist, und der dritte Artikel dieses Abkommens die Grenzen des Gebietes in Südwestafrika betraf, innerhalb deren Deutschland die Ausübung seines Einflusses vorbehalten wurde, welcher Artikel unter anderem vorsieht, daß die Festsetzung der Südgrenze des Britischen Walfischbaigebiets der Entscheidung durch einen Schiedsspruch vorbehalten wird, falls nicht innerhalb zweier Jahre von der Unterzeichnung dieses Übereinkommens eine Vereinbarung der beiden Mächte über die Grenze getroffen ist, || Und in Erwägung, daß die Frist von zwei Jahren, wie sie in dem Abkommen vereinbart war, verstrichen ist, ohne daß eine Einigung über die Frage der Südgrenze erzielt worden wäre, || In fernerer Erwägung, daß im Jahre 1904 die Prüfung der Frage zwei örtlichen Kommissaren übertragen wurde, von denen der eine von der Deutschen Regierung, der andere von der Regierung der Kolonie des Kaps der Guten Hoffnung ernannt war und die beiden Kommissare einen gemeinsamen Bericht vorlegten, aus dem hervorging, daß sie sich in der Streitfrage nicht einigen konnten, haben nunmehr die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung Seiner Britischen Majestät in Verfolg der Bestimmungen des vorgedachten dritten Artikels des Abkommens vom 1. Juli 1890 beschlossen, den Schiedsspruch Seiner Majestät des Königs von Spanien anzurufen, und zwar auf Grund der in den folgenden Artikeln niedergelegten Bedingungen:

Artikel 1.

Seine Majestät der König von Spanien soll angegangen werden, unter seinen Untertanen einen Juristen von Ruf zu wählen, der als Schieds-

richter in der Angelegenheit der Festsetzung der Südgrenze des Britischen Walfischbai-Gebietes entscheiden soll.

Artikel 2.

Innerhalb eines Zeitraumes von zehn Monaten von dem Datum der Unterzeichnung der gegenwärtigen Erklärung wird jede der beiden Mächte Seiner Majestät dem König von Spanien eine Denkschrift über den schwebenden Streitfall behufs Übermittlung an den Schiedsrichter überreichen.

Artikel 3.

Nach der in Artikel 2 festgesetzten Frist hat jede der Parteien eine weitere Frist von acht Monaten, innerhalb deren sie den Schiedsrichter, falls es nötig erscheint, mit einer Antwort auf die von der Gegenpartei gelieferte Denkschrift versehen kann.

Artikel 4.

Die Denkschrift und die Antwort auf dieselbe, sowie alle etwaigen beigelegten Dokumente sind im Druck niederzulegen und in doppelter Ausfertigung Seiner Majestät dem König von Spanien und gleichzeitig der Gegenpartei zu übermitteln. Die Denkschrift und die Antwort jeder Partei sind in der betreffenden Landessprache abzufassen. Die Beifügung von Übersetzungen ist nicht nötig.

Artikel 5.

Dem Schiedsrichter soll das Recht zustehen, von den Parteien jede ihm erforderlich erscheinende Erläuterung zu verlangen und ihm soll die Entscheidung über die Art und Weise des Verfahrens, soweit es nicht durch die gegenwärtige Erklärung bestimmt ist, sowie über alle etwaigen im Laufe der Verhandlungen auftauchenden Zwischenfragen zustehen.

Artikel 6.

Der Schiedsrichter ist berechtigt, alle ihm nötig erscheinenden Hilfsmittel in Anwendung zu bringen. Insbesondere kann er, wenn es ihm angezeigt erscheint, entweder mit oder ohne das vorherige Ersuchen einer der Parteien, einen erfahrenen Offizier (Beamten) auswählen, damit sich dieser an Ort und Stelle begibt und durch alle ihm erforderlich erscheinenden Aufnahmen oder Nachprüfungen oder mündliche Vernehmungen sich die Unterlagen zu einer Entscheidung zu verschaffen in die Lage versetzt wird.

Artikel 7.

Auf das Ansuchen jeder Partei kann der Schiedsrichter, wenn er es für zweckmäßig erachtet, eine Fristverlängerung für die Ablieferung der Denkschrift oder der Antwort gewähren.

Artikel 8.

Jede der Parteien hat ihre eigenen Kosten des Schiedsverfahrens zu tragen. Die gemeinsamen Kosten des Schiedsverfahrens, wie z. B. die dem Schiedsrichter zu gewährende Vergütung und, wenn nötig, seine Reisekosten und alle sonstigen Auslagen sind von beiden, sich dem Schiedsspruch unterwerfenden Parteien zu gleichen Teilen zu übernehmen.

Artikel 9.

Das Urteil des Schiedsrichters ist, nachdem es den Parteien durch Seine Majestät den König von Spanien mitgeteilt ist, als endgültig von diesen anzunehmen.

(L.S.)	W. E. Goschen.
(L.S.)	v. Schoen.

Nr. 14045. **DÄNEMARK und VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA.**
Schiedsgerichtsvertrag.

Washington, 18. Mai 1908.

His Majesty the King of Denmark and the Government of the United States of America, signatories of the Convention for the pacific settlement of international disputes, concluded at The Hague on the 29 th July 1899; || Taking into consideration that by Article XIX of that Convention the High Contracting Parties have reserved to themselves the right of concluding Agreements, with a view to referring to arbitration all questions which they shall consider possible to submit to such treatment; || Have authorized the Undersigned to conclude the following arrangement:

Article I.

Differences which may arise of a legal nature, or relating to the interpretation of treaties existing between the two Contracting Parties, and which it may not have been possible to settle by diplomacy, shall be referred to the Permanent Court of Arbitration established at The Hague by the Convention of the 29th July 1899, provided, nevertheless, that they do not affect the vital interests, the independence, or the honor of the two Contracting States, and do not concern the interests of third Parties.

Article II.

In each individual case the High Contracting Parties, before appealing to the Permanent Court of Arbitration shall conclude a special Agreement defining clearly the matter in dispute, the scope of the powers of the

Arbitrators, and the periods to be fixed for the formation of the Arbitral Tribunal and the several stages of the procedure. It is understood that such special agreements on the part of Denmark will be made by the King in such forms and conditions as He may find requisite or appropriate, and on the part of the United States by the President of the United States and with the advice and consent of the Senate thereof.

Article III.

The present Convention is concluded for a period of five years, dating from the day of the exchange of the ratifications.

Article IV.

The present Convention shall be ratified by His Majesty the King of Denmark; and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof. || The ratifications of this Convention shall be exchanged at Washington as soon as possible, and it shall take effect on the date of the exchange of its ratifications. || Done in duplicate in the Danish and English languages, at Washington, this 18th day of May in the year 1908.

(sign.) Robert Bacon (L. S.)

C. Brun. (L. S.)

Nr. 14046. **BELGIEN, FRANKREICH, GRIECHENLAND, ITALIEN, SCHWEIZ.** Münzabkommen.

Paris, 4. November 1908.

Sa Majesté le Roi des Belges, le Président de la République Française, Sa Majesté le Roi des Hellènes, Sa Majesté le Roi d'Italie et le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse, || Ayant reconnu la nécessité, pour chacune des Puissances signataires de la Convention monétaire conclue à Paris le 6 novembre 1885, d'augmenter le nombre des pièces divisionnaires d'argent par tête de population, et l'intérêt pour la Grèce de nationaliser ses monnaies divisionnaires, en vue de réaliser, dans le Royaume, le retrait des petites coupures de papier-monnaie et de leur substituer des monnaies divisionnaires en argent, ont résolu de conclure, à cet effet, une Convention additionnelle à la Convention du 6 novembre 1885 et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi des Belges: || M. A. Leghait, son Envoyé extraordinaire et Ministre

plénipotentiaire près le Président de la République Française; || Le Président de la République Française: || M. S. Pichon, Sénateur, Ministre des Affaires Etrangères de la République Française, || Et M. J. Caillaux, Député, Ministre des Finances de la République Française; || Sa Majesté le Roi des Hellènes: || M. N. Delyanni, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près le Président de la République Française, || Et M. J. Valaoritis, Sous-Gouverneur de la Banque nationale de Grèce; || Sa Majesté le Roi d'Italie: || M. L. Luzzatti, Député, Ministre d'Etat; || Et le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse: || M. Lardy, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la Confédération Suisse près le Président de la République Française; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1^{er}. A partir de la promulgation de la présente Convention additionnelle, les contingents de monnaies divisionnaires d'argent seront portés, pour chacun des Gouvernements contractants, à 16 francs par tête d'habitant. En vue de l'exécution du présent article, la population est évaluée:

Pour la Belgique à . . .	7,300,000	habitants.
Pour la France à . . .	39,300,000	—
Pour la Grèce à . . .	2,650,000	—
Pour l'Italie à . . .	33,800,000	—
Pour la Suisse à . . .	3,600,000	—

En outre, la population des colonies ou possessions africaines de la France, y compris l'Algérie et l'île de Madagascar, est évaluée à 20 millions d'habitants. Celle du Congo belge est évaluée à 10 millions d'habitants. Ces évaluations pourront être modifiées, d'un commun accord, par correspondance diplomatique. || La France et la Belgique s'engagent à employer exclusivement des écus de 5 francs d'argent aux effigies respectives, pour la fabrication de nouvelles pièces divisionnaires; toutefois la Belgique pourra utiliser, pour cette fabrication, les monnaies d'argent émises par l'ancien Etat Indépendant du Congo, à concurrence de 1,900,000 francs. La Grèce, l'Italie et la Suisse, n'ayant fait frapper que des quantités proportionnellement plus restreintes d'écus de 5 francs d'argent, pourront utiliser des lingots pour ces fabrications, la Suisse, d'une manière exclusive, la Grèce, à raison des $\frac{3}{4}$ de ses frappes annuelles, et l'Italie, à raison d'un tiers de ses frappes annuelles, étant entendu, pour l'Italie, qu'elle jouira seulement de cette faculté jusqu'au moment où ses frappes représenteront 12 francs par tête d'habitant. La fraction complémentaire ($\frac{1}{4}$ ou $\frac{2}{3}$ des fabrications de la Grèce et de

l'Italie) et la totalité des fabrications de l'Italie lorsque les frappes italiennes auront atteint 12 francs par tête d'habitant, devront s'opérer avec des écus de 5 francs d'argent à leur effigie. || En outre, la Grèce est autorisée à frapper exclusivement avec des lingots, en addition à son contingent actuel de 15 millions de drachmes, les 3 millions concédés aux autres Puissances par l'article 2 de la Convention du 29 octobre 1897. || Le bénéfice pouvant résulter des frappes sera versé à un fonds de réserve destiné à l'entretien de la circulation monétaire. || Art. 2. Aucun des Etats contractants ne pourra faire fabriquer annuellement en pièces divisionnaires d'argent plus de 60 centimes par tête de population. || Par exception, la Grèce est autorisée à frapper immédiatement et cumulative-ment avec son nouveau contingent annuel, le reliquat de son contingent de 1885 et les 3 millions dont il est question à l'article 1^{er} ci-dessus. || Les contingents annuels non utilisés pourront être reportés sur les exercices subséquents. || Le total de toutes les frappes qui seront effectuées par chacun des Etats contractants ne pourra dépasser le contingent de 16 francs par tête d'habitant fixé à l'article 1^{er} ci-dessus, étant expressément stipulé que les frappes déjà effectuées sont comprises dans ce contingent total nouveau de 16 francs par habitant. || Art. 3. L'arrangement du 15 novembre 1893 et le protocole additionnel du 15 mars 1898 seront applicables aux nouvelles monnaies d'argent que le Gouvernement italien pourra émettre après la mise en vigueur de la présente Convention additionnelle. || Art. 4. Les Gouvernements belge, français, italien et suisse s'engagent à retirer de la circulation, sur leurs territoires respectifs, les pièces d'argent grecques de 2 francs, 1 franc, 50 centimes et 20 centimes et à les remettre au Gouvernement hellénique qui, de son côté, s'engage à les reprendre et à en rembourser la valeur dans les conditions fixées par les articles suivants. || Art. 5. Quatre mois après l'entrée en vigueur de la présente Convention additionnelle, les caisses publiques de la Belgique, de la France, de l'Italie et de la Suisse, par dérogation à l'article 6 de la Convention du 6 novembre 1885, cesseront de recevoir les monnaies divisionnaires d'argent grecques. || Le délai sera augmenté de deux mois pour les monnaies provenant de l'Algérie et des Colonies françaises. || Art. 6. Les monnaies divisionnaires grecques retirées de la circulation seront mises, par chacun des quatre Etats, à la disposition du Gouvernement hellénique, un mois après l'expiration du délai prévu au précédent article. A cette date, le montant en sera porté par chacun des quatre Etats à un compte courant productif d'intérêt à raison de 2 1/2 p. c. l'an. Cet intérêt sera porté à 3 1/2 p. c. à partir du vingtième jour qui suivra l'envoi des espèces, jusqu'à la date du paiement effectif ou de l'encaissement des

couvertures fournies par la Grèce. || Les monnaies provenant de l'Algérie et des Colonies françaises ne seront portées au compte courant productif d'intérêt qu'à dater du jour où le Gouvernement français aura avisé le Gouvernement hellénique que les pièces sont concentrées et tenues à sa disposition. || Art. 7. Le remboursement en or de ces monnaies s'effectuera en cinq annuités de sommes égales, dont la première sera exigible dix-huit mois après la date d'ouverture du compte courant visé à l'article 6 et les quatre autres à pareille date de chacune des quatre années subséquentes. Les intérêts stipulés ci-dessus, afférents à la première année, seront payables à l'expiration de chaque semestre; ceux du troisième semestre s'ajouteront à la première annuité; par la suite, les intérêts seront payables annuellement, en même temps que les annuités. || Le paiement se fera, soit en monnaies d'or de 10 francs et au-dessus, frappées dans les conditions de la Convention du 6 novembre 1885, soit en traites sur les pays créditeurs. || Art. 8. Le Gouvernement hellénique s'engage à prendre livraison de ses monnaies divisionnaires dans le trimestre qui suivra l'expiration des délais prévus à l'article 5. || Art. 9. Lorsque le Gouvernement hellénique aura repris la totalité des monnaies divisionnaires dont le retrait lui aura été notifié par chacun des quatre Etats, il cessera, par dérogation à l'article 7 de la Convention du 6 novembre 1885, d'être tenu de reprendre des caisses publiques des quatre Etats les monnaies divisionnaires d'argent qu'il a émises. || Art. 10. Le Gouvernement hellénique désignera celles de ses trésoreries sur lesquelles les expéditions de monnaies divisionnaires seront faites. Tous les frais de transport, d'assurance et autres, résultant de la présente Convention additionnelle, seront à sa charge et portés au débit de son compte courant avec chacun des quatre Etats. Le règlement de ces frais aura lieu à l'échéance de la première des annuités stipulées à l'article 7.

Art. 11. Par application des articles 4 et 7 de la Convention du 6 novembre 1885, le Gouvernement hellénique ne pourra refuser les monnaies dont le poids aura été réduit par le frai. || Art. 12. Le Gouvernement hellénique s'engage à retirer de la circulation, dans un délai de deux ans à dater de l'échange des ratifications de la présente Convention additionnelle, la totalité des billets de une et deux drachmes qu'il a émis. || Art. 13. Lorsque les caisses publiques de la Belgique, de la France, de l'Italie et de la Suisse n'auront plus à accepter les monnaies divisionnaires grecques, chacun de ces quatre Etats aura la faculté d'en prohiber l'importation. || Art. 14. Les articles 6 et 7 de la Convention du 6 novembre 1885 restent applicables aux monnaies divisionnaires d'argent émises par la Belgique, la France et la Suisse. || Chacun de ces trois

Etats aura, toutefois, le droit d'obtenir, dans les conditions de la présente Convention additionnelle, le retrait et la remise de celles de ses monnaies divisionnaires d'argent qui se trouveraient en Grèce. || Art. 15. Le Gouvernement hellénique se réserve de demander ultérieurement que les dispositions des articles 6 et 7 de la Convention du 6 novembre 1885 redeviennent applicables aux monnaies divisionnaires grecques. Mais il ne pourrait en être ainsi que du consentement unanime des Etats où ces dispositions seraient alors en vigueur. || Art. 16. Le Gouvernement hellénique ayant décidé de prohiber la sortie du royaume des monnaies divisionnaires grecques pendant toute la durée de l'Union monétaire et ayant, en outre, pris la résolution de n'apporter à son régime monétaire, pendant les cinq années qui suivront l'expiration de l'Union, aucun changement de nature à entraver le rapatriement des monnaies divisionnaires grecques par la voie du commerce ou des échanges, les Gouvernements belge, français, italien et suisse sont convenus avec lui qu'en conséquence la Grèce serait affranchie de l'obligation contractée vis-à-vis d'eux de reprendre pendant une année, à partir de l'expiration de la Convention du 6 novembre 1885, celles de ses monnaies divisionnaires, qui se trouveraient en circulation chez ses alliés monétaires. Cette obligation qui lui est imposée par l'article 7 de la convention précitée, ne continuerait à lui incomber que dans le cas où le Gouvernement hellénique ne réaliserait pas ses intentions, telles qu'elles sont indiquées ci-dessus, ou dans celui où, par application de l'article 15 de la présente Convention additionnelle, il aurait demandé et obtenu de rentrer, pour ses monnaies divisionnaires, dans les conditions normales de l'Union. || Il est entendu, en outre, qu'à titre de réciprocité les autres Etats de l'Union qui, comme l'Italie l'a déjà fait, auraient retiré de Grèce leurs monnaies divisionnaires d'argent, dans les conditions prévues au second paragraphe de l'article 14 de la présente Convention additionnelle, seraient également affranchis de l'obligation de reprendre, pendant l'année qui suivra l'expiration de l'Union, celles de leurs monnaies divisionnaires qui se trouveraient en circulation en Grèce, pourvu qu'ils aient prohibé, en même temps qu'ils effectuaient ce retrait, l'exportation en Grèce de leurs monnaies divisionnaires et à charge pour eux de n'apporter à leur régime monétaire, pendant les cinq années qui suivront l'expiration de l'Union, aucun changement de nature à entraver le rapatriement desdites monnaies divisionnaires par la voie du commerce ou des échanges. || Art. 17. Le Gouvernement italien est autorisé à faire procéder à la refappe des écus de 5 francs d'argent émis par les anciens Etats d'Italie et ayant actuellement cours légal dans le royaume, mais à charge pour lui d'opérer à ses frais le retrait des anciennes pièces. || Art. 18.

La présente Convention additionnelle entrera en vigueur le 1^{er} avril 1909 et aura la même durée que la Convention du 6 novembre 1885 dont elle sera réputée faire partie intégrante. || Art. 19. La présente Convention additionnelle sera ratifiée, les ratifications en seront échangées à Paris, le plus tôt que faire se pourra et au plus tard le 25 mars 1909.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, en cinq exemplaires, le 4 novembre 1908.

(L. S.) A. Leghait.

(L. S.) S. Pichon.

(L. S.) N.-P. Delyanni.

(L. S.) Luigi Luzzatti.

(L. S.) Lardy.

(L. S.) J. Caillaux.

(L. S.) J.-A. Valaoritis.

*Protocole relatif à l'application de l'article 1^{er} de la Convention additionnelle
du 4 novembre 1908.*

Le Gouvernement hellénique déclare, pour l'application de l'article 1^{er} de la convention additionnelle de ce jour, qu'il utilisera tous les bénéfices — déduction faite des frais extraordinaires (change, transport, etc.) occasionnés par le rapatriement de la monnaie divisionnaire grecque — qui résulteraient des frappes opérées avant la reprise du retrait annuel du papier-monnaie, provisoirement suspendu en raison du retrait anticipé des billets de une et deux drachmes, à un amortissement supplémentaire de billets de banque à cours forcé. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Déclaration qui sera considérée comme approuvée et sanctionnée par les Gouvernements respectifs, sans autre ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications sur la Convention additionnelle à laquelle elle se rapporte.

Fait en cinq exemplaires, à Paris, le 4 novembre 1908.

A. Leghait.

S. Pichon.

N.-P. Delyanni.

Luigi Luzzatti.

Lardy.

J. Caillaux.

J.-A. Valaoritis.

*Protocole relatif à l'exécution de l'article 17 de la Convention additionnelle
du 4 novembre 1908.*

En vue de l'application de l'article 17 de la Convention additionnelle en date de ce jour, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs

Gouvernements respectifs, constatent que les écus de cinq francs d'argent émis par les anciens Etats d'Italie et ayant actuellement cours légal dans le Royaume, sont les suivants: || Ceux frappés d'après le système métrique décimal au cours du XVIII^e siècle par la République Française, antérieurement à 1800, c'est-à-dire pendant l'année 1796 et les suivantes; || Ceux frappés pendant la première moitié du XIX^e siècle par les anciens Etats d'Italie: || République Subalpine; || République d'Italie et Royaume d'Italie sous Napoléon I^{er}; || Royaume de Naples sous Joachim Murat; || Principauté de Lucques et Piombino créée par Napoléon I^{er}, sous le gouvernement de Félix Baciocchi; || Royaume de Sardaigne; || Duché de Parme et Plaisance; || Gouvernements provisoires de Milan et de Venise. || Sont exclus de la circulation les écus pontificaux et les monnaies bourbonniennes. || Sont également exclues de la circulation les anciennes pièces de l'ex-République de Lucques et de l'ex-Grand-Duché de Toscane. || Le présent protocole sera considéré comme approuvé et sanctionné par les Gouvernements respectifs sans autre ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications sur la Convention additionnelle à laquelle il se rapporte.

Fait à Paris, en cinq exemplaires, le 4 novembre 1908.

A. Leghait.

S. Pichon.

N.-P. Delyanni.

Luigi Luzzatti.

Lardy.

J. Caillaux.

J.-A. Valaoritis.

Déclaration.

Le Gouvernement italien ayant exprimé aux autres Gouvernements signataires de la Convention monétaire additionnelle à la Convention du 6 novembre 1885, signée à Paris le 4 novembre 1908, le désir de voir reculer la date de dépôt des ratifications de cet acte international, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus de ce qui suit: || Art. 1^{er}. La date d'entrée en vigueur de la Convention monétaire additionnelle à la Convention du 6 novembre 1885, signée à Paris, le 4 novembre 1908, entre la Belgique, la France, la Grèce, l'Italie et la Suisse, est reportée du 1^{er} avril au 15 mai 1909, par modification de l'article 18 de ladite Convention additionnelle. || Art. 2. La Convention additionnelle du 4 novembre 1908 par modification de son article 19 sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris le plus tôt que faire se pourra

et, au plus tard, le 30 avril 1909. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Déclaration et y ont apposé leur cachet.

Fait à Paris, en cinq exemplaires, le 24 mars 1909.

(L. S.) A. Leghait.

(L. S.) S. Pichon.

(L. S.) N. Delyanni.

(L. S.) G. Gallina.

(L. S.) Lardy.

Le dépôt des ratifications a eu lieu à Paris le 29 avril 1909.

Certifié par le secrétaire général
du Ministère des affaires étrangères,
Chev^r van der Elst.

Nr. 14047. **ITALIEN und VEREINIGTE STAATEN.** Tarifabkommen.

Washington, 2. März 1909.

The President of the United States of America and His Majesty the King of Italy, considering it appropriate to supplement by an Additional Agreement the Commercial Agreement signed between the two Governments at Washington, on February 8, 1900, have appointed as their plenipotentiaries, to wit: || The President of the United States of America, the Honorable Robert Bacon, Secretary of State of the United States; and || His Majesty the King of Italy, His Excellency the Baron Mayor des Planches, His Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Washington, || Who, after an exchange of their respective full powers, found to be in due and proper form, have agreed upon the following Articles:

Article I.

It is agreed on the part of the United States, in accordance with the provisions of section 3 of the Tariff Act of the United States approved July 24, 1897, that the rates of duty heretofore imposed and collected, under the said Act, on Italian sparkling wines upon entering the United States, including the island of Porto Rico, shall be suspended during the continuance in force of this agreement, and, instead, the following duties shall be imposed and collected, to wit: || On all sparkling wines, in bottles containing not more than one quart and more than one pint, six dollars per dozen; containing not more than one pint each and more than one-half pint, three dollars per dozen; containing one-half pint each or less, one dollar and fifty cents per dozen; in bottles or other vessels containing

more than one quart each, in addition to six dollars per dozen bottles on the quantities in excess of one quart, at the rate of one dollar and ninety cents per gallon.

Article II.

It is reciprocally agreed on the part of Italy, in consideration of the provisions of the foregoing Article, that during the term of this Additional Agreement the duty to be assessed and collected on mowers and tedders, included in item No. 240, paragraph „f“, of the Customs Tariff of Italy, products of the industry of the United States, imported into Italy, shall not exceed the rate of four lire per one hundred kilograms.

Article III.

When official notification of His Majesty's ratification shall have been given to the Government of the United States, the President of the United States shall publish his proclamation, giving full effect to the provisions contained in Article I of this Agreement. From and after the date of such proclamation this Agreement shall be in full force and effect, and shall continue in force until the expiration of one year from the time when either of the High Contracting Parties shall have given notice to the other of its intention to terminate the same. || In witness whereof we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Agreement, in duplicate, in the English and Italian texts, and have affixed hereunto our respective seals. || Done at Washington, this second day of March, A. D. one thousand nine hundred and nine.

Robert Bacon. [Seal].

E. Mayor des Planches. [Seal].

Nr. 14048. **RUSZLAND und EGYPTEN.** Handels- und Schifffahrtsvertrag.

Kairo, $\frac{13. \text{ März}}{28. \text{ Febr.}}$ 1909.

Les soussignés, Son Excellence Boutros Ghali Pacha, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Etrangères du Gouvernement de S. A. le Khédive d'Egypte et Son Excellence M. Alexis Smirnow, Conseiller d'Etat actuel, Chambellan de S. M. l'Empereur de Russie, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire en Egypte, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs et, en ce qui concerne l'Egypte, dans les limites des pouvoirs conférés par les Firmans Impériaux, sont convenus de ce qui suit:

Article Premier.

Il y aura pleine et entière liberté de commerce et de navigation entre l'Égypte et la Russie. Les Égyptiens en Russie et les ressortissants de l'Empire de Russie en Égypte pourront librement entrer avec leurs navires et leurs cargaisons dans tous les endroits et ports dont l'entrée est ou sera permise aux ressortissants de la nation la plus favorisée, et ils jouiront réciproquement, en ce qui concerne le commerce et la navigation, des mêmes droits, privilèges, libertés, faveurs, immunités et franchises dont jouissent ou pourraient jouir les ressortissants de la nation la plus favorisée, sans qu'ils aient à payer de taxes ou droits plus élevés que ceux auxquels ces derniers sont assujettis.

Art. 2.

Les produits du sol ou de l'industrie de l'Égypte qui seront importés en Russie et les produits du sol ou de l'industrie de la Russie qui seront importés en Égypte, destinés soit à la consommation, soit à l'entreposage, soit à la réexportation ou au transit, seront soumis au même traitement que les produits de la nation la plus favorisée. En aucun cas et sous aucun motif, ils ne seront soumis à des droits, taxes, impôts ou contributions plus élevés ou autres, ni frappés de surtaxes ou de prohibitions dont ne soient atteints les produits similaires de tout autre pays. Notamment, toute faveur et facilité, toute immunité et toute réduction des droits d'entrée inscrits au tarif général ou aux tarifs conventionnels, que l'une des Parties Contractantes accordera à une tierce Puissance à titre permanent ou temporairement, gratuitement ou avec compensation, sera immédiatement et sans conditions ou réserves ou compensation, étendue aux produits du sol ou de l'industrie de l'autre.

Art. 3.

Les Parties Contractantes s'engagent à n'empêcher le commerce réciproque entre les deux Pays par aucune prohibition d'importation et à admettre le transit libre à l'exception des voies qui ne sont ou ne seront pas ouvertes à ce dernier. || Toutefois, chacune des Parties Contractantes se réserve le droit d'édicter des prohibitions d'importation dans l'intérêt de la sécurité ou de la moralité publique sous condition que ces prohibitions seront applicables aux autres nations. || Cette dernière restriction n'est pas applicable aux prohibitions ou restrictions temporaires d'entrée ou de transit que l'une ou l'autre des Parties Contractantes jugerait nécessaire d'édicter pour protéger la santé publique, pour empêcher

la propagation d'épizooties ou la destruction des récoltes ou pour protéger les plantes utiles. || Les deux Parties Contractantes s'engagent également à n'établir l'une envers l'autre aucune prohibition d'exportation qui ne soit en même temps applicable aux autres nations.

Art. 4.

Les Parties Contractantes conviennent que pour tout ce qui concerne le commerce, la navigation, le transit ainsi que le montant, la garantie, la perception des droits d'importation et d'exportation, et tous les privilèges faveurs ou immunités quelconques que l'une des Parties Contractantes a déjà accordés ou pourrait ultérieurement accorder à tout autre pays, seront étendus immédiatement et sans compensation ou autre condition quelconque aux ressortissants, au commerce et à la navigation de l'autre Partie Contractante.

Art. 5.

Quel que soit le port de départ des navires et quel que soit le lieu d'origine ou de destination de leur cargaison, les navires égyptiens en Russie et les navires russes en Egypte jouiront, sous tous les rapports, du même traitement que les navires nationaux et les navires de la nation la plus favorisée. || Cette stipulation s'applique aux règlements locaux, aux taxes et à tous les autres droits similaires perçus à titre rémunérateur dans les ports, bassins, docks, rades et hâvres des pays contractants, au pilotage et, en général, à tout ce qui concerne la navigation. || Tout bâtiment considéré comme égyptien par la loi égyptienne et tout bâtiment considéré comme russe par la loi russe, sera reconnu comme tel par les Parties Contractantes. || Il est fait exception aux dispositions qui précèdent pour le cabotage et la navigation intérieure dont le régime demeure soumis aux lois respectives des deux pays. || Les articles, quelle qu'en soit la provenance, importés ou exportés par les navires de l'une des Parties Contractantes, ne pourront être soumis dans les territoires de l'autre Partie, à des restrictions autres ou à des droits plus élevés que ceux auxquels seraient assujettis les mêmes articles, s'ils étaient importés ou exportés par les navires nationaux ou les navires de la nation la plus favorisée.

Art. 6.

Le Gouvernement Egyptien s'engage à ne soumettre les produits du sol ou de l'industrie de la Russie à aucun droit excédant 8% *ad valorem*, à l'exception des articles ci-après: || a) Alcools dulcifiés ou aromatisés (liqueurs ne contenant pas plus de 50 degrés d'alcool pur, pour lesquels

le droit pourra être porté jusqu'à 10 % *ad valorem*; || b) Alcools au-dessus de 50 degrés, pour lesquels le droit pourra être porté jusqu'à 15 % *ad valorem*.

Art. 7.

Les droits d'importation *ad valorem* en Egypte sur les produits du sol ou de l'industrie de la Russie seront calculés sur la valeur de l'article importé dans le lieu de chargement ou d'achat, valeur majorée des frais de transport et d'assurance jusqu'au port de déchargement en Egypte. || Afin de fixer pour une période déterminée la valeur dans les ports d'entrée des principaux articles taxés, l'Administration des Douanes Egyptiennes invitera les principaux commerçants russes intéressés dans le commerce des dits articles à procéder en commun avec elle et les commerçants intéressés des autres nationalités, à l'établissement d'un tarif pour une période n'excédant pas douze mois. || Le tarif ainsi établi sera communiqué par la Douane égyptienne au Consulat de Russie à Alexandrie et sera en même temps officiellement publié. || Il sera considéré comme officiellement reconnu en ce qui concerne les produits et ressortissants russes au cas où le Consulat de Russie n'y aurait pas fait une opposition formelle pendant la quinzaine qui suivra la publication officielle et la communication conforme adressée à ce Consulat.

Art. 8.

Les droits d'exportation seront perçus en Egypte à un taux qui n'excèdera pas 1 % *ad valorem*. || Il appartiendra à l'Administration des Douanes Egyptiennes de faire établir, d'accord avec les principaux commerçants intéressés, la valeur des articles d'exportation pour une période déterminée. || Les tarifs ainsi établis pour les articles non tarifés mensuellement, seront communiqués par la Douane égyptienne au Consulat de Russie à Alexandrie, et ne seront applicables aux ressortissants russes que si ce Consulat n'y fait pas une opposition formelle dans la huitaine qui suivra cette communication.

Art. 9.

Aucun droit de transit ne sera prélevé sur les marchandises russes passant par l'Egypte sans distinction, qu'elles soient transbordées d'un navire à l'autre ou placées dans des entrepôts réels ou transportées par voie de terre à travers le territoire égyptien; mais les charbons embarqués en Egypte continueront à être soumis à un droit équivalent au droit d'exportation, c'est-à-dire 1 % *ad valorem*. Toutefois, cette taxe ne sera pas perçue sur les charbons embarqués à bord des navires de guerre russes.

Art. 10.

En ce qui concerne les taxes intérieures prélevées pour le compte soit de l'Etat, soit d'une commune ou d'une corporation quelconque, à titre de taxe sur les consommations ou de droit d'accise de quelque espèce que ce soit, chacune des Parties Contractantes s'engage à faire participer l'autre à tous les avantages, privilèges ou abaissements de tarifs dont elle pourrait avoir permis la jouissance à tout autre Etat. De même, chacune des deux Parties Contractantes jouira immédiatement, et sans condition, de tous privilèges ou immunités que l'autre pourra, par la suite, accorder à toute autre Puissance. || Le Gouvernement Egyptien s'engage, en outre, à ce qu'il ne soit prélevé aucune taxe de consommation, ni droit d'accise sur les marchandises d'importation autres que les suivantes: || Boissons (sauf le vin, qui ne pourra être frappé d'aucune surtaxe), || Liquides, || Comestibles, || Fourrages, || Matériaux de construction, lesquelles pourront être frappées de droits intérieurs dont le total ne pourra excéder 2% *ad valorem*. Il est toutefois entendu que, dans aucun cas, les produits russes ne pourront être frappés de droits intérieurs plus élevés que ceux qui grèvent ou grèveraient les marchandises similaires de production égyptienne. || Les règlements concernant les taxes spéciales et les droits accessoires en douane, tels que le droit de factage, d'entrepôt, droit de dépôt, de quai, de grues, d'écluses, de tamkin, de plombage, de laissez-passer, de déclaration, de pesage, de mesurage et tous les autres droits semblables perçus à titre rémunérateur, seront appliqués par les Douanes de chacune des deux Parties Contractantes aux ressortissants et aux marchandises de l'autre Pays de la même manière qu'aux ressortissants et aux marchandises de la nation la plus favorisée.

Art. 11.

Le tabac de toutes espèces, le tombac, le sel, le salpêtre, le natron et le hachiche sont exclus des stipulations de la présente Convention.

Art. 12.

Le Gouvernement Egyptien ainsi que le Gouvernement de Russie se réservent le droit de prohiber l'importation d'armes de toute espèce, des munitions de guerre, de la poudre et d'autres matières explosibles. || Toutefois, l'importation en Egypte des objets spécifiés dans le tableau ci-annexé demeurera permise selon les dispositions du règlement de police égyptien également ci-joint, et les droits auxquels ils seront soumis ne dépasseront pas le taux fixé par les dispositions de l'art. 6. || En ce qui concerne l'importation et le trafic des objets spécifiés dans le présent

article, les ressortissants russes et les marchandises russes ne seront, dans aucun cas, soumis à des restrictions plus étroites ni à des taxes plus élevées que celles auxquelles seront assujettis les ressortissants de la nation la plus favorisée et les sujets égyptiens les plus favorisés, ainsi que les marchandises étrangères et égyptiennes les plus favorisées.

Art. 13.

Les objets passibles d'un droit de douane, qui sont importés comme échantillons par des marchands, des industriels et des voyageurs de commerce, seront, de part et d'autre, admis en franchise de droit d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets soient réexportés sans avoir été vendus, et sous réserve de l'accomplissement des formalités de douane nécessaires pour la réexportation ou la mise en entrepôt. || Le délai accordé pour la circulation de ces échantillons sera fixé lors de leur importation et ne pourra être réclaté pour plus d'un an. || La réexportation des échantillons devra être garantie dans les deux Pays immédiatement au premier lieu d'entrée, soit par le dépôt du montant des droits de douane, soit par un cautionnement. || Les échantillons importés dans l'un des deux Pays par des voyageurs de commerce pourront, après leur admission par l'autorité douanière du premier lieu d'entrée et durant le délai accordé pour leur circulation, être expédiés par mer à d'autres endroits du même Pays sans être soumis à un renouvellement des formalités d'entrée, moyennant une déclaration de transport faite à l'autorité douanière compétente.

Art. 14.

Sont exempts de toute vérification dans les Douanes Egyptiennes, aussi bien que du paiement des droits à l'entrée et à la sortie, les objets d'usage et effets personnels appartenant aux titulaires ou gérants de l'Agence Diplomatique de Russie ou d'un Consulat ou d'un Vice-Consulat, lorsqu'ils sont de carrière (*missi*) et qu'ils n'exercent aucune autre profession, ne s'occupent ni de commerce ni d'industrie et ne possèdent ni n'exploitent de biens-fonds en Egypte. || La même franchise est accordée à deux officiers de l'Agence Diplomatique et dans chaque Consulat à un officier de ce Consulat, à la demande de l'Agent Diplomatique ou du Consul, à la condition toutefois que ces officiers appartiennent à la catégorie des fonctionnaires qui sont nommés par décret souverain et auxquels le commerce est absolument interdit.

Art. 15.

Dans les principaux ports, autant que l'intérêt du commerce l'exigera, le Gouvernement Egyptien établira des entrepôts où les articles importés

pourront être déposés contre un droit de magasinage, et à défaut d'établissements publics de ce genre, il permettra d'entreposer les marchandises dans les magasins privés, sous la double fermeture de l'autorité douanière et du détenteur, et contre paiement d'un droit de surveillance conformément au règlement douanier. Le délai d'entreposage des marchandises n'excèdera pas douze mois pendant lesquels les importateurs auront la faculté de les réexporter sans payer de droit d'importation ou d'exportation. Passé ce délai, les marchandises seront passibles de l'intégralité des droits d'importation.

Art. 16.

Les capitaines des bâtiments de commerce ayant à bord des marchandises à destination de l'Egypte seront tenus, immédiatement après leur arrivée au port de destination ou au plus tard dans les 36 heures qui suivront leur arrivée, de déposer à la Douane deux copies exactes de leur manifeste certifiées par eux conformes à l'original. De même ils doivent avant leur départ d'un port égyptien déposer à la Douane une copie du manifeste relatant les marchandises chargées sur leur navire. || Le manifeste original, soit à l'arrivée, soit au départ, sera présenté en même temps que les copies pour être comparé et restitué dans les 24 heures, sans toutefois retarder le départ des bateaux. || Les agents des bateaux russes pourront se constituer garants pour l'accomplissement de toutes les formalités douanières prescrites par le Règlement douanier. Les capitaines en seront dès lors dispensés. || Les employés de la Douane ne peuvent procéder en aucun cas à la visite et à la perquisition à bord des bâtiments de commerce sans en avoir donné au préalable connaissance aux Consuls de Russie pour donner aux Autorités Consulaires la faculté d'y assister. Cette notification devra être communiquée aux fonctionnaires consulaires à temps et en mentionnant l'heure où l'on procèdera à ces formalités. || Dans le cas où la perquisition devrait être faite à bord d'un navire qui aurait séjourné pour une raison quelconque dans un port égyptien plus de vingt-et-un jours, il ne sera pas nécessaire d'en donner, au préalable, connaissance aux Autorités Consulaires. || Les excédents ou déficits que ferait ressortir la comparaison des manifestes avec la cargaison donneront lieu à une application des amendes prévues par le Règlement douanier égyptien.

Art. 17.

Toute opération de douane en Egypte, soit à l'arrivée soit au départ, doit être précédée d'une déclaration spéciale signée par le détenteur de la marchandise ou son représentant. || La déclaration doit contenir toutes les indications nécessaires pour l'application des droits; ainsi, outre

la nature, l'espèce, la qualité, la provenance et la destination de la marchandise, elle doit énoncer le poids, le nombre, la mesure et la valeur. || Tout refus de faire la déclaration à l'arrivée ou au départ, tout retard apporté à la dite déclaration, toute différence en plus ou en moins entre les poids, nombre, mesure et valeur des marchandises et ceux portés sur la déclaration donne lieu à l'application de la pénalité prévue par le Règlement douanier égyptien. || La vérification douanière doit être faite dans les quarante-huit heures qui suivront la remise de la déclaration.

Art. 18.

Pour vérifier la valeur énoncée dans la déclaration, la Douane peut réclamer la présentation de tous les documents qui doivent accompagner l'envoi d'une marchandise, tels que facture, police d'assurance, etc. || Si le négociant ne produit pas ces documents ou si ces pièces paraissent insuffisantes, la Douane peut percevoir les droits en nature. || Dans le cas de perception en nature, si les marchandises sont toutes de la même espèce, la perception des droits s'opère proportionnellement aux quantités; dans le cas où les marchandises comprennent des objets d'espèces variées, la perception des droits en nature ne s'opère que sur les articles contestés, en se basant sur les prix indiqués par le négociant. || L'autorité douanière ne pourra pas demander que les droits soient payés en nature sur les articles dont la valeur n'est pas contestée. || Dans le cas où la marchandise dont la valeur est contestée serait indivisible, telle qu'une voiture, un piano, une pièce de machine, etc., la Douane pourra prendre pour son compte la marchandise. || Lorsque la Douane fait usage de ce droit, elle est tenue de faire connaître cette intention dans les trois jours, et, dans ce cas, le paiement du prix de la marchandise déclaré par l'importateur, majoré de 10%, ainsi que le remboursement des droits quelconques qui auraient été perçus sur la dite marchandise, seront effectués dans les quinze jours qui suivront la déclaration.

Art. 19.

Les marchandises introduites en contrebande, les navires, lorsqu'ils sont spécialement affrétés dans un but de contrebande, ainsi que tous les autres moyens de transport et tous instruments de contrebande, seront passibles de confiscation au profit du Trésor, sans préjudice des droits de douane perçus ou dus dans le cas spécial et des amendes prévues par les Règlements douaniers, pourvu que le délit soit dûment et légalement prouvé et que la décision de la Commission douanière soit communiquée sans délai à l'Autorité Consulaire Russe dont dépend le propriétaire des

marchandises saisies. || La partie intéressée pourra dans le délai de quinze jours, à compter du jour de la remise de la copie à l'Autorité Consulaire, faire opposition. Cette opposition sera portée devant la Chambre Commerciale du Tribunal Mixte. || Tant qu'il n'aura pas été rendu de décision définitive, il ne pourra être disposé des marchandises saisies au profit du fisc égyptien, ni des moyens de transport et instruments de contrebande. || La Douane pourra néanmoins procéder à la vente des marchandises et articles sujets à dépérissement. Le prix en provenant sera conservé en dépôt dans ses caisses jusqu'à ce qu'une décision définitive soit intervenue. || Si l'Administration douanière égyptienne croyait devoir ne pas laisser passer des marchandises qu'elle considérerait comme appartenant à la catégorie des articles prohibés et que des Russes auraient importées par la voie régulière, elle fera immédiatement connaître par écrit, au Ministère Egyptien des Affaires Etrangères ainsi qu'à l'Autorité Consulaire Russe, les motifs du refus de livrer les marchandises. || Le Ministère Egyptien des Affaires Etrangères, après entente avec l'Autorité Russe, décidera, s'il y a lieu, de confirmer le refus de la Douane et, dans ce cas, le ressortissant russe sera tenu de réexporter les marchandises sans aucun délai; dans le cas contraire, l'Administration laissera passer librement les marchandises après avoir perçu les droits réglementaires. Jusqu'à ce qu'une décision soit prise, les marchandises arrêtées resteront en dépôt à la Douane qui en sera responsable vis-à-vis de l'importateur.

Art. 20.

En cas de soupçon de contrebande, les agents des Douanes Egyptiennes pourront aborder et saisir tout navire d'un tonnage de moins de 200 tonneaux, dans un rayon de dix kilomètres de la côte en dehors des eaux d'un port égyptien; de plus, tout navire russe de moins de 200 tonneaux pourra être arrêté et saisi au delà de cette distance si la poursuite non interrompue a été commencée dans un rayon de dix kilomètres du littoral. || Procès-verbal du fait sera dressé avec le capitaine et copie de ce procès-verbal sera, sans délai, communiquée au Consulat de Russie. || Excepté dans les cas prévus dans les alinéas précédents de cet article et dans les alinéas 4 et 5 de l'article 16, aucun navire russe ne pourra être abordé par les agents des Douanes Egyptiennes. || Il est entendu que le Gouvernement Egyptien pourra, sans notification aux Autorités Consulaires Russes, placer des gardes à bord de tout navire russe dans un port égyptien ou transitant par le canal de Suez; cette mesure ne devra néanmoins causer ni frais ni retard aux bâtiments auxquels elle serait appliquée. || Si la Douane Egyptienne a des raisons sérieuses pour

présumer l'existence d'articles introduits en contrebande dans des endroits quelconques des districts-frontières ou du canal de Suez, elle pourra procéder dans les magasins ou demeures, à toute perquisition immédiate qu'elle jugera nécessaire. Un double de l'ordre de perquisition sera envoyé à l'Autorité Consulaire qui devra assister à la perquisition ou s'y fera représenter sans occasionner aucun retard. || La stipulation de l'alinéa précédent ne sera pas applicable dans le cas où la perquisition doit être faite dans un magasin indépendant du domicile ou dans des locaux servant exclusivement d'entrepôt ou de dépôt de marchandises. Dans ce cas, il suffira qu'un avis préalable de la visite soit donné au propriétaire ou à son représentant ou, à défaut, à l'autorité consulaire. || Dans tous les cas où l'Autorité Consulaire n'assisterait pas à la perquisition, un procès-verbal devra être dressé et la copie en devra être communiquée sans délai au Consulat de Russie. || Dans le cas où la Douane procéderait à des perquisitions sans l'assistance consulaire et qu'elle n'aurait pas constaté un délit de contrebande, elle sera responsable, indépendamment des conditions prévues par l'art. 213 du Code Civil Mixte, de tout dommage matériel qu'elle aurait occasionné à la propriété. || En cas de contestation, l'appréciation du fait et l'évaluation du dommage appartiendront à la juridiction mixte. || Les perquisitions ne pourront être opérées qu'à partir du lever et jusqu'au coucher du soleil.

Art. 21.

Le Gouvernement de S. M. l'Empereur de Russie accepte l'application à ses ressortissants et à son commerce, à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, du Règlement douanier ci-annexé. || Il demeure entendu qu'il ne pourra, pendant toute la durée de la Convention, être apporté aucun changement aux articles 2, 8, 11, 12, 15, 17, 18, 19, 27 et 33 à 41 ainsi qu'au dernier paragraphe de l'art. 5 du Règlement douanier, si ce n'est avec le consentement de l'Agent et Consul Général de Russie. || Toute facilité que le Gouvernement Egyptien pourrait accorder dans l'avenir, par rapport à ses règlements douaniers, aux ressortissants, aux bâtiments, à la navigation et au commerce de toute autre Puissance étrangère, est acquise aux ressortissants, aux bâtiments, à la navigation et au commerce de la Russie qui en auront de droit la jouissance.

Art. 22.

Les stipulations de la présente Convention ne s'appliquent pas: || 1° Aux arrangements spéciaux actuels ou qui pourraient intervenir ultérieurement entre l'Egypte et les autres parties de l'Empire Ottoman placées sous l'administration directe de la Sublime-Porte; || 2° Aux

dispositions que pourrait prendre le Gouvernement Egyptien pour l'échange des marchandises indigènes ou étrangères avec les provinces soudanaises; || 3^o Aux faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement par la Russie à d'autres Etats limitrophes pour faciliter le trafic local d'une zone-frontière s'étendant jusqu'à 15 kilomètres de largeur, ainsi qu'aux faveurs provenant des conditions d'une union douanière qui est ou pourrait être conclue par la Russie avec une tierce Puissance; || 4^o Aux faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement, relativement à l'importation ou à l'exportation, aux habitants du Gouvernement d'Arkangel ainsi que pour les côtes septentrionales et orientales de la Russie d'Asie (Sibérie).

Art. 23.

Il est entendu que les marchandises venant de la Turquie qui, y ayant acquitté les droits d'importation, sont accompagnées d'acquets de douane turque (Raftiehs), ne seront en aucun cas, astreintes à un second paiement de droits d'entrée en Egypte, sauf le paiement de la différence en plus, dans le cas où les droits d'entrée en Egypte seraient supérieurs aux droits acquittés en Turquie.

Art. 24.

Les modifications apportées au présent tarif de droits égyptiens par l'article 6 n'entreront en vigueur que lorsque les dites modifications deviendront également applicables à tous les autres pays. || Dans l'intervalle, les marchandises russes seront traitées, à leur entrée en Egypte, sur le pied de la nation la plus favorisée et les importations russes ne seront dans aucun cas, assujetties à des droits supérieurs à ceux fixés à l'article 6.

Art. 25.

La présente Convention entrera en vigueur à l'expiration d'un délai d'un mois après l'échange des ratifications et exercera ses effets jusqu'au 31 décembre 1918. Dans le cas où aucune des Parties Contractantes n'aurait notifié douze mois avant l'échéance de ce terme son intention de faire cesser les effets de la Convention, cette dernière continuera à être obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties Contractantes l'aura dénoncée. || En outre, le Gouvernement de Russie se réserve de notifier, à toute époque, au Gouvernement Egyptien, son intention de mettre fin, à l'expiration du douzième mois qui suivra cette notification, aux stipulations du présent traité en vertu desquelles le traitement de la nation la plus favorisée est assuré, de part et d'autre, à l'importation, aux marchandises des deux

Pays, || Dans ce cas, les marchandises égyptiennes seraient soumises en Russie au tarif général et l'article 6 de la présente Convention, applicable aux marchandises russes entrant en Egypte, pourrait être suspendu. || Il est entendu que les stipulations de la présente Convention ne portent aucune atteinte aux droits, privilèges et immunités conférés aux ressortissants, aux bâtiments, à la navigation et au commerce russes par les Capitulations, traités et arrangements existants. En conséquence, ces droits, privilèges et immunités resteront en vigueur en tant qu'ils ne sont pas modifiés par les dispositions de cette Convention.

Fait en double, au Caire le $\frac{13 \text{ mars}}{28 \text{ février}}$ 1909 (mille neuf cent neuf)

(L. S.) *Signé* : Boutros Ghali.

(L. S.) A. Smirnow.

Annexes

Annexe N° 1

Procès-Verbal.

Au moment de signer la Convention commerciale conclue à la date de ce jour, entre l'Egypte et la Russie, les soussignés sont convenus des dispositions suivantes:

I.

Les bâtiments des compagnies russes de navigation qui entretiennent des communications régulières avec l'Egypte, ainsi que tous les navires russes d'un tonnage supérieur à quatre cents tonnes, auront, sans accomplissement préalable d'aucune formalité, le droit d'exercer le cabotage en Egypte.

II.

En ce qui concerne le commerce avec les provinces soudanaises, les ressortissants de l'Empire de Russie et les marchandises russes jouiront de tous les avantages qui sont ou seront accordés aux ressortissants de la nation la plus favorisée ou aux indigènes les plus favorisés ainsi qu'aux marchandises étrangères ou indigènes les plus favorisées.

III.

En ce qui concerne la perquisition dans les magasins ou demeures sis dans les districts des frontières ou sur le Canal de Suez, telle qu'elle est prévue et réglementée par le § 5 de l'article 20 de la Convention, si quatre heures après la remise du double de l'ordre de perquisition, l'autorité consulaire ne s'est pas fait représenter, elle sera considérée

comme voulant s'abstenir et les agents de la Douane sont autorisés à procéder à la perquisition. || Dans les localités des districts-frontières ou du Canal de Suez situées à plus d'une heure de distance du siège d'une autorité consulaire, les agents de la douane ne pourront procéder à une perquisition qu'en présence de deux témoins de nationalité russe ou, à défaut, en présence de deux témoins étrangers.

IV.

Un exemplaire du tarif actuellement en vigueur des droits de factage à Alexandrie a été communiqué à M. Smirnow par S. E. Boutros Ghali pacha. Il a été convenu que pendant toute la durée de la Convention commerciale en date de ce jour, les droits portés à ce tarif ne pourront être majorés que d'accord avec l'Agent Diplomatique de Russie.

V.

La Convention commerciale en date de ce jour dispose formellement que le tabac sous toutes ses formes est exclu des stipulations de l'arrangement. || Toutefois, pendant tout le temps que la Convention sera en vigueur, les cigares de fabrication russe et les tabacs russes accompagnés de certificats d'origine seront admis à l'importation en Egypte, aux mêmes conditions et moyennant le paiement des mêmes droits qui sont ou seront appliqués aux cigares et aux tabacs dont l'introduction est ou serait ultérieurement autorisée par suite d'arrangements spéciaux. || En aucun cas et pour quelque motif que ce soit pendant toute la durée de la susdite Convention, les cigares et tabacs russes en Egypte ne seront traités moins favorablement que ceux provenant de tout autre pays, y compris la Turquie. || De même, pendant la durée de la Convention, tous avantages qui viendraient à être ultérieurement concédés à n'importe quelle autre Puissance en ce qui concerne le tombac, le sel, le salpêtre, le natron et le hachiche, seraient acquis de plein droit sans compensation ou autre condition quelconque au commerce et aux ressortissants russes. || Il est entendu que les règlements édictés ou à édicter par le Gouvernement relativement au commerce de ces divers produits seront applicables aux ressortissants russes qui, en aucun cas, ne pourront être soumis à un traitement moins favorable que les sujets locaux et les étrangers les plus favorisés. || Les dispositions de la Convention commerciale de ce jour concernant les perquisitions s'appliquent également à ces articles.

VI.

Les échantillons de vin russe d'une contenance inférieure à 50 centilitres seront admis en Egypte en franchise de douane à la condition

qu'il s'agisse réellement d'échantillons proprement dits, c'est-à-dire représentant des vins d'espèce différente et destinés à la dégustation.

VII.

Les graines de vers à soie d'origine russe et provenant de Russie seront admises en franchise de douane en Egypte.

VIII.

Les livres russes envoyés de Russie en Egypte par colis postaux ou par la poste sont exempts de droits de douane.

IX.

Le Gouvernement Egyptien maintiendra l'immunité douanière pour les effets et objets appartenant à l'Ecole Abed, dans les conditions établies par l'article 9 du règlement douanier ci-annexé.

(Signé): Boutros Ghali.
A. Smirnow.

Annexe N° 2

(Tableau annexé à l'article 12.)

Chapitre I^{er}.

Est permise l'importation des armes de chasse et de luxe, ainsi que des armes de commerce, des munitions et du matériel ci-dessous spécifiés.

Première Catégorie. — Armes importables.

1° Les fusils à âme lisse et les mousquetons de chasse, systèmes Lefauchaux, Lancaster et autres, à un ou deux coups, se chargeant par la bouche, à la condition que le diamètre de la bouche ne dépasse pas 20 millimètres. || Mais il est permis aux voyageurs d'importer des fusils rayés et leurs cartouches pourvu qu'ils signent une déclaration par laquelle ils reconnaîtront que ces fusils sont pour leur propre usage et que la vente en est défendue. || Toute contravention à l'une ou l'autre des conditions de cet engagement entraînera, de plein droit, la confiscation du fusil. || 2° Les armes de luxe, savoir: les armes antiques, ainsi que les fusils, carabines, mousquetons, revolvers et pistolets de toute longueur dont la crosse, le chien ou le canon sont essentiellement enrichis d'or ou d'argent ou ciselés artistement. Pour que les armes de luxe, à l'exception des armes antiques, soient admises, le prix de vente ne devra pas être inférieur à 500 francs par arme pour les fusils, carabines et mousquetons; à 200 francs pour les revolvers, et à 80 francs pour les pistolets.

Il est entendu que les armes dont l'introduction est admise en vertu des autres dispositions de ce tableau ne sauraient être considérées comme armes de luxe et interdites sous prétexte que leur valeur est inférieure aux prix fixés. || Les personnes qui importent des armes de luxe seront admises à importer en même temps cent cartouches, chargées à petit plomb, pour chaque fusil, carabine ou mousqueton; toutefois, le prix des cartouches n'est pas compris dans la valeur fixée pour ces armes. || 3° Les fusils, carabines et pistolets dits Flobert et les armes semblables de petit calibre, ainsi que celles à spirale dites de salon. || 4° Les sabres dont la poignée ou la lame est essentiellement enrichie d'or ou d'argent ou ciselée artistement. Les épées et lames d'épées, fleurets d'escrime et couteaux de chasse. || N. B. — Tout voyageur muni de passeport ou teskéré en règle ne pourra importer qu'un seul pistolet-revolver ou une paire de pistolets de n'importe quelle sorte, plus cent cartouches chargées au maximum.

Deuxième Catégorie. — Matériel importable.

Toutes sortes de parties de fusils, de revolvers, de pistolets, d'armes blanches et d'autres armes importables; crosses, platines, cheminées gachettes, sous-gardes, ressorts, canons ouverts ou demi-ouverts et semblables parties d'armes et tout accessoire ou objet nécessaire à l'usage de ces armes.

Troisième Catégorie. — Munitions importables.

Cartouches chargées et douilles de cartouches non chargées pour les armes comprises dans les paragraphes 1, 2 et 3. || L'importation de cartouches de fusils de guerre de quelque modèle que ce soit est interdite

Chapitre II.

Toutes les armes dont l'importation est admise seront, après vérification de la Douane, sans délai, ni frais pour le propriétaire, à son choix, et par les soins de cette administration, munies d'une ficelle plombée ou poinçonnées.

Chapitre III.

L'introduction de toutes armes ou parties d'arme, de tout matériel d'arme, de toutes munitions non mentionnés dans le présent tableau, de toute sorte de poudre, ainsi que de toutes les compositions qui ont la même destination ou qui, inventées plus tard, pourraient produire les mêmes effets que la poudre, telles que la dynamite, la poudre-coton dite fulmi-coton et coton azotique, la nitro-glycérine, les picrates et fulminates, les mèches à mines et autres matières fulminantes de ce genre, du salpêtre raffiné et non raffiné et du chlorate de potasse, est interdite.||

Toutefois, la défense d'importer des matières explosives n'emporte pas prohibition d'importation et de vente des produits qui, en vertu de leur composition, sont explosifs dans certaines conditions ou qui peuvent servir à la fabrication de matières explosives, comme, par exemple, le soufre, l'éther, le nitrate de soude. Elle doit seulement empêcher l'introduction de matières qui sont destinées à être exclusivement ou au moins principalement employées comme poudres à carrière ou pour des usages analogues.

(Signé) : Boutros Ghali.

A. Smirnow.

Annexe N° 3

Règlement de Police.

(Voir article 12 de la Convention.)

Article Premier.

Le commerce des armes, des munitions, du matériel et des matières explosives, dont l'importation est admise par la présente Convention, ne pourra être exercé que par les personnes dûment autorisées par le Gouvernement, et dans les magasins désignés dans l'autorisation. || Cette autorisation est personnelle, et elle devient nulle si elle est cédée à un tiers.

Art. 2.

La Police peut saisir toutes armes importées, alors même qu'elles auront été marquées ou poinçonnées par les Autorités Gouvernementales Egyptiennes, si elle les trouve en vente dans d'autres magasins ou boutiques que ceux établis suivant l'article précédent.

Art. 3.

Le propriétaire d'un établissement autorisé aux termes de l'art. 1^{er}, à vendre les armes y mentionnées, devra tenir deux livres: l'un, contenant l'inscription par numéros d'ordre, de toutes les armes mises en vente, avec désignation du prix, de leur provenance, et de tous les détails nécessaires; l'autre, relatant toutes les ventes effectuées, avec indication de l'espèce de l'arme vendue, du numéro d'inscription, des nom, prénom, domicile et profession de l'acheteur, et du prix. || Ces deux livres, avant d'être mis en usage, devront être paraphés à chaque feuillet, par le Gouverneur ou le Moudir. Ils seront tenus à la disposition de la Police qui aura le droit, à tout moment, de les inspecter.

Art. 4.

Nul ne pourra transporter d'un endroit à un autre, une quantité d'armes excédant celle qui lui est nécessaire pour son propre usage,

sans une autorisation spéciale du Gouverneur ou du Moudir, et, si le transport doit avoir lieu d'une ville à une autre ou d'un village, on indiquera dans la permission, le nombre et la nature des armes, ainsi que la personne à laquelle elles sont destinées.

Art. 5.

Toute infraction aux art. 2 et 3 entraînera le retrait de l'autorisation de vente. || Le retrait de l'autorisation pourra également être prononcé, mais seulement après un avertissement, si une fausse inscription vient à être découverte sur les livres prescrits. || Dans aucun de ces cas, le propriétaire ne pourra avoir droit à indemnité ou élever une réclamation quelconque contre le Gouvernement.

Art. 6.

Les armes transportées sans la permission requise par l'art. 4, seront saisies et confisquées administrativement.

Art. 7.

Les officiers ou agents de la Police spécialement désignés à cet effet, sont autorisés à entrer, en tout temps, dans les établissements dont s'agit, pour y examiner les livres sus-indiqués, les vérifier, s'assurer que toutes les prescriptions de ce règlement sont observées, et procéder à toute constatation ayant trait à la vente des armes.

Art. 8.

Toutes les prescriptions des art. 2, 3, 4, 5 et 6 s'appliquent également à la vente et au transport des munitions, du matériel et des matières explosives.

Dispositions Finales

Art. 9.

Toute personne qui exerce actuellement le commerce des armes, des munitions, du matériel et des matières explosives dont il est fait mention à l'art. 1^{er}, devra, dans le délai d'un mois à partir de la publication du présent règlement, en faire la déclaration au Gouverneur ou au Moudir, en indiquant le magasin dans lequel ces objets sont mis en vente. || Elle devra, en outre, dans le même délai, se munir des livres prescrits par l'art. 3.

Art. 10.

Il est absolument défendu d'avoir dans la Province-Frontière, des dépôts d'armes ou autres objets indiqués à l'article précédent. || L'Autorité de Police aura, dans cette province, le droit de faire des visites domiciliaires, dans les formes prévues dans la Convention et le procès-verbal

y annexé pour les perquisitions faites dans la ligne douanière, de saisir et de confisquer les armes et les autres objets désignés ci-dessus.

(Signé): Boutros Ghali
A. Smirnow.

Annexe N° 4

Ministère
des
Affaires Étrangères
N° 178.

Le Caire, le 13 mars 1909.

Monsieur le Ministre, || Le procès-verbal annexé à la Convention signée le 19 juillet 1892, entre l'Allemagne et l'Égypte porte un passage ainsi conçu: || § 6. „La perquisition à bord des bâtiments de commerce telle qu'elle est prévue et réglementée par les §§ 3 et 4 de l'article 16 de la Convention, ne pourra être, en aucun cas, ni retardée ni entravée par l'abstention de l'autorité consulaire.“ || Vous avez désiré que cette disposition qui vous paraît superflue ne fût pas reproduite dans les arrangements signés aujourd'hui entre la Russie et l'Égypte. Le Gouvernement Égyptien y consent volontiers mais à la condition que cette suppression ne puisse pas être interprétée comme impliquant que nos deux Gouvernements ont entendu modifier en quoi que ce soit le sens et la portée des §§ 4 et 5 de l'article 16 de la Convention de ce genre dont le texte est identique à celui du même article de la Convention conclue entre l'Allemagne et l'Égypte. || Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma haute considération.

(Signé): Boutros Ghali.

Monsieur A. Smirnow,
Ministre Plénipotentiaire de Russie.

Annexe N° 5

Agence Diplomatique
et
Consulat Général de Russie
en Égypte
N° 37.

Le Caire, le $\frac{28 \text{ février}}{13 \text{ mars}}$ 1909.

Monsieur le Président, || J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence de sa lettre de ce jour, n° 178, concernant la disposition qui fait l'objet du § 6 du procès-verbal annexé à la Convention conclue entre l'Allemagne et l'Égypte le 19 juillet 1892 et qui n'a pas été reproduite dans les arrangements signés aujourd'hui entre la Russie et l'Égypte. || En vous donnant acte de cette communication, je suis en mesure de vous déclarer que le Gouvernement Impérial partage entièrement, sur ce

point, votre manière de voir. || Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma haute considération.

(Signé): Alexis Smirnow.

Son Excellence Boutros Ghali Pacha,

Président du Conseil des Ministres,

Ministre des Affaires Étrangères, etc., etc.

Annexe N° 6

Ministère
des
Affaires Étrangères
N° 179.

Le Caire, le 13 mars 1909.

Monsieur le Ministre, || Au cours des négociations qui ont abouti à la conclusion d'une Convention commerciale entre la Russie et l'Égypte, vous m'avez exprimé le désir d'être renseigné sur le montant des droits de quai, afin d'être fixé sur les charges qu'auront à supporter les marchandises russes. || Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous le faire connaître, les droits de quai à Alexandrie sont établis et fixés par le Décret du 22 septembre 1880. || En ce qui concerne Port-Saïd, si les droits de quai n'y sont pas actuellement perçus, c'est que le port n'est pas encore aménagé pour le commerce; mais le Gouvernement se propose de les y établir aussitôt que, par l'exécution des travaux projetés, le port de cette ville sera en état de satisfaire aux besoins du commerce. Ces droits seront établis de manière à assurer un traitement égal à toutes les marchandises arrivant dans le pays ou en sortant, soit par la voie de Port-Saïd, soit par la voie d'Alexandrie, et leur montant n'excèdera pas 7 pour mille *ad valorem* sur les importations et 4½ pour mille *ad valorem* sur les exportations. Je vous réitère l'assurance que, pendant toute la durée de la Convention commerciale en date de ce jour, les droits de quai établis comme ci-dessus ne pourront être majorés que d'accord avec l'Agent et Consul Général de Russie.

Veuillez agréer, etc.

(Signé): Boutros Ghali.

Monsieur A. Smirnow,

Ministre Plénipotentiaire de Russie.

Annexe N° 7

Agence Diplomatique
et
Consulat Général de Russie
en Égypte.
N° 38.

Le Caire, le $\frac{28 \text{ février}}{13 \text{ mars}}$ 1909.

Monsieur le Président, || J'ai reçu la lettre que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'écrire à la date de ce jour, sub. n° 179, pour

me donner l'assurance que les droits de quai existant actuellement à Alexandrie et ceux qui pourront être établis à Port-Saïd, après l'exécution des travaux projetés dans ce port, ne pourront être élevés, les premiers au-dessus de leur montant actuel, les seconds au-dessus de 7 pour mille à l'importation et de $4\frac{1}{2}$ pour mille à l'exportation sans l'assentiment de l'Agent Diplomatique de Russie. || Je prends acte de cette déclaration et vous prie d'agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma haute considération.

(Signé): Alexis Smirnow.

Son Excellence Boutros Ghali Pacha,

Président du Conseil des Ministres,

Ministre des Affaires Etrangères, etc., etc.

Nr. 14049. **BELGIEN und BULGARIEN.** Handels- und Schiff-fahrtsvertrag.

Traité.

Sa Majesté le Roi des Belges et Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie, désirant d'un commun accord conclure un Traité de commerce et de navigation, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi des Belges, Monsieur Fr. van der Heyde, Chevalier de l'Ordre de Léopold, etc., etc., Agent Diplomatique et Consul Général de Belgique en Bulgarie; || Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie, Monsieur le Général Stéphane Paprikoff, Grand Officier de l'Ordre de Saint-Alexandre en diamants, Grand'Croix de l'Ordre du Mérite Militaire, etc., etc., Ministre des Affaires Etrangères; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier.

Il y aura pleine et entière liberté de commerce et de navigation entre la Belgique et la Bulgarie. || Les sujets de chacune des deux Parties contractantes ne seront pas soumis, à raison de leur commerce ou de leur industrie, dans les ports, villes ou lieux quelconques des Etats respectifs, soit qu'ils s'y établissent, soit qu'ils y résident temporairement, à des taxes, impôts ou patentes, sous quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux qui seront perçus sur les nationaux ou les ressortissants de la nation la plus favorisée. || Les privilèges, immunités et autres faveurs quelconques dont jouissent ou jouiront en matière de commerce et d'industrie les nationaux de l'une des Parties contractantes seront communs à ceux de l'autre.

Article 2.

Les ressortissants de chacune des Parties contractantes seront exempts sur le territoire de l'autre de tout service militaire, aussi bien dans l'armée régulière et la marine que dans la milice et la garde civique. || Ils ne seront astreints, en temps de paix et en temps de guerre, qu'aux prestations et aux réquisitions militaires imposées aux nationaux et ils auront réciproquement droit aux indemnités établies en faveur des nationaux par les lois en vigueur dans les deux pays.

Article 3.

Les sujets de chacune des Parties contractantes pourront, en quelque lieu que ce soit des possessions de l'autre Partie, exercer toute espèce d'industrie, faire le commerce tant en gros qu'en détail de tous produits, objets fabriqués ou manufacturés, de tous articles de commerce licite, soit en personne, soit par leurs agents, seuls ou en entrant en société commerciale avec des étrangers ou avec des nationaux; ils pourront y acquérir, louer et occuper des maisons et des boutiques, acquérir, louer et posséder des terres, le tout en se conformant, comme les nationaux eux-mêmes et les ressortissants de la nation la plus favorisée, aux lois et règlements des pays respectifs. || Les dispositions du présent article relatives au libre exercice des professions ne s'appliquent pas aux cabaretiers de village, aux pharmaciens, aux courtiers, aux colporteurs et marchands ambulants.

Article 4.

Les Hautes Parties contractantes déclarent reconnaître mutuellement à toutes les compagnies et autres associations commerciales, industrielles ou financières, constituées ou autorisées suivant les lois particulières de l'un des deux pays, la faculté d'exercer tous les droits et d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour y intenter une action, soit pour y défendre, dans toute l'étendue des territoires de l'autre Etat, sans autre condition que de se conformer aux lois de cet Etat. Ces compagnies et associations établies dans le territoire de l'une des Parties contractantes pourront exercer dans le territoire de l'autre Partie les droits qui seront reconnus aux sociétés analogues de tous les autres pays. || Il est entendu que les dispositions qui précèdent s'appliquent aussi bien aux compagnies et associations constituées ou autorisées antérieurement à la signature du présent Traité qu'à celles qui le seraient ultérieurement.

Article 5.

Chacune des deux Parties contractantes s'engage à faire profiter l'autre, immédiatement et sans compensation, de toute faveur, de tout

privilège ou abaissement dans les tarifs de droits à l'importation ou à l'exportation des articles mentionnés ou non dans le présent Traité, qu'une d'elles a accordés ou pourrait accorder à une tierce Puissance. || Les Parties contractantes s'engagent, en outre, à n'établir l'une envers l'autre, sauf pour des motifs sanitaires ou pour empêcher soit la propagation d'épizooties, soit la destruction des récoltes, ou bien en vue d'événements de guerre, aucun droit ou prohibition d'importation, d'exportation ou de transit qui ne soit en même temps applicable aux autres nations. || Le traitement de la nation la plus favorisée est réciproquement garanti à chacune des Parties contractantes pour tout ce qui concerne la consommation, l'entreposage, la réexportation, le transit, le transbordement de marchandises, le transport sur les voies ferrées, l'accomplissement de formalités de douane et, en général, pour tout ce qui se rapporte à l'exercice du commerce ou de l'industrie.

Article 6.

Les marchandises d'origine ou de manufacture belge énumérées dans le tarif *A* annexé au présent Traité, à leur importation en Bulgarie, et les marchandises d'origine ou de manufacture bulgare énumérées dans le tarif *B* annexé au présent Traité, à leur entrée en Belgique, n'acquitteront pas des droits autres ou plus élevés que ceux qui sont fixés par lesdits tarifs.

Article 7.

Les marchandises de toute nature originaires de l'un des deux pays et importées dans l'autre ne pourront être assujetties à des droits d'accise, d'octroi, de consommation, de fabrication ou à des taxes intérieures quelconques, perçus pour le compte de l'Etat ou des communes, autres ou plus élevés que ceux qui grèvent ou grèveraient les marchandises similaires de production nationale ou originaires du pays le plus favorisé.

Article 8.

Les marchandises de toute nature traversant l'un des deux Etats seront réciproquement exemptes de tout droit de transit, sans préjudice du régime spécial concernant la poudre à tirer et les armes et munitions de guerre. || Le traitement de la nation la plus favorisée est réciproquement garanti à chacun des deux pays pour tout ce qui concerne le transit.

Article 9.

Les négociants, les fabricants et autres industriels qui prouveront par la possession d'une carte de légitimation, délivrée par les autorités de leur pays, qu'ils sont autorisés à exercer leur commerce ou leur industrie

dans l'Etat où ils ont leur domicile, pourront, soit personnellement, soit par des commis voyageurs à leur service, faire des achats et, même en portant des échantillons avec eux, rechercher des commandes dans le territoire de l'autre Partie contractante. Ils ne seront pas astreints à acquitter une taxe spéciale plus élevée que les nationaux ou les ressortissants de la nation la plus favorisée. || Les voyageurs de commerce qui seront munis d'une carte de légitimation pourront avoir avec eux des échantillons, mais point de marchandises. || Les cartes de légitimation seront délivrées conformément au modèle de l'annexe C. || Les Parties contractantes se donneront réciproquement connaissance des autorités chargées de délivrer les cartes de légitimation, ainsi que des dispositions auxquelles les voyageurs doivent se conformer dans l'exercice de leur commerce. || Les objets passibles de droits de douane qui seront importés comme échantillons seront de part et d'autre admis en franchise de droits d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets soient réexportés dans un délai fixé à l'avance et que l'identité des objets importés et réexportés ne soit pas douteuse. || La réexportation des échantillons devra être garantie dans les deux pays à l'entrée, soit par le dépôt du montant des droits de douane respectifs, soit par cautionnement.

Article 10.

Les navires bulgares et leur cargaison en Belgique, et réciproquement les navires belges et leur cargaison en Bulgarie, à leur arrivée, soit directement du pays d'origine, soit d'un autre pays, et quel que soit le lieu de provenance ou la destination de leur cargaison, jouiront, sous tous les rapports, du même traitement que les navires nationaux et leur cargaison. || Aucun droit, taxe ou charge quelconque, pesant, sous quelque dénomination que ce soit, sur la coque du navire, son pavillon ou sa cargaison et perçu au nom ou au profit du Gouvernement, de fonctionnaires publics, de particuliers, de corporations ou d'établissements quelconques, ne sera imposé aux bâtiments de l'un des deux Etats dans les ports de l'autre, à leur arrivée, durant leur séjour et à leur sortie, qui ne serait également et dans les mêmes conditions imposé aux navires nationaux.

Article 11.

La nationalité des bâtiments sera admise de part et d'autre d'après les lois et règlements particuliers à chacun pays, au moyen des titres et patentes délivrés aux capitaines ou patrons par les autorités compétentes.

Article 12.

En tout ce qui concerne le placement des navires, leur chargement et leur déchargement dans les ports, rades, havres, bassins, fleuves, rivières ou canaux, et généralement pour toutes les formalités et dispositions quelconques auxquelles peuvent être soumis les navires de commerce, leurs équipages et leurs cargaisons, il ne sera accordé aux navires nationaux de l'un des deux Etats aucun privilège ni aucune faveur qui ne le soit également aux navires de l'autre, la volonté des Parties contractantes étant que, sous ce rapport, les bâtimens belges et les bâtimens bulgares soient traités sur le pied d'une parfaite égalité et jouissent réciproquement des avantages accordés à la nation la plus favorisée.

Article 13.

Les navires bulgares entrant dans un port de la Belgique, et réciproquement les navires belges entrant dans un port de la Bulgarie, qui n'y viendraient décharger qu'une partie de leur cargaison, pourront, en se conformant toutefois aux lois et réglemens des Etats respectifs, conserver à leur bord la partie de la cargaison qui serait destinée à un autre port, soit du même pays, soit d'un autre, et la réexporter, sans être astreints à payer pour cette dernière partie de leur cargaison aucun droit de douane.

Article 14.

Les dispositions du présent Traité ne sont pas applicables à la navigation de côte ou de cabotage, laquelle demeure exclusivement réservée dans chacun des pays au pavillon national. || Toutefois les navires belges et bulgares pourront passer d'un port de l'un des deux Etats dans un ou plusieurs ports du même Etat, soit pour y déposer tout ou partie de leur cargaison apportée de l'étranger, soit pour y composer ou compléter leur chargement.

Article 15.

Les navires belges et les marchandises se trouvant à bord de ces navires seront assimilés dans les ports bulgares de la mer Noire et du Danube, sous le rapport des droits à y acquitter comme sous tous les autres, aux marchandises et navires de la nation la plus favorisée.

Article 16.

Seront complètement affranchis de droits de tonnage et d'expédition dans les ports de chacun des deux Etats: || 1. Les navires qui, entrés sur lest de quelque lieu que ce soit, en repartiront sur lest; || 2. Les navires qui, passant d'un port de l'un des deux Etats dans un ou plusieurs ports du même Etat, dans les conditions déterminées par le second paragraphe

de l'article 14, justifieront avoir acquitté déjà ces droits; || 3. Les navires qui, entrés avec un chargement dans un port, soit volontairement, soit en relâche forcée, en sortiront sans avoir fait aucune opération de commerce. || En cas de relâche forcée, ne seront pas considérés comme opération de commerce, le débarquement et le chargement des marchandises pour la réparation du navire; l'opération de les transborder, pour cause d'innavigabilité du bâtiment, sur un autre navire; les dépenses nécessaires au ravitaillement des équipages et la vente des marchandises avariées, lorsque l'administration des douanes en aura donné l'autorisation. || Il est entendu que les stipulations de cet article ne regardent pas les droits sanitaires, dont la perception sera réglée d'après les législations respectives.

Article 17.

Tout navire de l'un des deux Etats qui sera forcé par le mauvais temps, ou par un accident de mer, de se réfugier dans un port de l'autre Etat, aura la liberté de se radoubier, de s'y pourvoir de tous les objets qui lui seront nécessaires et de se remettre en mer, sans avoir à payer d'autres droits que ceux qui seraient acquittés en pareille circonstance par un bâtiment sous pavillon national. || En cas de naufrage ou d'échouement, le navire ou ses débris, les papiers de bord et tous les biens et marchandises qui en auront été sauvés, ou le produit de la vente si elle a eu lieu, seront remis aux propriétaires ou à leurs agents, sur leur réclamation. || L'intervention des autorités locales dans le sauvetage ne donnera lieu à la perception de frais d'aucune espèce, hors ceux que nécessiteraient les opérations de sauvetage et la conservation des objets sauvés ainsi que ceux auxquels seraient soumis en pareils cas les navires nationaux. || Les Parties contractantes conviennent en outre que les marchandises et effets sauvés ne seront assujettis au paiement d'aucun droit de douane, à moins qu'on ne les destine à la consommation intérieure.

Article 18.

Les sujets de l'un des Etats contractants jouiront dans l'autre de la même protection que les nationaux pour tout ce qui concerne la propriété des marques de fabrique et de commerce, sous la condition de remplir les formalités prescrites à cet égard par la législation respective des deux pays.

Article 19.

Il est fait exception aux stipulations du présent Traité en ce qui concerne les avantages dont les produits de la pêche nationale sont ou pourront être l'objet.

Article 20.

Ne seront pas considérées comme contraires aux dispositions du présent Traité: || 1. Les concessions stipulées avec d'autres Etats limitrophes pour faciliter le trafic local dans la zone frontière, c'est-à-dire dans un rayon qui ne peut dépasser 15 kilomètres depuis la frontière; || 2. Les concessions que l'une des Parties contractantes accorde ou accorderait à un autre Etat en vertu d'une union douanière conclue ou qui serait conclue ultérieurement; || 3. La perception de droits supplémentaires en compensation de primes d'exportation et de production.

Article 21.

Il est fait exception aux stipulations du présent Traité en ce qui regarde les monopoles d'Etat en Bulgarie sur la poudre, le tabac, l'alcool, le sel, le pétrole, les allumettes, le papier à cigarettes et les cartes à jouer.

Article 22.

Si des contestations venaient à surgir au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Traité, y compris les tarifs, le litige, si l'une des Parties contractantes en fait la demande, sera soumis à la décision d'un tribunal arbitral. || Le tribunal arbitral sera constitué pour chaque contestation de la manière suivante: chacune des deux Parties nommera en qualité d'arbitre un de ses propres ressortissants, et les deux Parties s'entendront sur le choix d'un troisième arbitre, ressortissant d'une tierce Puissance amie. || Les Parties contractantes se réservent de désigner à l'avance et pour une période de temps déterminée la personne qui remplirait, en cas de litige, les fonctions de tiers arbitre. || La décision des arbitres aura force obligatoire.

Article 23.

Le présent Traité entrera en vigueur huit jours après l'échange des ratifications, qui aura lieu le plus tôt possible. Il restera exécutoire jusqu'au 28 février (n. s.) 1911.

Dans le cas où aucune des deux Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant ladite période, son intention de faire cesser les effets du Traité, cet acte demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'un an à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncé.

En foi de quoi les soussignés ont dressé le présent Traité et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double original, à Sofia, le 16/29 août 1908.

(L. S.) F. van der Heyde.

(L. S.) S. Paprikoff.

Avis. *)

Le porteur de la présente carte ne pourra rechercher des commandes ou faire des achats autrement qu'en voyageant et pour le compte de la maison susmentionnée des maisons susmentionnées. Il pourra avoir avec lui des échantillons, mais point de marchandises.

Il se conformera, d'ailleurs, aux dispositions en vigueur dans chaque Etat.

Nota. — Là où le modèle ci-dessus contient un double texte, le formulaire à employer pour l'expédition des cartes présentera l'espace nécessaire pour y insérer l'un ou l'autre des textes, suivant les circonstances du cas particulier.

Protocole final.

Ad article 22 du Traité:

En ce qui concerne la procédure de l'arbitrage, les Parties contractantes sont convenues de ce qui suit: || Au premier cas d'arbitrage, le tribunal arbitral siégera dans le territoire de la Partie défenderesse, au second cas dans le territoire de l'autre Partie contractante, et ainsi de suite alternativement dans l'un et l'autre territoire. La Partie sur le territoire de laquelle siégera le tribunal désignera le lieu du siège. Elle aura la charge de fournir les locaux, les employés de bureau et le personnel de service nécessaire pour le fonctionnement du tribunal. Le tribunal sera présidé par le surarbitre. Les décisions seront prises à la majorité des voix. || Les Parties contractantes s'entendront, soit dans chaque cas d'arbitrage, soit une fois pour toutes, sur la procédure du tribunal arbitral. A défaut d'une telle entente, la procédure sera réglée par le tribunal lui-même. La procédure pourra se faire par écrit si aucune des Parties contractantes ne soulève d'objection; dans ce cas, les dispositions de l'alinéa qui précède pourront être modifiées. || Pour la transmission des citations à comparaître devant le tribunal arbitral et pour les commissions rogatoires émanées de ce dernier, les autorités de chacune des Parties contractantes prêteront, sur la réquisition du tribunal arbitral adressée au Gouvernement compétent, leur assistance de la même manière qu'elles la prêtent lorsqu'il s'agit des réquisitions de tribunaux civils du pays. || Les Parties contractantes s'entendront sur la répartition des frais, soit à l'occasion de chaque arbitrage, soit par une disposition applicable à tous les cas.

*) Die Tarife und Formulare sind fortgelassen. Red.

A défaut d'entente, l'article 57 de la Convention de La Haye pour le règlement pacifique des conflits internationaux, du 29 juillet 1899, sera appliqué.

Fait en double, à Sofia, le 16/29 août 1908.

(L. S.) F. van der Heyde.

(L. S.) S. Paprikoff.

Déclaration A.

Au moment de procéder à la signature du Traité conclu à la date de ce jour, les soussignés sont convenus de ce qui suit: || 1. En cas de procès civils ou commerciaux entre sujets belges d'une part et sujets bulgares d'autre part, les citations à comparaître et, en général, tous les documents et pièces judiciaires seront expédiés et signifiés aux sujets belges résidant en Bulgarie d'après l'ordre établi par les lois bulgares, sans que l'autorité consulaire belge ait à intervenir. || Les institutions judiciaires de la principauté ne seront plus tenues d'inviter les délégués des autorités consulaires belges à assister aux audiences fixées pour l'examen et le jugement des procès surgissant du fait des relations entre sujets belges et sujets bulgares. || Il est cependant entendu que les autorités consulaires belges pourront y envoyer leurs délégués toutes les fois qu'elles le jugeraient nécessaire. || 2. En matière de faillite commerciale, l'insolvabilité des sujets belges résidant en Bulgarie sera prononcée par les tribunaux bulgares et la liquidation pleine et entière de la faillite sera faite par ces tribunaux sans que l'autorité consulaire belge ait à intervenir. || Les règles ci-dessus formulées seront mises en vigueur en même temps que le Traité de commerce conclu entre la Belgique et la Bulgarie et signé ce jour, sous la réserve toutefois que leur application ne mette pas les sujets belges résidant en Bulgarie dans des conditions moins favorables que les ressortissants des autres Etats.

Fait en double, à Sofia, le 16/29 août 1908.

(L. S.) F. van der Heyde.

(L. S.) S. Paprikoff.

Déclaration B.

Au moment de procéder à la signature du Traité conclu en date de ce jour, les soussignés sont convenus de ce qui suit: || Les marchandises d'origine belge mentionnées au tarif A annexé au présent traité, frappées à leur entrée en Bulgarie d'un droit de douane au-dessus de 10 francs les 100 kilogrammes, seront taxées, au choix de l'importateur, à leur poids net légal ou à leur poids net réel (poids effectif). || Le poids net légal des marchandises est déterminé en déduisant du poids brut des colis la tare légale, c'est-à-dire la tare qui sera déterminée par oucaze princier,

selon le mode d'emballage ou l'espèce des marchandises. || Le poids net réel ou poids effectif est déterminé sur le poids de la marchandise dépouillée de tous ses emballages extérieurs et intérieurs (y compris les objets servant dans l'intérieur des colis au pliage, à la séparation ou à l'arrangement des marchandises). || Il est d'ailleurs convenu que toute faveur accordée ou qui serait accordée aux provenances d'un autre Etat, tant sous le rapport de la déduction des tares que pour ce qui concerne le régime douanier afférent aux emballages des marchandises, sera également acquise aux provenances belges de même nature.

Fait en double, à Sofia, le 16/29 août 1908.

(L. S.) F. van der Heyde.

(L. S.) S. Paprikoff.

Nr. 14050. BELGIEN und BOLIVIEN. Auslieferungsvertrag.

La Paz, 24. Juli 1908.

Sa Majesté le Roi des Belges et Son Excellence le Président de la République de Bolivie, ayant résolu, de commun accord, de conclure une Convention pour l'extradition des malfaiteurs, ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi des Belges, M. H. Henin, Chevalier de l'Ordre de Léopold, chargé d'affaires de Belgique près la République de Bolivie, etc., et Son Excellence le Président de la République de Bolivie, Son Excellence M. Claudio Pinilla, Ministre des affaires étrangères, lesquels Plénipotentiaires, après avoir échangé leurs pouvoirs et les ayant trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1^{er}.

Le Gouvernement belge et le Gouvernement bolivien s'engagent à se livrer réciproquement les individus qui, accusés ou condamnés dans l'un des deux pays comme auteurs ou complices de l'un des délits énumérés ci-dessous, se seraient réfugiés dans l'autre: || 1° Parricide, infanticide, homicide volontaire (meurtre), assassinat, empoisonnement; || 2° Lésions volontaires qui ont causé une maladie grave paraissant incurable, une incapacité permanente de travail, la perte absolue ou la mutilation d'un organe important, la mort sans intention de la donner; || 3° Association de malfaiteurs; || 4° Avortement; || 5° Abandon d'enfants de moins de sept ans par leurs parents ou leurs protecteurs dans des endroits inhabités; || 6° Soustraction, suppression, substitution, supposition d'enfants; || 7° Attentat à la pudeur commis avec violence ou viol; attentat à la pudeur commis sans violence sur la personne ou à l'aide de la personne d'un enfant de l'un ou de l'autre sexe âgé de moins de quatorze ans; ||

8° Attentat aux mœurs en excitant ou facilitant habituellement pour satisfaire les désirs d'autrui, la prostitution ou la corruption de mineurs; || 9° Rapt de femmes de moins de douze ans et de plus, mais de moins de vingt ans, avec violence, astuce ou menace; || 10° Bigamie; || 11° Séquestre de personnes; || 12° Vol ou détournement; || 13° Banqueroute frauduleuse; || 14° Incendie; || 15° Destruction totale ou partielle de navires, constructions, ponts, digues, routes, chemins de fer, lignes télégraphiques; || 16° Falsification ou mise en circulation frauduleuse de monnaie métallique ou de papier, coupons, actions, obligations ou d'autres documents de crédit, émis avec autorisation légale par l'Etat, les municipalités, les établissements publics, sociétés ou particuliers de l'un ou de l'autre pays; || Falsification ou circulation frauduleuse de papier timbré, timbres, estampilles ou timbres-poste; || Falsification ou circulation frauduleuse des effets ou documents énumérés ci-dessus, par des personnes employées dans les bureaux de dépôts; || 17° Falsification ou usage frauduleux de coins, sceaux, poinçons, matrices, marques destinés à la fabrication de la monnaie et d'autres effets indiqués ci-dessus; || 18° Falsification, substitution ou usage frauduleux d'écritures publiques, d'actes ou de documents officiels du Gouvernement ou de l'autorité publique (y compris les tribunaux de justice); || 19° Extorsion de signatures ou de titres, abus de signature en blanc, escroqueries ou autres tromperies; || 20° Faux témoignage ou parjure en cause criminelle et aussi en cause de simple délit quand la déclaration aura été faite contre l'accusé; || 21° Subornation; || 22° Détournement commis par des fonctionnaires publics; || 23° Corruption de fonctionnaires publics, fausse déclaration d'experts ou d'interprètes; || 24° Abandon par le capitaine, hors les cas prévus par la loi, d'un navire ou d'un bâtiment de commerce ou de pêche; || 25° Echouement, perte, destruction par le capitaine ou les officiers et gens de l'équipage, détournement par le capitaine d'un navire ou d'un bâtiment de commerce ou de pêche, jet ou destruction, sans nécessité, de tout ou partie du chargement, des vivres ou des effets du bord, fausse route, emprunt sans nécessité sur le corps, avituaillement ou équipement du navire, ou mise en gage ou vente des marchandises ou victuailles, ou emploi dans les comptes, d'avaries ou de dépenses supposées, vente du navire sans pouvoir spécial hors le cas d'innavigabilité, vol commis à bord, altération de vivres ou de marchandises commise à bord par le mélange de substances malfaisantes, attaque ou résistance avec violences et voies de fait envers le capitaine par plus du tiers de l'équipage, refus d'obéir aux ordres du capitaine ou de l'officier du bord, pour le salut du navire ou de la cargaison, avec coups et blessures; complots contre la sûreté, la liberté ou l'autorité du capitaine,

prise du navire par les marins ou passagers par fraude ou violence envers le capitaine. || Sont comprises dans les qualifications précédentes, les tentatives lorsqu'elles sont prévues par les législations des deux pays. || Dans tous les cas, crimes ou délits, l'extradition ne pourra avoir lieu que lorsque le fait similaire sera punissable d'après la législation du pays à qui la demande est adressée. || Lorsque le crime ou le délit donnant lieu à la demande d'extradition aura été commis sur le territoire d'un pays tiers, il ne pourra être donné suite à cette demande que si la législation du pays requis autorise la poursuite des mêmes infractions commises hors de son territoire.

Article 2.

L'extradition n'aura lieu que dans le cas où la condamnation, la mise en prévention ou accusation ou bien la poursuite judiciaire aura été provoquée par un crime ou un délit entraînant, d'après les législations des deux pays, une peine de plus d'un an d'emprisonnement.

Article 3.

L'extradition pour l'un des faits énumérés à l'article 1^{er} n'aura pas lieu: || 1° Quand l'individu réclamé aura été condamné ou absous dans le pays de refuge pour le même délit qui motive la demande d'extradition, sauf le cas de sursis, parce que l'existence du délit ou de la culpabilité de l'accusé n'aura pas été prouvée; || 2° Quand, conformément à la loi du pays requis, l'action pénale ou la peine sera prescrite au moment où la remise pourrait avoir lieu. || Il est expressément stipulé que l'individu dont l'extradition aura été accordée, ne pourra être poursuivi ou puni pour aucun délit politique antérieur à l'extradition, ni pour aucun fait connexe à un semblable délit, ni pour aucun des crimes ou délits non prévus par la présente Convention. || Ne sera pas réputé délit politique ni fait connexe à un semblable délit, l'attentat contre la personne du chef d'un Etat étranger ou contre celle des membres de sa famille, lorsque cet attentat constituera le fait, soit de meurtre, soit d'assassinat, soit d'empoisonnement. || L'individu extradé pourra toutefois être poursuivi ou puni contradictoirement dans les cas suivants, pour une infraction autre que celle qui a motivé l'extradition: || 1° S'il a demandé à être jugé ou à subir sa peine, auquel cas sa demande sera communiquée au Gouvernement qui l'a livré; || 2° S'il n'a pas quitté pendant le mois qui suit son élargissement définitif, le pays auquel il a été livré; || 3° Si l'infraction est comprise dans la Convention et si le Gouvernement auquel il a été livré a obtenu préalablement l'adhésion du Gouvernement qui a accordé l'extradition. Ce dernier pourra, s'il le juge convenable, exiger la production de l'un des documents mentionnés dans l'article 5 de la

présente Convention. || La réextradition à un pays tiers est soumise aux mêmes règles.

Article 4.

Dans aucun cas et pour aucun motif les Hautes Parties contractantes ne pourront être tenues à se livrer leurs nationaux, sauf les poursuites à exercer contre eux dans leur pays, conformément aux lois en vigueur.

Article 5.

La demande d'extradition sera présentée par la voie diplomatique, et à défaut de celle-ci, par la voie consulaire ou par une autre personne dûment autorisée à cet effet. || Une copie authentique du mandat d'arrêt décerné par l'autorité compétente ou de la sentence définitive de condamnation doit accompagner la demande. || La sentence de condamnation, exemptera de la présentation de tout autre document ayant pour objet d'établir la justification de la demande. || Au cas où il n'existerait pas de sentence de condamnation, l'autorité qui aura décerné le mandat d'arrêt devra indiquer ce qui a été fait jusqu'à ce moment: || 1° Le fait précis qui constitue le délit occasionnant les poursuites en indiquant son caractère de délit consommé ou de simple tentative; || 2° Si l'individu est poursuivi comme auteur ou comme complice; || 3° Quelles sont les circonstances aggravantes qui paraissent affecter la responsabilité de l'individu; || 4° L'âge connu ou présumé de l'individu réclamé; || 5° La date constatée ou présumée du délit; || 6° Le signalement de l'individu réclamé et toutes les indications de nature à faciliter sa recherche et la preuve de son identité personnelle. || La spécification des circonstances 1° et 5° sera essentielle. || L'omission des circonstances 2°, 3°, 4° et 6° ne rendra pas inacceptable la demande si malgré les investigations pratiquées il était impossible de les préciser.

Article 6.

En cas d'urgence, l'arrestation provisoire sera effectuée sur avis, transmis par la poste ou le télégraphe, de l'existence de l'un des documents mentionnés à l'article 5, à la condition toutefois que cet avis sera régulièrement donné au Ministre des affaires étrangères du pays requis. || Cette arrestation sera facultative, si la demande est parvenue directement à une autorité judiciaire ou administrative de l'un des deux pays. || L'arrestation provisoire aura lieu dans les formes et suivant les règles établies par la législation du Gouvernement requis. Elle cessera d'être maintenue si, dans le délai de trois mois à partir du moment où elle aura été effectuée, l'inculpé n'a pas reçu communication de l'un des documents mentionnés à l'article 5 de la présente Convention.

Article 7.

Si la demande d'extradition est refusée, le prévenu sera mis en liberté et ne pourra être détenu de nouveau pour le même motif. || Dans le cas où il y aurait doute sur la question de savoir si le crime ou délit, objet de la poursuite, rentre dans les prévisions de la présente Convention, des explications sont demandées, et après examen, le Gouvernement à qui l'extradition est réclamée statuera sur la suite à donner à la demande. || Toutefois, la détention de l'accusé ou du condamné ne pourra, dans aucun cas, être maintenue au-delà d'un terme de six mois, à compter de la date de son arrestation en vertu de la demande de l'autorité compétente.

Article 8.

La remise de l'individu réclamé se fera au lieu frontière et à la personne que désignera le Gouvernement requérant.

Article 9.

Les obligations civiles contractées par l'individu réclamé dans le pays de refuge ne seront pas un obstacle à l'extradition.

Article 10.

Tous les objets constituant le corps du délit ou qui ont servi à le commettre, ainsi que toute autre pièce de conviction qui serait cachée ou prise au pouvoir de l'individu réclamé ou de tiers, seront remis au Gouvernement requérant, même si l'extradition n'a pu s'effectuer à cause de la mort ou de la fuite de l'individu dont il s'agit. Cependant les droits des tiers sur les objets mentionnés, qui seront rendus sans frais après la fin du procès, restent réservés.

Article 11.

Les frais d'arrestation et de détention de l'individu réclamé seront à charge de l'Etat sur le territoire duquel ils ont été occasionnés. || Les frais de transport, depuis le lieu de détention jusqu'au lieu de remise, et les autres frais qui seront occasionnés depuis le moment de la remise, seront à charge de la partie requérante.

Article 12.

Si l'individu réclamé était sous le coup de la justice pour délit commis dans le pays de refuge, son extradition sera différée jusqu'à la fin de la cause et, s'il était ou arrivait à être condamné, jusqu'à l'achèvement de sa peine.

Article 13.

Lorsque le même individu est réclamé par deux Etats différents, il appartient à l'Etat requis de décider, selon la nature des délits, l'ordre

dans lequel lui ont été présentées les demandes ou selon les circonstances qu'il croira devoir prendre en considération, auquel des Gouvernements réclamants il doit faire la remise.

Article 14.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à permettre le passage par leurs territoires respectifs, les nationaux exceptés, d'individus extradés, à la requête de l'une d'elles, d'un troisième pays. L'autorisation à cet effet sera requise par la voie diplomatique ou, à son défaut, par la voie consulaire et la requête sera accompagnée de l'un des documents spécifiés à l'article 5 de la présente Convention. || Le transit sera d'ailleurs limité aux faits prévus à l'article 1^{er} et n'aura lieu que pour autant que la prescription de l'action ou de la peine ne soit pas acquise.

Article 15.

Lorsque l'un des deux Gouvernements jugera nécessaire l'audition de témoins se trouvant dans l'autre Etat, ou tout autre acte d'instruction judiciaire, une commission rogatoire accompagnée, le cas échéant, d'une traduction en langue française sera envoyée à cet effet par la voie diplomatique et il y sera donné suite, si rien ne s'y oppose, par les soins du Gouvernement requis, en observant les lois du pays dans lequel l'audition des témoins ou l'acte d'instruction devra avoir lieu. || Les commissions rogatoires émanées de l'autorité étrangère compétente et tendant à faire opérer soit une visite domiciliaire, soit la saisie du corps du délit ou de pièces à conviction ne pourront être exécutées que pour un des faits énumérés à l'article 1^{er} et sous la réserve exprimée au dernier paragraphe de l'article 10. || Les Gouvernements respectifs renoncent à toute réclamation ayant pour objet la restitution des frais résultant de l'exécution des commissions rogatoires en matière pénale, même dans le cas où il s'agirait d'expertise pourvu que cette expertise n'ait pas entraîné plus d'une vocation.

Article 16.

Le présent Traité restera en vigueur pendant cinq ans, à compter de la date de l'échange des ratifications, et après ce terme, il sera regardé comme prorogé jusqu'à ce que l'une des Parties contractantes notifie à l'autre son intention d'y mettre fin une année après la dénonciation. || Le présent Traité sera ratifié et les ratifications échangées à La Paz dans le terme d'un an à compter de cette date. || En foi de quoi les Plénipotentiaires du Royaume de Belgique et de la République de Bolivie ont signé la présente Convention en double exemplaire et en langue française et en langue espagnole et y ont apposé leurs sceaux respectifs.

(L.S.) H. Henin.

(L.S.) Claudio Pinilla.

Nr. 14051. **SCHWEIZ und COLUMBIEN.** Traité d'amitié, d'établissement et de commerce entre la Confédération suisse et la République de Colombie.

Paris, 14. Mai 1908.

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse, || après avoir vu et examiné le traité d'amitié, d'établissement et de commerce conclu sous réserve de ratification, à Paris, le 14 mars 1908, par les plénipotentiaires de la Suisse et de la Colombie, traité qui a été approuvé par le Conseil des Etats le 19 mars 1909 et par le Conseil national le 8 juin et dont la teneur suit: || Le Conseil fédéral de la Confédération suisse || et || Son Excellence le Président de la République de Colombie, || également animés du désir de conserver et de resserrer les liens d'amitié entre les deux pays, ainsi que d'accroître, par tous les moyens à leur disposition, les relations commerciales entre les citoyens des deux Etats, ont résolu de conclure un traité à ces fins et ont nommé, dans ce but, pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Le Conseil fédéral suisse: || Monsieur Charles *Lardy*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Suisse à Paris, || Son Excellence le Président de la République de Colombie: || Monsieur J. M. *Quijano Wallis*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la République de Colombie à Berne, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier.

Il y aura paix et amitié perpétuelle entre la Confédération suisse et la République de Colombie, comme aussi entre les ressortissants des deux Etats.

Article 2.

Les deux parties contractantes conviennent de s'accorder réciproquement les mêmes droits et avantages qui sont ou seraient accordés à l'avenir à la nation la plus favorisée, en ce qui concerne le commerce, les douanes et la navigation, les consulats, l'établissement, l'exercice des professions commerciales et industrielles et les taxes y relatives, la protection de la propriété industrielle (brevets d'invention, marques de fabrique, étiquettes, enseignes, noms des lieux ou indications de provenance), la protection de la propriété des œuvres scientifiques, littéraires et artistiques, sous réserve, quant à ces œuvres, des conditions établies par les lois de chaque Etat.

Article 3.

Tout citoyen de l'un des deux Etats qui voudra s'établir dans l'autre devra être porteur de certificats de nationalité, consistant en passeports pour les ressortissants colombiens et en actes d'origine ou en passeports pour les citoyens suisses.

Article 4.

Chacune des parties contractantes se réserve le droit d'interdire son territoire aux ressortissants de l'autre qui, en raison de leurs antécédents ou de leur conduite, seraient considérés comme dangereux.

Article 5.

Les ressortissants des deux Etats jouiront, sur le territoire de l'autre, d'une liberté de conscience et de croyance pleine et entière. Le Gouvernement les protégera dans l'exercice de leur culte dans les églises, chapelles ou autres lieux affectés au service divin, pourvu qu'ils se conforment aux lois, usages et coutumes du pays. Ce même principe sera également mis en pratique lors de l'inhumation des ressortissants de l'un des deux Etats décédés sur le territoire de l'autre.

Article 6.

Les ressortissants de l'un des deux Etats établis dans l'autre demeurent soumis aux lois de leur patrie en ce qui concerne le service militaire et les prestations imposées par compensation pour le service personnel; ils ne peuvent, en conséquence, dans le pays où ils sont établis, être astreints ni à un service militaire quelconque, ni aux prestations imposées par compensation pour le service personnel.

Article 7.

Le présent traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Paris le plus tôt que faire se pourra. Il sera exécutoire dans les deux Etats dès le centième jour après l'échange des ratifications.

Le présent traité restera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des parties contractantes l'aura dénoncé.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont signé le présent traité et l'ont revêtu de leurs cachets.

(L. S.) (Sig.) Lardy.

(L. S.) (Sig.) J. M. Quijano Wallis.

Nr. 14052. MEXIKO und NIKARAGUA. Postvertrag.

Mexiko, 10. Oktober 1907.

El Presidente de los Estados Unidos Mexicanos y el Presidente de la República de Nicaragua, deseando facilitar el servicio de bultos postales entre ambas Repúblicas, han resuelto celebrar para este objeto una Convención y han nombrado sus respectivos Plenipotenciarios, á saber: || El Presidente de la República Mexicana al Señor Licenciado Don Ignacio Mariscal, Secretario de Estado y del Despacho de Relaciones Exteriores, y || El Presidente de la República de Nicaragua, á Su Excelencia el Señor Doctor Don Fernando Sánchez, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de dicha República en México; || Quienes, después de haberse mostrado sus Plenos Poderes; hallándolos en buena y debida forma, convinieron en los artículos siguientes:

Artículo I.

Objeto de la Convención.

Las estipulaciones de esta Convención se refieren únicamente á los bultos postales que se remitan de conformidad con el sistema que en ellas se establece, y, en consecuencia, todas las estipulaciones contenidas en la presente Convención, se aplicarán exclusivamente á las valijas de bultos postales que se cambien de acuerdo con estos artículos.

Artículo II.

Artículos admisibles. — Dimensiones. — Empaque. — Artículos prohibidos. — Transmisión.

1. Se admitirán en las valijas que se cambien, conforme á esta Convención, mercaderías, objetos de cualquier género que se admitan de acuerdo con los reglamentos que rijan respecto de las valijas en el servicio interior del país de origen, exceptuándose cartas, tarjetas postales y todo papel escrito, y los objetos enumerados en el párrafo 4 de este artículo, con tal que ningún bulto postal exceda de cinco kilogramos de peso. || 2. Los bultos postales no deben tener dimensión mayor de 60 centímetros en cualquier sentido, exceptuándose los bultos que contengan paraguas, bastones, telas y planos enrollados, que podrán tener una longitud hasta de 106 centímetros, siempre que no causen estorbo ó dificultad para el transporte. || 3. Para ser admitido al transporte, todo bulto debe: || I. Llevar la dirección exacta del destinatario. || II. Estar empacado de manera que asegure y preserve suficientemente el contenido durante el transporte. El empaque debe ser tal que sea imposible examinar el contenido sin dejar huella de violación. Esto no impedirá,

en manera alguna, el examen del contenido de los bultos postales, por las Aduanas, en los lugares y en la forma que establezcan las leyes de cada país. || III. Estar resguardado con el sello ó marca especial del remitente, en lacre, plomo ú otra materia. || 4. Queda prohibido enviar en los bultos postales que se cambien conforme á esta Convención: || I. Timbres postales de emisiones actuales, sin cancelar. || II. Billetes de Banco, cheques y documentos al portador. || III. Joyas y piedras preciosas. || IV. Monedas de todas clases. || V. Metales preciosos, exceptuando las muestras minerales. || VI. Animales vivos, con excepción de las abejas, que se empacarán conforme á lo dispuesto en el Reglamento de la Convención Postal Universal. || VII. Animales muertos, con excepción de los que estén perfectamente disecados. || VIII. Frutas y vegetales que puedan descomponerse. || IX. Materias explosivas ó inflamables. || X. Billetes, noticias y circulares de loterías. || XI. Objetos obscenos ó inmorales. || XII. Objetos que por su naturaleza puedan ser peligrosos para los empleados postales ó para los medios de transporte. || XIII. Substancias grasosas, líquidas ó de fácil licuefacción, dulces y pastas; exceptuando los que se empaquen según lo dispuesto en el Reglamento de la Convención Postal Universal. || XIV. Substancias que exhalen mal olor, cuando no estén empacadas convenientemente. || XV. Objetos que por su naturaleza ó por no estar bien empacados, puedan ensuciar ó deteriorar las correspondencias ó las valijas. || XVI. Publicaciones que violen las leyes de propiedad literaria del país de destino. || 5. Todos los bultos admisibles que se depositen en el Correo de un país con destino al otro, ó que se reciban en un país procedentes del otro, serán libres de toda detención ó inspección de cualquier género que sea, exceptuando solamente la que fuere necesaria para cobrar los derechos aduaneros; y se despacharán á su destino por la vía más rápida, quedando sujetos en su transmisión á las leyes y reglamentos de cada país respectivamente.

Artículo III.

Correspondencias. — Prohibición de incluirlas. — Tratamiento. — Dirección de los bultos.

1. No podrán contener los bultos postales ninguna carta ó comunicación que tuvieren el carácter de correspondencia personal, ya sea que estén escritas sobre ellos, ó bien formando parte de su contenido. || 2. Si se encontrare alguna carta ó comunicación en un bulto postal, se le dará curso, en el caso de que pudiere separarse, y si estuviere adherida de manera que no se pueda separar, se desechará el bulto completo. Sin embargo, si alguna carta ó comunicación fueren enviadas inadvertidamente,

el país de destino cobrará por ellas doble porte, conforme á la Convención Postal Universal. || 3. Ningún bulto postal podrá contener otros con dirección diferente de la que aparezca en la cubierta de aquél. Si se descubrieren tales bultos postales se enviarán separadamente cobrándose nuevo y distinto porte por cada uno de ellos.

Artículo IV.

Portes. — Derechos de entrega.

1. Se exigirá, en todo caso, el pago previo y total del porte en estampillas del Correo del país de origen, á saber: || Por cada bulto postal que no exceda de quinientos gramos, doce centavos, y por cada quinientos gramos adicionales ó fracción de ese peso, doce centavos. || Ningún bulto postal podrá exceder de cinco kilogramos de peso. || 2. Los bultos postales se entregarán sin tardanza á las personas á quienes se dirijan, en la Oficina de Correos de su dirección en el país de destino, libres de todo recargo por porte de correo; pero el país de destino puede imponer y cobrar á la persona á quien se dirija el bulto, en compensación del servicio interior y de entrega, un recargo que no exceda de diez centavos por cada bulto.

Artículo V.

Constancia de depósito.

Al depositarse un bulto postal en el correo, se entregará al remitente un recibo que acredite su entrega en la Oficina de depósito (conforme al modelo anexo número 1).

Artículo VI.

Declaración aduanera. — Derechos aduaneros.

1. El remitente hará una declaración aduanera que se pegará ó agregará á cada bulto, según la fórmula especial que se le suministrará para ese objeto, (véase el modelo anexo número 2) consignando en ella la descripción general del bulto, la manifestación exacta de su contenido y valor, fecha del envío, firma y lugar de residencia del remitente y lugar de destino. || 2. Los bultos postales quedarán sujetos, en el país de destino, á todos los reglamentos y derechos aduaneros que estuvieren vigentes en el mismo país, para proteger las rentas de sus aduanas; y los derechos aduaneros que debidamente corresponda cobrar sobre los mismos bultos postales, serán cobrados al entregarse éstos, de acuerdo con los reglamentos aduaneros del país de destino.

Artículo VII.

Aplicación de los portes y derechos.

Cadapaís percibirá, para sí, el total del porte y de los derechos de entrega que colecte sobre los bultos postales; y, en consecuencia, esta Convención no motivará cuentas separadas entre los dos países.

Artículo VIII.

Cambio de valijas. — Listas de envío.

1. Los bultos postales se considerarán como parte integrante de las valijas cambiadas entre los Estados Unidos Mexicanos y la República de Nicaragua, y serán despachados al país de destino por el de origen, á su costo y por los medios que él provea, en valijas ordinarias de correspondencia que se marcarán: „Bultos postales“ y se sellarán con la seguridad debida, con lacre ó de alguna manera que se determine mutuamente, por los reglamentos respectivos. || 2. Cada país devolverá á la Oficina de origen, por el próximo correo, todas las valijas recibidas. || 3. Aunque los bultos postales admitidos conforme á esta Convención se transportarán en la forma designada, entre las Oficinas de cambio, deberán empacarse cuidadosamente, á fin de que puedan transportarse con la debida seguridad en valijas abiertas de un país, tanto á la Oficina de Correos de cambio en el país de origen, como á la Oficina de Correos á donde se dirijan, en el país de destino. || 4. Cada envío de bultos postales deberá acompañarse de una lista descriptiva, hecha por duplicado, de todos los bultos postales que se envíen, expresando claramente: el número de lista de cada bulto, el contenido, el nombre del remitente, el nombre del destinatario y su dirección y deberá incluirse en una de las valijas del mismo envío. (Véase el modelo anexo número 3).

Artículo IX.

Oficinas de cambio.

1. El cambio de valijas conforme á esta Convención se efectuará por la Oficina de Correos mexicana de Salina Cruz y por la oficina de Correos nicaragüense de Corinto, debiendo desembarcarse los bultos para Nicaragua en el puerto de Corinto. || Dichos cambios se harán de conformidad con los reglamentos relativos á los detalles que, por mutuo convenio, se determinen y se consideren esenciales á la seguridad y expedición en el envío de las valijas, y á la protección de los derechos aduaneros. || 2. La Dirección General de Correos de los Estados Unidos Mexicanos y la Dirección General de Correos de la República de Nicaragua, podrán respectivamente, suprimir alguna ó algunas de las Oficinas

de cambio designa das por cada país y establecer nuevas Oficinas para el cambio de bultos postales, dándose recíprocamente aviso, con anticipación de treinta días, de las modificaciones que hicieren en virtud de esta facultad.

Artículo X.

Recibo de valijas.

1. La Oficina de Correos del país de destino, examinará el contenido de las valijas tan luego como las reciba. || 2. En el caso de que no se recibiere la lista de los bultos postales se hará inmediatamente una que la substituya. || 3. Los errores que se descubrieren en la lista de los bultos postales, deberán anotarse y corregirse en la misma lista, después de haber sido comprobados por un segundo empleado. || 4. Si no se recibiere algún bulto postal de los registrados en la lista, se cancelará el registro respectivo de ésta después de confirmada la falta por un segundo empleado. || 5. Cuando se recibiere algún bulto postal averiado ó en mal estado, se hará en la lista la correspondiente anotación. || 6. Los errores, faltas ó averías á que se refieren los tres párrafos anteriores se comunicarán detalladamente por la Oficina de cambio del país de destino, á la Oficina de cambio del país de origen, por medio de un „Boletín de Verificación“ que se enviará bajo cubierta especial. || 7. Cuando la Oficina de cambio destinataria no hubiere hecho llegar á la Oficina de cambio remitente, por el primer correo, después de hecho el examen, un Boletín en que se hagan constar errores ó irregularidades de cualquiera clase, la ausencia de este documento equivaldrá á un acuse de recibo de la valija y de su contenido, mientras no se pruebe lo contrario.

Artículo XI.

Devolución de bultos. — Artículos susceptibles de deterioro.

1. Si no pudiere entregarse un bulto postal al destinatario, ó si éste rehusare recibirlo, se devolverá, sin recargo, al país de origen, por conducto de las respectivas Direcciones Generales, después del plazo de treinta días que debe permanecer en las Oficinas de destino; y la Administración de correos del país de origen podrá cobrar al remitente, por la devolución del bulto postal, una cantidad igual al porte que causó cuando se depositó por primera vez en el correo. || 2. Si el contenido de un bulto postal estuviere expuesto á deterioro ó descomposición, podrá destruirse inmediatamente si esta medida fuere necesaria, ó, si fuere posible, se venderá sin necesidad de aviso previo ó de formalidad judicial para beneficio de quien corresponda, comunicándose el hecho por una Dirección de Correos á la otra.

Artículo XII.

Pérdida ó avería de bultos.

El servicio postal de cada uno de los Países Contratantes, no será responsable por la pérdida ó avería que sufra algún bulto postal, y no podrá reclamarse, por lo mismo, en ninguno de los países, indemnización alguna por parte del remitente ni del destinatario.

Artículo XIII.

Excepción de Oficinas. — Reglamentos. — Admisión de artículos prohibidos.

El Director General de Correos de los Estados Unidos Mexicanos y el Director General de Correos de la República de Nicaragua podrán convenir en exceptuar algunas Oficinas postales, de recibir ó despachar bultos postales, según la presente Convención, por falta de seguridad en la conducción ó por otras causas, y tendrán autorización bastante para hacer, de común acuerdo y de tiempo en tiempo, aquellos reglamentos de orden y detalle que consideren necesarios para cumplir debidamente las prescripciones de la presente Convención, así como para admitir en las valijas, cualquiera de los objetos prohibidos en el artículo II de esta Convención.

Artículo XIV.

Aplicación de leyes interiores.

La legislación postal de cada uno de los Países Contratantes será aplicable en todo aquello que no esté previsto por las estipulaciones contenidas en la presente Convención. || Esta Convención se ratificará á la mayor brevedad posible; las ratificaciones se canjearán en la Ciudad de México, y comenzará á regir en la fecha que fijaren las Direcciones de Correos de ambos países, continuando vigente hasta doce meses después de que una de las Partes Contratantes, notifique á la otra su intención de terminarla. La fecha en que deba comenzar la vigencia podrá, sin embargo, diferirse, á pedimento de cualquiera de las Direcciones de Correos, respectivamente. || Hecha en dos originales y firmada en la ciudad de México, á los once días del mes de Octubre del año mil novecientos siete.

L.S. (firmado) Ignacio Mariscal.

L.S. (firmado) Fernando Sánchez.

Nr. 14053. VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA und MEXIKO.
Vertrag über Überweisung von Geld.

2. Februar
18. März 1909.

The Post Office Department of the United States of America and that of Mexico, being desirous of modifying the system of exchange of

money orders between the two countries, the undersigned, duly authorized for that purpose, have agreed upon the following Articles, amending the existent Convention:

Article I.

Issue.

The transfer of sums of money may be made by means of postal money orders from the United States and its possessions to Mexico, and from Mexico to the United States and its possessions, but the provisions of this Convention shall not be applicable to the Canal Zone (Isthmus of Panama) and the Philippine Islands, except as set forth in Article XVII.

Article II.

Form, Maximum.

Sec. 1. The money orders issued in the United States and its possessions for payment in Mexico shall conform, as nearly as practicable, to model „A“, hereto annexed, and the money orders issued in Mexico for payment in the United States and its possessions shall in like manner, conform to model „B“, also hereto annexed. || Sec. 2. Each order shall be delivered to the remitter, to be forwarded to the payee, by and at the expense of the remitter. || Sec. 3. In filling up the money order and advice, and the receipts pertaining thereto, the writing must be in Roman letters and Arabic numerals, without erasure, alteration or obliteration, and no order shall contain a fraction of a cent, or a centavo. || Sec. 4. The maximum amount for which a single money order may be drawn is fixed at one hundred dollars in United States money. || Sec. 5. The money orders issued in Mexico for payment in the United States shall be drawn in the currency of Mexico (pesos and centavos), and the orders issued in the United States for payment in Mexico shall be drawn in the currency of the United States (dollars and cents), and in both cases the respective amounts shall be expressed in words and in figures.

Article III.

Currency.

Sec. 1. It is agreed that in all matters of account relative to money orders which shall result from the execution of the present Convention, the dollar, United States Currency, shall be considered equivalent to two pesos of the money of Mexico. || Sec. 2. The above rate shall be applicable to the payment in Mexico of amounts of money orders issued in the United States as well as to the payment in the United States of money orders issued in Mexico. || Sec. 3. All payments for money orders,

whether to or by the public, shall be made in gold coin, or in other lawful money of equal current value; the Mexican Postal Administration shall, however, be empowered to receive and pay out silver pesos at the rate of two pesos to one United States dollar, as stipulated in Section 1 of this Article. || Sec. 4. Furthermore, each Administration may receive and pay out in money order transactions any paper money of less value than gold which may be a legal tender in its own country, provided account be taken of the difference in value.

Article IV.

Transmittal of paid orders as basis of settlement.

Sec. 1. On the first working day of each month each Administration shall prepare in duplicate a list of all money orders issued in the other country, which have been paid at and received from its post-offices, and have been audited. || Sec. 2. These lists must exhibit in detail and in alphabetical order by States, Territories, Possessions or Provinces, as the case may be, the names of the issuing offices, the serial numbers printed on the orders, and the amount of each order. || Sec. 3. The lists shall be numbered consecutively throughout the fiscal year, beginning with No. 1 on the 1st. of July of each year. || Sec. 4. One certified copy of each list shall be transmitted on the part of the United States to the Director General of Posts of Mexico, at Mexico, D. F., and on the part of Mexico to the Auditor for the Post Office Department, Washington D. C. || Sec. 5. Each list shall be accompanied by all paid orders entered therein, and shall be forwarded by registered mail. || Sec. 6. Each Administration shall be promptly acknowledge the receipt of each list, and shall give notice promptly of any errors which may have been discovered therein. || Sec. 7. Should any list and the paid orders transmitted therewith be lost or destroyed in transit, the paying Administration shall prepare a certified copy of such a list which shall be accepted as evidence of payment of the orders described therein.

Article V.

Fees.

Sec. 1. A fee, to be fixed by the country of origin, shall be collected from the remitter upon each sum of money transmitted under this Convention. || Sec. 2. Each Post Office Department shall communicate to the other the tariff or schedule of the fees established by it under the provisions of this Article, as well as any subsequent changes therein. Each Administration shall also advise the other of any general tax upon the

issue or payment of postal money orders. || Sec. 3. Each of the contracting Administrations shall keep the fees which it receives for money orders issued within its jurisdiction, and no commission shall be exacted or charge made by either Administration for any services performed in connection with the exchange of money orders.

Article VI.

Payment, Endorsement.

Sec. 1. Payment of a money order may be exacted only at the money order post-office on which it is drawn after the receipt by that office of the advice required by Article VIII hereof, but the Postal Administration of the country of payment may, at its discretion, cause a money order to be paid at an office other than that named in the order or in the advice. || Sec. 2. Each of the two Departments reserves the right to authorize the transfer, within its territory, by means of endorsement, of the ownership of orders originating in the territory of the other.

Article VII.

List of Offices.

Sec. 1. Each Post Office Department reserves the right to designate the post-offices of its country which may be authorized to issue and pay money orders under the provisions of this Convention and shall furnish to the other, from time to time, a list of the post-offices so authorized, and shall also promptly report any change to be made in said list. || Sec. 2. The lists furnished shall include the name of the State, Territory or Possession in which the money order office is situated.

Article VIII.

Advices.

Sec. 1. A post-office in either country which issues a money order payable in the other is required to transmit to the post-office charged with its payment, by the first mail after the issue thereof, an advice corresponding to the money order in all the particulars specified in Section 2 of this Article. || These advices must be inclosed in envelopes specially provided for the purpose, and are to be carried free of charge. The address shall include the State, Territory or Possession. || Sec. 2. In each advice shall be entered legibly the following particulars: || 1st. In printed characters, the name of the issuing office, and the name of the State, Territory or Possession in which it is situated, and the number of the corresponding order. || 2nd. In written characters: || (a) The name

of the paying office and the name of the State, Territory or Possession in which it is situated. || (b) The amount deposited by the remitter in Mexican currency in the case of orders issued in Mexico and in United States currency in the case of orders issued in the United States, the date of issue of the order, and the signature of the issuing postmaster. || (c) The given names or initials of the given names and the surnames of the remitter and payee, as well as the address of the letter. The business designation of a mercantile concern or firm, or the ordinary name accorded to a corporation, society, or organization may, however, be used. |

Sec. 3. The advices required by this Article, shall, if issued in the United States, conform as nearly as practicable to model „A (1)“ and, if issued in Mexico, to model „B (1)“, both of which are hereto annexed.

Article IX.

Duplicate Advices.

Sec. 1. Upon receipt of formal application from the paying postmaster, the issuing postmaster shall promptly transmit to the former a second advice, to replace a missing advice or to correct an error in the original. || Sec. 2. Application for duplicate advices shall be made upon blanks conforming to model „C“, hereto annexed. || Sec. 3. In no case may an issuing postmaster change the place of payment of an order by means of a second or duplicate advice.

Article X.

Payment. — Limitations upon correspondence.

Sec. 1. The orders issued by each country for payment in the other shall be subject, as regards issue and payment to the regulations which govern the issue and payment of domestic money orders in the country of issue or of payment, respectively, in so far as they do not conflict with the provisions of this Convention. Each Administration shall be responsible for the payment made within its territory. || Sec. 2. In carrying out matters of ordinary detail under this Convention, postmasters in the two countries may correspond directly with each other: || (a) In transmitting original advices to the offices of payment. (Article VIII). || (b) In making requests for duplicate advices and replying to such requests. (Article IX). || (c) In making inquiries regarding the payment or repayment of orders. || (d) In recalling advices of orders presented for repayment. (Article XIII). || All other correspondence concerning money order business shall be conducted through the respective Post Office Departments.

Article XI.

Invalid Orders and Advices.

Sec. 1. The money orders issued in pursuance of this Convention shall be valid until the expiration of twelve months from the last day of the month of issue. || Sec. 2. After the expiration of that period, the advices of unpaid orders shall be returned to the Administration of the country of origin for repayment, together with a detailed statement, certifying that the corresponding orders have not been paid. || Sec. 3. Payment of the amount of an invalid order may be made by means of a duplicate, to be issued by the Administration of the country of origin and sent directly to the Department of the country of payment. || Sec. 4. Payment may also be effected on an original order which has become invalid, provided authority to that effect is obtained from the country of origin.

Article XII.

Duplicate orders.

Orders, lost or destroyed, will be replaced by duplicates to be issued without charge by the Postal Administration of the country of origin, and sent to the Post Office Department of the country of payment.

Article XIII.

Repayments.

A money order, or a duplicate thereof, may be repaid to the remitter, payee, or endorsee, upon presentation at the issuing office provided the corresponding advice is in the possession of the issuing postmaster. In case the advice has been sent to the office of payment, it shall be returned by the paying to the issuing postmaster upon the request of the latter. In lieu of a lost advice a certificate from the paying postmaster to that effect shall be furnished.

Article XIV.

Accounts, Balances.

Sec. 1. Within six weeks after the close of each fiscal quarter, two copies of an account similar to model „D“ hereto annexed shall be prepared and transmitted to the Auditor for the Post Office Department of the United States by the Director General of Posts of Mexico, exhibiting the balance found due on the exchange of money orders during the quarter, one copy of which, after verification, shall be returned to the Director General of Posts of Mexico. The latter will then send an acknowledgment of receipt to the Post Office Department of the United States

Such account shall be stated in Mexican money as regards orders issued in Mexico, and in United States money as regards orders issued in the United States. || (a) If this verified account shows a balance in favor of Mexico, in the United States shall transmit therewith a banker's bill of exchange, payable on demand in New York, in United States money, gold, for the amount of said balance due the Mexican Post Office Department at the rate of comission prescribed in Section 1 of Article III of this Convention. The latter will then send an acknowledgment of receipt to the Post Office Department at the rate of exchange for banker's bills, however, be such as would inflict loss on the United States Department, the remittance may be made by means of a check drawn by the Postmaster General on the United States Treasurer of New York. || (b) If, on the other hand, said account after verification, shows a balance in favor of the Post Office Department of the United States, then the Post Office Department of Mexico shall upon receipt of the certified copy of the same, transmit to that of the United States a sight bill of exchange for the amount thereof, payable in New York, in dollars. The United States Post Office Department will then send in return an acknowledgment of receipt. || Sec. 2. If, pending the settlement of an account, one of the two Postal Administrations shall, ascertain that it owes the other a balance exceeding five thousand dollars, the indebted Administration shall promptly remit the approximate amount of such balance to the credit of the other. || Sec. 3. The expense attending the remittance of bills of exchange shall invariably be borne by the Post Office Department by which payment is made. || Sec. 4. Payments may also be made in money or by drafts or bills of exchange, on other points that Mexico, or New York, by mutual agreement between the two Departments.

Article XV.

Use of Vouchers.

Each Administration agrees to place temporarily at the disposal of the other any paid order, the return of which shall have been requested, for inspection or for use as evidence in an investigation.

Article XVI.

Modification of Details.

The two Postal Administration may, by mutual agreement, make modification in matters of detail, connected with the execution of this Convention, in order to provide for greater security against fraud, or for the better working of the international system.

Article XVII.

Indirect Exchange with United States Possessions.

Sec. 1. Until it shall be deemed advisable to conclude Conventions for a direct exchange, it is agreed that the Post Office Department of the United States will act as the intermediary in the settlement of accounts arising from an indirect exchange between Mexico on the one hand, and the Canal Zone (Isthmus of Panama) and the Philippine Islands on the other. || Sec. 2. The general provisions of this Convention shall be applicable to such indirect exchange; but the latter shall be terminable on six months' notice from either country without prejudice to the duration of the direct exchange of money orders between the United States and Mexico provided for herein. || Sec. 3. In preparing the monthly lists of orders which have been paid and audited (Article III), orders issued or paid in the Canal Zone, and the Philippine Islands, shall be entered separately, and if practicable, on separate sheets.

Article XVIII.

Suspension of Convention.

Each of the two Administrations is empowered, under extraordinary circumstances, which may be of a nature to warrant the measure, to suspend temporarily the money order service between the two countries provided, however, that notice of such suspension be given to the other Administration immediately, and, if deemed necessary, by means of the telegraph.

Article XIX.

In effect.

This Convention, when duly signed, shall take effect on the date that by mutual agreement shall have been designated before hand for the purpose by the contracting Administrations, and shall be in force until one year after either shall have notified the other of its intention to terminate it. || During such a year the Convention shall continue to be executed fully and entirely without prejudice to the adjustment and payment of the accounts after the expiration of the term in question.

Done in duplicate and signed at Washington on the second day of February, 1909, and at Mexico, D. F., on the eight day of March, 1909.

(L. S.) G. von L. Meyer.

Postmaster General of the United States.

(L. S.) N. Domínguez.

Director General of Posts of the United Mexican States.

Nr. 14054. **RUSZLAND und SCHWEDEN.** Erklärung über Meistbegünstigung.

Petersburg, den $\frac{9. \text{August}}{27. \text{Juli}}$ 1906.

En vue d'assurer les relations commerciales entre la Suède et la Russie, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus de ce qui suit. || Jusqu'à la revision du traité de commerce et de navigation conclu entre la Suède et la Norvège et la Russie le $\frac{8 \text{ mai}}{26 \text{ avril}}$ 1838, les Hautes Parties contractantes se garantissent mutuellement le traitement de la nation la plus favorisée en tout ce qui concerne le commerce, la navigation, l'industrie et les droits d'entrée. || Ne sont pas censées déroger aux dispositions du présent arrangement: || 1) les faveurs spéciales accordées ou qui seront accordées par la Suède aux sujets norvégiens, aux sociétés commerciales, industrielles et financières et aux marchandises norvégiennes aussi longtemps que ces mêmes faveurs ne seront pas accordées aux sujets, aux sociétés ou aux marchandises d'un autre Etat. || 2) les stipulations qui sont ou seront relatives au commerce de la Russie avec les Etats et pays limitrophes de l'Asie, ces stipulations ne pouvant en aucun cas être invoquées pour modifier les relations de commerce et de navigation établies entre les deux Parties Contractantes par le présent arrangement. || Les dispositions du présent arrangement ne sont pas applicables: || 1) aux faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement, relativement à l'importation ou à l'exportation, aux habitants du gouvernement d'Arkhangel, ainsi que pour les côtes septentrionales et orientales de la Russie d'Asie (Sibérie). || Toutefois, les importations suédoises bénéficieront également de toutes les facilités douanières accordées aux importations dans ces territoires d'un Etat de l'Europe ou de l'Amérique du Nord. || 2) au cabotage, lequel continue à être régi par les lois qui sont ou seront en vigueur dans chacun des deux pays.

Le présent arrangement entrera en vigueur à partir du jour de sa signature, et ne cessera ses effets qu'un an après la dénonciation qui en serait faite de part ou d'autre.

En foi de quoi les soussignés ont signé le présent arrangement et y ont apposé leurs cachets.

Fait, en double, à St. Pétersbourg, le $\frac{9 \text{ août}}{27 \text{ juillet}}$ 1906.

(L. S.) Edv. Brändström.

(L. S.) Iswolsky.

(Utrikesdepartementet.)

Nr. 14055. **SCHWEDEN und PORTUGAL.** Erklärung über Meistbegünstigung.

Lissabon, 16. April 1904.

Pour assurer les relations de commerce et de navigation entre la Suède et le Portugal, le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège et le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves sont convenus de la déclaration suivante: || La Suède et le Portugal se garantissent mutuellement le traitement de la nation la plus favorisée en tout ce qui concerne le commerce et la navigation. || Les produits d'origine et de manufacture suédoise à leur entrée en Portugal (y compris Madère, Porto Santo et Açores) et les produits d'origine et de manufacture portugaise à leur entrée en Suède ne seront pas assujettis, lorsqu'ils seront importés directement, à des droits d'entrée autres ni plus élevés que ceux auxquels sont ou seront assujettis les produits similaires de toute autre nation. Seront considérées directement importées, outre les envois de port à port, les marchandises venant accompagnées d'un connaissance direct. || Les produits des colonies portugaises réexportés de la Métropole pour la Suède bénéficieront du susdit traitement. || Les marchandises originaires de l'un des deux pays importées dans l'autre ne pourront être assujetties à des droits d'accise, d'octroi ou de consommation, supérieurs à ceux qui grèvent ou grèveront les marchandises similaires de production nationale ou étrangère. || Il est entendu que cette déclaration n'implique pas l'extension des faveurs spéciales qui sont ou seront accordées par le Portugal à l'Espagne ou au Brésil ni celle des faveurs qui, à titre exclusif, sont ou seront accordées par la Suède à la Norvège ou au Danemark. || Cette déclaration entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications et restera exécutoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncée. || Toutefois le Portugal se réserve la faculté de se tenir pour délié de cet arrangement si la limite actuelle de la force alcoolique des vins importés en Suède venait à être abaissée au détriment des vins portugais.

Dans ce cas l'arrangement cessera immédiatement de produire ses effets.

En foi de quoi les soussignés, Envoyé Extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège et Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Très-Fidèle, dûment autorisés, ont signé la présente déclaration et y ont apposé leurs cachets.

Fait, en double expédition, à Lisbonne, le 16 avril 1904.

(L. S.) F. Wedel Jarlsberg.

(L. S.) Wenceslau de Sousa Pereira Lima.

Les soussignés s'étant réunis pour procéder à l'échange des ratifications de Sa Majesté le Roi de Suède et de Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves relatives à la Déclaration de commerce conclue le 16 avril 1904 entre la Suède et le Portugal et ayant trouvés les instruments de ratification d'accord et en bonne et due forme, ont procédé à cet échange. || Fait, en double expédition, à Lisbonne le 12 janvier 1907

Robert Sager.

Luis de Magelhaes.

Nr. 14056. SCHWEDEN und SERBIEN. Erklärung über Meistbegünstigung.

Belgrad, 20. Dezbr. 1907.
2. Januar 1908.

En vue d'assurer et développer les relations commerciales entre la Suède et la Serbie les soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus de la déclaration suivante: || La Suède et la Serbie se garantissent mutuellement le traitement de la nation la plus favorisée en tout ce qui concerne le commerce, l'industrie et les droits d'entrée. || Les dispositions de la présente déclaration ne sont pas applicables aux faveurs spéciales accordées ou qui seront accordées par la Suède aux sujets norvégiens, aux sociétés commerciales, industrielles et financières et aux marchandises norvégiennes, aussi longtemps que ces mêmes faveurs ne seront pas accordées aux sujets, aux sociétés ou aux marchandises d'un autre Etat. || Elles ne seront pas applicables, en général, aux concessions qu'un des Etats contractants accorde aux Etats limitrophes pour faciliter le trafic-frontière, ainsi qu'aux concessions résultant de la conclusion d'une union douanière.

Le présent arrangement entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications, et ne cessera ses effets qu'un an après la dénonciation qui en serait faite de part ou d'autre.

En foi de quoi les soussignés ont signé la présente déclaration et y ont apposé leurs cachets.

Fait, en double, à Belgrade le 11 avril
29 mars 1907.

(L. S.) Joachim Beck-Friis.

(L. S.) Racha Milochévitch.

(L. S.) S. R. Koukitch.

Nr. 14057. **SCHWEDEN und BULGARIEN.** Notenaustausch über Meistbegünstigung.

Konstantinopel, 10. Mai 1906.

Le soussigné, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de S. M. le Roi de Suède à Constantinople, dûment autorisé à cet effet par son Gouvernement, a l'honneur de déclarer à Monsieur l'Agent Diplomatique de la Principauté de Bulgarie en cette ville que les marchandises et la navigation bulgares seront soumises en Suède au même traitement que celles des pays les plus favorisés, à la condition que les marchandises et la navigation suédoises en Bulgarie soient également traitées comme celles des nations les plus favorisées. || Les dispositions du présent arrangement ne sont point applicables au cabotage, ni aux concessions accordées ou qui pourront être accordées par la Suède à la Norvège, tant qu'elles ne seront étendues à aucun autre Etat. || Le présent arrangement entrera en vigueur à partir d'aujourd'hui et aura force pour la durée d'un an. Il pourra être renouvelé d'une année à l'autre, chacune des deux Parties contractantes se réservant le droit de le dénoncer trois mois avant l'expiration de chaque année. || Le soussigné profite de cette occasion etc. etc. (Signé) Ch. Em. Ramel.

Le soussigné, Agent Diplomatique de la Principauté de Bulgarie à Constantinople, a l'honneur d'accuser la réception de la note de ce jour par laquelle M. le Ministre de Suède en cette ville a bien voulu l'informer que les marchandises et la navigation bulgares seront soumises en Suède au même traitement que celles des pays les plus favorisés, à la condition que les marchandises et la navigation suédoises en Bulgarie soient également traitées comme celles des nations les plus favorisées. || Prenant acte de cette communication et dûment autorisé par son Gouvernement, le soussigné s'empresse de déclarer que les marchandises et la navigation suédoises seront traitées en Bulgarie comme celles des nations les plus favorisées. || Les dispositions du présent arrangement ne sont point applicables au cabotage, ni aux concessions accordées ou qui pourront être accordées par la Suède à la Norvège, tant qu'elles ne seront étendues à aucun autre Etat. || Le présent arrangement entrera en vigueur à partir d'aujourd'hui et aura force pour la durée d'un an. Il pourra être renouvelé d'une année à l'autre, chacune des deux Parties contractantes se réservant le droit de le dénoncer trois mois avant l'expiration de chaque année. || Le soussigné saisit cette occasion etc. etc. (Signé) G. D. Natchovits.

(Utrikesdepartementet.)

Nr. 14058. **SCHWEDEN und GROSZBRITANNIEN.** Notenaustausch über die Behandlung schwedischer Seeleute im britischen Dienst.

London, 10. Sept. 1907.

I have the honour, with reference to your Note of July 9th last to propose, in the name of the Royal Swedish Government the following Agreement as to the treatment of the estates of Swedish seamen dying on board British merchant vessels or on British or Foreign territory, which, in accordance with the provisions of »the British Merchant Shipping Acts» may be received by the British Board of Trade: || I. The British Board of Trade will in future furnish the Swedish Consul General in London with copies of the accounts rendered to them in respect of the Wages and Effects of deceased seamen subjects of the King of Sweden together with any particulars which may be at their disposal likely to facilitate the identification of the deceased and of the legal heirs. || II. In every case when an Estate does not exceed P. 100 sterling in value and the British Board of Trade are satisfied that the legal heirs of the deceased seaman are resident in Swedish territory and that there are no persons elsewhere who have any valid claim to the wages and effects left by him they will dispense with the customary form of claim and will hand over the property in question to the Swedish Consul General in London. || III. Before actually disposing of the Estate of a Swedish seaman in accordance with British Law the British Board of Trade will give notice to the Swedish Consul General of their intention to hand over such property to those persons having claims upon it and will consider any representations that the Consul General may make thereon. || IV. It is understood that the Estates of British seamen received by the Swedish Government, whether dying on board Swedish Merchant vessels or on Swedish or foreign territory, will similarly be handed over to His Britannic Majesty's Consular Officers. || I have the honour to request You to state whether the British Government concur in the above Agreement, and in that case I should consider the matter settled on receiving a declaration to that effect from you.

I have the honour to be, etc. etc.

(signed) Wrangel.

I have the honour to inform you that I accept, in the name of His Britannic Majesty's Government, the following Agreement, as proposed in your Note of the 10th ultimo, regarding the treatment of the estates of Swedish seamen dying on board British Merchant Vessels or on British or Foreign Territory, which, in accordance with the provisions of »The

British Merchant Shipping Acts» may be received by the British Board of Trade: || I. The British Board of Trade will in future furnish the Swedish Consul General in London with copies of the accounts rendered to them in respect of the wages and effects of deceased seamen subjects of the King of Sweden together with any particulars which may be at their disposal likely to facilitate the identification of the deceased and of the legal heirs. || II. In every case when an estate does not exceed one hundred pounds sterling in value and the British Board of Trade are satisfied that the legal heirs of the deceased seaman are resident in Swedish territory and that there are no persons elsewhere who have any valid claim to the wages and effects left by him they will dispense with the customary form of claim and will hand over the property in question to the Swedish Consul General in London. || III. Before actually disposing of the estate of a Swedish seaman in accordance with British Law the British Board of Trade will give notice to the Swedish Consul General of their intention to hand over such property to those persons having claims upon it and will consider any representations that the Consul General may make thereon. || IV. It is understood that the estates of British seamen received by the Swedish Government, whether dying on board Swedish vessels or on Swedish or foreign territory, will similarly be handed over to His Britannic Majesty's Consular Officers.

I have the honour to be, etc. etc.

(signed) E. Grey.

Nr. 14059. **SCHWEDEN und NIEDERLANDE.** Abkommen über
Rettung aus Seenot.

Stockholm, 26. Febr. 1908.

Convention.

Sa Majesté le Roi de Suède et Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, également animés du désir de régler le sauvetage de navires, naufragés sur les côtes respectives, ont résolu de conclure une convention à cet effet et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi de Suède: || Son Excellence Monsieur Eric de Trolle, Son Ministre des Affaires Etrangères, et || Sa Majesté la Reine des Pays-Bas: || le Baron Jacob Dirk Carel de Heeckeren de Kell, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Suède, Membre de la première chambre des Etats-Généraux, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1.

Toutes les mesures nécessaires, relatives au sauvetage de navires néerlandais, naufragés sur les côtes de la Suède avec leur cargaison et avec tout ce qui appartient à tel navire, seront prises par les officiers consulaires des Pays-Bas et réciproquement les officiers consulaires de la Suède prendront les mesures nécessaires en cas de naufrage de navires de leur nation sur les côtes des Pays-Bas. || L'intervention des autorités locales aura seulement lieu pour maintenir l'ordre, garantir les intérêts des sauveteurs, s'ils sont étrangers aux équipages naufragés, et assurer l'exécution des dispositions à observer pour l'entrée et la sortie des marchandises sauvées. || En l'absence et jusqu'à l'arrivée des officiers consulaires, les autorités locales devront d'ailleurs prendre toutes les mesures nécessaires pour la protection des individus et la conservation des effets sauvés. || Il est convenu que les marchandises sauvées ne seront tenues à aucun droit de douane, à moins qu'elles ne soient destinées à la consommation dans le pays où le naufrage a eu lieu.

Art. 2.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à soumettre à la Cour Permanente d'Arbitrage à La Haye les différends qui pourraient s'élever entre Elles au sujet de l'application ou de l'interprétation de la présente Convention et qui n'auront pu être résolus par la voie diplomatique. || Dans chaque cas particulier les Gouvernements respectifs signeront un compromis spécial, déterminant nettement l'objet du litige, l'étendue des pouvoirs de l'arbitre ou du tribunal arbitral, le mode de sa désignation, la langue dont l'arbitre ou le tribunal arbitral fera usage et celles dont l'emploi sera autorisé devant eux, le montant de la somme que chacune des Hautes Parties contractantes aura à déposer à titre d'avance pour les frais ainsi que les règles à observer en ce qui concerne les formalités et les délais de la procédure.

Art. 3.

La présente Convention entrera en vigueur immédiatement après l'échange de ratifications et ne cessera ses effets qu'un an après la dénonciation qui en serait faite de part ou d'autre.

Art. 4.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à La Haye dans le délai de 10 mois, ou plus tôt si faire se peut. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait, en double expédition, à Stockholm, le 26 Février 1908.

(L. S.) Eric Trolle.

(L. S.) Carel van Heeckeren.

Nr. 14060. **SCHWEDEN** und **RUSZLAND**. Erklärung über die Berechnung der Schiffsgröße.

Petersburg, $\frac{14.}{27.}$ Juni 1907.

La déclaration conclue entre la Suède et la Russie le 19/6 février 1903 concernant la reconnaissance mutuelle des lettres de jauge ayant cessé ses effets, les soussignés, dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

Art. 1.

Les navires suédois jautés d'après la méthode Moorsom, seront admis dans les ports de l'Empire de Russie, ainsi que les navires russes (y compris ceux inscrits sur les registres maritimes finlandais) dont le jaugeage aura été fait selon le même système, seront admis dans les ports de la Suède sans être assujettis, pour le paiement des droits de navigation, à aucune nouvelle opération de jaugeage. Ces droits de navigation seront calculés d'après le tonnage net.

Art. 2.

Les dispositions suédoises ne s'accordant pas entièrement avec les dispositions du règlement russe, y compris le règlement spécial finlandais, les navires sous pavillon suédois dans les ports de l'Empire de Russie, ainsi que les navires sous pavillon russe dans les ports de la Suède ne pourront exiger d'autres déductions que celles admises en vertu du règlement en vigueur dans le pays où se trouve la navire. D'autre part ils auront la faculté d'exiger que le tonnage net soit déterminé sur la base des chiffres indiqués dans les certificats de jauge nationaux, ou dans leurs appendices, en conformité du règlement en vigueur dans le pays où se trouve le navire. || Il est bien entendu que si dans l'appendice du certificat de jauge d'un navire à vapeur suédois la déduction pour la chambre à machines se trouve être calculée d'après la règle dite „anglaise“, ce chiffre sera reconnu dans les ports de l'Empire de Russie sans remesurage. || En outre, si un espace quelconque, soumis à la déduction, ou la mise en compte du tonnage net, d'après les lois du pays où se trouve le navire, ne sera pas porté sur le certificat de jauge national, ou dans son appendice, cet espace devra être soumis à un remesurage, dont les frais seront calculés d'après le règlement en vigueur dans les pays respectifs et seulement pour le mesurage des espaces qui ont été réellement jautés.

Art. 3.

La présente déclaration est conclue pour le terme d'un an et entrera en vigueur un mois après sa signature. Dans les cas où aucune des

Hautes Parties contractantes n'aura notifié, trois mois avant la fin du dit terme, son intention d'en faire cesser les effets, la déclaration restera obligatoire jusqu'à l'expiration de trois mois, à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncée.

En foi de quoi les soussignés ont signé la présente déclaration et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double à St. Pétersbourg, le 27/14 juin 1907.

Edv. Brändström.

Iswolsky.

(Utrikesdepartementet.)

Nr. 14061. SCHWEDEN und PORTUGAL. Schiedsgerichtsvertrag.

Stockholm, 23. Okt. 1908.

Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège et Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, signataires de la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux, conclue à la Haye le 29 juillet 1899; || Considérant que, par l'article 19 de cette Convention, les Hautes Parties Contractantes se sont réservé de conclure des Accords en vue du recours à l'Arbitrage dans tous les cas qu'Elles jugeront possible de lui soumettre; || Ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, pour arrêter les dispositions suivantes: || Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège: || Monsieur Frédéric Hartvig Herman, Baron de Wedel Jarlsberg, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Très Fidèle, Grand-Croix de l'Ordre de Saint Olaf, Commandeur de Première Classe de l'Ordre de l'Etoile Polaire, Grand-Croix de l'Ordre du Christ et de Notre-Dame de la Conception de Villa Viçosa, etc., etc.; || Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves: || Monsieur Antonio Eduardo Villaça, Pair du Royaume, Son Ministre et Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères, Grand-Croix des Ordres de Saint Jacques, de la Couronne d'Italie, de Victoria de la Grande Bretagne et Irlande, de la Légion d'Honneur, du Mérite Naval et de Isabel la Catholique d'Espagne, de l'Aigle Rouge de Prusse et de Saint Sauveur de Grèce, etc., etc.; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Art. 1.

Les différends d'ordre juridique ou relatifs à l'interprétation des Traités existant entre les Hautes Parties Contractantes, qui viendraient à se produire entre Elles et qui n'auraient pu être réglés par la voie diplomatique, seront soumis à la Cour Permanente d'Arbitrage établie

par la Convention du 29 juillet 1899, à la Haye, à la condition toutefois qu'ils ne mettent en cause ni les intérêts vitaux, ni l'indépendance ou l'honneur des Etats Contractants, et qu'ils ne touchent pas aux intérêts de tierces Puissances.

Art. 2.

Dans chaque cas particulier les Hautes Parties Contractantes, avant de s'adresser à la Cour Permanente d'Arbitrage, signeront un Compromis spécial déterminant nettement l'objet du litige, l'étendue des pouvoirs des Arbitres et les délais à observer en ce qui concerne la constitution du Tribunal Arbitral et la procédure.

Art. 3.

La présente Convention, qui sera ratifiée, est conclue pour une durée de cinq années, à partir de l'échange des ratifications qui aura lieu aussitôt que faire se pourra.

Fait à Lisbonne, en double exemplaire, le six Mai mil neuf cent cinq.

(L. S.) F. Wedel Jarlsberg.

(L. S.) Antonio Eduardo Villaça.

Protocole de signature.

Au moment de procéder à la signature de la Convention d'Arbitrage conclue à la date de ce jour, les Plénipotentiaires sous-signés déclarent qu'il est entendu qu'il appartient à chacune des Hautes Parties Contractantes d'apprécier si un différend qui se sera produit met en cause ses intérêts vitaux ou son indépendance et par conséquent est de nature à être excepté de l'arbitrage obligatoire, et qu'il est en outre entendu que la Convention n'abroge pas les dispositions du premier alinéa de l'Article 16 du Traité de Commerce entre la Norvège et le Portugal, conclu à Lisbonne le 31 décembre 1895. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont dressé la présent Protocole de signature qui aura la même force et la même valeur que si les dispositions qu'il contient étaient insérées dans la Convention elle-même.

Fait à Lisbonne, en double exemplaire, le six Mai mil neuf cent cinq.

(L. S.) F. Wedel Jarlsberg.

(L. S.) Antonio Eduardo Villaça.

Utväxlingsprotokoll.

Les soussignés s'étant réunis pour procéder à l'échange des ratifications de Sa Majesté le Roi de Suède et de Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves sur la convention d'arbitrage conclue à Lisbonne

le 6 mai 1905 entre la Suède et le Portugal ainsi que sur le protocole de signature y annexé, les instruments ont été produits et ayant été, après l'examen, trouvés en bonne et due forme l'échange en a été opéré. En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont dressé le présent procès-verbal et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Stockholm en double exemplaire le 23 Octobre 1908.

(L. S.) Eric Trolle. (L. S.) A. de Castro Feijó.

(Utrikesdepartementet.)

Nr. 14062. **DEUTSCHES REICH, RUSZLAND, SCHWEDEN, DÄNE-MARK.** Ostseeabkommen.

Petersburg, ^{10.}_{23.} April 1908.

Déclaration.

Sa Majesté le Roi de Suède, Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, Sa Majesté le Roi de Danemark et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies désirant consolider les liens de bon voisinage et d'amitié qui unissent leurs Etats et contribuer par là à la conservation de la paix générale et reconnaissant que leur politique par rapport aux régions de la mer Baltique a pour objet le maintien du statu quo territorial actuel, || Leurs Gouvernements déclarent par le présent acte qu'ils sont fermement résolus à conserver intacts les droits de Sa Majesté le Roi de Suède, de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, de Sa Majesté le Roi de Danemark et de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies sur Leurs possessions continentales et insulaires respectives dans les dites régions. || Dans le cas où le statu quo territorial actuel dans les régions de la mer Baltique serait menacé par des événements quelconques, les quatre Gouvernements signataires de la présente Déclaration entreront en communication pour se concerter sur les mesures qu'ils jugeraient utile de prendre dans l'intérêt du maintien du statu quo. || En foi de quoi les Plénipotentiaires, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Déclaration et y ont apposé les cachets de leurs armes.

Fait en quatre exemplaires à St. Pétersbourg, le 10/23 avril 1908.

(L. S.) Edv. Brändström.

(L. S.) F. Pourtalès.

(L. S.) P. Lövenörn.

(L. S.) Iswolsky.

Mémorandum.

Au moment de signer la déclaration en date de ce jour, les Soussignés, d'ordre de leurs Gouvernements respectifs, croient devoir préciser || que

le principe du maintien du statu quo, consacré par la susdite déclaration, ne vise que l'intégrité territoriale de toutes les possessions actuelles, continentales et insulaires, des Hautes Parties contractantes dans les régions de la Mer Baltique et que, par conséquent, le dit arrangement ne pourra d'aucune manière être invoqué lorsqu'il s'agira du libre exercice des droits de souveraineté des Hautes Parties contractantes sur leurs possessions respectives susmentionnées.

Fait en quatre exemplaires à St. Pétersbourg, le 10/23 avril 1908.

(L. S.) Edv. Brändström.

(L. S.) F. Pourtalès.

(L. S.) P. Lövenörn.

(L. S.) Iswolsky.

Déclaration.

Les Soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, déclarent que le traité conclu par la Suède et la Norvège avec la France et la Grande Bretagne concernant l'intégrité de la Suède et de la Norvège et signé à Stockholm le 21 novembre 1855, a cessé de sortir ses effets en ce qui concerne leurs trois Gouvernements.

Fait en trois exemplaires.

Stockholm, le 23 avril 1908.

(L. S.) Eric Trolle.

(L. S.) Rennel Rodd.

(L. S.) Roger Clausse.

Nr. 14063. **DEUTSCHES REICH, FRANKREICH, GROSZBRITANNIEN
DÄNEMARK, NIEDERLANDE, SCHWEDEN.** Nordsee-
abkommen.

Berlin, 23. April 1908.

Déclaration.

Les Gouvernements d'Allemagne, de Danemark, de France, de la Grande Bretagne, des Pays-Bas et de la Suède animés du désir de consolider les liens de bon voisinage et d'amitié existant entre leurs Etats respectifs, et de contribuer par là à la conservation de la paix générale et reconnaissant que leur politique par rapport aux régions limitrophes de la Mer du Nord a pour objet le maintien du statu quo territorial actuel, || déclarent qu'ils sont fermement résolus à conserver intacts et à respecter réciproquement les droits souverains dont jouissent actuellement leurs pays sur leurs territoires respectifs dans ces régions. || Dans le cas où d'après l'opinion d'un des Gouvernements désignés ci-dessus le statu

quo territorial actuel dans les régions limitrophes de la Mer du Nord serait menacé par des événements quelconques, les Puissances signataires de la présente Déclaration entreront en communication pour se concerter, par la voie d'un accord à conclure entre elles, sur des mesures qu'elles jugeraient utile de prendre dans l'intérêt du maintien du statu quo de leurs possessions. || La présente Déclaration sera ratifiée dans le plus bref délai possible. Les ratifications seront déposées à Berlin le plus tôt que faire se pourra et au plus tard le 31 décembre 1908. Il sera dressé du dépôt de chaque ratification un procès-verbal dont une copie certifiée sera remise par la voie diplomatique aux Puissances signataires. || En foi de quoi les Plénipotentiaires dûment autorisés à cet effet ont signé la présente Déclaration et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Berlin le 23 avril 1908.

(L. S.) Schoen.

(L. S.) Hegermann-Lindencrone.

(L. S.) Jules Cambon.

(L. S.) Frank C. Lascelles.

(L. S.) Gevers.

(L. S.) Taube.

Mémorandum.

Au moment de signer la Déclaration de ce jour les soussignés, d'ordre de leurs Gouvernements respectifs, croient devoir préciser: || 1) que le principe du maintien du statu quo, consacré par ladite Déclaration ne vise que l'intégrité territoriale de toutes les possessions actuelles des Hautes Parties Contractantes dans les régions limitrophes de la Mer du Nord et que, par conséquent, la Déclaration ne pourra d'aucune manière être invoquée lorsqu'il s'agirait du libre exercice de droits de souveraineté des Hautes Parties Contractantes sur leurs possessions respectives susmentionnées; || 2) qu'en regard de ladite Déclaration la Mer du Nord sera considérée comme s'étendant vers l'Est jusqu'à son alliance avec les eaux de la Mer Baltique.

Fait à Berlin, le 23 avril 1908.

(L. S.) Schoen.

(L. S.) Hegermann-Lindencrone.

(L. S.) Jules Cambon.

(L. S.) Frank C. Lascelles.

(L. S.) Gevers.

(L. S.) Taube.

Depositionsprotokoll.

Procès-verbal de la Séance tenue à Berlin au Département des affaires étrangères le 2 juillet 1908 pour dresser acte du dépôt des ratifications de la Déclaration signée à Berlin le 23 avril 1908 concernant la Mer du Nord.

(Unterschriften.)

Les Soussignés s'étant réunis au Département des affaires étrangères à Berlin, pour procéder au dépôt des ratifications de la Déclaration signée à Berlin le 23 avril 1908, concernant la Mer du Nord, les instruments de ces ratifications ont été produits et trouvés en bonne et due forme; selon les instructions que les soussignés ont reçues de leurs Gouvernements respectifs, les dits instruments ont été remis à la garde du Gouvernement Allemand pour être déposés conformément aux stipulations de la dite Déclaration aux archives Impériales. || En foi de quoi a été dressé le présent procès-verbal, dont une copie certifiée sera adressée par les soins du Gouvernement de l'Empire d'Allemagne à chacune des autres Puissances. || Fait à Berlin, lu et approuvé le 2 juillet 1908.

Signé: von Schoen.

„ I. Hegermann-Lindencrone.

„ Jules Cambon.

„ J. de Salis.

„ Gevers.

„ Taube.

(Utrikesdepartementet.)

Nr. 14064. **SCHWEDEN und BELGIEN.** Vertrag über Eigentumsrechte.

Brüssel, 28. März 1907.

Convention conclue entre la Suède et la Belgique pour remplacer la convention des 21 Juillet/2 Août 1838 relative au droit de succéder et d'acquérir.

Sa Majesté le Roi de Suède et Sa Majesté le Roi des Belges, désirant régler, par une Convention nouvelle, la faculté, pour leurs sujets respectifs, de succéder et d'acquérir, dans les deux pays, ont nommé, à cet effet, pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi de Suède, || Monsieur le Baron G. Falkenberg, Commandeur de première classe de Son Ordre de l'Etoile Polaire, etc. etc., Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges, et || Sa Majesté le Roi des Belges, || Monsieur le Baron de Favereau, Chevalier de Son Ordre

de Léopold, etc. etc., Membre du Sénat, Son Ministre des Affaires Etrangères, lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article Premier.

Les Suédois en Belgique et les Belges en Suède seront, à titre de réciprocité, autorisés, dans les mêmes conditions que les ressortissants du tiers Etat le plus favorisé, à acquérir et à posséder des biens meubles ou immeubles et à en disposer par vente, échange, don, testament ou autrement, ainsi qu'à recueillir des successions soit ab intestat, soit par testament.

Article 2.

Les droits connus sous le nom de droit d'aubaine et de détraction ne seront pas, à l'avenir, exigés lorsqu'en cas de succession, donation entre vifs, vente, émigration ou autre, il y aura lieu à une translation de biens du Royaume de Suède dans le Royaume de Belgique ou de celui-ci dans le Royaume de Suède.

Article 3.

Les Suédois qui acquerront des biens, meubles ou immeubles, en Belgique, soit par succession ab intestat, soit par testament, vente, échange, don ou autrement, et, réciproquement les Belges qui acquerront des biens, meubles ou immeubles, en Suède aux mêmes titres, ne seront sous ce rapport assujettis à d'autres droits, impositions ou taxes que ceux qui devront être acquittés par les nationaux d'après les lois et règlements qui existent ou qui existeront dans le pays respectif. Il en sera de même s'ils aliènent ces biens, transfèrent et en emportent la valeur.

Article 4.

La présente Convention entrera en vigueur le premier Juin 1907 et demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncée. Elle ne portera aucun préjudice aux droits immobiliers acquis avant la dite date par des Sujets Suédois en Belgique ou par des Sujets Belges en Suède.

Article 5.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées aussitôt que faire se pourra.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Bruxelles, en double exemplaire le 28 Mars 1907.

(L. S.) Falkenberg. (L. S.) Favereau.

(Utrikesdepartementet.

Nr. 14065. SCHWEDEN und VEREINIGTE STAATEN. Postabkommen.

Washington, 21. Dezember 1905.

For the purpose of making better postal arrangements between the United States of America and Sweden, the undersigned George B. Cortelyou, Postmaster-General of the United States of America, and E. von Krusenstjerna, Director General of Posts of Sweden, by virtue of authority vested in them, have agreed upon the following articles for the establishment of a Parcels-Post System of exchanges between the two countries.

Article I.

The provisions of this Convention relate only to parcels of mail matter to be exchanged by the system herein provided for, and do not affect the arrangements now existing under the Universal Postal Convention, which will continue as heretofore; and all the agreements hereinafter contained apply exclusively to mails exchanged under these articles directly between the office of New York, and such other offices within the United States as may be hereafter designated by the Postmaster-General of the United States; and the office of Malmö, and such other offices within Sweden as may be hereafter designated by the Director General of Posts of Sweden.

Article II.

There shall be admitted to the mails exchanged under this Convention, articles of merchandise and mail matter — except letters, post-cards and written matter of all kinds — that are admitted under any conditions to the domestic mails of the country of origin, except that no packet must exceed fifty dollars (\$ 50) or its equivalent in value, 4 pounds 6 ounces (or 2 kilograms) in weight, nor the following dimensions: Greatest length in any direction, three feet six inches (105 centimeters); greatest length and girth combined, six feet (180 centimeters); and must be so wrapped or inclosed as to permit their contents to be easily examined by customs officers and by postmasters duly authorized to do so; and except that the following articles are prohibited: || Publications which violate the copyright laws of the country of destination; poisons, and explosive or inflammable substances; fatty substances; liquids, and those which easily liquify; confections and pastes; live or dead animals, except dead insects and reptiles when thoroughly dried; fruits and vegetables which easily decompose, and substances which exhale a bad odor; lottery tickets, lottery advertisements, or lottery circulars; all obscene or immoral articles; articles which may in any way damage or destroy the mails, or injure the persons handling them.

Article III.

A letter or communication of the nature of personal correspondence must not accompany, be written on, or inclosed with any parcel. || If such be found, the letter will be placed in the mails if separable, and if the communication be inseparably attached, the whole package will be rejected. If, however, any such should inadvertently be forwarded, the country of destination may collect on the letter or letters double rates of postage according to the Universal Postal Convention. || No parcel may contain parcels intended for delivery at an address other than that borne by the parcel itself. If such inclosed parcels be detected, they must be sent forward singly, charged with new and distinct parcels-post rates.

Article IV.

The packages in question shall be subject in the country of destination to all customs duties and all customs regulations in force in that country for the protection of its customs revenues, and to the following rates of postage, which shall in all cases be required to be *Fully Prepaid*, viz.: || In the United States for a parcel not exceeding one pound (455 grams) in weight, 12 cents; and for each additional pound (455 grams) or fraction of a pound, 12 cents; || In Sweden; for a parcel not exceeding one kilogram in weight, 80 öre, and for other parcels, 1 krona 40 öre.

Article 5.

The sender of each package must make a *Customs Declaration*, upon a special form provided for the purpose (see Form 1, „A“, annexed hereto), giving the address, a general description of the parcel, an accurate statement of the contents and value, date of mailing, and the sender's signature and place of residence; which declaration must accompany the parcel to destination. || Either country may authorize the postoffice where the package is mailed to deliver to the sender of the package at the time of mailing, a certificate of mailing on a form like form 2 annexed hereto. || The sender of a package may have the same registered by paying the registration fee required for registered articles in the country of origin, and, on demand therefore, will receive a return receipt, without additional charge.

Article VI.

The addressees of registered articles shall be advised of the arrival of a package addressed to them by a notice from the postoffice of destination. || The packages shall be delivered to addressees at the postoffices of address in the country of destination free of charge *for postage*; but the customs duties properly chargeable thereon shall be collected on deli-

very in accordance with the customs regulations at the country of destination; and the country of destination may, at its option, levy and collect from the addressee for interior service and delivery a charge not exceeding five cents in the United States and 20 öre in Sweden, on each single parcel of whatever weight.

Article VII.

The packages shall be considered as a component part of the mails exchanged direct between the United States and Sweden to be dispatched by the country of origin to the other at its cost and by such means as it provides, but must be forwarded, at the option of the dispatching office, either in boxes prepared especially for the purpose or in ordinary mail sacks, to be marked „Parcels-post“, and not to contain any other articles of mail matter, and to be securely sealed with wax or otherwise, as may be mutually provided by regulations hereunder. || Each country shall promptly return *empty* to the dispatching office by next mail, all such bags and boxes, but subject to other regulations between the two Administrations. || Although articles admitted under this Convention will be transmitted as aforesaid between the exchange offices, they should be so carefully packed as to be safely transmitted in the open mails of either country, both in going to the exchange office in the country of origin and to the office of address in the country of destination. || Each dispatch of a parcels-post mail must be accompanied by a descriptive list, in duplicate, of all the packages sent, showing distinctly the list number of each parcel, the name of the sender, the name of the addressee with address of destination, and the declared contents and value; and must be inclosed in one of the boxes or sacks of such dispatch. (See Form 3 annexed hereto.)

Article VIII.

As soon as the mail shall have reached the office of destination, that office shall check the contents of the mail. || In the event of the parcel bill not having been received, a substitute should be at once prepared. || Any errors in the entries on the parcel bill which may be discovered, should, after verification by a second officer, be corrected and noted for report to the dispatching office on a form „Verification certificate“, which should be sent in a special envelope. || If a parcel advised on the bill be not received, after the nonreceipt has been verified by a second officer, the entry on the bill should be canceled and the fact reported at once. || Should a parcel be received in a damaged or imperfect condition, full particulars should be reported on the same form. || If no verification certificate or note of error be received, a parcelsmail shall be considered as duly delivered, having been found on examination correct in all respects.

Article IX.

If the packages cannot be delivered as addressed, or if they are refused, they should be reciprocally returned without charge, directly to the dispatching office of exchange, at the expiration of thirty days from their receipt at the office of destination, and the country of origin may collect from the sender, for the return of the parcel, a sum equal to the postage when first mailed; || Provided, however, that parcels prohibited by Article II and those which do not conform to the conditions as to size, weight and value, prescribed by said Article, shall not be returned to the country of origin, but may be disposed of without recourse, in accordance with the customs laws and regulations of the country of destination. || When the contents of a parcel which cannot be delivered are liable to deterioration or corruption, they may be destroyed at once, if necessary, or if expedient, sold, without previous notice or judicial formality, for the benefit of the right person, the particulars of each sale being noticed by one postoffice to the other.

Article X.

The Post-Office Department of either of the contracting countries will not be responsible for the loss or damage of any package; but either country is at liberty to indemnify the sender of any package which may be lost or destroyed on its territory.

Article XI.

Each country shall retain to its own use the whole of the postages, registration and delivery fees, it collects on said packages; consequently, this Convention will give rise to no separate accounts between the two countries.

Article XII.

The Postmaster-General of the United States of America, and the Director General of Posts of Sweden, shall have authority to jointly make such further regulations of order and detail as may be found necessary to carry out the present Convention from time to time; and may, by agreement, prescribe conditions for the admission in packages exchanged under this Convention of any of the articles prohibited by Article II.

Article XIII.

This Convention shall take effect and operations thereunder shall begin on the first day of February 1906 and shall continue in force until terminated by mutual agreement, but may be annulled at the desire of either Department, upon six months' previous notice given to the other. ||

Done in duplicate, and signed at Washington, the 14th day of December 1905, and at Stockholm, the 14th day of November 1905.

(Sigill.) E. von Krusenstjerna. (Sigill.) Geo. B. Cortelyou,
Postmaster General of the United States of America.

Nr. 14066. **SCHWEDEN und Norwegen.** Schiedsgerichtsvertrag.

Stockholm, 26. Oktober 1905.

M. le Comte Axel Frédéric Claesson Wachtmeister, Plénipotentiaire de la Suède, et || M. Thor de Ditten, Plénipotentiaire de la Norvège, || S'étant réunis en vue de convertir en Convention formelle le projet de convention concernant le règlement de différends par arbitrage, approuvé par le Riksdag suédois le 13 octobre 1905 et par le Storting norvégien le 9 octobre 1905, et dûment autorisés à cet effet, ont signé, sans réserve de ratification, les articles qui suivent:

Article 1.

Les deux Etats s'engagent à soumettre à la Cour permanente d'Arbitrage, établie par la Convention du 29 juillet 1899, à la Haye, les différends qui viendraient à se produire entre eux et qui n'auraient pu être réglés par des négociations diplomatiques directes, à la condition toutefois qu'ils ne mettent en cause ni l'indépendance, ni l'intégrité, ni les intérêts vitaux de l'un ou de l'autre des Etats respectifs.

Article 2.

En cas de divergence sur le point de savoir si le différend qui se sera produit met en cause les intérêts vitaux de l'un ou de l'autre des Etats, et de ce chef doit être compris parmi ceux qui, aux termes de l'article précédent, sont exceptés de l'arbitrage obligatoire, la dite divergence sera soumise à la Cour d'Arbitrage susnommée.

Article 3.

La présente Convention recevra son application, même si les différends qui viendraient à se produire avaient leur origine dans des faits antérieurs à sa conclusion, mais elle ne s'appliquera pas aux différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de conventions contenant une clause spéciale d'arbitrage et, par conséquent, pas aux différends relatifs à l'interprétation ou à l'application des conventions conclues à l'occasion de la dissolution de l'Union entre les deux Etats.

Article 4.

Lorsqu'il y aura lieu à un arbitrage entre eux, les deux Etats, à défaut de clauses compromissaires contraires, se conformeront, pour tout

ce qui concerne la désignation des arbitres et la procédure arbitrale, aux dispositions établies par la Convention du 29 juillet 1899, sauf en ce qui concerne les points indiqués ci-après.

Article 5.

Aucun des arbitres ne pourra être sujet de l'un ou de l'autre Etat, ni domicilié dans leurs territoires. Ils ne devront avoir aucun intérêt dans les questions qui feront l'objet de l'arbitrage.

Article 6.

Le compromis prévu par l'article 31 de la Convention du 29 juillet 1899 fixera un terme avant l'expiration duquel devra avoir lieu l'échange entre les deux Etats des mémoires et documents se rapportant à l'objet du différend. Cet échange sera terminé dans tous les cas avant l'ouverture des séances du Tribunal Arbitral.

Ces dispositions ne portent aucune atteinte à ce qui a été arrêté par la Convention de la Haye du 29 juillet 1899 concernant la seconde phase de la procédure arbitrale (article 39), notamment pas aux dispositions des articles 43 à 49.

Article 7.

S'il y a lieu, la sentence arbitrale contiendra l'indication des délais dans lesquels elle devra être exécutée.

Article 8.

La présente Convention aura la durée de dix ans, à partir du jour de la signature, et sera prolongée pour une nouvelle période de la même durée, si elle n'est pas dénoncée par l'un ou l'autre des Etats au moins deux ans avant l'expiration de la période décennale.

Fait à Stockholm, en double expédition, le 26 octobre 1905.

(L. S.) F. Cl:son Wachtmeister.

(L. S.) v. Ditten.

Nr. 14067. **SCHWEDEN und NORWEGEN.** Abkommen über Errichtung einer neutralen Zwischenzone.

Stockholm, 26. Oktober 1905.

M. le Comte Axel Frédéric Claesson Wachtmeister, Plénipotentiaire de la Suède, et || M. Thor de Ditten, Plénipotentiaire de la Norvège, || S'étant réunis en vue de convertir en Convention formelle le projet de convention relative à l'établissement d'une zone neutre, à la mise hors d'état de servir de fortifications, etc., approuvé par le Riksdag suédois le

13 octobre 1905 et par le Storting norvégien le 9 octobre 1905, et dûment autorisés à cet effet, ont signé, sans réserve de ratification, les articles qui suivent:

Article 1.

Afin d'assurer des relations pacifiques entre les deux Etats, il sera établi, des deux côtés de la frontière commune, un territoire („zone neutre“) qui jouira des avantages d'une neutralité perpétuelle. || Cette zone sera limitée comme suit: du côté suédois par une ligne de démarcation partant de la pointe septentrionale du Nordkoster et formant une succession de lignes droites passant par: la pointe méridionale du Norra Långö, l'extrémité nord-est du lac de Färingen, l'extrémité nord-est du Lursjön, l'embouchure du fleuve de Kynne dans le Södra Bullaren, l'extrémité sud-est du Södra Kornsjön, l'extrémité sud du Stora Le, l'extrémité ouest de l'Ögnesjön, l'extrémité sud du Lysedstjärn, l'extrémité sud du Svalsjön, l'extrémité sud du Nässjön, l'extrémité sud du Bysjön, l'extrémité nord-ouest du lac de Kymmen, l'extrémité nord-ouest du Grunnsjön, l'extrémité nord-ouest du Kläggen, l'extrémité nord du Mangeln, l'extrémité ouest du Bredsjön, jusqu'au point où la rive droite du Klarälven coupe le 61° parallèle; || du côté norvégien par une ligne de démarcation allant, en ligne droite, par le Kirkö, en touchant la pointe nord-ouest du Singleö à l'église d'Ingedal et, de là, formant une succession de lignes droites passant par: l'église de Rokke, la pointe située sur la rive nord de l'embouchure du cours d'eau de Fredrikshald dans le Femsjö, l'embouchure, dans l'angle nord-est du Femsjö, du ruisseau passant près de la ferme de Röd, l'extrémité est du Klosatjern, l'extrémité est du Grefslivand (au nord de l'église de Hærland), la pointe s'avancant dans l'Ögderensjö au sud-ouest de Kraaktorp, le détroit entre le Mjermen et le Gaasefjord, l'Eidsdammen, l'extrémité sud-ouest du Dyrerudtjern (à l'extrémité nord du Liermosen), l'église d'Urskog, l'extrémité sud du Holmtjern, l'angle sud du Digersjö, l'extrémité nord du Skasensjö, l'extrémité est du Nordre Flögensjö, jusqu'au point où l'Ulva coupe le 61° parallèle. || Dans la dite zone sont compris les îles, îlots et récifs, mais non pas les parties de la mer elle-même avec ses golfes, qui se trouvent dans les limites de la zone. || La neutralité de la dite zone sera complète. Il sera donc défendu à chacun des deux Etats de faire dans cette zone des opérations de guerre, de s'en servir comme point d'appui ou comme base d'opérations de ce genre et d'y faire stationner (sauf l'exception prévue par l'article 6) ou concentrer des forces militaires armées, sauf celles qui pourraient être nécessaires pour le maintien de l'ordre public ou pour porter secours en cas de sinistre. Si, dans l'un

des Etats, il existe, ou si plus tard il y est construit des chemins de fer passant par une partie de la zone neutre de cet Etat dans une direction essentiellement parallèle à l'axe longitudinal de celle-ci, les présentes dispositions ne s'opposeront pas à l'emploi de ces chemins de fer pour les transports militaires de passage. Elles ne s'opposeront pas non plus à ce que des personnes, domiciliées dans la partie de zone de l'un des Etats et qui appartiennent à l'armée ou à la flotte, s'y réunissent pour être dirigées sans retard hors de la zone. || On ne pourra conserver dans la zone neutre et on ne pourra y établir à l'avenir ni fortifications, ni ports de guerre, ni dépôts de provisions destinés à l'armée ou à la flotte. || Toutefois ces dispositions ne seront pas applicables au cas où les deux Etats se porteraient secours dans une guerre contre un ennemi commun. Si l'un des deux Etats se trouve en guerre avec une tierce Puissance, elles n'engageront pas non plus, pour la partie de la zone qui appartient à chacun d'eux, ni celui qui se trouve en guerre, ni l'autre, en tant qu'il s'agit pour celui-ci de faire respecter sa neutralité.

Article 2.

En vertu des dispositions précédentes, les fortifications qui se trouvent actuellement dans la zone neutre telle qu'elle a été établie ci-dessus seront démantelées, à savoir: les groupes de fortifications norvégiennes de Fredrikssten avec Gyldenløve, Overbjerget, Veden et Hjelmkollen, d'Ørje avec Kroksund et d'Urskog (Dingsrud).

Article 3.

Les fortifications visées à l'article 2 seront mises hors d'état de servir en cette qualité; les ouvrages anciens de Fredrikssten et des forts de Gyldenløve et d'Overbjerget seront toutefois conservés, mais il sera défendu d'y faire des travaux d'entretien ayant un caractère de fortification. || Des stipulations plus détaillées relatives aux constructions modernes de ces trois forts, ainsi qu'aux mesures à prendre en ce qui touche les autres fortifications, seront insérées dans un acte séparé qui aura la même force et la même valeur que la présente Convention.

Article 4.

L'exécution des mesures visées à l'article 3 sera achevée au plus tard huit mois après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 5.

Une commission composée de trois officiers de nationalité étrangère (ni suédoise, ni norvégienne) sera chargée de contrôler que les mesures

visées à l'article 3 auront été dûment exécutées. De ces officiers un sera nommé par chacun des deux Etats et le troisième par les deux officiers ainsi désignés ou, dans le cas où ils ne pourraient tomber d'accord, par le Président du Conseil Fédéral Suisse. || Des dispositions plus détaillées relatives à ce contrôle seront insérées dans l'Acte séparé mentionné ci-dessus.

Article 6.

Fredrikssten pourra continuer à être le quartier du commandement militaire du district et celui de l'école de sous-officiers des forces ressortissant à ce commandement, le tout essentiellement sur le même pied qu'avant la construction des fortifications modernes.

Article 7.

Le groupe de fortifications de Kongsvinger ne pourra être augmenté, ni comme constructions, ni comme armement, ni comme garnison, le chiffre de cette dernière n'ayant pas, jusqu'ici, dépassé 300 hommes. Ne seront pas compris dans la garnison les hommes convoqués pour les exercices annuels. En application de la disposition ci-dessus, il ne pourra être établi de nouvelles fortifications dans un rayon de dix kilomètres autour de la forteresse ancienne de Kongsvinger.

Article 8.

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention qui n'auront pu être réglés par des négociations diplomatiques directes seront, avec l'exception qui suit de l'article 5, soumis à un Tribunal Arbitral composé de trois membres dont un sera nommé par chacun des deux Etats et le troisième par les deux membres ainsi désignés, ou, s'ils ne peuvent tomber d'accord sur ce choix, par le Président du Conseil Fédéral Suisse, ou, subsidiairement, de la manière prévue par les deux derniers alinéas de l'article 32 de la Convention de la Haye du 29 juillet 1899. Aucun des arbitres ne pourra être sujet de l'un ou de l'autre Etat, ni domicilié dans leurs territoires. Ils ne devront avoir aucun intérêt dans les questions qui feront l'objet de l'arbitrage. || A défaut de clauses compromissaires contraires, le Tribunal Arbitral déterminera le lieu de sa réunion et la procédure arbitrale.

Article 9.

La présente Convention entrera immédiatement en vigueur et ne pourra être dénoncée que d'un commun accord.

Fait à Stockholm, en double expédition, le 26 octobre 1905.

(L.S.) F. Clson Wachtmeister.

(L.S.) v. Ditten.

Nr. 14068. **SCHWEDEN und NORWEGEN.** Abkommen über die nomadisierenden Lappen.

Stockholm, 26. Oktober 1905.

M. le Comte Axel Frédéric Claesson Wachtmeister, Plénipotentiaire de la Suède, et || M. Thor de Ditten, Plénipotentiaire de la Norvège, S'étant réunis en vue de convertir en Convention formelle le projet de convention concernant le droit des Lapons nomades au pacage pour les rennes, etc., approuvé par le Riksdag suédois le 13 octobre 1905 et par le Storting norvégien le 9 octobre 1905, et dûment autorisés à cet effet, ont signé, sans réserve de ratification, les articles qui suivent:

Article 1.

Les deux Etats s'engagent, dans un but humanitaire, à continuer dorénavant de permettre, chacun sur son territoire, que les Lapons nomades de l'autre Etat jouissent, dans les proportions anciennes, des droits mentionnés dans la première annexe du traité de délimitation du 7/18 octobre 1751, chacun des deux Etats renonçant à toute prétention de pouvoir dénoncer ladite annexe sans le consentement de l'autre.

Article 2.

La loi de 1883 sur les Lapons nomades, qui remplace actuellement dans les deux Etats l'annexe susmentionnée, et qui a en dernier lieu été prorogée jusqu'à la fin de l'année 1907, sera prorogée pour une période de dix années encore, soit jusqu'à la fin de l'année 1917; toutefois, pour ce qui concerne son application pendant ladite période, il sera à observer ce qui suit: 1° Le droit qui revient aux Lapons de chacun des Etats de séjourner avec leurs rennes dans l'autre, sans l'autorisation des propriétaires fonciers ou fermiers intéressés, durant certains mois de l'année mentionnés dans ladite loi, ne pourra être exercé que dans les préfectures de Norrbotten et de Västerbotten en Suède et dans celles de Tromsø et de Nordland en Norvège; || 2° Il ne sera pas permis aux Lapons passant de l'un des pays dans l'autre d'amener des rennes appartenant à des personnes ayant demeure fixe ou à des sociétés anonymes; || 3° Les Lapons suédois ne pourront, sans l'autorisation des propriétaires fonciers ou fermiers intéressés, passer en Norvège avec leurs rennes avant le 15 juin, à moins que des conditions météorologiques extraordinaires ne rendent une migration anticipée nécessaire. La Suède aura cependant le droit de soumettre, à ses frais, à un Tribunal Arbitral constitué conformément à l'article 4 ci-dessous la question de savoir si et dans quelle mesure il est nécessaire pour les Lapons suédois, indépendamment de conditions météorologiques extraordinaires, de passer en Norvège avant le 15 juin, et,

dans ce cas, il sera donné suite à la décision du Tribunal Arbitral; dans aucune hypothèse cependant ladite migration ne pourra avoir lieu avant le 1 mai.

Article 3.

En temps utile avant la fin de l'année 1917, des négociations relatives à la revision des dispositions dans cette matière, en vigueur entre les deux Etats, seront engagées entre eux.

Article 4.

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application des dispositions dans la matière, en vigueur en tout temps entre les deux Etats, et qui n'auront pu être réglés par des négociations diplomatiques directes, seront soumis à un Tribunal Arbitral composé de trois membres dont un sera nommé par chacun des deux Etats et le troisième par les deux membres ainsi désignés, ou, s'ils ne peuvent tomber d'accord sur ce choix, par le Président du Conseil Fédéral Suisse, ou, subsidiairement, de la manière prévue par les deux derniers alinéas de l'article 32 de la Convention de la Haye du 29 juillet 1899. || A défaut de clauses compromissoires contraires, le Tribunal Arbitral déterminera le lieu de sa réunion et la procédure arbitrale.

Fait à Stockholm, en double expédition, le 26 octobre 1905.

(L. S.) F. Cl:son Wachtmeister.

(L. S.) v. Ditten.

Nr. 14069. **SCHWEDEN und NORWEGEN.** Abkommen über den Transithandel.

Stockholm, 26. Oktober 1905.

M. le Comte Axel Frédéric Claesson Wachtmeister, Plénipotentiaire de la Suède, et || M. Thor de Ditten, Plénipotentiaire de la Norvège, || S'étant réunis en vue de convertir en Convention formelle le projet de convention concernant le trafic en transit, approuvé par le Riksdag suédois le 13 octobre 1905 et par le Storting norvégien le 9 octobre 1905, et dûment autorisés à cet effet, ont signé, sans réserve de ratification, les articles qui suivent:

Article 1.

Chacun des deux Etats s'engage à ne pas empêcher ou gêner, par des prohibitions d'importation ou d'exportation, par des entraves apportées au transport ou par d'autres moyens, le transport des marchandises passant par son territoire et venant de l'autre Etat ou s'y rendant (marchandises en transit). || En cas d'hostilités avec une tierce Puissance ou entre

tierces Puissances, ou bien dans d'autres cas extraordinaires, il pourra être fait, pour les armes, munitions ou autre matériel de guerre, et, en temps de guerre, pour toutes marchandises ayant le caractère de contrebande de guerre, les exceptions provisoires exigées par le droit international ou commandées par le souci de la neutralité ou de la sûreté du pays. Il sera également permis de faire les exceptions provisoires nécessaires pour empêcher l'introduction ou la propagation d'épidémies ou d'épizooties.

Article 2.

Les marchandises en transit ne seront pas soumises à des droits de douane ou à d'autres droits analogues, ni frappées, du fait du transit d'un droit spécial quelconque. Sur les marchandises consignées en entrepôts ou autres semblables, les droits établis pourront être perçus.

Article 3.

Les marchandises en transit, transportées par chemin de fer, ne seront pas soumises, dans le pays de transit, à un régime moins favorable que celui appliqué en général, dans ce pays, aux marchandises de la même catégorie. Elles n'auront par conséquent pas à acquitter, sous aucune forme, des taxes de transport plus élevées que celles résultant des tarifs appliqués de fait dans le dit pays. Si, pour certaine catégorie de marchandises, le pays de transit n'applique pas dans tous les cas le même tarif, les marchandises en transit n'auront à acquitter que les taxes de transport jugées équitables par rapport aux tarifs qui sont de fait appliqués en général en dedans des limites du pays de transit, abstraction faite des réductions spéciales consenties sur des lignes locales tertiaires ou pour des raisons exceptionnelles. Si, dans le pays de transit, le transport de certaine catégorie de marchandises est nul ou de peu d'importance, les marchandises en transit de cette catégorie n'auront à acquitter que les taxes de transport jugées équitables par rapport aux tarifs appliqués aux marchandises qui s'en rapprochent le plus. || Cet article s'applique à toute marchandise qui, venant de l'un des deux pays ou s'y rendant, traverse l'autre par une ligne de chemin de fer appartenant, en tout ou en partie, à l'Etat ou à une société dont l'Etat est un des associés. Si l'Etat ou une société dont l'Etat est un des associés cède une ligne, ou sa part d'une ligne, à un nouveau propriétaire, l'Etat restera garant de l'application, malgré cette cession, des dispositions du présent article.

Article 4.

Les marchandises en transit, ainsi que les navires affrétés pour leur transport, ne seront pas soumis, dans le pays de transit, à des droits de

port ou de navigation ou à d'autres droits, de quelque nature que ce soit, plus élevés que ceux résultant des tarifs qui, dans le trafic international du pays de transit, sont de fait appliqués en général aux marchandises de la même catégorie, sans préjudice toutefois du droit des communes de percevoir des droits de port conformément à la législation générale. || Si certaine catégorie de marchandises ne figure point ou seulement avec des quantités peu importantes dans le trafic international du pays de transit, il ne sera pas perçu de droits plus élevés que ceux jugés équitables par rapport aux tarifs appliqués aux marchandises qui s'en rapprochent le plus.

Article 5.

Les dispositions ci-dessus seront appliquées même dans le cas où une marchandise en transit fait l'objet d'une réexpédition dans le pays de transit.

Article 6.

La présente Convention aura la durée de trente ans, à partir du 1 janvier 1906, et sera prolongée pour une nouvelle période de la même durée, si elle n'est pas dénoncée par l'un des Etats au moins cinq ans avant l'expiration de la période de trente ans.

Article 7.

Les dispositions précédentes concernant les taxes de transport par chemin de fer n'infirmen en rien le contrat pour le transport de minerai sur la ligne d'Ofoten, conclu le 11/7 octobre 1898 entre l'Etat norvégien et la société anonyme de Luossavaara-Kiirunavaara, en ce qui concerne la quantité contractuelle de 1,200,000 tonnes. Si les gisements de Luossavaara-Kiirunavaara passent à un nouveau propriétaire, celui-ci ne pourra, en ce qui concerne le transport de la dite quantité, se prévaloir de la présente Convention pour obtenir d'autres conditions que celles stipulées par le contrat.

Article 8.

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention qui n'auront pu être réglés par des négociations diplomatiques directes, seront soumis à un Tribunal Arbitral composé de trois membres dont un sera nommé par chacun des deux Etats et le troisième par les deux membres ainsi désignés, ou, s'ils ne peuvent tomber d'accord sur ce choix, par le Président du Conseil Fédéral Suisse, ou, subsidiairement, de la manière prévue par les deux derniers alinéas de l'article 32 de la Convention de la Haye du 29 juillet 1899. || A défaut de clauses

compromissoires contraires, le Tribunal Arbitral déterminera le lieu de sa réunion et la procédure arbitrale.

Fait à Stockholm, en double expédition, le 26 octobre 1905.

(L. S.) F. Claesson Wachtmeister.

(L. S.) v. Ditten.

Nr. 14070. **SCHWEDEN und NORWEGEN.** Abkommen über die gemeinsamen Gewässer.

Stockholm, 26. Oktober 1905.

M. le Comte Axel Frédéric Claesson Wachtmeister, Plénipotentiaire de la Suède, et || M. Thor de Ditten, Plénipotentiaire de la Norvège, || S'étant réunis en vue de convertir en Convention formelle le projet de convention concernant les lacs et cours d'eau communs, approuvé par le Riksdag suédois le 13 octobre 1905, et par le Storthing norvégien le 9 octobre 1905, et dûment autorisés à cet effet, ont signé, sans réserve de ratification, les articles qui suivent:

Article 1.

S'il est question, sur le territoire de l'un des deux Etats, d'endiguer un lac, d'en abaisser le niveau ou d'en dériver les eaux, d'établir des constructions dans un cours d'eau, d'en dériver les eaux ou de prendre d'autres mesures en vue d'en modifier la profondeur, le lit ou la direction, c'est la législation de cet Etat qui sera appliquée en ce qui concerne le droit d'entreprendre les travaux, quand même ceux-ci pourraient influencer les eaux situées dans l'autre Etat. Les ressortissants de ce dernier Etat auront, pour faire valoir leurs droits, les mêmes facilités dont jouissent, dans des circonstances analogues, les ressortissants de l'Etat où seraient entrepris les travaux, et ils jouiront également des mêmes droits que ceux-ci pour tout ce qui concerne les conditions auxquelles est soumise l'exécution des dits travaux.

Article 2.

Conformément aux principes généraux du droit international, il est entendu que les travaux mentionnés à l'article 1 ne pourront être exécutés dans l'un des deux Etats sans le consentement de l'autre, chaque fois que ces travaux, en influençant les eaux situées dans l'autre Etat, auraient pour effet soit de mettre des entraves sensibles à l'utilisation d'un cours d'eau pour la navigation ou le flottage, soit d'apporter autrement des changements sérieux aux eaux d'une région d'étendue considérable.

Article 3.

En ce qui concerne l'ouverture, le maintien et l'utilisation d'un cours d'eau pour la navigation ou le flottage, les ressortissants de chacun des Etats jouiront dans l'autre des mêmes droits et libertés que les ressortissants du pays.

Article 4.

La présente Convention s'applique à tous les lacs et cours d'eau communs aux deux Etats. Seront considérés comme communs les lacs et cours d'eau qui servent de frontière entre les deux Etats ou qui sont situés dans les territoires des deux ou qui se déversent dans les dits lacs et cours d'eau.

Article 5.

La présente Convention aura la durée de cinquante ans, à partir du 1 janvier 1906, et sera prolongée pour une nouvelle période de la même durée, si elle n'est pas dénoncée par l'un des Etats au moins cinq ans avant l'expiration de la période de cinquante ans.

Article 6.

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention qui n'auront pu être réglés par des négociations diplomatiques directes, seront soumis à un Tribunal Arbitral composé de trois membres dont un sera nommé par chacun des deux Etats et le troisième par les deux membres ainsi désignés, ou, s'ils ne peuvent tomber d'accord sur ce choix, par le Président du Conseil Fédéral Suisse, ou, subsidiairement, de la manière prévue par les deux derniers alinéas de l'article 32 de la Convention de la Haye du 29 juillet 1899. || A défaut de clauses compromissaires contraires, le Tribunal Arbitral déterminera le lieu de sa réunion et la procédure arbitrale.

Fait à Stockholm, en double expédition, le 26 octobre 1905.

(L. S.) F. Cl:son Wachtmeister.

(L. S.) v. Ditten.

Nr. 14071. **SCHWEDEN und NORWEGEN.** Schlußprotokoll zu den vorstehenden Verträgen.

Procès-Verbal de Signature,

dressé à Stockholm le 26 octobre 1905.

Les soussignés M. le Comte Axel Frédéric Claesson Wachtmeister, Plénipotentiaire de la Suède, d'un côté, de l'autre M. Thor de Ditten, Plénipotentiaire de la Norvège, || Se sont réunis aujourd'hui en vue de convertir en Conventions formelles les projets de conventions: || 1° con-

cernant le règlement de différends par arbitrage; || 2° relative à l'établissement d'une zone neutre, à la mise hors d'état de servir de fortifications, etc.; || 3° concernant le droit des Lapons nomades au pacage pour les rennes, etc.; || 4° concernant le trafic en transit; et || 5° concernant les lacs et cours d'eau communs, || arrêtés à Karlstad par les délégués suédois et norvégiens, et approuvés par le Riksdag suédois le 13 octobre 1905 et par le Storthing norvégien le 9 octobre 1905, ainsi que de convertir en Acte conventionnel formel le projet d'acte séparé concernant les mesures visées aux articles 3 et 5 du projet de convention relative à l'établissement d'une zone neutre, à la mise hors d'état de servir de fortifications, etc., arrêté par les délégués mentionnés plus haut et approuvé, conformément à l'autorisation des représentations nationales respectives, par le Gouvernement suédois le 13 octobre 1905 et par le Gouvernement norvégien le 10 octobre 1905. || Les soussignés ont présenté les documents suivants: || du côté suédois: || 1° a) acte contenant les cinq projets de conventions susmentionnés, arrêtés par les délégués à Karlstad, en original suédois; || b) acte contenant le projet d'acte séparé susmentionné, arrêté par les délégués à Karlstad, en original suédois; || 2° l'adresse du 13 octobre 1905, portant que le Riksdag a approuvé, à condition qu'une décision analogue soit prise en Norvège, les projets de conventions mentionnés sub 1° a), qui devront sortir leur effet dès que la Suède aura reconnu la Norvège comme Etat séparé de l'union avec la Suède, et que le Riksdag a déclaré que cette approbation implique l'autorisation pour le Roi d'approuver, au nom de la Suède, le projet d'acte séparé; || 3° extrait des procès-verbaux, dressés au Conseil des ministres, présidé par le Roi, le 13 octobre 1905, portant que le Roi a, sur le rapport du Ministre de la Justice, approuvé, au nom de la Suède, le projet d'acte séparé; || 4° l'adresse du 16 octobre 1905, portant que le Riksdag a, sur la proposition du Gouvernement, voté une loi concernant l'abrogation, de la part de la Suède, de l'acte d'Union, laquelle loi devra entrer en vigueur dès que des traités auront été, dans les formes internationales d'usage, arrêtés en conformité des projets mentionnés sub 1° a) et b), et que le Riksdag a autorisé le Roi à reconnaître, au nom de la Suède, la Norvège comme Etat séparé de l'union avec la Suède, sous réserve de la signature en due forme des dits traités; || 5° extrait des procès-verbaux, dressés au Conseil des ministres, présidé par le Roi, le 26 octobre 1905, portant que le Roi a décidé de promulguer la loi mentionnée sub 4° et de reconnaître, sous la réserve également visée sub 4°, la Norvège comme Etat séparé de l'union avec la Suède; et || 6° pleins pouvoirs du Gouvernement suédois pour M. le Comte Wachtmeister de signer

les conventions et l'acte séparé susmentionnés; || du côté norvégien: 1° a) acte contenant les cinq projets de conventions susmentionnés, arrêtés par les délégués à Karlstad, en original norvégien; || b) acte contenant le projet d'acte séparé susmentionné, arrêté par les délégués à Karlstad, en original norvégien; || 2° l'adresse du 9 octobre 1905, portant que le Storting a approuvé, à condition qu'une décision analogue soit prise en Suède, les projets de conventions mentionnés sub 1° a), qui devront sortir leur effet dès que la Suède aura reconnu la Norvège comme Etat séparé de l'union avec la Suède; || 3° extrait des procès-verbaux, dressés à la session du Gouvernement norvégien le 10 octobre 1905, portant que le Gouvernement norvégien a sur le rapport du Ministre de la Justice, approuvé, au nom de la Norvège, le projet d'acte séparé susmentionné; || 4° l'adresse du 18 octobre 1905, portant que le Storting autorise le Gouvernement norvégien à désigner un ou plusieurs plénipotentiaires pour signer, au nom de la Norvège, et sans réserve de ratification, les projets de conventions et d'acte séparé susmentionnés, en langues suédoise, norvégienne et française, lesquels devront sortir leur effet dès que la Suède aura reconnu la Norvège comme Etat séparé de l'union avec la Suède; et || 5° pleins pouvoirs du Gouvernement norvégien pour M. de Ditten de signer les conventions et l'acte séparé susmentionnés. || Ayant pris connaissance mutuellement des documents présentés, lesquels ont été trouvés en bonne et due forme, et après avoir échangé les pleins pouvoirs, les soussignés ont déclaré que les conventions et l'acte séparé à signer seront considérés obligatoires à compter de ce jour, sans aucune ratification. || Après quoi les soussignés ont signé, en langues suédoise, norvégienne et française, et en double, les actes suivants, à savoir: || 1° Convention concernant le règlement de différends par arbitrage; || 2° Convention relative à l'établissement d'une zone neutre, à la mise hors d'état de servir de fortifications, etc.; || 3° Convention concernant le droit des Lapons nomades au pacage pour les rennes, etc.; || 4° Convention concernant le trafic en transit; || 5° Convention concernant les lacs et cours d'eau communs; et || 6° Acte séparé concernant les mesures visées aux articles 3 et 5 de la Convention relative à l'établissement d'une zone neutre, à la mise hors d'état de servir de fortifications, etc.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont dressé le présent procès-verbal de signature, qui aura la même force et la même valeur que si les dispositions qu'il contient étaient insérées dans lesdits actes eux-mêmes.

Fait à Stockholm, en double expédition, le 26 octobre 1905.

(L. S.) F. Cl:son Wachtmeister.

(L. S.) v. Ditten:

(Utrikesdepartementet.)

Nr. 14072. **SCHWEDEN** und **CHINA**. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag.

Peking, 2. Juli 1908.

His Majesty the King of Sweden and His Majesty the Emperor of China, desiring to maintain firm, lasting and sincere friendship and to extend further the commercial relations between their respective countries, and having resolved to conclude a Treaty of Friendship, Commerce and Navigation, have for that purpose named as their Plenipotentiaries, that is to say: || His Majesty the King of Sweden: || Gustaf Oscar Wallenberg, His Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of Peking, || and || His Majesty the Emperor of China: || His Excellency Lien Fang, His Majesty's High Commissioner Plenipotentiary and Senior Vice-President of the Wai Wu Pu; || Who having communicated to each other their respective Full Powers, and found them to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles:

Article I.

There shall be, as there have always been, perpetual peace and friendship between His Majesty the King of Sweden and His Majesty the Emperor of China, and between their respective subjects, who shall enjoy equally in the respective countries of the High Contracting Parties full and entire protection of their persons and property.

Article II.

It is agreed by the High Contracting Parties that His Majesty the King of Sweden may, if he see fit, accredit a Diplomatic Representative to the Court of Peking, and His Majesty the Emperor of China may, if he see fit, accredit a Diplomatic Representative to the Court of Stockholm. || The Diplomatic Representatives thus accredited shall enjoy all the prerogatives, privileges and immunities accorded by international usage to such Representatives, and they shall also in all respects be entitled to the treatment extended to similar Representatives of the most favoured nation. || Their persons, families, suites, establishments, residences and correspondence shall be held inviolable. They shall be at liberty to select and appoint their own employés, couriers, interpreters, servants and attendants without any kind of molestation. || His Royal Swedish Majesty's Representative shall be given audience of His Majesty the Emperor of China whenever necessary to present his Letters of Credence or any communication from the King of Sweden. His Imperial Chinese Majesty's Representative shall be given audience of His Majesty the King of Sweden whenever necessary to present his Letters of Credence or any communi-

cation from the Emperor of China. The ceremonial adopted at the Courts of the High Contracting Parties as regards the Representatives above mentioned shall conform in all respects with the usages of nations of equal rank, without any loss of prestige on one side or the other. || The English text of all notes or despatches from Swedish officials, and the Chinese text of all notes or despatches from Chinese officials, shall be authoritative.

Article III.

His Majesty the King of Sweden may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents to reside at such of the port, cities and towns of China, which are now or may hereafter be opened to foreign residence and trade, as the interests of the Kingdom of Sweden may require. || His Majesty the Emperor of China may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents to reside at all places in Sweden where Consular officers of other nations are now or may hereafter be allowed to reside, as the interests of the Empire of China may require. || The Consuls and other officials of the High Contracting Parties shall treat each other with due respect, and they shall enjoy each in the other's country all the attributes, authority, privileges and immunities, which are or may hereafter be extended to similar officers of the most favoured nation. || On the arrival of a Consul, who has been duly appointed, at his post, it shall be the duty of the Diplomatic Representative to inform the Minister of Foreign Affairs, who shall in accordance with international usage forthwith issue the proper recognition of the said Consul, without fee or charge. Such recognition, however, may be withdrawn, should it be found that the said Consul has contravened international usage in the performance of his duties. At places where no Consul is appointed as aforesaid, the Consul of a friendly nation may be requested to perform the functions. At places where there is no Consular Representative the local authorities shall see that the subjects of the other Contracting Party enjoy the benefits of the present Treaty.

Article IV.

Chinese subjects may proceed to and from any place in Sweden with their merchandise for purposes of trade. Swedish subjects may proceed to and from any place in China which is now or may hereafter be opened to foreign Commerce, with their merchandise for purposes of trade. The subjects of the High Contracting Parties may in accordance with existing rules and with the privileges enjoyed by subjects

of the most favoured nation carry on trade, industries and manufactures or pursue any other lawful avocations at all the places above mentioned, rent or purchase houses for residence and for business purposes, rent or lease land, build houses, churches, cemeteries and hospitals, and take persons into their service and employ them in any lawful capacity without restraint or hindrance from the local authorities. They shall in all respects enjoy the same privileges and immunities as are now or may hereafter be granted by the High Contracting Parties to the subjects of the most favoured nation.

Article V.

The Tariff and Tariff Rules now in force, or hereafter concluded, between China and the Foreign Powers shall be applicable to all articles imported into China by Swedish subjects or from Sweden, or exported from China by Swedish subjects or to Sweden. In no case shall the import or export duty thus paid be other or higher than the duty on similar articles which is paid by subjects of the most favoured nation. || The Tariff Rules now in force, or hereafter concluded, between China and the Foreign Powers shall also be applicable to articles the importation and exportation of which is prohibited, and to duty free articles. || Articles duly imported into China by Swedish subjects, upon which import duty has been paid, and which it is desired to convey to an inland market and to clear of all Transit duties by payment of a single commutation Transit tax or duty; and articles for export purchased in China elsewhere than at an open port, upon which export duty has been paid, and which it is desired to clear of all Transit duties by payment of a single commutation tax or duty; shall be treated according to the existing Rules between China and the Foreign Powers. The transit tax or duty shall in no case exceed that which is paid by subjects of the most favoured nation. || Goods transported from one Treaty Port to another, or temporarily stored in a bonded warehouse at a Treaty Port, or re-exported, by Swedish subjects, shall be subject to the general Regulations now in force, or the new supplementary Regulations which may hereafter be negotiated, between China and the Foreign Powers. || Chinese articles imported into Sweden, or articles of other nations imported into Sweden by Chinese subjects, shall pay an import duty no higher or other than that which is paid by the subjects of the most favoured nation. || The Chinese Authorities at the several open ports shall adopt such means as they may judge most proper to prevent the revenue suffering from fraud or smuggling.

Article VI.

Swedish merchant vessels may proceed to all the Treaty Ports of China already opened or which may hereafter be opened, for the transportation of merchandise and for purposes of trade. They may also proceed to the inland waters in China which foreign merchant vessels are at liberty to navigate, and to the ports of call along the rivers for the purpose of landing and shipping passengers and goods. In all these matters they shall be subject to the Rules and Regulations concluded by China with other foreign powers. || If a Swedish vessel should unlawfully enter ports other than open ports and ports of call in China, or carry on clandestine trade along the coast or rivers, the vessel with her cargo shall be subject to confiscation by the Chinese Government. || Chinese merchant vessels may proceed to and from any of the harbours in Sweden which other foreign merchant vessels are at liberty to frequent, for purposes of trade and for the shipping and landing of passengers and goods. || The merchant vessels of the High Contracting Parties shall enjoy most favoured nation treatment in each other's dominions. || Merchant vessels of the High Contracting Parties may hire boats in each other's ports for the conveyance of passengers and goods, and may engage the services of pilots for the purpose of entering or leaving port. They shall pay the tonnage dues or other fees or charges according to the existing Regulations in the two countries, but they shall not be required to pay other or higher tonnage dues or fees or charges than the vessels of the most favoured nation. Should a vessel of either of the High Contracting Parties be stranded or wrecked on the coast of the other, the local authorities shall immediately adopt measures for rescuing the passengers and crew and to give the most favoured nation treatment. In the case of a vessel sustaining injury, or being compelled for other reason to seek a place of refuge, such vessel shall be permitted to enter any near port and to anchor there temporarily, without being subject to the payment of tonnage dues. The cargo, if landed in order to effect the necessary repairs to the vessel, but not for sale, shall not be liable to pay duties, provided that it remains under the supervision of the Custom Authorities.

Article VII.

The vessels of both the High Contracting Parties, which are at liberty to trade freely at open ports in time of peace, shall, in the event of either of the High Contracting Parties being at war with any foreign nation and for that reason excluding the vessels of that nation from her ports, be entitled none the less to continue to pursue their commerce in

freedom and security and to transport goods to and from the ports of the belligerent powers. full respect being paid to the neutrality of the flag in strict compliance with the usages of neutrality, provided that the said neutral flag shall not protect vessels engaged in the transportation of troops, and that the said flag shall not be illegally used to enable the enemy's ships with their cargoes to enter the ports of the High Contracting Party concerned. Vessels offending against the above provisions shall be subject to confiscation by the Government offended.

Article VIII.

The ships of war of either of the High Contracting Parties, provided previous notice has been given, shall be admitted into the ports of the other, where such vessels of other nations are allowed to enter, and shall receive the same treatment as ships of war of the most favoured nation. They shall receive from the local Authorities every facility for the purchase of coal and provisions, for procuring water, and if occasion requires, for the making of repairs. || Ships of war shall be exempt from the payment of all duties both on arrival and departure. || The Commanders of ships of war shall hold intercourse with the superior officers of ports on terms of equality.

Article IX.

Swedish subjects may travel to all parts of the interior of China under passports issued by Swedish Consuls and countersigned by the local authorities. These passports, if demanded, must be produced for examination in the localities passed through. If the passports be not irregular, the bearers will be allowed to proceed and they shall be at liberty to hire persons, animals, carts or vessels for their own conveyance or for the carriage of their personal effects or merchandise. If the Swedish subjects be without passports or if they commit any offence against the law, they shall be handed over to the nearest Consul for punishment; but they shall only be subject to necessary restraint and in no case to ill usage. Such passports shall remain in force for a period of twelve months from the date of issue. Swedish subjects travelling in the interior without passports shall be liable to a fine not exceeding three hundred taels. They may, however, go without passports on excursions from any of the ports open to trade, to a distance not exceeding one hundred Chinese li and for a period not exceeding five days. The provisions of this Article do not apply to crews of ships. || Chinese subjects shall be at liberty to travel throughout the territory of Sweden,

provided that they conduct themselves peaceably and do not violate the laws and regulations of the country.

Article X.

The duly authorized Swedish Authorities shall hear and decide all cases brought against Swedish subject by Swedish subjects, or by the subjects or citizens of any other foreign Power, without the intervention of the Chinese Authorities. || However, as China is now engaged in reforming her judicial system it is hereby agreed that as soon as all other Treaty Powers have agreed to relinquish their extra-territorial rights, Sweden will also be prepared to do so. || Charges or complaints of a civil nature brought by the subjects of either of the High Contracting Parties against the subjects of the other shall be heard and decided impartially by the Authorities who have jurisdiction over the defendants, in accordance with the procedure observed in similar charges or complaints brought by subjects of the most favoured nation. || Subjects of either of the High Contracting Parties charged with the commission of any crimes or offences shall be tried by the Authorities who have jurisdiction over the accused with the procedure observed in similar cases of the most favoured nation, and, if found guilty, shall be punished in accordance with the laws of their own country.

Article XI.

If Swedish subject in China, who have committed offences or have failed to discharge debts and fraudulently abscond in order to evade a summons or a warrant of arrest, should flee to the interior of China or take refuge in houses occupied by Chinese subjects or on board Chinese ships, the Chinese Authorities shall, at the request of the Swedish Consul, deliver them to the Swedish Authorities. || In like manner, if Chinese subjects in China, who have committed offences or have failed to discharge debts and fraudulently abscond, should take refuge in houses occupied by Swedish subjects in China or on board Swedish ships in Chinese waters, they shall be delivered up at the request of the Chinese Authorities to the Swedish Authorities. || Such offenders shall in no case be shielded or withheld from arrest by either of the High Contracting Parties.

Article XII.

The principles of the Christian religion, as professed by the Protestant and Roman Catholic churches, are recognized as teaching men to do good and to do to others as they would have others to do to them. Those who quietly profess and teach these doctrines shall not be harass-

sed or persecuted on account of their faith. Any person, whether Swedish subject or Chinese convert, who, according to these tenets, peaceably teaches and practises the principles of Christianity shall in no case be interfered with or molested therefore. No restrictions shall be placed on Chinese joining Christian Churches. Converts and non-converts, being Chinese subjects, shall alike conform to the laws of China; and living together in peace and amity, shall pay due respect to those in authority. The fact of being a convert shall not protect a Chinese subject from the consequences of any offence he may have committed before or may commit after his admission into the church, or exempt him from paying legal taxes levied on Chinese subjects generally, except taxes and contributions levied for the support of religious customs and practices contrary to their faith. Missionaries shall not interfere with the exercise by the native authorities of their jurisdiction over Chinese subjects; nor shall the native authorities make any distinction between converts and non-converts, but shall administer the laws without partiality so that both classes may live together in peace. || Swedish missionary societies shall be permitted to rent and to lease in perpetuity, as the property of such societies, buildings or lands in all parts of the Empire for missionary purposes, and, after the title deeds have been found in order and duly stamped by the local authorities, to erect such suitable buildings as may be required for carrying on their good work.

Article XIII.

It is hereby declared that the provisions of the Treaty now existing between Sweden and China, in so far as they are not modified by stipulations of the present Treaty, shall continue in full force, and it is further expressly stipulated that the Governments, Officers and Subjects of both of the High Contracting Parties shall be allowed free and full participation in all privileges, immunities, and advantages which have been or may hereafter be granted by either of the High Contracting Parties to the Governments, Officers and Subjects of any other Treaty Powers, in regard to commerce, navigation, shipping, industries or property. || The High Contracting Parties reserve to themselves the right to conclude agreements regarding frontier trade with neighbouring countries, and it is understood that, in case either of the High Contracting Parties should hereafter grant to any other nation advantages subject to special conditions, the other High Contracting Party shall enjoy said advantages only provided it complies with the conditions imposed therein or their equivalent, to be mutually agreed upon.

Article XIV.

The Agreements, Rules and Regulations subsisting between and binding both China and the Treaty Powers, so far as they are applicable and not inconsistent with the provisions of this Treaty, shall be binding on both of the High Contracting Parties.

Article XV.

It is agreed that either of the High Contracting Parties may demand a revision of the Articles of this Treaty at the end of ten years from the date of the exchange of the ratifications; but if no such demand for the revision is expressed on either side within six months after the end of the first ten years, then the Treaty in its present form shall remain in force for ten years more, reckoned from the end of the preceding ten years, and so it shall be at the end of each successive period of ten years.

Article XVI.

This Treaty, shall on the exchange of ratifications by His Majesty the King of Sweden and by His Majesty the Emperor of China, be kept and sacredly guarded in the following manner, viz: || The original Treaty as ratified by the Emperor of China shall be deposited at Stockholm, the capital of His Majesty the King of Sweden, in charge of the Ministry of Foreign Affairs; and as ratified by the King of Sweden shall be deposited at Peking, the capital of His Majesty the Emperor of China, in charge of the Wai-Wu-Pu. || The High Contracting Parties agree that immediately after the exchange of ratifications, the provisions of this treaty shall be published in order that the officials and people of the two countries may know and observe them.

Article XVII.

The present Treaty is signed in the Swedish, Chinese and English languages. In order, however, to prevent future discussions, the Plenipotentiaries of the High Contracting Parties have agreed that in case of any divergence in the interpretation between the Swedish and Chinese text of the Treaty, the difference shall be settled by reference to the English text. || The ratifications of this Treaty, under the hand of His Majesty the King of Sweden and of His Majesty the Emperor of China respectively, shall be exchanged at Peking within a year from the date of signature. || In token whereof the respective Plenipotentiaries have signed and sealed this Treaty—two copies in Swedish, two in Chinese and two in English.

Done at Peking, this second day of July in the Year of Our Lord One Thousand Nine Hundred and Eight corresponding with the Chinese date the Fourth Day of the Sixth Moon of the Thirty-Fourth Year of Kwang Hsu.

(signed) G. O. Wallenberg.

(signed) Lien Fang.

The following additional article which has to-day been concluded and signed by the undersigned Gustaf Oscar Wallenberg, His Swedish Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of Peking, and by His Excellency Lien Fang v. President of the Wai-Wu-Pu, both being duly authorised thereto by their respective Governments, shall form part and be appended to the Treaty between Sweden and China which was signed and concluded at Peking on the 2nd of July 1908, corresponding with the Chinese date the Fourth Day of the Sixth Moon of the Thirty-Fourth Year of Kwang Hsu.

Additional Article:

It is expressly agreed by the High Contracting Parties, that the provisions of Article IV of the present Treaty shall in no respect whatever confer upon Swedish subjects in China or upon Chinese subjects in Sweden any privileges or immunities, other than those already granted or which may hereafter be granted to the subjects or citizens of the most favoured nation. || Done at Peking, May twenty fourth in the Year of Our Lord One Thousand Nine Hundred and Nine corresponding with the Chinese date sixth day of the furth moon of the first year of Hsuan Tung.

(signed) G. O. Wallenberg.

(signed) Lien Fang.

The Undersigned, || Gustaf Oscar Wallenberg, His Swedish Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Majesty the Emperor of China, and || Lien Fang, Vice-President of His Chinese Majesty's Board of Foreign Affairs, || having met together for the purpose of exchanging the Ratification of the Commercial Treaty between His Majesty the King of Sweden and His Majesty the Emperor of China which was signed at Peking on the 2nd day of July 1908 together with an Additional Article signed on the 24th day of May 1909; and the respective Ratifications of the said Commercial Treaty having been carefully compared and found to be exactly conformable to each other, the exchange of Ratifications took place this day. || In witness thereof they have signed the present Certificate and have fixed there-to their seals. ||

Done at Peking this fourteenth day of June 1909, corresponding with the Chinese date the twenty-seventh day of the fourth moon of the first year of Hsuan-Tung.

(signed) G. O. Wallenberg.

(signed) Lien Fang.

Nr. 14073. **NORWEGEN** und **FRANKREICH**. Erklärung über Spirituoseinfuhr.

Paris, 20. Februar 1909.

Déclaration.

Le soussigné, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Norvège près le Président de la République Française, et les soussignés Ministre des Affaires Etrangères; Ministre des Finances; Ministre du Commerce et de l'Industrie de la République Française, dûment autorisés par leurs Gouvernements, sont convenus des stipulations suivantes:

Article 1er.

Les produits français ci-après dénommés seront admis en Norvège aux conditions suivantes:

Numéros
du tarif.

Couronne ore

Spiritueux de toutes sortes.

- | | | | |
|-----|--|----------|------|
| 67. | en bouteilles ou cruchons et autres récipients de moins de 50 litres, quelqu'en soit le degré. | le litre | 2,65 |
| 68. | en plus grands contenants (taxe calculée par litre d'une force alcoolique de 100°) | | 2,80 |

Si les spiritueux sont mélangés de sucre ou d'autres matières qui empêchent d'en constater exactement la force par l'alcoomètre, ils acquittent un droit de couronnes: 3,45 par kg.

Vin:

1° en bouteilles.

- | | | | |
|--------|----------|----------|------|
| 725 a. | mousseux | le litre | 1,50 |
| 726 b. | autres | — „ — | 0,70 |

2° en fûts ou cruches.

- | | | | |
|---------|---|------------|-------|
| Ex 727. | d'une force alcoolique de 14°/o d'alcool inclusive- | | |
| | ment | le kilogr. | 0,34½ |

Article 2.

La présente déclaration entrera en vigueur dans un délai de 7 jours à dater de son vote par le Storting et de son approbation par le Roi;

Elle restera exécutoire pendant tout le temps que demeurera en vigueur le traité de commerce du 30 Décembre 1881, tel qu'il est prorogé par l'article 1er de la Convention signée le 13 Janvier 1892.

En foi de quoi, les soussignés ont dressé la présente déclaration et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, le 20 Février 1909.

(L. S.) (s.) F. Wedel Jarlsberg.

(L. S.) (s.) S. Pichon.

(L. S.) (s.) J. Caillaux.

(L. S.) (s.) Jean Cruppi.

Protocole.

A l'occasion de la signature de la Déclaration entre la Norvège et la France, effectuée le présent jour, les soussignés constatent que le Traité de navigation entre les Hautes Parties contractantes signé à Paris, le 30 Décembre 1881, prorogé par l'article 2 de la Convention signée le 13 Janvier 1892, reste en dehors des stipulations de l'Article 2 de la Déclaration précitée. || En foi de quoi, ils ont signé le présent protocole et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, en double expédition, le 20 février 1909.

(L. S.) (s.) F. Wedel Jarlsberg.

(L. S.) (s.) S. Pichon.

(L. S.) (s.) J. Caillaux.

(L. S.) (s.) Jean Cruppi.

Notenaustausch zum Vorstehenden.

I.

Monsieur le Ministre, || Le Gouvernement de la République attacherait du prix à voir le Gouvernement du Roi reconnaître en principe que l'introduction en Norvège de marchandises, sous les appellations usurpées, doit être interdite. || Je serai heureux de recevoir de vous une assurance à ce sujet.

Agréez etc.

(s.) S. Pichon.

Monsieur le Ministre de Norvège, à Paris.

Avskriftens rigtighed bevidnes.

Paris, den Kgl. Norske Legation, d. 20. februar 1909.

(segl) (u.) H. Bryn,
legationsraad.

II.

Monsieur le Ministre, || Pour répondre au voeu exprimé par le Gouvernement de la République à l'occasion de la déclaration signée à la de ce jour, j'ai l'honneur de Vous faire savoir que le Gouvernement du Roi reconnaît en principe que l'introduction en Norvège de marchandises sous des appellations usurpées, doit être défendue, tout en exprimant l'avis qu'il est nécessaire de réunir une Conférence internationale pour étudier les moyens pratiques d'assurer l'application de ce principe et d'arriver à une entente internationale à l'égard des dénominations régionales et génériques.

Veuillez agréer etc.

(s.) F. Wedel Jarlsberg.

Son Excellence || Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères de la République Française.

(u.) H. Bryn,
(segl) legationsraad.

Nr. 14074. **NORWEGEN und SPANIEN.** Erklärung über Einfuhr moussierender spanischer Weine.

Madrid, 11. März 1909.

Déclaration.

Pour resserrer les liens d'amitié et développer le commerce entre la Norvège et l'Espagne les Soussignés, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Norvège et Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Catholique, dûment autorisés par leurs Gouvernements, sont convenus de la modification suivante de la Convention additionnelle du 25 août 1903:

Les vins non-mousseux contenant jusqu'à 21% d'alcool en cereles, de provenance espagnole, seront admis en Norvège moyennant un droit de douane de 34½ ore le kilogrme, poids net.

Cette déclaration entrera en vigueur dans un délai de sept jours à dater de son vote par le Storting et de son approbation par le Roi et elle restera exécutoire aussi longtemps que la Convention additionnelle du vingt cinq août mil neuf cent trois.

Faite à Madrid, en double expédition, le 11 Mars 1909.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Norvège.

(L. S.) (s.) F. Wedel Jarlsberg.

Le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Catholique.

(L. S.) (s.) Manuel Allendesalazar.

Nr. 14075. **PREUSZEN** und **RUSZLAND**. Abkommen über eine Eisenbahnverbindung Skalmierzice-Warschau-Kalisch.

Berlin, ^{23. Nov.}
6. Dezbr. 1904.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand agissant en l'espèce, pour la Prusse et à la demande de cet Etat, guidés par le désir de favoriser le développement du commerce et du trafic entre les deux Empires par l'établissement d'une jonction entre les chemins de fer prussiens de l'Etat près de Skalmierzice et la ligne Varsovie-Kalisch, et en vue de régler, d'un commun accord, les conditions dans lesquelles se fera cette jonction, ont nommé les plénipotentiaires suivants, à savoir: || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: Monsieur Schabounévitch, Son Conseiller d'Etat Actuel, souschef de la division d'exploitation de l'Administration des chemins de fer, Monsieur Lipine, Son Conseiller d'Etat Actuel et Ingénieur, Monsieur Miller, Son Conseiller d'Etat et Ingénieur, Monsieur Dernow, Son Colonel d'Etat-Major, Monsieur von Nottbeck, Son Colonel d'Etat-Major, Monsieur Prang, Son Conseiller de Collège et Chef de Section, Monsieur Kroupensky, Son Conseiller d'Etat, premier secrétaire de l'Ambassade Impériale de Russie à Berlin, || et Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: Monsieur Kirchhoff, Son Conseiller intime supérieur actuel de régence et Directeur ministériel, Monsieur Krönig, Son Conseiller intime supérieur de régence, Monsieur Joeden, Son Conseiller intime supérieur des finances, Monsieur Hoffman, Son Conseiller intime supérieur et ingénieur en chef des chemins de fer, Monsieur Ottendorf, Son Conseiller intime supérieur des finances, Monsieur Kindermann, Son Conseiller intime de régence, Monsieur Goetsch, Son Conseiller de légation, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, et sous la réserve de la ratification ultérieure, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

La compagnie des chemins de fer Varsovie-Vienne domiciliée en Russie, s'est engagée à prolonger jusqu'à la frontière prussienne près de Skalmierzice sa ligne de Varsovie-Lodz-Kalisch, à voie large de 1 mètre 524 (voie russe de 5 pieds anglais), et d'y établir une jonction avec la ligne prussienne Ostrowo-Skalmierzice, à voie normale de 1 mètre 435, de l'administration des chemins de fer de l'Etat Prussien. || Les Hauts

Gouvernements des deux Etats ci-dessus désignés sont convenus d'autoriser cette jonction et de la seconder mutuellement.

Article 2.

La dite jonction à traction par locomotives sera créée pour le moment entre les deux lignes par l'établissement d'une voie unique de la largeur des voies de la ligne Varsovie-Kalisch aboutissant à la gare prussienne de Skalmierzice et d'une voie unique de la largeur normale des chemins de fer prussiens de l'Etat aboutissant à la gare de Kalisch de la ligne de Varsovie-Kalisch. Il sera tenu compte, dans l'acquisition du terrain de l'éventualité de l'établissement d'une seconde voie de part et d'autre. || La partie de la ligne de jonction située sur le territoire russe, de Kalisch à la frontière, c'est à dire, les voies à établir tant en largeur russe qu'en largeur normale prussienne seront exécutées, avec tous les raccords et passages par la compagnie des chemins de fer Varsovie-Vienne et à ses frais. || Une gare spéciale pourvue de toutes les installations nécessaires au service du changement de ligne sera établie à proximité de la frontière près de Szczypiorno, à une distance maximum de un kilomètre 75 de la frontière, en vue de la remise d'une administration à l'autre, du transbordement et de l'expédition en douanes des marchandises à destination de la Russie. || Le Gouvernement Impérial Russe veillera à ce que la compagnie des chemins de fer Varsovie-Vienne exécute les obligations prises en conséquence. || Le Gouvernement Royal Prussien, de son côté, se déclare prêt à faire construire et pourvoir de tout le nécessaire et à ses frais la gare de Skalmierzice et la partie prussienne de la ligne de jonction de Skalmierzice à la frontière, dans la mesure nécessaire à l'effet de l'établissement de la jonction.

Article 3.

Chacune des Parties contractantes se réserve le droit d'arrêter les plans en ce qui concerne son propre territoire. || Le point de jonction de la partie russe et de la partie prussienne de la ligne Kalisch-Skalmierzice désignées à l'article 2 et le plan et le profil de la jonction des deux parties seront fixés et arrêtés par les deux Gouvernements d'après les travaux préparatoires à faire en commun par les ingénieurs des deux pays. Le pont à construire à la frontière sera également soumis à l'examen commun des deux Parties.

Article 4.

Les travaux pour la nouvelle jonction sur les territoires des deux Etats seront achevés dans le plus bref délai possible et autant que faire se pourra à la même époque et simultanément.

Article 5.

En ce qui concerne le service des voyageurs, le transfèrement du service d'une administration à l'autre à la frontière se fera dans ce sens que les trains de voyageurs de la compagnie Varsovie-Vienne avec les voyageurs venant de Russie et leurs bagages seront conduits sur la voie russe plus large jusque dans la gare prussienne de Skalmierzice et les trains de voyageurs des chemins de fer prussiens de l'Etat avec leurs bagages sur la voie prussienne normale jusque dans la gare russe de Kalisch. || En ce qui concerne le service des marchandises, les deux Hauts Gouvernements sont convenus de faire effectuer à la gare de Szezypiorno la remise, le transbordement et l'expédition en douane des marchandises allant en Russie et à la gare de Skalmierzice les opérations correspondantes pour les marchandises allant en Prusse. En conséquence et en vue de la remise, du transbordement et de l'expédition douanière des marchandises à destination d'une des gares du pays voisin, les trains de marchandises prussiens seront conduits sur la voie normale prussienne jusque dans la gare russe de Szezypiorno et les trains de marchandises russes sur la voie russe plus large jusque dans la gare prussienne de Skalmierzice. || Afin de faciliter les transactions, le Gouvernement Prussien consent que les marchandises à destination de la localité de Kalisch, à moins que les prescriptions douanières russes ou d'autres raisons n'exigent leur déchargement à Szezypiorno, soient transportées, sans transbordement, jusqu'à Kalisch, dans les wagons allemands, et que les marchandises expédiées de la localité de Kalisch dans la direction de la Prusse soient chargées à la gare de Kalisch dans des wagons allemands. || Toutes les dispositions ultérieures à prendre touchant la réglementation du service, l'expédition des personnes et des marchandises seront arrêtées entre les administrations des deux chemins de fer par une convention spéciale avec l'approbation des autorités respectives des deux pays. || Cette convention établira également les conditions de l'emploi du matériel et du personnel d'une des administrations par l'autre et le mode de fixation de la quote-part afférente à chaque administration dans la répartition des recettes provenant du transport des voyageurs et des marchandises. || A défaut d'entente sur un point quelconque les deux administrations auront à se soumettre aux décisions des deux Hauts Gouvernements, prises en commun après un accord préalable entre eux.

Article 6.

Les Hauts Gouvernements auront soin d'établir aux gares terminus les installations nécessaires pour pouvoir effectuer, dans le plus court

espace de temps et aux moindres frais possibles, les transbordements de marchandises rendus nécessaires par la différence de largeur des voies.

Article 7.

L'entretien et la surveillance de la voie russe plus large sur territoire prussien et des autres installations de transbordement nécessitées sur territoire prussien seront à la charge de l'administration prussienne; l'entretien et la surveillance de la voie normale prussienne sur territoire russe et des autres installations de transbordement nécessitées sur territoire russe seront à la charge de la compagnie Varsovie-Vienne. || Aucune indemnité ne sera payée par une administration à l'autre pour le parcours et l'emploi des installations réciproques.

Article 8.

Sans préjudice du droit de souveraineté et de surveillance des Hauts Gouvernements sur les sections de voie situées dans leurs territoires respectifs et sur l'exploitation et le service de ces sections, le service des trains d'une administration qui entrent dans la gare de l'autre administration restera soumis à la haute surveillance du Gouvernement du pays où l'administration a son domicile.

Article 9.

Les horaires pour le passage des trains jusque dans la gare voisine seront fixés d'un commun accord par les deux administrations. || Le tarif russe sera appliqué au service des voyageurs et marchandises allant dans la direction de l'Allemagne jusqu'à Skalmierzice, et le tarif allemand au service des voyageurs et marchandises allant dans la direction de la Russie jusqu'à Kalisch ou à Szczypiorno.

Article 10.

Les deux Hauts Gouvernements s'engagent, de plus à veiller à ce que: || 1. les administrations qui exploitent les lignes situées sur les deux territoires, organisent un service de trains de correspondance à la gare frontière suffisant pour assurer le trafic régulier des personnes et des marchandises, et établissent des règlements, dispositions et installations conformes à l'intérêt des relations réciproques; || 2. l'organisation d'une expédition directe de personnes et de marchandises entre les lignes désignées à l'article premier de la présente Convention et les lignes adjacentes, si les deux Hauts Gouvernements devaient juger que cette organisation est nécessaire dans l'intérêt des relations réciproques, ne rencontre aucune opposition de la part des administrations des chemins de fer intéressés.

Article 11.

Les dispositions qui existent ou dont il y aura lieu de convenir encore pour la police et la surveillance des passeports et des étrangers dans la circulation sur voie ferrée seront appliquées aux stations de transbordement qui font l'objet de la présente Convention.

Article 12.

Les formalités de la révision douanière et de l'expédition des bagages des voyageurs, et des marchandises d'arrivée et de sortie seront convenues ultérieurement et plus en détail par les commissaires des deux administrations.

Article 13.

La réglementation du service des postes et des télégraphes est réservée à une entente spéciale entre les administrations respectives des postes et des télégraphes.

Article 14.

Dans tous les cas où les administrations du chemin de fer de l'un ou de l'autre Etat ne pourront s'entendre sur les différents points prévus dans la présente Convention ou en général, sur les moyens d'assurer la continuité du service entre les deux frontières et le développement du commerce de transit, les Gouvernements interviendront d'office et se concerteront sur toutes les mesures nécessaires à prendre.

Article 15.

Le Gouvernement Royal Prussien aura entière liberté de déférer à l'Empire d'Allemagne tous les droits et devoirs résultant de cette Convention.

Article 16.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Berlin le plus tôt possible, mais au plus tard dans les deux mois à dater du jour de la signature. || En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Berlin, le 6 décembre 1904.

(Unterschriften.)

Nr. 14076. **PREUSZEN und RUSZLAND.** Abkommen über eine Eisenbahnverbindung Herby-Czenstochow.

Berlin, $\frac{23. \text{ Nov.}}{6. \text{ Dez.}}$ 1904.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand agissant en l'espèce, pour la Prusse et à la demande de cet Etat, guidés par le désir



Lehrbuch
des
deutschen Verwaltungsrechts.

Von
Georg Meyer.

Nach dem Tode des Verfassers in Dritter Auflage bearbeitet von
Franz Dochow.

Erste Hälfte, 1910. Preis 11 Mk.

Die staatsrechtliche Stellung der
deutschen Schutzgebiete.

Von
Georg Meyer.

Preis 5 Mk.

Der Staat und die erworbenen Rechte.

Von
Georg Meyer.

Preis 1 Mk. 20 Pfg.

Die Erklärung der Menschen- und
Bürgerrechte.

Ein Beitrag zur modernen Verfassungsgeschichte.

Von
Georg Jellinek.
Zweite, erweiterte Auflage.

Preis 1 Mk. 80 Pfg.

Deutsches Staatsrecht.

Von
Albert Hänel.

1. Band. Preis 19 Mk., gebunden 21 Mk. 50 Pfg.

DAS STAATSARCHIV.
SAMMLUNG
DER
OFFIZIELLEN AKTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE DER GEGENWART.

BEGRÜNDET
VON
AEGIDI UND KLAUHOLD.

IN FORTLAUFENDEN HEFTEN

HERAUSGEGEBEN
VON
GUSTAV ROLOFF.

BAND LXXVIII.
VIERTES BIS SECHSTES HEFT.



LEIPZIG,
VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT.

1910.

Sechs Hefte bilden einen Band.

Preis des Heftes 1 Mark 40 Pf.

de favoriser le développement du commerce et du trafic entre les deux Empires par l'établissement d'une jonction entre la ligne Herby-Czenstochow et les chemins de fer prussiens de l'Etat près de Herby, et en vue de régler, d'un commun accord, les conditions dans lesquelles se fera cette jonction, ont nommé les plénipotentiaires suivants, à savoir: || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: Monsieur Schabounévitch, Son Conseiller d'Etat Actuel, sous-chef de la division d'exploitation de l'Administration des chemins de fer, Monsieur Lipine, Son Conseiller d'Etat Actuel et Ingénieur, Monsieur Miller, Son Conseiller d'Etat et Ingénieur, Monsieur Dernow, Son Colonel d'Etat-Major, Monsieur von Nottbeck, Son Colonel d'Etat-Major, Monsieur Prang, Son Conseiller de Collège et Chef de Section, Monsieur Kroupensky, Son Conseiller d'Etat, premier secrétaire de l'Ambassade Impariale de Russie à Berlin. || et Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: Monsieur Kirchhoff, Son Conseiller intime supérieur actuel de régence et Directeur ministériel, Monsieur Krönig, Son Conseiller intime supérieur de régence, Monsieur Joeden, Son Conseiller intime supérieur des finances, Monsieur Nitschmann, Son Conseiller intime supérieur et ingénieur en chef des chemins de fer, Monsieur Ottendorff, Son Conseiller intime supérieur des finances, Monsieur Kindermann, Son Conseiller intime de régence, Monsieur Goetsch, Son Conseiller de légation. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, et sous la réserve de la ratification ultérieure, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

En vertu d'une concession accordée par le Gouvernement Impérial Russe, la compagnie d'actionnaires de la ligne de Herby-Czenstochow, domiciliée en Russie, exploite, sur territoire russe, une ligne à voie étroite lui appartenant, entre Czenstochow et la localité russe de Herby, située près de la frontière commune aux deux Etats. || Du côté prussien, le Gouvernement Royal Prussien exploite, sur son propre territoire et pour son propre compte, entre Lublinitz et la localité prussienne de Herby, située également près de la frontière commune, une ligne secondaire à voie normale, rejoignant à Lublinitz la ligne principale Breslau-Tarnowitz. || La largeur de la ligne Herby-Czenstochow est de 1,067 m. (soit trois pieds six pouces anglais), celle de la voie Lublinitz-Herby est de 1,435 m. || Les Hauts Gouvernements sont convenus d'admettre une jonction entre ces deux lignes. A cet effet, ils permettent le prolongement des voies de la ligne prussienne de l'Etat jusque dans la gare russe de Herby et le prolongement des voies de la ligne de Herby-Czenstochow

jusque dans la gare prussienne de Herby, ainsi que l'établissement sur leur territoire de toutes les installations nécessaires pour le transbordement.

Article 2.

Les points où les deux voies coupent la frontière et le raccordement des parties de ces voies de chaque côté de la frontière seront déterminés, quant au plan et au profil, en commun, par les ingénieurs des deux pays. Chacun des deux Hauts Gouvernements se réserve le droit d'arrêter les détails du plan pour son propre territoire.

Article 3.

Les deux sections de voie, la section prussienne et la section russe et leurs dépendances, ainsi que les moyens de transport ont été construits de part et d'autre de manière à assurer l'exploitation par locomotives. Les installations pour le transbordement seront exécutées en conséquence.

Article 4.

Les travaux pour les installations de transbordement sur les territoires des deux Etats seront achevés dans le plus bref délai possible et autant que faire se pourra à la même époque et simultanément.

Article 5.

En vue de la remise des marchandises expédiées par une des stations à la station du pays voisin, les trains de marchandises de la ligne prussienne entreront par la voie prussienne plus large dans la gare russe de Herby et les trains de marchandises de la ligne Herby-Czenstochow par la voie (russe) plus étroite dans la gare prussienne de Herby. || Pour ce qui concerne le trafic se dirigeant vers la Russie, les trains de voyageurs prussiens doivent entrer dans la gare russe de Herby, de même, quant au trafic dirigé vers la Prusse, les trains de voyageurs russes doivent entrer dans la gare prussienne de Herby. || Toutes les autres dispositions concernant la pratique du service, le transbordement et la remise des marchandises et l'expédition des voyageurs seront réglées, par les deux administrations, dans une convention spéciale et avec l'approbation des autorités respectives de leur pays. || A défaut d'entente sur un point quelconque, les deux administrations auront à se soumettre aux décisions des deux Hauts Gouvernements, prises en commun après un accord préalable entre eux.

Article 6.

La construction, l'entretien et la surveillance de la voie russe plus étroite sur territoire prussien et des autres installations de transbordement nécessitées sur territoire prussien seront à la charge de l'administration

prussienne; la construction, l'entretien et la surveillance de la voie prussienne plus large sur territoire russe et des autres installations de transbordement nécessitées sur territoire russe seront à la charge de la Compagnie Herby-Czenstochow. || Aucune indemnité ne sera payée par une administration à l'autre pour le parcours et l'usage des installations réciproques.

Article 7.

Les Hauts Gouvernements auront soin d'établir aux gares terminus les installations nécessaires pour pouvoir effectuer, dans le plus court espace de temps et aux moindres frais possibles, les transbordements de marchandises rendus nécessaires par la différence de largeur des voies.

Article 8.

Sans préjudice du droit de souveraineté et de surveillance des Hauts Gouvernements contractants sur les sections de voie situées dans leurs territoires respectifs et sur l'exploitation et le service de ces sections, le service des trains d'une administration qui entrent dans la gare de l'autre administration restera soumis à la haute surveillance du Gouvernement du pays où l'administration a son domicile.

Article 9.

Les horaires pour le passage des trains dans la gare voisine, sont fixés d'un commun accord par les deux administrations. || Le tarif des personnes et des marchandises sera calculé et fixé, pour la ligne qui effectue le transport, jusqu'au point terminus de la gare de l'autre administration.

Article 10.

Les deux Hautes Parties contractantes s'engagent, de plus à veiller à ce que: || 1. les administrations qui exploitent des lignes situées sur les deux territoires, organisent un service de trains suffisant pour assurer le transbordement régulier des personnes et des marchandises, et établissent des règlements, dispositions et installations conformes à intérêt des relations réciproques; || 2. l'organisation d'une expédition directe de personnes et de marchandises entre les lignes désignées à l'article premier de la présente Convention et les lignes adjacentes, si les deux Hauts Gouvernements devaient juger que cette organisation est nécessaire dans l'intérêt des relations réciproques, ne rencontre aucune opposition de la part des administrations des chemins de fer intéressés. || La ligne prussienne Lublinitz-Herby fait partie des chemins de fer de l'Etat et se trouve comme telle sur la liste des lignes qui se sont soumises à l'arrangement international sur le tarif des transports de marchandises par

voie ferrée. Le Gouvernement Impérial Russe aura soin de faire effectuer la présentation de la ligne Herby-Czenstochow à l'admission dans la même liste.

Article 11.

Les dispositions qui existent ou dont il y aura lieu de convenir encore pour la police et la surveillance des passeports et des étrangers dans la circulation sur voie ferrée seront appliquées aux stations de transbordement qui font l'objet de la présente Convention.

Article 12.

Les formalités de la révision douanière et de l'expédition des bagages des voyageurs, et des marchandises d'arrivée et de sortie seront convenues ultérieurement et plus en détail par les commissaires des deux administrations.

Article 13.

La réglementation du service des postes et des télégraphes est réservée à une entente spéciale entre les administrations respectives des postes et des télégraphes.

Article 14.

Dans tous les cas où les administrations du chemin de fer de l'un ou de l'autre Etat ne pourront s'entendre sur les différents points prévus dans la présente Convention ou en général, sur les moyens d'assurer la continuité du service entre les deux frontières et le développement du commerce de transit, les Gouvernements interviendront d'office et se concerteront sur toutes les mesures nécessaires à prendre.

Article 15.

Le Gouvernement Royal Prussien aura entière liberté de déférer à l'Empire d'Allemagne tous les droits et devoirs résultant de cette Convention.

Article 16.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Berlin dans les deux mois à dater du jour de la signature ou plus tôt, si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Berlin, le 6 Décembre 1904.

(Unterschriften.)

Nr. 14077. DEUTSCHES REICH und RUSZLAND. Postabkommen.

Petersburg, $\frac{4}{17}$. Februar 1904.

Déclaration.

En vue d'établir l'échange des mandats-poste entre l'Empire de Russie et l'Empire d'Allemagne le Directeur Général p. i. des Postes et des Télégraphes de Russie et le Directeur au Département des Postes d'Allemagne ont signé, sous la réserve de l'approbation de leurs Gouvernements respectifs, un Arrangement dont la teneur est mot pour mot comme suit

Arrangement

concernant l'échange des mandats-poste entre l'Empire de Russie et l'Empire d'Allemagne.

Les soussignés ont arrêté, d'un commun accord, sous réserve de l'approbation par les Autorités compétentes, les dispositions suivantes:

Article 1.

1. — Il est établi entre l'Empire de Russie et l'Empire d'Allemagne un échange régulier de mandats-poste. || 2. — Cet échange aura lieu par l'intermédiaire des bureaux désignés par chacune des deux Administrations respectives. || 3. — Ces bureaux s'informeront réciproquement, au moyen de listes, des mandats tirés dans un pays sur l'autre.

Article 2.

L'Office expéditeur détermine, si le montant des mandats-poste doit être déclaré par les déposants en monnaie du pays d'expédition ou en celle du pays de destination. || 2. — Si le montant d'un mandat est déclaré en monnaie du pays d'origine, il doit être converti, par les soins de l'Office expéditeur, en monnaie métallique du pays de destination. || 3. — L'Administration des postes du pays d'origine détermine elle-même le taux de conversion de sa monnaie en monnaie métallique du pays de destination. Les Administrations des pays contractants se communiquent réciproquement le taux qu'elles auront adopté pour ladite conversion et les changements qui seront, le cas échéant, introduits ultérieurement à cet égard.

Article 3.

1. — Les Administrations postales des pays contractants auront le droit de déterminer, d'un commun accord, le maximum du montant de chaque mandat qui sera délivré dans les pays respectifs. Ce maximum ne pourra dans aucun cas être inférieur à 100 roubles (216 marks). || 2. — Il ne sera pas tenu compte pour établir le montant des mandats des fractions de copecks ou de pfennigs.

Article 4.

1. — Le paiement du montant des mandats est effectué en monnaie métallique du pays de destination ou en papier-monnaie ayant cours légal en ce pays, sous réserve, en ce dernier cas, qu'il sera tenu compte de la différence de cours. || 2. — Est réservé aux Administrations des pays contractants le droit de déclarer la propriété des mandats-poste provenant de l'autre pays transmissible sur son territoire par voie d'endossement.

Article 5.

1. — Chacune des deux Administrations fixera les taxes à percevoir sur les mandats-poste qu'elle délivrera sur l'autre pays. || 2. — Cette taxe ne devra pas, toutefois, dépasser un pour cent des sommes rondes qui forment les degrés de l'échelle de perception. Elle pourra être diminuée d'un commun accord entre les Administrations postales intéressées. Seront exempts de cette taxe, les mandats d'office relatifs au service des postes et échangés par les Administrations postales ou entre les bureaux relevant de ces Administrations. || 3. — Les deux Administrations se donneront connaissance des taxes qu'elles auront établies et des changements qu'elles y apporteraient ultérieurement. || 4. — Un droit spécial ne dépassant pas 50 centimes peut être prélevé par l'office de destination pour le paiement du montant d'un mandat au domicile du destinataire. || 5. — L'expéditeur d'un mandat peut obtenir un avis de paiement de ce mandat, en acquittant d'avance, au profit exclusif de l'Administration du pays d'origine, un droit fixe égal à celui qui est perçu dans ce pays pour les avis de réception des correspondances recommandées. Le même droit peut être appliqué aux demandes de renseignements sur le sort de mandats qui se produisent postérieurement au dépôt, si l'expéditeur n'a pas déjà acquitté la taxe spéciale pour obtenir un avis de paiement. || 6. — L'expéditeur d'un mandat peut le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse aux conditions et sous les réserves déterminées pour les correspondances de la poste aux lettres par la Convention Principale en vigueur de l'Union Postale Universelle (actuellement par l'art. 9 de la Convention de Washington), tant que le bénéficiaire n'a pas pris livraison, soit du titre lui-même, soit du montant de ce titre. Toutefois les demandes de retrait ou de changement d'adresse ne peuvent pas être transmises par la voie télégraphique. || 7. — Les mandats-poste et les acquits donnés sur ces mandats, de même que les récépissés délivrés aux déposants, ne peuvent être soumis à la charge des expéditeurs ou des destinataires des fonds à un droit ou à une taxe quelconque en sus de la taxe perçue en vertu du présent article.

Article 6.

Les mandats télégraphiques ne sont pas admis.

Article 7.

1. — L'Administration postale qui délivrera les mandats créditera l'Administration du pays où le paiement doit se faire d'une somme égale au total du montant des mandats annoncés et d'un droit d'un demi pour cent ($\frac{1}{2}\%$) de la différence entre le montant total des mandats annoncés et celui des mandats annulés et remboursés. Toutefois aucun droit de commission ne sera bonifié pour les mandats d'office, ceux-ci étant exempts des paiements de la taxe prévue à l'article 5. || 2. — Le droit de commission prévu ci-dessus peut être abaissé d'un commun accord entre les Administrations postales intéressées, conformément à la diminution de la taxe perçue sur les mandats-poste en vertu de l'art. 5 § 2 du présent Arrangement.

Article 8.

1. — Les sommes converties en mandats-poste sont garanties aux déposants jusqu'au moment où elles ont été régulièrement payées aux destinataires ou aux mandataires de ceux-ci. || 2. — Il est toutefois entendu que la réclamation concernant le paiement d'un mandat à une personne non autorisée n'est admise que dans un délai d'un an à partir de la date du dépôt du mandat. Passé ce terme les Administrations cessent d'être responsables des paiements sur faux acquit. || 3. — Pour les envois adressés poste-restante la responsabilité cesse également par le paiement à une personne qui a justifié suivant les règles en vigueur dans le pays de destination, que ses nom et qualité sont conformes aux indications de l'adresse du mandat. || 4. — Il est entendu que la réclamation concernant le non-paiement d'un mandat n'est admise que dans le délai fixé par les lois et règlements du pays d'émission. L'émission éventuelle des duplicata des mandats non payés ne donne lieu à la perception d'aucune taxe. || 5. — Les sommes encaissées par chaque Administration en échange de mandats et dont le montant n'aurait pas été réclamé par les ayants-droit avant l'expiration des délais fixés par les lois ou règlements du pays d'origine sont définitivement acquises à l'Administration qui a délivré ces mandats. Toutefois cette Administration prend les mesures nécessaires afin de pourvoir au remboursement de ces sommes aux déposants avant l'expiration des délais susvisés. || 6. — L'Administration des postes du pays d'origine devra recevoir avis de tous les mandats qui n'auraient pas été payés à leurs bénéficiaires respectifs dans un délai de six mois après la date du dépôt.

Article 9.

1. — A l'expiration de chaque trimestre l'Administration des Postes de Russie fera le compte des sommes encaissées par les Offices des deux pays et des crédits à allouer de part et d'autre en exécution de l'art. 7 ci-dessus. || 2. — Pour établir le solde, la créance russe sera convertie en monnaie allemande sur le pied de 1 rouble ($\frac{1}{15}$ partie d'un impérial) = 2 marks 16 pfennigs. Mais ce cours de change pourra être modifié à toute époque d'un commun accord des Administrations des postes des pays contractants.

Article 10.

1. — L'Administration des postes d'Allemagne examinera le compte, le rectifiera, s'il y a lieu, et si le solde est en faveur de la Russie, elle en payera le montant dans un mois, au plus tard, après la réception du compte. || 2. — Si le solde s'établit en faveur de l'Administration des postes d'Allemagne, l'Administration des postes de Russie en payera le montant à celle-ci, au plus tard, dans un mois qui suivra l'avis de l'acceptation ou de la rectification du compte. || 3. — Le paiement des balances sera fait en marks effectifs de la manière suivante: || Si la balance est en faveur de la Russie, l'Administration des postes d'Allemagne doit verser le montant de cette balance à la maison de banque à Berlin indiquée par l'Administration des postes de Russie. || Si la balance est en faveur de l'Allemagne, l'Administration des postes de Russie doit verser le montant de cette balance à la maison de banque à Berlin indiquée par l'Administration des postes d'Allemagne. || 4. — Les frais résultant du paiement des soldes sont à la charge de l'Administration qui effectue le paiement. || 5. — Lorsque dans le courant du trimestre il est reconnu qu'une Administration se trouve à découvert vis-à-vis de l'autre d'une somme supérieure à 40.000 marks, l'Administration débitrice doit payer à l'autre, à titre d'acompte, le montant approximatif de la différence. Les acomptes seront payés de la manière prescrite dans le § 3 précédent et portés dans le compte au crédit de l'Administration qui les a fait verser.

Article 11.

Toute la correspondance d'office concernant l'échange des mandats poste entre la Russie et l'Allemagne sera effectuée, entre les Administrations centrales de ces deux pays, ainsi qu'entre les bureaux d'échange des listes, en langue française.

Article 12.

1. — La forme et les conditions d'émission des mandats sont déterminées dans chaque pays par les règlements en vigueur dans ce pays. ||

2. — Le mode et les conditions du paiement des mandats-poste sont réglés par les dispositions en vigueur dans le pays de destination.

Article 13.

Chaque Administration postale est autorisée à limiter le service de l'échange des mandats-poste dans son pays à un certain nombre de villes et à suspendre temporairement l'échange des mandats-poste chaque fois que le cours du change ou quelque autre circonstance pourrait donner lieu à des abus ou porter préjudice aux intérêts du Gouvernement respectif. Avis de cette suspension doit être donné immédiatement et, au besoin, par télégraphe à l'autre Administration.

Article 14.

Les Administrations postales des deux pays sont autorisées à régler d'un commun accord les mesures de détail pour l'exécution de cet Arrangement et à les modifier à toute époque suivant les besoins du service.

Article 15.

Le présent Arrangement sera mis à exécution le $\frac{2}{15}$ Avril 1904. Il restera en vigueur jusqu'à l'expiration de la période d'une année après la date à laquelle l'une des deux Administrations aura notifié à l'autre son intention d'en faire cesser les effets.

Article 16.

Le présent Arrangement sera ratifié par un échange de Déclarations Ministérielles aussitôt que faire se pourra.

Fait en double original et signé

à St.-Petersbourg, le $\frac{11}{24}$ Decembre
1903. (signé).

Sévastianoff.

à Berlin le 10 Octobre 1903.
(signé.)

Gieseke.)

en fonctions de Directeur Général Directeur au Département des Postes
des Postes et des Télégraphes de de l'Empire d'Allemagne.
l'Empire de Russie.

Nr. 14078. **DEUTSCHES REICH und ITALIEN.** Abkommen zum
Schutz geistigen Eigentums.

Rom, 9. November 1908.

Sa Majesté le Roi d'Italie et Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand, également animés du désir de garantir, d'une manière plus efficace, dans les deux pays, la protection

des oeuvres littéraires et artistiques, ont résolu de conclure à cet effet une nouvelle convention spéciale, et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi d'Italie: || Son Excellence Tommaso Tittoni, Son Ministre Secrétaire d'Etat pour les affaires étrangères, et || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || Son Excellence le comte Antoine de Monts, Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près de Sa Majesté le Roi d'Italie; || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1^{er}.

La convention conclue entre l'Italie et l'Allemagne, le 20 juin 1884, en vue de protéger les oeuvres littéraires et artistiques, est abrogée et remplacée par la présente convention.

Art. 2.

En vue de compléter les stipulations de la convention de Berne, du 9 septembre 1886, relative à la formation d'une Union internationale pour la protection des oeuvres littéraires et artistiques, et conformément aux termes de l'acte additionnel et de la déclaration de Paris, du 4 mai 1896, les deux Hautes Parties contractantes sont convenues des dispositions ci-après: || § 1^{er}. Les auteurs des oeuvres, publiées pour la première fois sur le territoire de l'une des deux Parties contractantes, jouiront, sur le territoire de l'autre Partie, pendant toute la durée de leur droit sur l'oeuvre originale, du droit exclusif de traduire leurs ouvrages ou d'en permettre la traduction, sans qu'il soit nécessaire que l'auteur ait fait usage de son droit exclusif de traduction dans le délai de dix années prévu par l'article 5 de la convention de Berne. || § 2. Les auteurs des oeuvres, publiées pour la première fois sur le territoire de l'une des deux Parties contractantes, sont protégés, sur le territoire de l'autre Partie, contre l'exécution en public de leurs oeuvres musicales, même s'ils n'en ont pas expressément interdit l'exécution sur le titre ou en tête de l'ouvrage.

Art. 3.

La présente convention s'appliquera également aux ouvrages, déjà existants, pourvu qu'au moment de l'entrée en vigueur de la présente convention ils ne soient pas encore tombés dans le domaine public dans leur pays d'origine. || Toutefois si, avant l'entrée en vigueur de ladite convention, une traduction, entière ou partielle, a paru, licitement, le droit pour le traducteur de reproduire, propager et faire représenter cette traduction, reste entier. Le même droit est garanti au traducteur même dans le cas

qu'une traduction est publiée dans le courant d'une année après l'entrée en vigueur de la présente convention, et que, au moment de son entrée en vigueur, l'auteur de l'oeuvre originale n'était pas protégé contre la traduction. || Dès l'entrée en vigueur de la présente convention, la protection sera assurée à une oeuvre musicale déjà publiée, si même jusque alors elle n'était pas protégée contre une exécution publique faute d'une interdiction expresse. Toutefois l'exécution publique d'une oeuvre de cette nature pourra avoir lieu, sans le consentement de l'auteur, si les exécutants se servent de partitions ou de morceaux de musique ne portant pas la mention d'interdiction et qu'ils avaient en leur possession avant l'entrée en vigueur de la présente convention.

Art. 4.

La représentation et l'exécution publique d'une oeuvre dramatique ou d'une oeuvre musicale protégée par la convention de Berne ou par la présente convention sera interdite d'office en Italie par les autorités locales si l'auteur a déclaré au Ministère royal italien de l'agriculture, de l'industrie et du commerce ou à une autorité consulaire italienne en Allemagne, qu'il a défendu d'avance l'exécution publique à tous ceux qui ne prouvent pas, par des documents écrits et légalisés, qu'ils ont reçu son consentement. Cette déclaration n'est admise que contre le paiement de la taxe fixée pour les auteurs italiens et prélevée pour le compte du trésor public de l'Etat italien. Cependant les auteurs ne sont pas tenus de faire une pareille déclaration. L'omission de la déclaration ne portera préjudice à aucun droit garanti aux auteurs, par les lois italiennes, par la convention de Berne et par la présente convention.

Art. 5.

La jouissance des droits reconnus aux auteurs qui ont publié leurs oeuvres pour la première fois sur le territoire de l'une des deux Parties contractantes ne sera subordonnée, devant les tribunaux de l'autre Partie, à la justification de l'accomplissement d'aucune formalité.

Art. 6.

Les Hautes Parties contractantes conviennent que tout avantage ou privilège plus étendu qui serait ultérieurement accordé par l'une d'elles à une tierce Puissance en ce qui concerne la protection des oeuvres littéraires et artistiques, sera acquis de plein droit aux auteurs de l'autre pays ou à leurs ayants-cause.

Art. 7.

Les oeuvres photographiques et les oeuvres obtenues par un procédé analogue sont admises au bénéfice des dispositions de la présente convention.

Art. 8.

La présente convention entrera en vigueur un mois après l'échange des ratifications et continuera ses effets jusqu'à l'expiration d'un délai d'un an à compter du jour où elle aura été dénoncée par l'une des Hautes Parties contractantes.

Art. 9.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Rome le plus tôt possible.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et l'ont revêtue du cachet de leurs armes.

Fait à Rome, en double exemplaire, le 9 novembre mil neuf cent sept.
(L. S.) Tom. Tittoni. (L. S.) Monts.

Nr. 14079. **CHINA und KOREA.** Vertrag über die Grenze am Tumen.

4. September 1909.

Mit Rücksicht auf ihre freundnachbarlichen Beziehungen erkennen die Regierungen von China und Japan den Tumen-Fluß als Grenze zwischen China und Korea an und haben solche Vereinbarungen getroffen die es der chinesischen und koreanischen Grenzbevölkerung ermöglichen, in alle Ewigkeit sich der Segnungen friedlichen Zusammenlebens zu erfreuen.

Folgendes sind die einzelnen Vertragsartikel:

Artikel I.

Die Regierungen von China und Japan erklären beiderseits den Fluß Tumen als Grenze zwischen China und Korea, und zwar bildet er die Grenze von seinem Quellgebiet, da wo Grenzsteine errichtet sind, bis nach Shih-yi-shui.

Artikel II.

Sogleich nach Unterzeichnung und Abschluß des gegenwärtigen Übereinkommens wird die chinesische Regierung die nachstehend aufgeführten Plätze öffnen, so daß Angehörige aller Länder dort wohnen und Handel treiben können. Die japanische Regierung hat das Recht, in den betreffenden Plätzen Konsulate oder Konsularagenturen einzurichten. Über den Zeitpunkt, wann die Plätze eröffnet werden, bleibt besondere Bestimmung vorbehalten.

Die Plätze sind:

Lung Ching tsun,
Tou tao kou.

Chü fu schieh,
Pai tsao kou.

Artikel III.

Die chinesische Regierung gestattet Koreanern auch fernerhin, nördlich vom Tumen den Boden zu kultivieren und zu wohnen, die Abgrenzungen des in Betracht kommenden Gebiets werden auf einer besonderen Kartenanlage erläutert.

Artikel IV.

Die nördlich des Tumen in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung wohnhaften und mit Bodenkultur beschäftigten Koreaner sind der Jurisdiktion Chinas unterworfen und unterliegen der Gerichtsbarkeit der chinesischen Lokalbehörden. Die chinesischen Behörden haben solche Koreaner vollständig den Chinesen gleich zu behandeln; auch in bezug auf Bezahlung von Steuern und alle Verwaltungsobliegenheiten stehen sie mit den Chinesen ganz gleich. Was die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und die Strafprozesse anlangt, an denen solche Koreaner beteiligt sind, so haben die chinesischen Behörden sie nach chinesischem Recht gerecht zu entscheiden. Der japanische Konsul oder ein von ihm delegierter Beamter hat das Recht, nach Belieben dem gerichtlichen Verfahren beizuwohnen. In schweren Fällen jedoch, wo es sich um Kapitalverbrechen handelt, ist der japanische Konsul vorher zu benachrichtigen, damit er dem Verfahren beiwohnt. Ist der japanische Konsul instande nachzuweisen, daß die Entscheidung nicht auf Grund der Gesetze erfolgt ist, dann kann er im Interesse einer gerechten Justiz beantragen, daß China einen weiteren Beamten mit der Wiederaufnahme des Verfahrens betraut.

Artikel V.

Was das Eigentum an Grundstücken, Gebäuden usw. derjenigen Koreaner betrifft, die nördlich des Tumen in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung wohnhaft sind, so hat ihm die chinesische Regierung genau denselben wirksamen Schutz angedeihen zu lassen, wie dem Eigentum von Chinesen. Auch wird man längs des Flusses Plätze auswählen, wo Bootsgelegenheit für den freien Verkehr herüber und hinüber eingerichtet werden soll. Doch darf niemand ohne Paß und offizielles Schreiben die Grenze mit Waffen überschreiten. Reis und Getreide, die in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung produziert werden, dürfen die Koreaner exportieren, doch bleibt es für schlechte Erntejahre verboten. Das Gleiche gilt analog für Brennholz und Stroh.

Artikel VI.

Die chinesische Regierung wird später die Kirin-Changchun-Bahn bis an die Südgrenze von Yenching verlängern und bei dem Orte Huining

in Korea an die koreanische Eisenbahn anschließen. Der Bau findet in derselben Weise statt wie derjenige der Kirin-Changchun-Bahn. Was den Zeitpunkt betrifft, wann der Bau in Angriff genommen werden soll, so bleibt dieser einer weiteren Abmachung vorbehalten, welche die chinesische Regierung unter Berücksichtigung der besonderen Umstände mit der japanischen Regierung treffen wird.

Artikel VII.

Die einzelnen Artikel dieses Abkommens treten sofort nach Unterzeichnung und Abschluß in Kraft. Auch werden dann mit aller Beschleunigung die vom japanischen Generalresidenten entsandten Zivil- und Militärbeamten und eingerichteten Amtsstellen zurückgezogen, und zwar muß die Rückziehung binnen 2 Monaten vollendet sein. Gleichfalls binnen 2 Monaten wird die japanische Regierung in den nach Artikel II geöffneten Handelsplätzen Konsularbehörden einrichten. || Zu Urkund dessen ist seitens der durch ihre Regierungen ordentlich bevollmächtigten hohen Beamten dieses Abkommen in chinesischer und japanischer Sprache in je zwei Exemplaren unterschrieben und gestempelt worden.

Hsüantung 1. Jahr 7. Monat 20. Tag = Meiji 42. Jahr 9. Monat 4. Tag [= 4. September 1909.]

Liang Tun yen, Präsident im Waiwupu.

Ljuin, japanischer Gesandter.

Nr. 14080. **CHINA** und **KOREA**. Vertrag über die 5 mandschurischen Fragen.

4. September 1909.

Die chinesische und die japanische Regierung haben hiermit zur Beilegung von 5 Fragen, die beide Regierungen in der Mandschurei betreffen, das nachstehende Abkommen getroffen, durch welches für die Zukunft Mißverständnisse beseitigt werden und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern eine weitere Festigung erfahren sollen.

Artikel I.

Die chinesische Regierung ist einverstanden, daß sie im Fall des Baues einer Eisenbahn von Hsinmintun nach Fakumen zunächst mit der japanischen Regierung darüber verhandelt.

Artikel II.

Die chinesische Regierung erkennt die Zweigbahn von Ta shih chiao nach Yingkou als Zweiglinie der südmandschurischen Eisenbahn an, die

nach Ablauf des Termins für die südmandschurische Eisenbahn mit dieser zugleich an China zurückgegeben wird. Ferner ist China damit einverstanden, daß der Endpunkt der genannten Zweigbahn bis nach Yingkou ausgedehnt wird.

Artikel III.

Bezüglich der Kohlengruben von Fushun und Yentai sind jetzt die Regierungen von China und Japan zu dem nachstehenden freundschaftlichen Arrangement gelangt: || *a*) Die chinesische Regierung erkennt das Recht der japanischen Regierung zum Betriebe und zur Ausbeutung der Kohlengruben an den oben erwähnten beiden Plätzen an. || *b*) Die japanische Regierung achtet alle Hoheitsrechte Chinas und erklärt sich bereit, an die chinesische Regierung alle dieser zustehenden Abgaben für die in den genannten Gruben geförderten Kohlen zu zahlen. Doch werden diese Abgaben noch besonders vereinbart und festgestellt werden auf Grund der an anderen Plätzen Chinas für Kohlenabgaben günstigsten Bestimmungen. || *c*) Die chinesische Regierung ist damit einverstanden, daß beim Export von Kohle, die aus den oben genannten Gruben gefördert wird, der Zoll nach den an anderen Plätzen für Kohle bestehenden günstigsten Bestimmungen erhoben wird. || *d*) Für die Abgrenzung der Gruben und für alle Detailbestimmungen werden besondere Beamte delegiert werden, welche das Erforderliche zu vereinbaren und festzusetzen haben.

Artikel IV.

Was den Bergbau längs der Antung-Mukden-Bahn, sowie längs der Hauptlinie der südmandschurischen Bahn betrifft, so soll er, mit Ausnahme von Fushun und Yentai, nach den im Jahre 1907 zwischen dem Generalgouverneur und den Gouverneuren der Mandschurei einerseits und dem japanischen Generalkonsul andererseits vereinbarten allgemeinen Grundsätzen von Chinesen und Japanern gemeinsam ausgeübt werden. Die Details hierüber werden seinerzeit zwischen Generalgouverneur und Gouverneuren einerseits und dem japanischen Generalkonsul andererseits geregelt und festgesetzt werden.

Artikel V.

Bezüglich des Weiterbaues der Peking-Mukden-Eisenbahn bis an die Stadtmauer von Mukden erklärt die japanische Regierung, daß sie keine Einwendungen zu erheben habe. Was die Art der Ausführung anlangt, so kann die ordnungsmäßige Beratung und Entscheidung darüber den dortigen Behörden der beiden Länder und Ingenieuren des Spezialfaches überlassen werden.

Zu Urkund dessen ist seitens der durch ihre Regierungen ordentlich bevollmächtigten hohen Beamten dieses Abkommen in chinesischer und japanischer Sprache in je 2 Exemplaren unterschrieben und gestempelt worden.

Hsüantung 1. Jahr 7. Monat 20. Tag = Meiji 42. Jahr 9. Monat 4. Tag | = 4. September 1909. |

Liang Tun yen, Präsident des Waiwupu.
Ijuin, japanischer Gesandter.

Nr. 14081. JAPAN und CHINA. Abkommen über die Eisenbahn in der Mandschurei.

19. August 1909.

1. — The same gauge as that of the Peking-Mukden Railway shall be adopted. || 2. — Both Japan and China shall recognize and approve, on the whole, the line as already surveyed and agreed to by the Commissioners of the two Governments, but the location of that portion of the line from Chen-hsiang-tun to Mukden shall remain to be decided by mutual conference between the two countries. || 3. — On and from the date when the memorandum is signed, negotiations for the purchase of land and for the adjustment of all other details shall be instituted. || 4. — From the day following the signing of the memorandum, that is, from the day after the negotiations above mentioned are instituted, the work of reconstruction shall be accelerated. || 5. — China shall instruct the local officials along the line to give every facility regarding the execution of the work.

Nr. 14082. JAPAN und STRAITS SETTLEMENTS. Postvertrag.

20. Mai 1909.

The Department of Communications of the Empire of Japan and the Post Office of the Straits Settlements have agreed upon the following articles for the establishment of a regular exchange of parcels between the Empire of Japan and the Straits Settlements: —

Article I.

1. Parcels may be forwarded by Parcel Post from the Empire of Japan to the Straits Settlements up to the weight of 1,320 momme, and from the Straits Settlements to the Empire of Japan up to the weight

of eleven pounds English. || 2. The parcels thus exchanged may be insured up to the sum of 3,000 francs.

Article II.

1. The two Post Offices guarantee the right of transit for parcels over their territory to or from any country with which they respectively have Parcel Post Communication; and they undertake responsibility for transit parcels within the limits determined by Article XI below. || 2. In the absence of any arrangement to the contrary between the Administrations concerned, the conveyance of parcels thus exchanged will be effected à découvert.

Article III.

The prepayment of the postage on parcels shall be compulsory, except in the case of redirected parcels.

Article IV.

1. The Post Office of the country of origin shall pay to the Post Office of the country of destination the territorial postage of the latter and also the sea postage if the latter office provides for the sea service, calculated in accordance with the following table:—

	Not over 360 momme or 3 lbs.	Over 360 momme or 3 lbs. but not over 840 momme or 7 lbs.	Over 840 momme or 7 lbs. but not over 1,320 momme or 11 lbs.
	Fr. c.	Fr. c.	Fr. c.
Territorial rate of the Empire of Japan:	0.50	0.75	1.00
For sea conveyance between the Empire of Japan and the Straits Settlements: .	0.50	1.00	1.50
Territorial rate of the Straits Settlements:	0.50	0.75	1.00
Total:	1.50	2.50	3.50

2. The totals thus arrived at shall form the basis for determining the sums to be collected from the senders, but in fixing the rates of postage either Administration shall be at liberty to adopt such approximate amounts as may be convenient in its own currency.

Article V.

1. Each Administration shall have the right to fix its own scale of fees for insurance provided that the scale does not include any rate exceeding

$\frac{1}{4}$ per cent. on the sum declared. || 4. The Post Office of the country of origin shall pay to the Post Office of the country of destination a share of the insurance fee at the rate of 5 centimes for each sum of 300 francs or fraction of 300 francs insured and shall also pay a sea insurance fee of 10 centimes for each sum of 300 francs or fraction of 300 francs insured if the latter Office provides and guarantees responsibility for the sea conveyance.

Article VI.

The sender of a parcel may obtain an acknowledgment of receipt on prepayment of a fixed fee not exceeding 25 centimes. The same fee may be applied to requests for information about the disposal of a parcel which are made after it has been posted, if the sender has not already paid the special fee to obtain an acknowledgment of receipt. The whole of this fee is retained by the Administration of the country of origin.

Article VII.

In the case of parcels originating in or forwarded by one of the two contracting countries and sent in transit through the other, the Post Office of the intermediate country shall be credited by the other Post Office with the sums due to the former for the conveyance and insurance of such parcels, in accordance with tables to be mutually communicated.

Article VIII.

The parcels to which the present Agreement applies can not be subjected to any postal charge other than those contemplated by the different articles of this Agreement.

Article IX.

For the redirection of parcels from one country to the other, as well as for the return of undelivered parcels, a supplementary charge on the basis of the rates fixed by Articles IV and V shall be collected from the addressees or the senders, as the case may be. A supplementary charge may also be made for warehousing.

Article X.

1. It is forbidden to send by post:— || (a) Parcels containing letters, or communications of the nature of a letter, live animals, except bees in properly constructed boxes, or articles the admission of which is not authorised by the Customs or other laws or regulations of either country (a parcel may, however, contain an open invoice in its simplest form); || (b) Parcels containing explosive or inflammable articles, and in general

articles, the conveyance of which is dangerous. || 2. It is equally forbidden to send coin, anything made of gold or silver, or other precious articles from one country to the other in uninsured parcels. || 3. If a parcel contravening any of these prohibitions shall be handed over by one Administration to the other, the latter shall proceed in the manner and with the formalities prescribed by its law or inland regulations.

Article XI.

1. In all cases of loss, abstraction or damage, except such as are beyond control, the sender, or, in default or at the request of the sender, the addressee shall be entitled to an indemnity corresponding with the actual amount of the loss, abstraction or damage, unless the damage has arisen from the fault or negligence of the sender or from the nature of the article, and provided always that the indemnity does not exceed, in the case of an uninsured parcel, 25 francs, and, in the case of an insured parcel, the sum for which it has been insured. The sender of a parcel which has been lost, or of which the contents have been completely destroyed in the post, shall also be entitled to the return of the postage as well as of the postal enquiry fee when the enquiry has arisen from an error on the part of the Postal Administration. In any case the Insurance fee is retained by the Postal Administrations. || 2. The obligation of paying the indemnity shall rest with the Administration to which the despatching office is subordinate. To that Administration is reserved a remedy against the Administration responsible, that is to say, against the Administration on the territory or in the service of which the loss, abstraction or damage took place. || 3. Until the contrary is shown, the responsibility shall rest with the Administration which, having received the parcel without making any observation, can not prove its delivery to the addressee, or, in the case of a transit parcel, its regular transfer to the following Administration. || 4. The payment of the indemnity to the sender or addressee ought to take place as soon as possible, and at the latest within a year of the date of the application. The Administration responsible will be bound to make good, without delay, the amount of the indemnity paid. || 5. It is understood that no application for an indemnity will be entertained unless made within a year of the posting of the parcel; after this term the applicant will have no right to any indemnity. || 6. If the loss, abstraction or damage shall have occurred in course of conveyance between the exchanging offices of the two countries, and it shall not be possible to ascertain on the territory or in the service of which the loss, abstraction or damage took place, each Administration

shall pay half of the indemnity. || 7. The Administrations will cease to be responsible for parcels of which the owners have accepted delivery.

Article XII.

1. No parcel may be insured for an amount above the real value of its contents. || 2. In case the sender of an insured parcel, with intent to defraud, shall declare the contents to be above their real value, he shall lose all claim to compensation; and the enforcement of this rule shall not prejudice any legal proceedings admitted by the law of the country of origin.

Article XIII.

The cost of the receptacles in which parcel mails are exchanged between the two countries shall be shared equally between the two Administrations.

Article XIV.

In extraordinary circumstances such as will justify the measure, any Administration may temporarily suspend the Parcel Post, either entirely or partially, on condition of giving immediate notice, if necessary by telegraph, to the Administration interested.

Article XV.

1. The internal legislation of both the Empire of Japan and the Straits Settlements shall remain applicable as regards everything not provided for by the stipulations contained in the present Agreement. || 2. The Administrations shall communicate to each other from time to time, the provisions of their laws or regulations applicable to the conveyance of parcels by Parcel Post.

Article XVI.

The two Postal Administrations shall indicate the offices or localities which they admit to the international exchange of parcels; they shall regulate the mode of transmission of these parcels, and fix all other measures of detail and order necessary for ensuring the performance of the present Agreement.

Article XVII.

This Agreement shall come into operation on the day to be fixed by common consent between the two Postal Administrations and shall be terminable on a notice of one year by either party.

Done in duplicate at Tokio the 11th day of the 7th month of the 41st year of Meiji and at Singapore the 20th May 1909.

Viscount Masayasu Hotta,
Minister of State for Communications,
Empire of Japan.

Arthur Young,
Officer Administrating the Government.

Detailed Regulations

for the Execution of the Agreement concerning the Exchange of Postal Parcels concluded between the Department of Communications of the Empire of Japan and the Post Office of the Straits Settlements.

Article I.

1. The exchange of parcels in closed mails between the Empire of Japan and the Straits Settlements shall be carried on by the direct sea services between the two countries. || 2. The two Postal Administrations shall communicate to each other the offices of exchange for parcel post, which shall be designated respectively.

Article II.

1. The two Postal Administrations shall acquaint each other which of the regular sea services maintained by them may be employed for the conveyance of parcels. || 2. The two Administrations, after a preliminary understanding has been arrived at with the countries concerned, shall communicate to each other:— || (a) A list of the countries with regard to which they may respectively serve as medium for the conveyance of parcels. || (b) The routes available for the transmission of the said parcels, from the point of entry on their territories or into their services. || (c) The total amount of the charges to be paid to them under this head, for each destination, by the Office which consigns the parcels to them. || 3. By means of this information the Administrations will determine the routes to be employed for the transmission of their parcels and the postage to be collected from the senders.

Article III.

Parcels posted in the Empire of Japan for the Straits Settlements must not exceed $3\frac{1}{2}$ shaku in length, or 6 shaku in length and girth combined; and parcels posted in the Straits Settlements for the Empire of Japan must not exceed 3 feet 6 inches English in length, or 6 feet in length and girth combined.

Article IV.

The two Postal Administrations shall furnish each other with a list of prohibited articles.

Article V.

1. No parcel must be accepted for conveyance by parcel post unless it bear the exact direction of the addressee. The address of parcels containing coin, articles of gold or silver, jewellery, or other precious objects, must be written on the actual covering of the parcel. || 2. Every parcel must be packed in a manner adequate for the length of the journey and for the protection of the contents. || Liquids and substances which easily liquefy must be despatched in a double receptacle. Between the first receptacle (bottle, flask, pot, box, etc.) and the second (box of metal or of strong wood), a space is left as far as possible. This space must be filled with sawdust, bran, or some other absorbing material. || 3. Every insured parcel must be sealed by means of sealing wax, lead, or otherwise, in such a way that it cannot be opened without either breaking the seals or leaving obvious traces of violation. For instance, seals must be placed over each join or loose flap of the covering of a parcel, and if string be used in packing, a seal must be placed on the ends of the string where they are tied. The seals must be of the same kind of wax, lead, etc., and must bear distinct impressions of the same private device; and the device must not consist merely of straight, crossed or curved lines, which could be readily imitated. || 4. Every insured parcel must bear on the cover, and also on the Despatch Note, a statement of the sum for which it is insured, without erasure of addition, even if certified. When this statement is expressed in Japanese or Straits Settlements money, the sender, or the Post Office of the country of origin, must indicate by new figures placed beside or below the others, the equivalent of the amount in francs and centimes.

Article VI.

1. Each parcel must be accompanied by a Despatch Note and by Customs Declarations in conformity with, or analogous to, specimens A and B hereto appended. The Administrations shall inform each other of the number of Customs Declarations to be furnished for each country of destination. || The sender may add upon the counterfoil of the Despatch Note communications respecting the parcel, provided that this is not prohibited by the legislation of the country of origin. || 2. One Despatch Note, and, if the Customs laws permit, one Customs Declaration, may be used for two or three (but not more) parcels sent from the same sender to the same addressee. This provision does not apply to insured

parcels, each of which must be accompanied by a separate Despatch Note. || 3. The amount of postage paid, when not indicated by postage stamps affixed to the Despatch Note, should be notified upon the Despatch Note. || 4. The exact weight of an insured parcel must be entered by the office of origin, both on the cover of the parcel and on the Despatch Note in the place provided for the purpose. || 5. The Administrations decline all responsibility for the correctness of the Customs Declarations.

Article VII.

1. Each parcel, as well as the Despatch Note relating to it, must bear a label or an impression of a stamp, in conformity with, or analogous to, specimen C hereto annexed, indicating the registered number and the name of the office of origin. || 2. The Despatch Note shall, moreover, be impressed by the office of origin, on the address side, with a stamp indicating the place and date of posting. || 3. Each insured parcel must bear a red label with the word "Insured" or "Valeur Déclarée" upon it. || 4. The labels on parcels containing coin, articles of gold or silver, jewellery, or other precious objects, must be so placed that they can not serve to conceal injuries to the cover. They must not be folded over two sides of the cover so as to hide the edge.

Article VIII.

The parcels shall be entered by the despatching office of exchange on a parcel bill, in conformity with specimen D appended to the present Regulations, with all the details required by this form. The Despatch Notes, the Customs Declarations and, if any, the acknowledgments of receipt must be securely attached to the parcel bill.

Article IX.

1. When an acknowledgment of receipt of a parcel is asked for, the office of origin writes on the parcel in a very conspicuous manner the words "Avis de Réception" or stamps it with the letters "A. R." || 2. The acknowledgment of receipt is made out in conformity with, or analogous to, specimen H hereto annexed, by the office of origin or by any other office which the despatching Administration may appoint. If it does not reach the office of destination, the latter makes out officially a new acknowledgment of receipt. || 3. The office of destination, after having duly filled up the form returns it, either directly or through the office of exchange, to the office of origin, which delivers it to the sender of the parcel. || 4. When, after a parcel has been posted, the sender

applies for an acknowledgment of its receipt, the office of origin enters on a form of acknowledgment of receipt an exact description of the parcel (office of origin, date of posting, number, address). The form is transmitted to the receiving office of exchange with an indication of the mail in which the parcel under enquiry was delivered of the office of exchange of the corresponding Administration. The office of destination completes the form, and returns it to the office of origin in the way prescribed by the preceding paragraph 3. || 5. If an acknowledgment of receipt, duly applied for by the sender at the time of posting, is not received back in the office of origin after a proper interval, enquiry for the missing acknowledgment is instituted in accordance with the procedure prescribed by the preceding paragraph 4. The office of origin writes at the top of the form the words "Duplicata de l'Avis de Réception, etc."

Article X.

1. On the receipt of a parcel-bill the receiving office of exchange shall proceed to verify the parcels and the various documents, and, if needful, shall report missing articles or any irregularities by means of a verification note in conformity with the annexed specimen E. || 2. Any differences which may arise in the credits and accounting must be notified to the despatching office by verification note. The accepted verification notes must be attached to the parcel bills to which they relate. Corrections not supported by vouchers are not admitted.

Article XI.

1. Missent parcels shall be forwarded to their destination by the most direct route at the disposal of the Office re-transmitting them. When this re-transmission shall involve the return of the parcel to the office of origin, the retransmitting office of exchange refunds to the said Office of origin the amounts credited, after having called attention to the error by means of a verification note. When a parcel contravenes any of the prohibitions provided for in Article X of the Agreement and has, for this reason, to be returned to the country of origin, the procedure followed is the same as if the parcel had to be sent back to the despatching Office in consequence of missending. || 2. In other cases, and if the amount credited to the re-transmitting Office shall be insufficient to cover the expenses of re-transmission which it has to defray, it shall recover the difference by raising the amount entered to its credit in the parcel bill of the despatching office of exchange. The reason for this rectification shall be notified to the said office by means of a verification note. || 3. Parcels re-directed to a country which participates in the

Parcel Post between the Empire of Japan and the Straits Settlements will be subjected by the delivering Office to a charge, to be paid by the addressees, representing the sums due to this latter Office, to the re-directing Office, and to each intermediate Office, if there be any. || 4. Each office which forwards a re-directed parcel shall claim on the parcel bill the amount due for the conveyance of the parcel. || 5. But, if the amount chargeable for the further conveyance of a re-directed parcel shall be paid at the time of its redirection, the parcel shall be dealt with as if it had been addressed direct from the re-transmitting country to the country of destination, and delivered without any postal charge to the addressee. || 6. The senders of parcels which can not be delivered shall be consulted as to the disposal of the parcels, unless they have asked for the immediate return of the parcels or for their delivery to another addressee, by a notice (specimen I) placed both on the Despatch Note and on the parcel itself. || 7. If, within six months after the despatch of a letter of enquiry, the office of destination shall not have received instructions from the sender, the parcel shall be returned to the office of origin. || 8. Articles liable to deterioration or corruption, and these only, may, however, be sold immediately, without previous notice or legal formality, for the benefit of the right party. An account of the sale shall be drawn up. The sum realized by the sale shall be used in the first place to defray the charges upon the parcel. Any balance which there may be shall be remitted to the office of origin to be paid to the sender. If for any reason a sale is impossible the spoilt or worthless articles are destroyed or taken possession of by the State. || 9. Parcels which have to be returned to the country of origin shall be entered on the parcel bill with the addition of the word "Rebut" (undeliverable) in the column for observations. They shall be dealt with and charged as re-directed parcels are. || 10. Any parcel, the addressee of which has left for a country not participating in the Parcel Post between the Empire of Japan and the Straits Settlements shall be dealt with as undeliverable, unless the Office of the first destination be in a position to forward it to the addressee. || 11. Subject to the provisions in Article IX of the Agreement, the customs duties properly so called on parcels which have to be sent back to the country of origin or redirected to a third country shall be cancelled both in the Empire of Japan and the Straits Settlements.

Article XII.

1. Each Administration shall cause each of its exchanging offices to prepare quarterly for all the mails received from the exchanging offices of

the other Administration, a statement in conformity with specimen F appended to the present Regulations, of the Sums entered in each parcel bill, whether to its credit or to its debit. || 2. The statement F shall be afterwards re-capitulated by the same Administration in an account conforming to specimen G, also appended to the present Regulations. || 3. This account accompanied by the statement F, the parcel bills, and if any, the verification notes relating thereto, shall be submitted to the examination of the other Administration in the course of the quarter which follows that to which it relates. || 4. The quarterly accounts, after having been verified and accepted on both sides, shall be included in a general annual account by the Administration to which the balance is due. || 5. The payment resulting from the balance of these accounts between the two Administrations shall be made by the indebted Office in francs, in specie, or by means of bills drawn on Paris or on the capital or one of the commercial towns of the country to which the balance is due, or in any other manner that may be mutually agreed upon; the expence attendant on the payment being at the charge of the indebted Office. || 6. The drawing up, transmission and payment of the accounts must be effected as early as possible, at the latest before the expiration of the following year. After the expiration of this term, the sums due from one Administration to the other, shall bear interest at the rate of 5 per cent. per annum, to be reckoned from the date of expiration of the said term.

Article XIII.

The present Detailed Regulations shall come into force on the day of the execution of the Agreement, and shall have the same duration as the Agreement. The Administrations interested have, however, the power by common consent to modify the details from time to time.

Done in duplicate at Tokio the 11th day of 7th month of the 41st year of Meiji and at Singapore the 20th May 1909.

Viscount Masayasu Hotta

Minister of State for Communications,

Empire of Japan.

Arthur Young,

Officer Administrating the Government.

Additional Articles amending the Parcel Post Agreement between the Department of Communications of the Empire of Japan and the Post Office of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, signed at Tokio on the 19th day of the 7th month of the 40th year of Meiji and at London on the 31st day of January 1907.

Article I.

The Department of Communications of the Empire of Japan and the Post Office of the United Kingdom of Great Britain and Ireland agree to cancel paragraph 2 of Article I of the Parcel Post Agreement of the 19th day of the 7th month of the 40th year of Meiji and the 31st day of January 1907, and to substitute for it the following:— || The parcels thus exchanged may be insured up to the sum of 3,000 francs.

Article II

These additional Articles shall come into operation on the day to be fixed by common consent between the two Postal Administrations. || Done in Duplicate and signed at London on the 3rd day of September 1908 and at Tokio on the 23rd day of the 12th month of the 41st year of Meiji.

Baron S. Goto,
Minister of State for Communications.

Sydney Buxton,
Postmaster General.

Additional Articles amending the Detailed Regulations for the execution of the Agreement concerning the Exchange of Postal Parcels concluded between the Department of Communications of the Empire of Japan and the Post Office of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, signed at Tokio on the 19th day of the 7th month of the 40th year of Meiji and at London on the 31st day of January 1907.

Article I.

The Department of Communications of the Empire of Japan and the Post Office of the United Kingdom of Great Britain and Ireland agree to cancel paragraph I of Article I of the Detailed Regulations for the execution of the Parcel Post Agreement of the 19th day of the 7th month of the 40th year of Meiji and the 31st day of January 1907, and to substitute for it the following:— || The exchange of parcels in closed mails between the two countries shall be carried on either *viâ* Canada or *viâ* Suez.

Article II.

These additional Articles amending the Detailed Regulations shall come into operation on the day fixed for the Additional Articles amending the Agreement to come into force.

Done in duplicate and signed at London on the 3rd day of September 1908 and at Tokio on the 23rd day of the 12th month of the 41st year of Meiji.

Baron S. Goto,
Minister of State for Communications.
Sydney Buxton,
Postmaster General.

Amendment to the Parcel-Post Convention between the Empire of Japan and the United States of America.

The undersigned, Baron Shimpei Goto. || Minister of State for Communications of the Empire of Japan, and George V. L. Meyer, Postmaster General of the United States of America, duly empowered thereto, have agreed upon the following amendment to the Parcel-Post Convention in force between the two countries.

Article I.

Amend Article II of the Convention by substituting for the first section thereof the following: — || There shall be admitted to the mails exchanged under this Convention, articles of merchandise and mail matter — except letters, post cards and written matter of all kinds — that are admitted under any conditions to the domestic mails of the country of origin, except that no parcel may exceed eighty dollars (\$ 80.00) or the equivalent in value or 11 pounds (1,320 momme) in weight, nor the following dimensions: Greatest length in any direction, three feet six inches (three shaku five sun); greatest length and girth combined, six feet (six shaku); and must be so wrapped or inclosed as to permit the contents to be easily examined by customs officers and by postmasters duly authorized to do so; and except that the following articles are prohibited.

Article II.

This Amendment shall take effect on the day to be fixed by common consent between the two Postal Administrations, and shall continue in force until terminated by mutual agreement, or annulled at the instance of the Postal Administration of either country, upon six months previous notice given to the other.

Done in duplicate, and signed at Washington, the 2nd day of March 1909, and at Tokio, the 18th day of the 6th month of the 42nd year of Meiji.

Baron S. Goto,
Minister of State for Communications of the Empire of Japan.
G. V. L. Meyer,
Postmaster General of the United States of America.

Nr. 14083. **GROSZBRITANNIEN.** Denkschrift über die Ergebnisse der indischen Verwaltung (1859—1909).— (Memorandum on some of the Results of Indian Administration during the past Fifty Years of British Rule in India.)

London, Oktober 1909.

In 1889 a Memorandum was prepared under the instructions of the Secretary of State for India on some of the results of Indian Administration during the thirty years that had then elapsed since India came under the direct control of the Crown. The Memorandum has now been revised and brought up to date by inclusion of the events and changes of the past twenty years. In its revised form it covers a period of fifty years.

2. *Preliminary.* — At the outset it may be well to refer to the fact — long recognised by the Home and the Indian Governments — that India is not a single country with a homogeneous population. India is in truth a congeries of countries, with widely differing physical characteristics. It contains a number of peoples, speaking many languages, holding many creeds, observing different customs, and enjoying divergent degrees of civilisation. It is difficult, therefore, to speak correctly of India as a whole; and statements that may be quite applicable to some provinces do not apply to other provinces or sections of the country. || At the beginning of 1858 the Indian Government had to face the administrative, financial, and military troubles that resulted from the mutiny of the Bengal Army. In 1878—80 occurred the Afghan war; in 1885—86 came the third Burmese war. In 1897 a succession of tribal risings on the north-west frontier culminated in the Tirah campaign. In 1904 trouble occurred with Tibet; and minor expeditions have from time to time been undertaken against tribes that harassed the north-west or the north-east frontier of India. But, on the whole, the past 50 years have been free from internal troubles and have been less disturbed by external war than any previous period of equal length during British dominion in India; and the Government have been able to direct their attention to the measures of progress and works of improvement that have characterized the administration of India under the Crown. Since the changes and revisions of jurisdiction effected soon after the mutiny, the only additional territories that have been added to British India during the past 50 years have been a narrow strip of land at the foot of the Bhutan hills; the districts of Peshin and Sibi acquired after the Afghan war, and the kingdom of Mandalay, now forming Upper Burma. The province

of Berar, though not forming part of British India, has been leased in perpetuity from the Nizam of Hyderabad. Quetta and some neighbouring tracts have been similarly leased from the Khan of Kalat, and by agreement with the tribesmen the Indian Government exercise limited powers of administration in certain areas of tribal territory adjoining the frontier districts of British India. With the exception of the petty State of Peint, no territory has been annexed, or has lapsed to the paramount Power, from any Native State in the interior of India; while the province of Mysore, with a larger population and revenue than belong to all the new territories put together—a province which had been under British administration for 50 years—was restored to a Native Prince of the old ruling family. The pressure of scarcity or famine was felt in 1860 over northern India, in 1866 over Orissa, in 1869 and 1874 over parts of Bengal and Behar, and in 1877 over southern India. The famine of 1877 was the severest and most far-reaching Indian famine with which British administration had up to then had to deal, the successive failures of crop were as complete, and the area affected was far greater than in the droughth and floods of 1769, when one-fourth to one-third of the population of northern Bengal was swept away. After an interval of 19 years, marked by generally abundant rainfall and regular seasons, severe droughts, rivalling in intensity and extent the drought of 1877, afflicted large portions of the continent in 1896 and 1899. In 1907 a severe though less extended drought visited northern India, and has but lately passed away.

Administration.

3. *Constitution of the Government.* — Before the year 1858 the affairs of the East India Company had been managed in England by the Court of Directors, subject to the supreme authority of the Board of Control. In that year the dual Government ceased, and the control of Indian affairs was vested in a Secretary of State, responsible to Parliament and assisted by a Council of persons versed in Indian affairs. In 1861 the legislatures of India were established on a new and broader footing, and in 1892 they were enlarged, the elective element being recognised, and provision made for interpellation and discussion of the budget. A great advance on the constitutional position assigned to the Councils in 1892 has now been sanctioned by Parliament. By the Indian Councils Act of 1909 the number of members in the Imperial Council and in the Provincial Councils has been more than doubled, and by regulations to be made under the Act the unofficial element will be largely increased, fuller play given to the elective principle, and more extended powers

vested in the Councils to consider and discuss the finances and administrative questions, and to express their opinion thereon in the form of resolutions. Changes have also been made in the fifty years in the constitution of the Supreme Government of India and in that of the Local Governments. The Viceroy's Executive Council, which in 1858 consisted of four ordinary members and the Commander-in-Chief, now contains five ordinary members, of whom one is in charge of the finances. Before the Mutiny the Council worked as a collective board; now it conducts its business on the lines of a modern Cabinet. Each member has charge of a department or portfolio, while the Viceroy controls all departments, and himself usually takes charge of the Foreign department; in this way a great number of questions are decided by the responsible member of the Government and the Viceroy, while the full Council has to consider only the more important matters. The Punjab, Burma, Eastern Bengal and Assam, have been formed into Lieutenant-Governorships, and the districts on the North-West Frontier into a Chief Commissionership. The province of Oudh, after being administered for 20 years by a Chief Commissioner, is now united to the adjoining province of Agra, and the two constitute a Lieutenant-Governorship under the designation of the United Provinces of Agra and Oudh. In order to transact the greatly increasing business of the country, larger powers have been conferred upon Local Governments, and much public duty has been delegated to local bodies. Further changes in the same direction have been recommended by the Royal Commission upon Decentralisation in India in the report which has lately been presented to Parliament.

4. *Information about India.* — The basis of all good government, more especially in a country subject to foreign rule, must be full and correct information about the condition and surroundings and wants of the people. Before 1857 there had been much investigation of Indian questions, and great stores of information, some of it very valuable and interesting, had been amassed. But during the past 50 years further knowledge has been gained, which in variety, in detail, and in accessibility far exceeds the results of previous investigations. The work of the trigonometrical, topographical, cadastral, geological, and archæological surveys can scarcely be said to have been begun in 1857; these surveys have now been more or less carried over the whole of continental India, and the additional information gained has been great and varied. || There had been countings of the people in their villages at different times in several provinces, and a regular census of the English type had been taken in what is now the Agra Province and in the Punjab; but no

census had been attempted in other provinces. The first simultaneous census of the Indian Empire was taken in 1871, and a second complete census was effected, after careful preparation, in the year 1881; on the latter occasion most of the Native States also took a census of their population. Subsequent and still more complete censuses were taken in 1891 and 1901. The Government and the public now possess complete statistics concerning the number of the people, their distribution over different parts of the country, their physical disabilities, and their migrations. Some conception of the improvement in information on these topics may be gathered from the fact that previous to 1871 the population of Bengal had been variously stated in official reports at 38 to 42 millions, whereas the census of 1871 showed the population of Bengal to be 67 millions; or to take a smaller tract, the population of the district of Tirhoot had been returned in 1870 at $1\frac{1}{2}$ millions, whereas the census of 1871 showed the population of Tirhoot to be close upon $4\frac{1}{2}$ millions. The subsequent and more careful census of 1881 showed that the enumeration of 1871 had not exceeded the truth. || During the years 1865 to 1880 a careful historical and statistical account was compiled and published for every district in India and for many of the Native States; on these accounts and on other information was based „the Imperial Gazetteer of India,“ a most admirable and useful work, compiled by the late Sir William Hunter, which has been recently republished in a revised and greatly extended form. A regular system has been established, and is maintained, of registering trade across the sea and land frontiers of India, and on the chief internal traffic routes; of observing the movement of prices at some hundreds of marts; of registering the rainfall and other meteorological phenomena at several stations in every province; of ascertaining from week to week the condition and prospects of the crops in every district; of registering births and deaths, and recording the results of epidemic and epizootic disease over the greater part of India. The results of all these observations and registrations are published either weekly or monthly; and there is thus given to the public, to traders, and to the Government early and accurate information of much practical value, which was not available in any shape fifty years ago.

5. *Employment of Indians in the Public Service.* — In pursuance of the policy announced in Her Majesty's proclamation of November 1858, in accordance with Acts of Parliament, and in fulfilment of the just aspirations of the educated and leading classes, much effort has been made to associate natives of India with the government of their own country. In the Council of the Secretary of State for India two Indian

gentlemen hold seats. In the Viceroy's Executive Council the Law Member is a distinguished Indian lawyer, who had previously held the important post of Advocate-General of Bengal. The unofficial members of the Legislative Councils are for the most part Indian gentlemen, who by the system of election pursued are representatives of local bodies or other definite sections of the community. The highest judicial tribunals in India are the High Courts at Calcutta, Madras, Bombay, and Allahabad, the Chief Courts at Lahore and Rangoon, and the Judicial Commissioners, Courts in the minor provinces. Eleven Indians now occupy seats in the four High Courts, and four are judges in the Chief Court of the Punjab and the Judicial Commissioners' Courts elsewhere. The superior officers of the civil administration are drawn chiefly from the Civil Service of India, which consisted, in January 1909, of 1,244 persons, of whom 65 were Indians. Fifty years ago there were no Indians on the Bench of any Supreme or Chief Court, or in the Legislative Council, or in the Civil Service. || Some further explanation is required in regard to the Civil Service of India, the main instrument through which the administration of the country in its superior offices, is carried on. The total strength of 1,244 just mentioned, when divided over the total population of British India, 232,000,000, gives a very small proportion of representatives of European administrative power to the needs of the country. But the proportion is in reality much smaller than appears from this figure. There are certain offices — at present amounting to 661 — which are classed as superior appointments reserved for the Civil Service of India; besides these 26 represent temporary appointments and occasional deputations, making 687 in all. In order to fill these superior appointments it is necessary to provide a supply of officers in training in inferior posts, and for this purpose 268 posts are provided. The total number of cadre posts is thus 955. The difference between this number and the total strength of the service represents the necessary allowance for leave vacancies (always large when the exhausting nature of the duties in a tropical climate is considered), and for men of the first and second years of service, during which an officer is considered to be in training and not fully competent to occupy a cadre post. || In 1886 a strong Commission was appointed by Lord Dufferin's Government to consider the question of the further employment of Indians in the superior administrative grades of the public service. The result of their deliberations, to which effect was given in 1891, was to mark off in the cadre of the Civil Service of India, as then constituted, a considerable number of offices, to place them on a separate list, under the designation

of „listed posts,“ and to declare them open to the Provincial Civil Service, the great body of public servants of Indian race or domicile through whom the detailed work of administration is carried on. Up to the present 51 superior offices have been listed, and are held by officers of the Provincial Civil Service. They are consequently excluded from the 661 posts mentioned above as reserved for the Civil Service of India. They include 17 headships of districts and 26 district and sessions judgeships, all posts of the highest importance. The number of „listed posts“ is gradually being increased, as opportunity occurs. || The Provincial Civil Service in 1908 comprised 2,263 subordinate judges and magistrates; of these 2,067 were natives of India, and of the remaining 196 the greater number were Eurasians or domiciled Europeans. With the development of the country the administrative staff has greatly increased. These new posts have fallen in the great majority of cases to inhabitants of the country. Except in the highest branches of control the proportion of Europeans has been reduced until their numbers have become relatively insignificant. This change has been largely brought about by a rule adopted in 1879 that appointments made in India carrying a salary of Rs. 200 a month and upwards should ordinarily be reserved for natives of the country, and that no appointment might be made in contravention of the rule without special sanction. While Europeans have thus been excluded from all posts except those specially reserved to them, Indians, as already pointed out, have been admitted to a very considerable share in the higher offices. They manage by far the greater part of the business connected with all branches of the revenue, and with the multifarious interests in land. They dispose of the greater part of the magisterial work. The duties of the Civil Courts, excepting the Courts of appeal, are almost entirely entrusted to Indian judges. It has been stated on good authority that, with possibly the exception of England, in no country in Europe are the salaries of judicial and executive officers equal to those received by members of the Provincial Civil Service.

6. *Decentralization.* — The past fifty years have brought a great increase in the multifarious duties devolving upon the Governments and their officers in India. Probably the administrative, judicial, revenue, and executive business to be performed has more than doubled. The due transaction of these affairs has required, and will continue to require in an increasing degree, the delegation of power and responsibility by the Supreme Government to Local Governments, and by Local Governments to subordinate authorities. Much has already been done in this direction, by the enlargement of the financial powers of the Local Governments and

by the creation of municipal and other local bodies. Litigation has been kept within bounds by restricting second appeals, and by barring all appeal in petty criminal cases and in civil suits concerning moveable property of small value when such suits are decided by selected Judges. A large quantity of magisterial business has been entrusted to Indian honorary magistrates, whose judgments on the whole give popular satisfaction; while the management of local roads, streets, hospitals, schools, and other improvements has been made over to local bodies, constituted under legislative enactments. There is scope for further progress in the same direction, especially in the development of genuine self-government by local bodies. In this way alone the vastly increased work of the country can be done without material addition to the strength or cost of the superior Civil Service, and with more satisfaction to the influential classes, who thus find themselves admitted to an increasingly larger share in the government of their own country.

Legislation.

7. The Indian Legislatures, as they now exist, are the creation of two Acts of Parliament (the India Councils Acts) passed in 1861 and 1892. These Acts have now been modified by the Indian Councils Act of 1909, to which reference has already been made. The constitution of these bodies has hitherto been such as to secure to the Government a majority. It has now been decided to dispense with an official majority in the enlarged Provincial Councils, while retaining it in the Imperial Council. The influence of these councils and the interest attaching to their proceedings have greatly grown since they were first constituted. Their procedure secures free expression for the views of the non-official community, not only on particular measures of legislation, but also, in the course of the annual discussion of the financial statement, on the general state of the country or of the province. The Councils in their re-constituted form will excite still wider and keener interest, as they will effectually associate the people with the Government in legislation and in the actual work of administration.

The Codes. — Concerning the general character of Indian legislation, the authority of Sir Henry Maine may be cited: — „The progress of India in the simplification and intelligible statement of law has been greater than that of any western country, except perhaps the German Empire. . . . Down to a comparatively recent date, the influence of courts of justice for good in India was much diminished by the nature of the law which they administered, and of the procedure which they were

compelled to follow. . . . British India is now in possession of a set of codes which approach the highest standard of excellence which this species of legislation has reached. . . . In force, intelligibility, and in comprehensiveness the Indian codes stand against all competition. These codes are wholly the growth of the period during which India has been governed by the Crown. . . . British India has a penal code and codes of criminal and civil procedure. It has a code of substantive civil law. British India has . . . thus become one of the few countries . . . in which a man of moderate intelligence, who can read, may learn on any point emerging in practical life what is the law which should regulate his conduct."

8. *Other Laws.* — Not only have codes of general operation, like those mentioned in the foregoing quotation, and like the Evidence Act, been enacted; but the revenue laws, the forest laws, laws concerning tenant-right and other rights in land, and laws relating to municipal and local self-government, harbour trusts, paper currency, and such like subjects have all been enacted or revised during the last fifty years. By such laws as the Indian Christian Marriage Act, the special Marriage Acts for the Parsi and Muhammadan communities, the Criminal Tribes Act, and the Act for the prevention of the murder of female infants, remedies have been applied to disabilities and evils that have come to light. Periodical additions to or revisions of the great codes have been enacted so as to bring the law into harmony with the growing needs of the community, and to prevent excessive accumulation of case law; while Acts have been passed for the repeal of obsolete enactments, so as to prevent the undue burdening of the statute book. Projects of law are published and discussed in English and in the vernacular languages for months, sometimes even for years, before they are passed into law, and advice is sought from all provinces, classes, and races interested. All opinions or suggestions are considered by Committees nominated by the Councils, and no effort is spared to exhaust every source of information or opinion. When a Bill becomes law, it is usually published in English and in the vernaculars for some time before it comes into force. An enactment of universal operation like the Penal Code is published at a cheap rate in about 15 different vernacular languages, and the annual issue runs into thousands of copies.

9. *Legislation for special tracts.* — Round the frontiers of India, and in some of the hilly regions of the interior, are races and tribes who in civilization and civic progress are far behind the majority of their fellow-subjects, and some of whom still observe customs that are plainly irra-

tional and immoral. To such peoples the body of Indian statute law cannot usefully be applied; and so by an Act of Parliament passed in 1870, power was given to the Government of India to enact regulations for regions to which the Secretary of State might make that Act applicable. A list of „Scheduled Districts“ brought under that Act was published in 1874, and as occasion arose other tracts have been similarly treated. A limited number of regulations have been passed under these powers, such as the Frontier Regulation for Assam, and the Frontier Crimes Regulation of the Punjab and the North-West Frontier Province, whereby crimes arising out of tribal feuds and vendettas in the border districts can be referred for trial and sentence to a council of tribal elders. In many cases the regulations make parts of the ordinary Indian law applicable to the special tract concerned, with reservations and exceptions suitable to the condition of the country. This course has been largely followed in the Upper Burma regulations.

Justice and Police.

10. *Indian Judges and Magistrates.* — The improvement that has taken place in the administration of justice is partly due to the simplification and codification of the law. Another important factor in this improvement has been the advance made by the great majority of Indian Judges and Magistrates in education, in legal training, and in uprightness of character. Nine-tenths of the original civil suits, and more than three-quarters of the magisterial business of the country, come before Indian Judges and Magistrates. Fifty years ago few of these officers knew English, none of them had obtained a University degree, and hardly any had enjoyed any legal training. At the present time Civil Judges know English as a matter of course, and many are University graduates in arts or law, while in most provinces all salaried magistrates appointed in recent years are men of education. The average salaries paid to Indian Judges and Magistrates have everywhere increased; in some provinces they are double what they were 50 years ago. They compare favourably with the scale of official salaries in Continental Europe. With the improvement in education and in salary has come a much higher standard of probity and sense of duty. In old days public officers of this class were often accused or suspected of corrupt motives. At the present time, such accusations against these officers are rare. || Not only has there been great improvement in character and attainments in these branches of the public service but a large number of Indian gentlemen in most provinces have evinced their fitness for employment as

honorary magistrates. Fifty years ago an honorary magistrate here or there discharged a little judicial business; last year there were more than 3,000 honorary magistrates, who deal with a great quantity of petty magisterial business in towns and rural tracts; their decisions give satisfaction in the main; their procedure is fairly correct, and many of them take real interest in their public duties.

11. *Judicial machinery.* — Fifty years ago there were two superior Courts sitting in each Presidency capital, a Supreme Court and a Sudder (or Central) Court. The Supreme Courts had no appellate powers, but exercised original jurisdiction over residents in the three Presidency towns, and, in certain cases, over European British subjects outside those limits. The Sudder Courts had no original jurisdiction, but were the highest Indian Courts of Appeal from local tribunals throughout the country beyond the limits of the three Presidency towns; and they also exercised general powers of supervision over those local tribunals. Under the present system each province has one High Court, Chief Court, or Judicial Commissioner, with complete jurisdiction over the province, and full control over all Courts, criminal and civil. All civil suits and important criminal trials are now, save in a few exceptional districts, in the hands of special judicial officers, who have no direct concern with the executive administration or the police work of the country. Burma is now the only large province in which the administration of civil justice, and the trial of important criminal cases, are still to some extent in the hands of officers who are also charged with the executive, police, and revenue work of the country. Minor criminal cases are still tried in all provinces by officers who exercise executive and revenue functions, and the District Magistrate is everywhere, outside the Presidency towns, responsible for the police, revenue, and executive business of his district, as well as for the control of all subordinate magistrates within his jurisdiction. This union of judicial and executive functions has existed from time immemorial in the East, and in a certain stage of civilisation has advantages. It has also the merit of superior economy. Where unity of control is necessary for the maintenance of order, the existing system will probably continue for many years to come; and elsewhere financial considerations may impede the creation of a stipendiary magistracy apart from the executive staff.

12. *Civil Litigation.* — The extension of trade, the simplification of procedure, the increased promptitude in the action of the Civil Courts, the improved *personnel* of the Courts, and the establishment of additional tribunals have resulted in a great increase of the business coming before

the Civil Courts. Approximately there were in 1856 about 730,000 civil suits instituted in British India, while in 1907 the number was 1,867,995. To deal with this increased business the number of Indian Civil Judges has been increased in all provinces. There is now little room for further improvement in the promptitude and regularity with which the Courts in most provinces act. Their action, in fact, has been too effective in the frequent case in which the debtor is an ignorant and improvident agriculturist, and the creditor a money-lender striving to enforce usurious claims against the debtor's land. Of late years the Legislatures have been concerned with the protection of the agricultural classes from the effects of indebtedness, and in the Punjab and elsewhere have placed restrictions on the sale of land by private transfer or in execution of decree. Special enactments have also been passed for the relief and protection, in other respects, of encumbered landholders and indebted petty proprietors in nearly every province, with results highly beneficial to many old families and multitudes of petty landholders.

13. *Police.* — The Police Department is still, as heretofore, a weak point in the administration. Many circumstances contributed to prevent it sharing in the advance which other departments of the public service have made during the last generation. Uncongenial work, indifferent pay and prospects, and other incommodities narrowed the field of recruiting, and the force, in numbers, training, intelligence and morale, became to an increasing degree unequal to the requirements of a progressive country. Its defects in these and other respects were forcibly described by the Police Commission which reported in 1904, and proposed a large scheme of reforms at a cost of over one million sterling a year. Effect is now being given to their recommendations. But, notwithstanding admitted defects, the police system and practice have undoubtedly made considerable advance during the past fifty years. The Criminal Procedure Code carefully defines the powers of the several grades of police officers, and narrowly restricts the circumstances under which the police can arrest and the time for which they may detain suspected persons without bringing them before a magistrate. The organization and discipline of the force are carefully provided for by law, and since 1861 there has been in every district in India a chief police officer who is separate from the judicial staff, and who, subject to the control of the District Magistrate, directs and manages the police and their work throughout the district. Before 1861 the police were directly under the magistrates who tried cases brought before them by the police. Under the organization of 1861 material improvements were made in the status,

the wages, the education, the discipline, and the behaviour of the force. In every province the position of the indigenous village watchman has been improved, his duties are defined, and regular remuneration has been secured to him; this has been done by laws which as far as possible leave the village policeman a member and a servant of the village community, subject to the legitimate control of the village elders. In cities and towns the urban watchmen have been incorporated under the Police Act, and formed into town police with duties confined to their respective towns. One of the difficulties in the way of reform is that the bulk of the people are as yet in imperfect sympathy with the police; though in time of trouble, and at seasons when extreme pressure falls upon the local force, respectable townspeople and villagers accept and faithfully discharge the duties of special constables without pay or reward. The sanitary and other municipal regulations, the Excise, Forest, and Infanticide Acts, and other special laws have also laid upon the police many duties which were unknown thirty years ago. Railways, too, have made it easier for robber gangs to travel long distances to and from the scenes of their crimes, and haven given rise to new forms of robbery. Gang robbery of the old Indian type has greatly abated everywhere during the past fifty years. But against cattle theft, housebreaking, and simple theft the police are only moderately successful, and these crimes are not diminishing. Much of the housebreaking, house trespass, and theft is of a very petty kind; and in petty cases sufferers are allowed to choose whether they will or will not invoke police aid. Often a sufferer prefers to accept a small loss rather than incur the journeys and loss of time inseparable from a police prosecution.

14. *Criminal Courts.* — The number of Criminal Courts (in most of which the presiding Magistrates are Indians) has considerably increased, and sufferers have to travel shorter distances to seek relief from wrong. The Penal Code and the Criminal Procedure Code have made the law clear in criminal matters; the working of the subordinate Courts has much improved under the constant supervision of the superior tribunals; and criminal justice is now administered more promptly than was usual in 1856. An important factor in the improvement of both Civil and Criminal Courts has been the advance in education, which has resulted everywhere in a better, more educated, and more trustworthy class of Indian advocates, whose influence is felt by the Courts, and from whose ranks the Indians Judges are often recruited. Ever since 1861 the law has required that sessions trials shall be conducted with the aid of either assessors (who assist but do not bind the judge) or juries. It

is not always possible to empanel an efficient jury in the country districts, and the law leaves it to the Local Government to prescribe the jury or the assessor system as it thinks fit. In the older and more advanced provinces the jury system is extensively used. The results of criminal trials and appeals are fairly satisfactory and are improving. The average length of criminal sentences has decreased, and the average amount of fines has fallen, while the proportion of fines realized to the total fines imposed has largely increased.

15. *Jails.* — During the fifty years a vast improvement has taken place in Indian jails. The early Indian jail system was insanitary, demoralising, and non-deterrent. From time to time the position has been exhaustively examined by special Commissions, their recommendations have been the subject of legislation, and have been brought into operation by the Local Governments under the close supervision of the Supreme Government. In 1894 a Prisons Act for the whole of India was enacted by the Viceroy's Legislative Council, which took the place of the several provincial laws then in force, and thereby secured uniformity, so far as possible, in the matter of jail rules and discipline. In every province central jails for long term prisoners, district jails for short term prisoners, and lock-ups for persons under detention pending trial have long been established; while Port Blair, in the Andaman islands, is constituted a penal settlement with ample staff for the safe custody, employment, and care of all convicts under sentence of transportation. All new jails are constructed on the separate cell system, and sanitary and other improvements are year by year made in the older jails. Prison scales of diet have been revised; hospitals and appliances for employing prisoners healthfully and to advantage have been greatly improved; a regular good conduct system has been introduced; and in most provinces reformatories for the reception of juvenile offenders have been established. The result of these measures has been that much better discipline has been maintained in prisons; escapes from prison and risings in jails are comparatively rare; though each prisoner costs more than he did thirty years ago, yet he now earns more by his labour in jail; and the death-rate in Indian prisons came down to 18 per mille in 1907 as compared with a prisons death-rate of 55 per mille in 1880, and as compared with 90 per mille, which was the average of the death-rates of eight provinces in 1863, the earliest year for which complete statistics are available. Of late the number of prisoners punished with whipping has been greatly reduced; in 1879 there were 21,933 prisoners whipped for breach of jail regulations, while in the year 1907 only 658 were whipped. Relative

to the population of the country there has been a decrease in the total number of prisoners confined in Indian jails; the daily average number was 97,000 during the last four years as compared with 121,000 in the year 1878, after the great famine of southern India. These figures are exclusive of about fourteen thousand convicts under transportation at the Andamans, a considerable proportion of whom are now on ticket of leave, and maintain themselves by free labour at the settlement.

Land Revenue and Surveys.

16. *Land Revenue.* — The land revenue system and the laws regarding land tenures closely concern the welfare and the interests of the mass of the population of India. During the past fifty years revised settlements of the land revenue demand have been made for long terms of years, on moderate and equitable principles, over nearly the whole of India outside the permanently settled districts. At these settlements there have been made careful surveys of all holdings and records of all rights in the land. The periodical settlements of the land revenue used to occupy from four to ten years in each district, and to cost Rs. 400 per square mile, while they involved considerable harassment to the people. Now, by reason of the care taken in maintaining the village records, and in consequence of improved processes, the resettlement of a district occupies from one to three years, costs Rs. 100 per square mile, and involves comparatively little harassment to the people. Since 1856 the cultivated area has more than doubled in thinly peopled tracts like Burma and Assam; it has increased by 30 to 60 per cent. in the Central Provinces, Berar, and parts of Bombay; even in the thickly peopled province of Oudh it has increased 30 per cent. In the Punjab and Sind great tracts of once barren land have been brought under tillage by means of State canals. The extension of railways and roads has provided outlets for surplus agricultural produce, and has caused a general rise of prices in remote districts that were absolutely landlocked fifty years ago. New staples, such as jute, tea, coffee, and ground-nut, have been largely grown for export, while the exports of rice, wheat, cotton, and oilseeds have greatly increased. In this way vast sums of money have reached the agricultural classes, who have been able to raise their standard of living and to pay their land revenue more easily than before. Imprisonment, sales of land outside the permanently settled districts, and other harsh processes for the recovery of arrears of revenue, are now comparatively rare, and at the same time the land revenue is paid punctually. The total increase in the gross land revenue during

the past fifty years has been 60 per cent., measured in rupees; though, as the gold value of the rupee has fallen from 24*l.* to 16*l.*, the increase, if measured in gold, is less than 6 per cent. Taking the increase at 60 per cent., it has been concurrent with a very much greater increase in the value of the gross agricultural yield in consequence of the extension of cultivation, of the rise in prices, of increased irrigation facilities, and of the introduction of new staples. For instance, in the Punjab the amount of the land revenue, stated in rupees, has increased by 80 per cent. in the 50 years. But as the cultivated area has increased by 100 per cent., the assessment per acre is actually diminished. As wheat has risen in value by 100 per cent., a given money assessment now represents a very much smaller portion of the produce than in 1858. The famous land settlement of Hindustan made by the Emperor Akbar was based on one-third of the gross produce of each field. The present assessments of the Punjab represent from $\frac{1}{10}$ th to $\frac{1}{14}$ th of the gross produce. Eighty years purchase of the land revenue is a common price for land in that province. || In British India at large the present land revenue represents an average charge of less than 2 s. per acre of the cultivated area. In the year 1856 the land revenue was above one half of the total public income of the country; now it is less than one-fourth. The basis of the public income is broader than it was, while, as above explained, the land revenue assessments represent a smaller portion of the produce of the soil than was formerly the case.

17. *Tenant-right.* — By the ancient custom of India the occupiers of the soil had the right to retain their holdings, so long as they paid the rent or revenue demandable from them. In southern India, where most of the land is held by petty occupiers direct from the State, this custom has been respected from the beginning of British rule; and in both the permanently and temporarily settled districts of northern India a considerable degree of protection has now been given to the tenants or ryots. Up to 1859 tenant-right had not been adequately safeguarded by law, and for the great Province of Bengal the Court of Directors reported in 1858 that „the rights of the Bengal ryots had passed away *sub silentio*, and they had become, to all intents and purposes, tenants-at-will.“ Since 1858 laws have been passed which make the petty occupiers of Madras, Bombay, Burma, and Assam proprietors of their holdings, subject to the payment of a moderate land revenue; and the petty proprietors are protected against future enhancements of land revenue on account of improvements effected by themselves. For nearly every other province in India laws have been passed securing tenant-

right to all occupiers of any standing, prohibiting eviction or enhancement of rent save by consent or by decree of Court on good cause shown, and granting the ryots power to bequeath or sell their tenant-right. || The extent and character of the tenant-right declared or created by these laws vary in the different provinces; tenant-right is strongest in the Central Provinces, where the old land tenures were not very unlike the petty proprietorships of Bombay; it is less important in the Punjab, where the bulk of the land is occupied by proprietary brotherhoods, and the holdings of rent paying tenants are comparatively small, and it is weak in Oudh, where the position of the talukdars or superior proprietors was exceptionally strong, and had been confirmed by the British Government. The position of tenants or occupiers in every province is better and more secure than it was fifty years ago. In permanently settled Bengal the Tenancy Act of 1885 has greatly strengthened and improved the position of the ryot; and the cadastral survey which is being carried out in the province shows that the great bulk of the ryots enjoy tenant-right under the law. Thus Lord Cornwallis's intention in favour of the ryots, promulgated more than 100 years ago, has, so far as changed circumstances permitted, been at last carried into effect, for the rights of the occupiers of the soil have been in great part secured; and this has been done without injustice to the Bengal landlords, whose gross rental has increased four or five fold during the century, and has in many tracts more than doubled during the past fifty years.

18. *Surveys.* — Before 1858 the Great Trigonometrical Survey had been organised, and there had been collected in India a valuable staff of surveyors, who were engaged in surveying the country for topographical and revenue purposes. During the past fifty years the system of great triangles, on which all the Indian surveys are based, has been carried over the whole country and extended to Candahar and Cabul on the north and far down the Malay peninsula on the south. The topographical branch of the survey has completed the survey of all India, including the Native States, with the exception of portions of Burma and certain tracts in Madras. Detached parties of topographical surveyors have also mapped large portions of the Himalayas, the wild tracts on the north-western and north-eastern frontier, and as occasion has presented itself, surveys have been made in territories beyond the limits of the Indian Empire. For administrative purposes more detailed surveys showing the boundaries of villages and estates have also been made, and for the purpose of preparing the cadastral record of holdings, on which the land assessment is based, cadastral surveys showing every field in every village

have been made in the temporarily settled provinces, and are being made in permanently settled tracts of Bengal and Madras. For the whole of continental India the maps and geographical material are more complete and accurate than are possessed by some more advanced nations. Through the operations of the survey an accurate knowledge of the tides on the Indian coast has been acquired. || The geological survey has, since the Mutiny, been carried over the greater part of India; the rocks and formations have been mapped and described, while special investigation has been made of tracts known or believed to contain coal, earth-oil, gold, or other minerals. The marine survey has continued its work; the Indian coasts and harbours have been surveyed, and charts and soundings have been published. The archæological survey has been reorganised and placed on a permanent footing; its investigations and publications have thrown light on the history of India, and have facilitated the work of preserving the beautiful and interesting buildings left by dynasties and peoples who have passed away.

Heads of Revenues.

19. *Salt Tax.* — From time immemorial a tax on salt has been a source of revenue in India, and it has been held that at the present time it is the only impost which falls upon an Indian of moderate means who neither holds land nor goes to law, nor consumes liquor or opium. It represents an average annual payment of $2\frac{1}{2}$ *d.* per head. In 1858 the salt tax was Rs. $2\frac{1}{2}$ a maund (about 82 lbs.) in Bengal, one rupee a maund (including cost of manufacture) in Madras, 12 annas in Bombay, and Rs. 2 a maund in Northern India; in 1859 the rates were raised to Rs. 3, Re. 1, and Rs. $2\frac{1}{2}$ respectively, and in 1861 they were again raised to Rs. $3\frac{1}{4}$ in Bengal, Rs. $1\frac{1}{2}$ in Madras, and Rs. 3 in Northern India; in 1865 the Bombay rate was raised to Rs. $1\frac{1}{2}$ per maund. The rate of Rs. $3\frac{1}{4}$ per maund had been applied in Bengal as long ago as 1837. The duty was levied at seaports on imported salt, it was levied on British India salt at the coast or other salt sources, and on salt brought from Native States it was levied by means of an internal customs line 2,000 miles long, winding round the Punjab, the North-West Provinces, and the Central Provinces. At this line duties were levied on all salt passing eastwards, and also on all sugar passing westwards. || Between the years 1870–78 arrangements were made with Native States owning salt sources, whereby the Chiefs, in consideration of large annual payments, allowed the British Government to control and tax the manufacture of salt within those States. Railways were

made to the salt sources, and so the Government were enabled to tax all salt passing thence to British India, by keeping small preventive establishments at the places of production. The way was thus opened for the abolition of the inland customs line, and for the equalisation of salt duties all over India. As a necessary step towards this end, in 1878 the salt duty was raised in Madras and Bombay, and reduced over the rest of India; and in 1882 the duty was fixed at a uniform rate of Rs. 2 a maund all over India, except in Burma, where a low rate of three annas or about $\frac{1}{5}$ rupee was maintained. The inland customs line was abolished, whereby the people and the trade along a broad belt of country, 2,000 miles long, were relieved from much harassment, and inland transit duties on sugar of an oppressive nature ceased. These measures resulted in a large increase of the consumption, the quantity of duty-paid salt consumed in 1888 being 50 per cent. in excess of the figure for 1868. In 1888 it was found necessary to raise the salt duty from Rs. 2 to Rs. $2\frac{1}{2}$ per maund, in order to meet financial difficulties mainly caused by the fall in the gold price of silver, and at that rate it remained till 1903. In 1903 it was reduced to Rs. 2 the maund, in 1905 to Rs. $1\frac{1}{2}$ the maund, and in 1907 to Re. 1 the maund. || Salt is now far cheaper in India as a whole than it was 50 years ago, or at any earlier stage of Indian history. Not only is the present rate of duty the lowest on record, but the cheapness and facility of transport which the extension of railways has secured was in former days unknown. Between 1903 and 1908, the period covered by the recent reductions of duty, the consumption of duty-paid salt increased by 22 per cent. The average annual consumption, reckoned on the population of all India, is now 12 lbs. per head, or approximately double what it was 50 years ago. Salt is a bulky article, and most parts of India are hundreds of miles distant from salt sources. For instance, at Nagpore, in the middle of India, 500 miles from the Bombay salt sources, salt used to be retailed at 11 lbs. per rupee, when the duty was Rs. 3 a maund; the railway was opened to Nagpore in 1866, and within a year the ruling price of salt at Nagpore was 19 lbs. per rupee. The present price at Nagpore is 30 lbs. per rupee which approximates to the not excessive price of a halfpenny the pound. The effect of railways on the price of salt in Eastern Oudh and Rohilkund has been quite as marked. In old days those territories obtained their salt with difficulty and at great cost from Rajputana, which was distant two months' journey by pack bullock, camel, and cart. Now, salt is delivered by rail in any quantity desired, and at a price which, inclusive of the duty, does not greatly exceed the

retail price of table salt in England. In the year 1861 the net salt revenue was Rs. 39,410,000, with a duty averaging Rs. $2\frac{1}{2}$; in the year 1886—87 it was Rs. 61,710,000, with a uniform rate of Rs. 2. In 1902—03, the last year of the higher rate of Rs. $2\frac{1}{2}$, it was Rs. 83,790,000. In 1907—08, with a uniform rate of Re. 1 a maund, or one-fifth of a penny per lb., it was Rs. 50,000,000 or 3,333,000 l.

20. *Opium.* — The opium revenue is raised on opium sent from India to China and other countries, partly by a monopoly in Eastern India and partly by an export duty in Western India. The chief changes in the administration of this revenue during the past fifty years have been the enhancement of the export duty on Bombay opium; conventions with Native States, whereby, for a liberal payment, they unite with the Indian exchequer to safeguard the duty on opium grown in Native States; the increase of the price paid to poppy cultivators for all produce delivered at the Bengal opium factories; the formation of a reserve opium stock in Calcutta, whereby the amount of opium sold monthly can be steadily maintained from year to year, instead of fluctuating violently from season to season according as the crop is good or bad; and lately an arrangement with the Chinese Government for the gradual contraction of the export trade. By this arrangement, which took effect from January 1908, the export of opium from India was reduced from the hitherto existing standard of 66,000 chests to 61,900 chests in 1908, has been further reduced to 56,800 chests in 1909, and will be reduced to 51,700 chests in 1910. Further reductions after 1910 will be made if China has, in the interval, effected a proportional reduction in its own production and consumption of opium. The area under poppy cultivation in Bengal is similarly being reduced, and restrictions have been placed on the export of opium grown in Native States. A serious decline in the opium revenue in the immediate future is therefore inevitable. In 1880—81 the net opium revenue was Rs. 84,000,000, equivalent at the exchange of the day to about 7,000,000 l. Of recent years, owing to the increased cost of producing opium in India and the competition of Chinese opium with the imported Indian article, the receipts have greatly decreased. For 1909—10 the estimate is for a net revenue of little over 3,300,000 l., and in succeeding years the revenue from this source will be progressively diminished.

21. *Customs.* — The scope and rates of the import duties have varied during the 50 years in accordance with financial needs. Before the Mutiny there was a general tax on imports at the present rate of 5 per cent. In 1859 the rate was raised to 10 per cent. to meet in part the financial difficulties consequent on the Sepoy mutiny. In 1864

it was lowered to $7\frac{1}{2}$ per cent., and in 1875 to 5 per cent. Between 1875 and 1879 various changes in the tariff were made with the object of reducing the number of articles taxed and exempting cotton goods from taxation, and in 1882 the prosperous state of the finances enabled the Government to abolish the remaining import duties. Special import duties on arms, salt opium, and alcoholic liquors, and an export duty on rice, were retained, and to these in 1888 was added an import duty on petroleum. In 1893 the heavy burden thrown upon the finances by the fall of exchange made it necessary to reimpose a general duty of 5 per cent. on imports. Cotton piece goods and yarns were at first exempted, but in 1896 it was found necessary to subject imported piece goods to a customs duty of $3\frac{1}{2}$ per cent., a corresponding excise duty being imposed on similar goods manufactured in Indian cotton mills, in order to deprive the tax of any protective character. Since 1896 the changes made in the tariff have been unimportant, but, by reason of the growing trade of the country, the yield of the duties has risen from about 3,000,000 *l.* to 5,000,000 *l.*

22. *Excise.* — Before 1858 the excise revenue on spirits, liquors, and drugs was raised under the farming system, which the British Administration had inherited from the Muhammadan rulers of India, and under which there was practically no regulation or control of consumption. During the past fifty years this system has been changed, and in most cities, towns, and populous tracts all spirits passed into consumption pay a still-head duty, or an import duty per gallon, according to strength; only a limited number of shops are licensed, and illicit stills are put down as far as possible. The farming or contract system survives only in sparsely peopled tracts, where administrative supervision is difficult. The great bulk of the revenue is raised under the still-head duty system which is worked with the object of securing the maximum of revenue with the minimum of consumption. Under the present system liquor is much dearer to the consumer than it was under the old system, and the duty on every gallon of spirit consumed is much higher. The excise revenue has risen sevenfold since 1860, and now amounts to about 6,500,000 *l.* The consumption of liquor and the excise revenue paid per head of the population are considerable in some of the great cities and towns, while in the rural tracts both are for the most part very small. Owing to the improvement in wages and in industrial employment the classes which consume intoxicating drinks and drugs are able to spend more than they did fifty years ago, but they pay much more for, and contribute a higher revenue on, what they consume than they did under the old system. The present system is not

without its critics, who allege that it is morally ineffective, if it does not actively promote the alcoholic habit among a naturally abstemious population. Against this it is urged that the present system does not do more than provide reasonable facilities for obtaining liquor to the classes which have always been accustomed to consume it; that it embodies the policy of levying a maximum revenue from a minimum consumption; and that the greater part of the recorded increase of revenue is due to heavier taxation and to the suppression of illicit distillation and other like practices.

23. *Income Tax.* — Fifty years ago the trading and professional classes contributed little or nothing to the national burdens, and the Court of Directors reported in 1858 that „nearly two thirds of the revenue of India consisted of the rent of land.“ In 1860 a tax was introduced on trading and professional incomes, and incomes derived from investments. Since that time, with short intervals, during which the impost was foregone, an income tax in one shape or another has formed part of the fiscal system of India. Under the present law no incomes below Rs. 1,000 a year are taxed, and incomes from land or agriculture, being otherwise taxed, are exempt; incomes between Rs. 1,000 and Rs. 2,000 a year pay about 2 per cent., and incomes of Rs. 2,000 a year and upwards pay five pies in the rupee, equal to 2·6 per cent. or 6¼ pence in the pound sterling. The total number of income tax payers is about 250,000, and the total yield of the tax about 1,500,000 *l.* It should be remembered that the assets of India are mainly agricultural, and that agricultural profits are exempt from the tax.

24. *Stamp Duties.* — Stamp duties before 1858 were levied mainly on litigation and on legal documents, and they yielded in the year 1859 a revenue of less than 750,000 *l.* In the year 1860 the stamp law was revised and placed more nearly on the system followed in England. Duties were imposed on trading and commercial documents. Since that year the rates of duty have been periodically revised, and the original scale of duties has been reduced in many respects. These duties now yield a net revenue of about 4,300,000 *l.*, of which seven-tenths are levied from litigants in courts of justice and three-tenths on trading and other documents. The judicial stamp revenue may be regarded in the light of payment for service rendered by the costly judicial establishment rather than a tax in the proper sense of the word.

Forests.

25. *Forest Conservancy.* — In 1858 a beginning had been made in the direction of preserving the State forests and securing a forest revenue

in parts of Burma and Madras. There were great areas of forests, copse, and waste belonging to the State in every province in India, but little attempt had been made either to prevent wasteful destruction of forests, to promote reproduction, or to secure supplies of timber, firewood, or other forest products for the use of future generations. Since 1858 the forest system begun by Sir D. Brandis in Pegu and Tenasserim has been extended to every province in India; forest laws have been enacted for every province, a staff of trained forest officers has been organised; 92,000 square miles of State forests have been marked off as forest reserves, which are to be husbanded and managed as public properties for the benefit of the country at large and of the people living in their vicinity. Fire is excluded from these forests; systematic working for timber, for fire-wood, and for other purposes has been introduced; tribal and other rights or claims in the forest reserves have been bought up or adjusted; plantation and reproduction of timber and firewood are being scientifically conducted. Meanwhile, a considerable forest revenue has been fostered. The total forest revenue of British India now averages about 1,800,000 *l.*, and the net forest revenue about 800,000 *l.*, after paying all charges for forest conservancy and working. The advantages, present and prospective, of scientific forest management are so clear that the larger Native States, notably Mysore and Travancore, have organised and are maintaining a forest administration of their own on the system adopted in British India, and are raising a considerable forest revenue. Some of the smaller States have leased their more valuable forests to the British Indian Forest Department, to be worked on scientific principles.

Post Office and Telegraphs.

26. *Post Office.* — Before 1858 a postal system on the English model, with a uniform low stamp for all distances, had been introduced into India, and since that year the postal system has been greatly extended and improved. In 1856 there were 36,000 miles of postal route, now there are nearly 160,000 miles; in 1856 there were 750 post offices and boxes, now there are about 70,000; then 33 millions of letters, packets, and newspapers passed yearly through the post office, now the number exceeds 800 millions. At the same time the post office has undertaken a vast amount of new work connected with money remittances, parcel insurance, savings banks, and other public requirements. The extent to which Indians of all races use the post office has increased amazingly. A letter now travels safely for a half-anna ($\frac{1}{2}$ *d.*) stamp, and a post card for a quarter-anna (farthing) stamp, over a distance of 3,000 miles

from Quetta in Baluchistan to Bhamo near the border of China by road, railway, ocean, and river. The Indian postal charges are not intended to yield a large surplus revenue as in great Britain, and the net revenue is kept at the modest figure of about 100,000 *l.* || Of the miscellaneous work performed by the post office the business of money orders and of savings banks is the most important. In 1858 the Government had opened no savings banks for the public. Now there are over 8,000 savings banks, with about 1,200,000 depositors, of whom nine tenths are Indians, and the total value of deposits is about 10,000,000 *l.* Money orders to the amount of about 25,000,000 *l.* a year are annually issued.

27. *Telegraphs.* — In 1857 there were 3,000 miles of single telegraph wire in India, and a few score of telegraph offices. There is now a total length of 69,000 miles of line, with 270,000 miles of wire; there are 7,000 telegraph offices, and 12 million messages annually pass over the wires. The fee for a short message, irrespective of distance, which may reach 3,000 miles, is four annas (equal to 4 *d.* in English money), or about one eighth of the rates charged in 1856. The telegraph receipts yield a surplus after meeting all current charges for maintenance and working (exclusive of charges for new construction), varying from 2 to 3 per cent. on the capital outlay of about 6,600,000 *l.*

Hospitals and Sanitation.

28. *Hospitals.* — From the early days of British rule in India continued effort has been made to carry to the people and to the homes of India the benefits of scientific surgery and medicine, and to help the Indians to use their own indigenous drugs to the best advantage. In 1857 there were 142 civil hospitals and dispensaries, at which 671,000 sufferers were treated during the year; in 1907 there were in British India 2,514 institutions of this kind, at which 412,400 in-patients and 24,470,000 out-patients were treated. The number of Indian practitioners who have been trained in modern surgery and medicine is now more than twenty times as large as it was in 1857. Vaccination has been greatly extended; the earliest year for which accurate information is available is 1877, and in that year 4,027,000 persons were successfully vaccinated. The number of vaccinations has increased steadily in all provinces, until now there are annually between eight and nine millions of successful vaccinations. In some cities and districts the number of yearly vaccinations is nearly equal to the births; and in all provinces there has been a clear diminution in the prevalence and in the severity of small-pox.

29. *Sanitation.* — In 1858 nothing had been done for sanitary reform

outside a very few large cities and cantonments; and no attempt had been made to ascertain the facts regarding death and disease over the country. During the past 50 years a system of registering deaths, causes of death, and births has been gradually extended over nearly the whole of India. In some provinces and in most large towns the registration is now fairly correct; and a valuable body of information is being collected concerning the mortality and diseases of the population in different tracts. Sanitary reform is being attempted in all cities and towns that have any kind of municipal organization, and during the last 20 years real progress has been made in the maritime capitals and other important centres. The construction of waterworks, by means of funds borrowed from the Government, has been a successful feature of municipal administration. More than 80 municipal towns are now furnished with water supply systems, many of which are on a large scale and constructed in accordance with the most approved modern methods. But in most towns, and even in the cities of Calcutta, Bombay, and Madras, insanitary conditions still cause much preventable disease and death. The necessity for improving the conditions under which the people live, especially in the larger towns, has of late been emphasised by the calamitous epidemic of plague which has ravaged India since 1896. Liberal grants in aid from general revenues are now made to municipal bodies for this purpose, and great attention and trained intelligence are being applied to the sanitary problems of Indian urban life with, it may be hoped, good results in the immediate future. In rural tracts sanitary reform is necessarily more backward, and progress is impeded by the inadequacy of local revenues, the insufficiency of the staff at the disposal of the local authorities, and by old-seated habits and prejudices on the part of the rural population. It cannot be said that any marked reduction has been yet effected in the recurrence of cholera or in the prevalence of fever though small-pox has been perceptibly checked, and fevers mitigated by supplies of cheap quinine from the Government cinchona plantations. For the direction of sanitary officers Sanitary Commissioners or Boards have been established in every province. The detailed executive management of sanitary matters in rural India is vested in district and village authorities constituted on a popular basis, and representative in an increasing degree of public opinion. As these bodies grow in experience and their finances improve, they are found more ready to promote measures for the improvement of the public health. There are signs that even among the rural population popular apathy to sanitary improvement is giving way to a perception of its advantages.

Education.

30. *Education.* — The educational policy dictated by Sir Charles Wood's Despatch of 1854 was beginning to take effect when Her Majesty assumed the Government of India. In 1882—83 a careful inquiry was undertaken by a Special Commission into the educational system and progress of every province. The result of that Commission was a renewed enforcement and a farther extension of the educational principles and policy prescribed in 1854. Three Universities had been established in 1857, and a few undergraduates had been attracted; Education Departments had been formed in the larger provinces; and a system of giving grants in aid to schools had been begun. The educational statistics of 1858 are not complete, but apparently there were then about 13 colleges, while the schools of all grades known to the Educational Department contained about 400,000 scholars. The earliest year for which complete statistics are available is 1865; and the figures of that year can be compared with recent statistics. In that year there were 26 colleges and college departments with 1,582 undergraduate students; in 1907 there were 179 colleges and college departments, with 26,000 undergraduates on the rolls. In 1865 the returns showed 19,201 schools of all grades with 619,260 scholars, while in 1907 there were 165,473 schools with 5,708,000 scholars. The total educational expenditure was about Rs. 3,940,000 in 1858, and Rs. 6,710,000 in 1865; while in 1907, the total expenditure was Rs. 60,000,000 or 4,000,000 *l.*, of which about 1,000,000 *l.* came from school fees, 800,000 *l.* from private subscriptions or endowments, and the remainder from the public revenues, national and local. || Normal schools for training men and women teachers have been established in every province; while a staff of inspecting officers visit and examine all schools on the departmental lists. The proportion of children passing the several standards has continued to increase; and the numbers reaching and attending secondary schools have steadily advanced till, in 1907, there were 687,926 boys and 66,341 girls on the rolls of secondary public schools of a general kind, besides about 160,000 in special schools or in advanced private schools. Medical colleges and schools furnish yearly an increasing number of graduates and certificated practitioners, who do duty at hospitals and dispensaries, or serve in the Army Medical Department, or find useful and lucrative careers in private practice. A valuable association founded by the Marchioness of Dufferin, and supported by Indians of all classes, employs women doctors for work in women's hospitals and in Indian homes, and disseminates knowledge of medicine, surgery, and nursing among the

women of the country. Engineering and other technical schools and classes have increased, while a large number of apprentices receive technical teaching of the best kind at the workshops attached to the railway lines. Schools of art have been established at a few centres, but the number of students is not large; the teaching of drawing and surveying is, however, being extended in most provinces. The number of law students is everywhere large in comparison with the attendance at other special institutions; but the law is a popular profession with the educated classes in India, and there can be no question but that the present generation of trained lawyers have done much to improve the administration of justice in India. Much of the educational progress of the past fifty years has been due to the efforts of private persons, missionaries, and others, who from motive of charity and public spirit conduct or endow schools, which earn grants in aid from the public funds; without these private agencies, the progress, more especially in secondary schools, could not have been nearly so great. The administration of educational funds and the control of schools, subject to supervision by inspectors, are now mostly in the hands of local public bodies, the members of which are elected by or nominated from among the taxpayers. || Until recent times the curriculum of Indian schools and colleges was almost entirely literary, and was open to the objection that it tended to produce a larger number of graduates in „Arts“ than could be absorbed into the public service or the learned professions, and that it made no provision for the requirements of commerce, agriculture, or the scientific professions. This defect still exists, but in a less degree, and its removal is only a question of time. The educational curriculum has been greatly enlarged. Facilities for alternative branches of study have been greatly increased. What is equally important, these studies are fast becoming popular and attract students in increasing numbers.

31. *Literature and Newspapers.* — One result of the spread of education has been a great increase in the number of books, magazines, and newspapers published in India. Fifty years ago there were a few vernacular newspapers, with a small circulation, mostly at or near the Presidency towns. In 1907 there were 2,571 printing presses at work, and 753 newspapers and 1,062 periodicals were registered. Many of these are unimportant journals of an ephemeral character with a circulation of a few hundreds only, and the number with a circulation exceeding 2,000 copies is still small. But in the larger centres the habit of political discussion through a daily press is now established, and every year marks its extension and increasing attraction. || In the year 1858

hardly any vernacular books were published save a few educational or religious works and occasional reprints of old dramas, stories, and poems. In 1907 the register of publications for British India showed 8,619 books and magazines published within the year, of which more than 80 per cent. were in vernacular languages. Though the quality of this literary activity leaves something to be desired, its range and diversity are interesting as evidence of the ferment of new ideas, and the play of novel and incongruous forces, in present day India.

Finance.

32. *Finance.* — The fifty years now under review began when the financial difficulties caused by the sepoy mutiny were at their height; between the years 1857 and 1862 those troubles caused a great excess of expenditure over revenue, and an addition of 42,100,000*l.* to the public debt of India. In the year 1861—62 equilibrium was practically restored to the finances. For the purpose of the present remarks it will be best to compare the financial results of the pre-mutiny period with those of the last 30 years. During the 20 years previous to the mutiny there had been 14 years of deficit and six years of surplus, yielding a net deficit of 16,393,000*l.*, and an addition of 15,900,000*l.* to the debt. During the 30 years ending 1907—08 there have been 21 years of surplus and nine of deficit yielding, in the aggregate, a net surplus of 24,000,000*l.* This result has been attained after meeting all famine relief expenditure out of the revenue of the year, and providing from the same source large amounts for protective railways and irrigation works and further sums for productive public works which are ordinarily constructed by borrowed capital. The debt of India on the 31st March 1908 amounted to 246,034,071*l.*, of which 157,481,074*l.* was sterling debt, and 88,552,997*l.* rupee debt. Of this total 177½ millions have been incurred for railways and 30 millions for irrigation works. The interest on this portion of the debt is charged to these particular services, and as they both show large net profits, no charge for interest on this account falls on the taxpayer. The public debt of India, apart from capital thus invested, is therefore only 38½ millions, as against 51 millions before and 93 millions after the mutiny period, and the charge for interest falling on the revenues is quite inconsiderable. This fortunate result has been achieved by means of a steady and substantial surplus of revenue over ordinary expenditure, which is utilised on profitable public works, and the requisite surplus has of recent years become more easy of attainment by reason of the increasing profits derived from railways and irri-

gation. At the end of the mutiny period the rupee debt bore interest at rates ranging for the most part from 4 to $5\frac{1}{2}$ per cent., and it was difficult to borrow money in England for India under 5 per cent. Now-a-days the monetary credit of India compares favourably with that of many European States.

33. *Income and Expenditure.* — The gross revenue of India expressed in rupees, without reference to the fall in the gold value of the rupee, has more than trebled in the fifty years. In 1856—57 it was Rs. 317,000,000, and in 1906—07 Rs. 1,084,000,000. But many items are included in the present revenue of India which are not found in the comparatively simple budgets of pre-mutiny India. and which are of the nature of commercial receipts: as, for instance, the earnings of railways, irrigation, and forests. Confining the comparison to revenue derived from taxation (including land revenue and opium), the receipts have more than doubled. They were Rs. 290,000,000 in 1856—57 against Rs. 649,000,000 in 1906—07. But, large as the increase is, it is almost wholly due to the growth of revenue under old heads. The only new revenues are the income tax and provincial rates, and against these may be set the reductions which have been made within the period in the salt duty and in inland transit dues. Municipal and other local taxes, which are not shown in the public revenue, have, it is true, been imposed since the Mutiny; but the proceeds are expended entirely by local bodies on local objects, such as roads, harbours, schools, hospitals, and town improvements. || The gross expenditure similarly shows a very large increase on the pre-mutiny standard. In 1856—57 it was Rs. 318,000,000; in 1906—07 Rs. 1,073,000,000. Excluding from the latter figure charges of a commercial nature, such as the working expenses of railways, canals, forests, posts, and telegraph, which have practically no counterpart in the budget of fifty years ago, there is still an increased expenditure of about Rs. 480,000,000, or 32,000,000%. This increase is due partly to larger outlay on public works, partly to the increased Army charges, and partly to the silver difficulty described in the next following paragraph; but it is mainly due to the growing requirements of a civilized and improving administration. The pension list has increased; the land revenue administration is more elaborate; there are many more courts of justice and more police; the expenditure on education, on hospitals, on forest administration is many fold larger than it was in 1856; the standard of wages has risen; the average salaries paid to educated Indian officers of all ranks have more than doubled, while the salaries of but few European Civil officers have increased, though the value of salaries paid in silver has fallen for the

purpose of savings or expenditure in Europe. In order that the administration of India should be improved in accordance with the growing requirements of the present time, very much of this increased expenditure was absolutely unavoidable. Special commissions or inquiries have been frequently instituted to check and reduce expenditure, and in this way economies have been effected or increase checked. The guardians of the Indian exchequer are constantly occupied in resisting proposals for additional expenditure, even though such proposals are shown to be in themselves reasonable and beneficial. But, with all this, the cost of a civilised government tends to increase, as is seen in England and other countries of Europe, and the tendency is exceptionally strong in India, where such a government is of comparatively recent growth.

34. *Currency difficulty.* — During the period the task of administering the finances of India was rendered exceptionally difficult by reason of the fall in the value of silver as compared with gold. Ever since India has been a dependency of Great Britain, a considerable expenditure on its account has had to be incurred in England. In the early days of the East India Company some of the payments thus made arose out of the trading monopoly and territorial revenues enjoyed by the Company. But the present expenditure of the Indian Government in England is of another kind. It is on account of interest on so much of the public debt as was borrowed in England; in payment of interest and annuities on account of railways purchased by the Government from the guaranteed companies; on account of stores, arms, and materials of all kinds for the public departments; on account of charges incurred in England for the British force in India; and on account of pensions to retired public servants and soldiers. About 18 millions sterling has, in these ways, to be spent in England on account of the Indian Government, and this has to be paid in gold, while the Indian revenues are raised in silver. || For nearly a hundred years, up to 1871, ten rupees of Indian money could on the average be exchanged for one pound sterling of English money. And at that rate Rs. 180,000,000 would suffice to cover India's yearly liability of 18 millions sterling in England. But since 1871 silver has been practically demonetized in Europe; and the relative value of silver, as compared with gold, has greatly declined. From 1873 onwards the progressive fall in the gold value of the rupee was a source of increasing embarrassment to the finances of India. It occasioned unexpected deficits, obliged the Government to retain and sometimes to increase taxation which it was anxious to remit, to stint expenditure of

the most necessary kind, to restrict public works, and to refrain from undertaking much required improvements by means of borrowed capital, both on account of the apprehensions of the money market and the risk of contracting fresh gold obligations. In 1893, by which time the rupee had fallen to a point representing little more than half its former value, the Indian mints were closed for the unrestricted coinage of silver. In succeeding years measures were taken to make a gold standard effective by accumulating a reserve in gold, and by introducing gold into the currency at the ratio of a pound sterling to 15 rupees. The rupee, while still legal tender for any sum, has now become a token coin representing 16 pence of English money — a tender value much in excess of its intrinsic worth. Since 1896 the fluctuations of silver have ceased to disturb the finances of the country. The maintenance of the standard in seasons when the export trade is bad, and the mercantile demand for bills of exchange on India is slack, will, as recent experience has shown, not be free from difficulty. But, beyond question, the currency reform of 1893 has greatly ameliorated the financial position of the Indian Government and has coincided with much commercial prosperity and industrial growth. From 1896 onwards the external and internal trade of India has increased beyond precedent; the revenues have mounted up year by year, taxation has been very substantially reduced, and, notwithstanding considerable additions to the public expenditure for police, education, and other urgent administrative requirements, large surpluses have been secured.

35. *Financial System.* — Before 1858 the absolute control of all the finances throughout India, down to the smallest detail, was in the hands of the Supreme Government. Not even a messenger on a rupee a week could be permanently engaged without the sanction of the Governor-General in Council; and detailed projects for even small and urgent works had to be submitted to the Government of India. There were no Budget estimates published annually; and, though expenditure was vigilantly restricted, and accounts were carefully audited, detailed grants of money were not fixed for each head of service, against which grants of expenditure could be checked and brought to account. By Act of Parliament in 1858 the entire control of the revenues both in India and elsewhere is vested in the Secretary of State in Council; but as a matter of practice he delegates a large portion of this power to the Government of India under rules and regulations laid down from time to time. || In 1860 Mr. James Wilson introduced the system of annual budget estimates, with sanctioned grants for each sub-head in every province and district. Under his system, which with certain modifications

of detail is still in force, budget estimates for the Empire are compiled from the sanctioned estimates for each province and department; and the final estimates are made public before the beginning of the year, together with the accounts and revised estimates of the two preceeding years. The budget estimates of each year are laid before and discussed in the Legislative Council, whose sanction is necessary to measures for the reduction or increase of taxation. Every department and official is rigorously bound to keep expenditure within the sanctioned grant, or to report at once for orders if unforeseen circumstances, such as failure of crops, famine, or war, prevent the fulfilment of the sanctioned estimates of revenue, or necessitate excess outlay beyond the sanctioned grant. Behind the control of the Government of India is that of the Secretary of State for India in Council, who has laid down the principle that without his sanction no new office carrying a salary of more than 400 l. a year can be created, no serious departure from the sanctioned budget estimates permitted, and no large scheme involving fresh expenditure launched.

36. *Provincial Finance.* — As the business of the administration increased, it was found increasingly difficult for the Supreme Government to exercise a detailed control over every item of expenditure throughout the Empire. Although the Budget system imposed a strict limit on expenditure during any year, yet at the end of each year the Local Governments were constantly pressing that more funds should be devoted to administrative and other improvements in their provinces. Lord Mayo's Government in 1870 decided that wider financial responsibilities and powers might advantageously be delegated to the Local Governments; they transferred to the provincial authorities the entire management of certain heads of civil expenditure, allotted to each Local Government fixed grants to pay for those services or departments, and left it full discretion to spend those grants to the best advantage, subject to budget rules and to the reservation of the powers of the Secretary of State. At the same time a more complete control was delegated to Local Governments over expenditure from all funds raised for local purposes. It was found that this partial provincialization of the finances saved much correspondence and friction, conduced to efficient administration, and led the Local Governments to introduce important economies and improvements that might otherwise have been indefinitely postponed. Since 1870 the provincial system has been carried much further. The control of all expenditure has been delegated to the Local Governments. At the same time, the interest of the provincial authorities in the de-

velopment of the revenue has been secured by the delegation to them of the management of all heads of provincial revenue, and by allotting to them shares of that revenue instead of a fixed money grant, to meet the provincial expenditure. As the provincial finance system now stands, the Supreme Government keeps under its own control the opium, salt, customs, post office and telegraph, tributes, mint, and currency receipts, and also the expenditure under those heads, on the army and military works, on political relations, on the public debt, and on railways. The administrative control of other heads of revenue and expenditure devolves on the Local Governments. In round figures, and exclusive of railways, the Supreme Government keeps the control over 49,000,000 *l.* of expenditure, including payments in England, while to the Local Governments is delegated the control of 23,000,000 *l.* || Neither the Secretary of State in Council nor the Government of India are divested, by the provincial finance system, of responsibility for the finances or for the administration of provincialised revenues and departments. By the budget rules, under provisions enacted by the Legislature, and by means of constant reports, they maintain control over the proceedings of the Local Governments. They reserve the right of modifying the provincial finance arrangements either periodically or when special need arises.

37. *Paper Currency and Mint.* — The three Presidency banks had a note circulation which in 1860 was hardly current outside the cities of Calcutta, Bombay, and Madras. In the year 1862 the private note circulation ceased, and the Government introduced a paper currency on the basis of complete convertibility into silver. There are now eight circles of issue, each of which gives in exchange for money notes ranging from Rs. 5 to Rs. 10,000 in value. The five rupee note is legal tender in any place in British India. Other notes can be cashed up to any amount at the circle head-quarters; and they can be obtained or cashed in moderate quantities at most of the district treasuries in the circle. The value of the currency notes in circulation in March 1908 amounted to 31,300,000 *l.* The service performed by the note circulation is more considerable than the foregoing figures might imply; for the returns show that from April 1907 to March 1908 120,000,000 *l.* worth of notes were issued by the Currency Department for cash, while 110,000,000 *l.* worth were cashed at currency offices and agencies. The Currency Act allows a part of the gold and silver received for notes to be invested in Indian Government securities or in sterling securities of the United Kingdom up to a maximum of 8,000,000 *l.* The interest yielded by this investment amounts to 270,000 *l.* a year, while the expenditure of the Currency De-

partment amounts to 110,000 l. a year. || Before the year 1858 there were three mints in British India. By reason of the railway communications and of improvements in mint processes and machinery, it was found possible to close the Madras mint and to do the work of the country with two mints. The Indian mints now work as well and as economically as the present state of scientific knowledge permits, and minor improvements or economies are being introduced from year to year. The total value of the silver coined in British India from 1859 to 1908 inclusive has been 3,853 millions of rupees. Since 1893 the Indian mints have been closed for the unrestricted coinage of silver. Silver is purchased by the Government and coined into rupees as may be required. The profits resulting from this coinage are not treated as revenue, but are paid into a special fund, called the Gold Standard Reserve, the greater part of which is ordinarily held in sterling securities.

Public Works.

38. In the time of the East India Company certain great roads were constructed, the Ganges canal was dug, the Jumna canals were reopened, and improvements were made in some of the old works on the Madras coast, but the progress effected with works of material improvement in India has been far greater during the last 50 years than during all the previous centuries combined.

39. *Railways.* — In 1857 the Indian Government had opened 300 miles of railway, which carried during the year 2 million passengers and 253,000 tons of goods. On the 1st April 1909 there were 30,983 miles of open railway, which carried during the year 330 million passengers and over 64 million tons of goods. The rates charged for passengers on these railways are as low as one-fifth of a penny per mile for passengers, and under one-halfpenny per ton per mile for goods. The gross earnings of the Indian railways in 1908 were approximately 30,000,000 l.; and it has been estimated that the producers, traders, and passengers of India benefit to an amount corresponding to 100,000,000 l. a year by reason of the cheapness of railway over the old modes of travelling, exclusive of the saving of time between a rate of 10 to 20 miles a day and a rate of 400 miles a day. The railway service gives employment to 525,000 persons, of whom over 508,000 are Indians. || It is hardly necessary to refer here to the incalculable benefit done by railways which in time of need carry food from prosperous districts to famine stricken provinces; or to the impulse given to production and trade when railways carry to the seaports surplus products that would

otherwise have found no market, and might have rotted in granaries; or to the enormous addition to the military strength of the country, when troops and material can be moved to the frontier, or to any scene of disturbance, at the rate of 400 miles instead of 10 miles a day, and at one-sixth of the old cost. Railways have now been made on the main routes in British or Native territory; the system of military railways on the north-west frontier is practically complete, and several lines which do not pay commercially have been constructed for the protection of tracts specially liable to visitation by famine. But some large tracts of country have still to be opened up, many railways require feeder lines, and the growing traffic of the trunk lines demands improved facilities which will entail heavy capital outlay. The capital expenditure on railways during the last five years has exceeded that of any previous period of equal length, yet even at the present accelerated rate the development of railway communications is regarded by many as less rapid than the country requires. The hinderance to a quicker expansion has been, and still is, mainly financial. || The actual capital outlay on Indian railways open to traffic amounted at the close of 1903 to 274,000,000 l.; and during that year the net earnings amounted to 4.33 per cent. on the capital outlay. In the previous year, when traffic was more active, they amounted to 5.86 per cent. Before 1900, by reason of the rights of the guaranteed railways to one half of the surplus earnings above 5 per cent., and by reason of the liability to pay guaranteed railway interest in gold, the working and interest account of Indian railways showed a loss to the Indian exchequer. Since then the guaranteed railways have been acquired by the Government, and the railways as a whole have become increasingly profitable. During the four years ending 1907—08 the net annual gain to the State from this source was approximately 2,000,000 l.

40. *Canals.* — After railways the most important public works of the past fifty years have been the canals and other irrigation works, whereby water is carried to the fields in parts of the country where the climate or character of the agriculture require it; embankments whereby flood waters are kept from devastating the fields; and navigation canals. In their Report of 1858 the Court of Directors adverted to: — || The Cauvery and Godavery irrigation works then partly open. || The old Jumna canals, which had been reconstructed and reopened. || The Sind canals. || The Ganges canal, which had been just opened. || The Baree Doab canal, on which work had been begun. || The Kistna and Palar irrigation system, which had been begun. || The tank systems of Madras

and other provinces. || At that time the total area irrigated from all the canal systems was less than 1,500,000 acres, exclusive of tank irrigation. Since then over 30,000,000*l.* of capital, besides large sums from yearly revenue, have been spent on irrigation works. All the canal systems mentioned above have been finished or greatly extended; and there has also been large expenditure on other works of the first magnitude. Among them are the Sone and Orissa canals in Bengal; the Lower Ganges, the Agra and the Betwa canals in the United Provinces; the Periyar and Kurnool canals in Madras; the Nira canal in Bombay; the Sirhind, the Chenab, and the Jhelum canals in the Punjab; the Jamrao canal in Sindh. Of these works, perhaps the most remarkable, and certainly the most profitable, are those which have been constructed in the arid plains of the Punjab and Sindh, which have converted a once waterless and desert land into prosperous agricultural colonies and immense granaries of wheat and other products. || The direct return yielded by the different works varies greatly. For instance, on the Sindh canals and on the Chenab and Jhelum canals in the Punjab, depend the revenue, the food, and the very life of the province; for of the whole cultivated land 98 per cent. depends upon canal water, and less than 2 per cent. of the yearly harvest is raised without irrigation. In Madras the Cauvery, Godavery, and Kistna irrigation works yield a direct return of irrigation revenue varying from 15 to 22 per cent. on their capital cost. The canals in the United Provinces pay 9 per cent., and in the Punjab over 13 per cent. on their capital cost all round. The Orissa, the Sone, and the Kurnool canals yield little or no net revenue, but in years of drought they safeguard great areas of crop and secure a large supply of food. Even in provinces where canal irrigation is popular and long established, there are great variations in the extent to which water is utilized; for instance, in 1907—08, a year of severe drought, 3½ million acres took water from the canals of the United Provinces against an average of 2½ million acres in ordinary years. || For the year 1906—07 the total area that received water from all public irrigation works in India was 22,225,000 acres. For the same year the net revenue on all irrigation works for which capital accounts were kept gave a dividend of 8 per cent. on a capital expenditure of 32,500,000*l.* In an ordinary year the value of the crops secured by State irrigation works is estimated at between 40 and 50 millions sterling. In a year of drought or famine the money value of the benefit conferred by these works is very much greater. Nine-tenths of the irrigation from the great canals, most of the protection afforded by embankments, nearly all the navigation canals,

and about two-thirds of the irrigation from minor sources, are due to works which have been carried out during the past 50 years. || The next 20 years will witness the completion of other irrigation schemes which in magnitude and boldness will surpass the achievements of the past. Their inception is largely due to the report of the Commission appointed in 1901 to inquire into the possibilities of extending irrigation in India. The Commission found that, subject to further professional examination of particular schemes, some 30 millions sterling could be usefully expended in the course of years on new irrigation. The programme which they provisionally outlined was accepted in principle, and has been actively taken in hand. Part of the expenditure may not be directly remunerative, as it will be concerned with tracts where the means of irrigation are poor. But the major portion of the programme, especially that which deals with the full utilisation of the great rivers of the Punjab, should be highly profitable. When these schemes are completed, the arid plains of Sindh, and of the Punjab from the Indus on the west to the Jumna on the east, will be converted into a vast irrigated tract and unfailing granary. The „triple canal project,“ which is one of these schemes, is now under construction. It will pass the surplus water of the Jhelum river into the Chenab river, while the latter river, thus re-enforced, will give water to a second canal, which in its turn, passing under the Ravi river, will feed a third canal in the lands between the Ravi and the Sutlej. It is estimated that at a capital cost of between six and seven millions sterling some 2,000,000 acres of land will be brought under cultivation by this utilisation of the Jhelum, without taxing the intervening rivers which have already their allotted work. This is only one of a series of schemes which in the near future will transform the conditions of vast tracts in Upper India, and provide new outlets for the population.

41. *Roads.* — During the earlier part of the period under review a large expenditure was incurred from the general revenues on the construction of roads and bridges, more especially in the Punjab, the Central Provinces, Bombay, and Burma. The great arterial roads were then completed, in advance of and sometimes without anticipation of the revolution in transport effected by the extension of railways. Since 1871 the custody and construction of local roads have largely been made over to local bodies. These bodies either enjoy revenues or receive grants enabling them to discharge their responsibilities in this respect, and much care has been paid by them to road maintenance and road making. New trunk roads are rarely required, but additional roads are constantly

undertaken in order to facilitate access to railway stations. As railways extend, more has to be done in making feeder roads to the railway, more especially in provinces where the rainfall is heavy and carts cannot ply for five or seven months of the year save on metalled and bridged roads. Throughout the greater part of India pack animals have been displaced by wheeled vehicles. Returns show that the number of carts possessed and worked by the people has increased greatly during the past 50 years. The levy of tolls on roads has been practically abolished, the only exceptions being in the case of ferries or temporary bridges of boats.

42. *Public Buildings.* — It has been the custom of the Indian Government to discourage any avoidable outlay on public buildings, and to devote available funds mainly to roads and canals. Still a great deal of building had to be undertaken. Healthy and commodious quarters have been erected for the troops all over India; most of the larger prisons have been either built or rebuilt on new designs; lighthouses have been provided round the Indian coasts; a great number of court houses, public offices, hospitals, police stations, and school houses have been constructed; and at Bombay have been erected a group of public buildings, which would be a credit and an ornament to any city in the world. Forts, batteries, and places of arms have been constructed or begun at obligatory points on the frontiers, at some of the seaports, and at a few places on the great routes in the interior. Meanwhile the ancient and beautiful buildings of past dynasties, at places like Agra, Delhi, Madura, Benares, Lahore, Ahmedabad, Gour, Budh Gaya, and Bhilsa, have been cared for and conserved.

Trade and Manufactures.

43. *Trade.* — The extension of roads, railways, and canals, the improvement of seaports, the increase of the cultivated area, and the abolition of internal and external customs duties have caused a great expansion of the trade of India. The exchange of commodities between one province or one district and another has increased vastly, but there is no record of the internal trade of India before 1858. In that year the Court of Directors reported that the exports and imports of merchandise by sea from and into India were valued at $25\frac{1}{2}$ and $14\frac{1}{4}$ millions sterling respectively, or $39\frac{3}{4}$ millions for the total foreign trade. The corresponding totals for the year 1907—08 were $115\frac{1}{2}$ millions sterling of exports and $86\frac{1}{2}$ millions worth of imports, or 202 millions of total trade. The external land trade of India, principally with Nepal, Tibet,

Western China, and Afghanistan, though relatively small compared with the sea-borne trade, shows steady progress, having more than doubled in the last 15 years, and now aggregates 10,000,000*l*. The total value of the external trade of India by sea and land has more than quintupled during the 50 years; while the actual bulk of the trade has increased in even greater proportion, because prices of most imported and exported goods are lower now than they were in 1856. || In all parts of the world a large and regularly expanding trade is rightly regarded as a sign of national prosperity. While India's external trade has gone on increasing, there has arisen within her borders a great cotton spinning and weaving industry, which already competes favourably with European manufactures in eastern markets, and a great jute industry of a highly profitable kind; there has grown up a great and rapidly increasing production of Indian coal and petroleum oils; at the same time, new and valuable agricultural staples have been naturalised in the country. Ironworks and the production of metals on a large scale have hitherto been delayed from various causes, but a large enterprise is now in course of inception with prospects of success.

44. *Manufactures*. — In old times India was a self-contained country, where every tract, more or less, made its own clothes from its own cotton, produced its own iron and made its own tools, grew and consumed its own food. Yarn was spun, cloth was woven, iron was smelted, and tools were made on a small scale by individual workmen after rude methods. Before 1858 the old order was changing, but the change has been very much more rapid since. Machine made fabrics and tools have largely taken the place of the local manufactures; and no doubt many thousands of families have lost the trade and the custom their ancestors had enjoyed for generations. But this change has not been without compensating advantages. Some of the Indian art industries, such as embroidery, carpet weaving, and work in silver and gold, have experienced the beneficial demand of a growing foreign trade. Agriculture, which always was, and still is, the mainstay of the population, has expanded enormously. Other industries have arisen. In 1856 there was hardly a power loom in the country, now there are 217 cotton mills, with 59,000 looms and 5,500,000 spindles, employing 212,000 hands; there are 44 jute mills, with 25,000 looms and 520,000 spindles, employing about 167,000 hands; there are 92 rice mills, 62 saw mills, besides flour mills, oil mills, iron foundries, woollen mills, paper mills, pottery works, and the great workshops attached to railways and ship-building yards. The manufacturing industry of India is still in an early

stage, but the advance made during the last few years has been marked, and augurs well for the future. During the last five years the looms in the cotton mills have increased by 50 per cent., the spindles by 11 per cent., and the mill hands by 30 per cent. In the jute industry looms, spindles, and operators have increased by over 50 per cent. The production of coal has increased 50 per cent., and that of petroleum 400 per cent. The output of the mica mines has doubled, and that of the manganese ore mines has quadrupled. If engineers and artificers of the present day in India are unable to rival the beautiful structures left by dynasties that have passed away, the field of employment for masons, carpenters, and artificers in India is wider and larger than it ever was before; and some of the great works of railway and hydraulic engineers, works put together by Indian workmen, are worthy monuments of the direct rule of the Crown in India.

45. *Agriculture and New Staples.* — The chief industry of India has always been agriculture, but it was not until about the year 1870 that the Indian Government directed systematic attention to fostering and improving Indian agriculture. Since that time there has been established in every province of India a department of agriculture, which collects and distributes early information concerning the crops, controls or advises upon model and experimental farms, introduces new agricultural appliances, tries new staples, and has established institutions for teaching the chemistry and science of agriculture. A Central College of Agriculture at Pusa provides training for advanced students. The indigenous field implements and methods have been found financially the best for agriculture of the kind prosecuted by the people, and it is chiefly in respect of the use of manures, of rotation of crops, of fodder raising and storing, of new staples, and of such appliances as improved sugar mills, that the example or teaching of the agricultural departments and their agents is most required. In each province there is also a veterinary department, which is charged with the improvement of horses, cattle, and other agricultural stock, and which has attained considerable success in mitigating the ravages of rinderpest by prophylactic treatment. || Before 1857 the cultivation of tea, coffee, and jute had been begun, but the progress made was small, and these articles were not reckoned among the staple products or exports of India. Customs restrictions were withdrawn, and the acquisition of waste lands for such crops was facilitated, and now the tea industry has so far extended that in the year 1907 over 536,000 acres were under tea, about 500,000 persons were employed upon tea gardens, and India exported 227 million pounds

of tea, valued at 6,867,000*l.* More than half the tea required by the world is now supplied from India. The coffee industry of Southern India was at one time very promising. Its prospects have since been impaired by leaf disease, and by the competition of South America; still coffee valued at 743,000*l.* was exported from India in the year 1907. The exports of raw and manufactured jute during the same year were valued at 24,200,000*l.*, besides the great quantity of jute used for bagging in India. Thus the export of these three new staples, tea, coffee, and jute, which in the trade returns for 1858 were valued at half a million sterling, had in 1907 reached a value of nearly 32,000,000*l.* Since 1858 the cinchona tree has been introduced from Brazil, and is now cultivated on the hills of India. One result of the introduction of this new product is that cinchona alkaloids, the only known specific against the fevers which scourge Indian populations, are now sold in India at about one-fifth the price which this valuable medicine used to command.

46. *Botanical Gardens and Museums.* — The Court of Directors were liberal in their support of botanical and other scientific investigation that contributed to develop the natural products of India. The excellent botanical gardens at Calcutta, Ootacamund, and Saharanpur have been maintained, and their usefulness extended, while another botanical garden has been opened at Bombay. A large Imperial museum at Calcutta has been built, and has acquired a great wealth of natural history and archæological specimens; other museums at Bombay, Madras, Lahore, Lucknow, Nagpore, and Rangoon have been established or extended; entrance to these museums is free, and the number of visitors is very large. To the Calcutta museum has been added a commercial section, representing as far as possible the products and manufactures of Bengal. At the India Office in London there was a large collection of Indian products and fabrics; but not being very accessible to the public the specimens of economic botany were transferred to the museum at Kew Gardens and the collection of Indian antiquities was made over to the British Museum; while a vastly enlarged, constantly increasing, and well arranged collection of fabrics and appliances from ancient and modern India is placed in a branch of the South Kensington Museum, which any one interested in the commerce or people of India can visit without charge.

Condition of the People.

47. *Divergent conditions.* — The circumstances and condition of the people vary greatly in different parts of India. The plain of the Ganges

from Saharanpur to Dacca bears a rural population of 80 millions at a rate of 400 to 800 to the square mile. The Central Provinces, Burma, Assam, Rajputana, and considerable areas in the Punjab and in Bombay carry a rural population of less than 150 to the square mile. There are provinces where the rainfall is always abundant, ranging from 60 to 100 inches in the year, and there are vast plains where the rainfall is precarious and is often less than 10 inches a year. There are tracts like Sind, Tanjore, and parts of the United Provinces, where one half, or more than one half, of the cultivated area is irrigated in one way or another. Again, the great sandy plains of the Punjab, wherever water is led from the snow-fed rivers, at once become fertile, and attract and support a large population; while in other arid tracts like the Deccan uplands, Bellary, and Kurnool, water is rarely available, and even when water can be had, as from the Tungabhadra canal, the people do not take it for their crops. The tenures and the distribution of profits from land vary greatly. In the Punjab and parts of the United Provinces, in Bombay and Madras, in Burma and Assam, the profits of agriculture go wholly or in great part direct to a sturdy and in ordinary years a prosperous peasantry, who till most of the land themselves; while in Behar, Western Bengal, Orissa, Oudh, and part of the Agra Province, most of the profits of agriculture go to landlords. In these latter provinces the pressure of population and the competition for land have forced up rents, so as to leave, in some cases, only a bare margin for the support of tenants with small holdings. || In any comparison between the condition of the people in India and in Europe it has to be remembered that in India every one marries, and marries early; that the population tends to increase at a rate varying from $\frac{1}{2}$ per cent. per annum in the Upper Ganges plain to 4 per cent. per annum in Burma; that there is no poor law or system of poor relief, but there is everywhere a widespread and openhanded charity, so that the infirm, the old, the sick, the cripples, priests, besides many who prefer a mendicant's life, are in ordinary years supported by the alms of their neighbours. Further, it must be borne in mind that in rural India, from the nature of the climate and by immemorial custom, the poorer classes have fewer wants, and can satisfy them more cheaply than in Europe. Clothes, warmth, shelter, furniture, cost very little for a rural family in India; and the bulk of the population are satisfied with two meals a day of millet cakes or porridge, some pulse or green vegetable, salt, and oil. In coast districts, in southern India, and in Moslem families, a little salt fish or meat is added to the daily meal.

48. *General.* — So far as ordinary tests can be applied, the average Indian landholder, trader, ryot, or handicraftsman is better off than he was fifty years ago. He consumes more salt, more sugar, more tobacco, and far more imported luxuries and conveniences than he did a generation back. Where house to house inquiries have been made, it has been found that the average villager eats more food and has a better house than his father; that to a considerable extent, brass or other metal vessels have taken the place of the coarse earthenware vessels of earlier times; and that his family possess more clothes than formerly. There are exceptional districts, like North Behar, where the rural population is extraordinarily dense, or parts of the Deccan, where the soil is extremely poor, and the rainfall is very precarious; in such tracts the condition of the landless labourers is still deplorably low. There are other exceptional tracts, such as Lower Burma, Assam, Malabar, Canara, the Himalayan districts, and a great part of Eastern Bengal, where the population is sparse or not too dense, where the soil is rich, where the rainfall is always abundant, and where good markets are at hand; in such tracts wages rule high, work and food are abundant, there is a comparatively high scale of living, and there is little or no real poverty. The greater part of India lies between these exceptional extremes, and, on the whole, the standard of comfort in an average Indian villager's household is better than it was fifty years ago. It is quite certain that the population of India absorb and hoard far more of the precious metals than they did formerly, for during the past fifty years India's net absorption of gold and silver from outside has amounted to the equivalent of 6303 millions of rupees, or an average of 126 millions a year, while during the 22 years ending with 1857 the net absorption of the precious metals by India averaged only 32 millions a year.

49. *Condition of different classes.* — The population, for the purpose of the present paragraph, may be roughly divided into —

The landowning class. || The trading class. || The professional class. || The tenant or ryot class. || The labouring class. || The landowning class includes not only the great zemindars of Bengal and Oudh, who with their families and retainers live on the rent of the land, but it includes tens of millions belonging to the proprietary brotherhoods of northern India, to the petty proprietors holding their lands directly from the State in Madras, Bombay, Burma, Assam, and Berar, and to the tenure holders of Eastern Bengal. All these classes are undoubtedly better off than they were fifty years ago, for the profits of agriculture are larger owing to the rise in prices and the export demand for surplus produce.

In every province the market price of land has advanced; and in many parts land fetches now three to ten times the price per acre that it did fifty years ago. || The trading classes are, on the whole, better off by reason of the greatly increased commerce of the country, though the percentage of profit on transactions and the interest upon money are lower than they were. Great fortunes are less easily made in trade and money lending than they were fifty years back, but a larger number of traders make a fair living by commerce. || Among the professional classes, lawyers and soldiers enjoy better incomes than they used to do; the salaries of Indians in the service of Government average higher than they formerly did. But present times are not favourable for the priestly castes, students of Moslem or Hindu lore, broken down gentlefolk, scions of decayed old families, and others who, from religious sentiments or caste feeling, are unable to accommodate themselves to the changing order of things. || The tenant or ryot class in all provinces enjoy some share, and in some provinces have obtained a considerable share, in the increased profits of agriculture. In tracts where the system of petty proprietors obtains, the tenants are few, and nearly as well off as the small landowners. In Eastern and Central Bengal the ryots are well off. In the Central Provinces, where tenant-right is exceptionally strong, the ryots are mostly in good circumstances. But in Behar, in part of the Agra Province, and in Oudh, tenant-right is weak, or has been but recently placed on a firm footing; the population is dense, holdings are small, and many of the ryots are in poor circumstances. They and their families earn something in good years by labour outside their holdings, and when the season is favourable they live fairly well. A ryot with the tenant-right under the law can generally get credit in a year of short harvest. But in a famine year many of the ryots in these last-named tracts must and do break down. The first people to suffer in time of scarcity, and even to starve, if State relief does not reach them, are the old and helpless folk who in ordinary years live on the alms of the small ryots and of labourers. || The labouring classes, who have no beneficial interest in the land, are in India a smaller section of the people than they are in England. Still out of the total Indian population of 294 millions there are a vast number of labourers, and their condition is most important to the prosperity of the country. The wages of skilled labour, and the amount of skilled labour finding employment, have greatly increased. The standard of wages for unskilled labour has also advanced, though not to the same extent. The price of food has risen, and the rise during the last few years has been marked, and has excited a good deal of feeling.

There have been and are hard times for hand weavers and such like handicraftsmen, whose employment is reduced by the competition of machine made goods. The landless labourers in the thickly populated rural tracts, remote from railways or new industries, live poorly now, as they have done in generations past; and their wages or earnings are in some districts still very small. In ordinary years, when the harvests are moderately good, even the landless labourers as a class get enough to eat, though individuals from accident, infirmity, or idleness, may suffer; but people of this class have no savings, and cannot get credit, so they suffer in seasons of scarcity when employment in the fields is scanty. In parts of the Ganges valley the pressure of the population, which is entirely agricultural, is too great for the land to bear. The people of India have a great dislike to leaving their homes. The census shows that nine-tenths of the population are resident in the districts in which they were born, and of the remaining one-tenth the great majority are settled within easy reach of their native districts. Emigration beyond the seas to distant countries is a negligible quantity as regards its effect on the population. There is considerable migration from the maritime provinces to Burma, Ceylon, and the Straits, for the purpose of labour, but most of the emigrants return after one or two years. Migration also proceeds from the inland districts to the tea gardens of Assam, and to the industrial centres where the demand for labour for factories and coal mining is nearly always greater than the supply. There is still plenty of good land available for settlers in Burma, the Central Provinces, and Assam. The south-western districts of the Punjab, until lately untilled, will support a large agricultural population on the completion of the canal irrigation schemes in progress, and already have sensibly relieved the pressure of population in other parts of the province. The striking success of these irrigation colonies, and the avidity with which land is taken up there by incomers from a distance, show that the traditional immobility of the Indian peasant can be overcome, if the prospect is sufficiently assured, and the new sphere of work congenial.

50. *Condition of the Poorer Classes as evidenced by recent Famines.* — The severe and wide-spread droughts which periodically afflict India affect in a special degree the poorest classes, who are then exposed to the double strain of a falling labour market and high prices. It is for such seasons that the elaborate system of famine relief, which will elsewhere be described, is reserved, and it is then that the condition of these classes comes most closely under observation. If, as sometimes happens,

one drought is followed by a second after a few years, a comparison can be instituted as to the degree of resisting power shown by these classes on the two occasions, and an inference drawn as to whether their condition has improved or deteriorated in the interval. In 1896 and again in 1907 the United Provinces experienced a severe drought. The Central Provinces were similarly affected in 1896, 1899 and 1907. The reports of the local Governments on the famine-relief operations of 1907—08 institute a valuable comparison, which leads to the conclusion that of late years the condition of the poorest classes in these two provinces has sensibly improved. || The report for the United Provinces after mentioning that a nine months food supply for the whole province, representing a value of 28,000,000 l., besides 10,000,000 l. of non-food crops, were lost by the drought of 1907, and that it was as intense and extensive as the drought of 1896, proceeds as follows: —

„The previous famine was to a great extent a labourers' famine; in the present year the labouring population did not resort in large numbers to relief works except in the very severely affected districts. . . . The difference between the two years is not entirely explainable by this or by the greater severity of the earlier famine. It points to the fact, which seems beyond dispute, that the position of the labouring classes has improved in the last decade, as is clearly illustrated by the later section of this resolution on the subject of wages of labour. As regards the cultivating classes, even in the previous famine they were seldom compelled to resort to relief works: the pressure of the famine upon these classes was chiefly manifested by the greater extent to which they themselves and their families were compelled to perform field work for which they would ordinarily have employed hired labour. Within the last ten years their position has been further strengthened by the constantly increasing facilities of transport and the high prices obtainable for agricultural produce. An interesting comment on this point is afforded by a missionary in Ghazipur, who writes from personal experience that in 1877 people were dying there of starvation with common rice selling at 9 ¹/₄ sers (19 lbs.), while this year there were no signs of serious distress with the same grain selling at 5 ¹/₄ sers (10 ³/₄ lbs.) to the rupee. The Famine Commission of 1880 noticed that the price of ordinary grain in this province in the famine of 1877—78 did not rise above 26 lbs. for the rupee. It is not too much to say that had prices been the same this year as they were 30 years ago,

there would have been no need for relief over the greater part of the area in which famine operations have recently been closed.“ || „Although prices have been exceptionally high for several years, the rise has been accompanied by a marked increase in the wages of labour, with the result that the higher price of food does not affect the ordinary labourer so long as he can obtain employment. The amount of employment available has simultaneously increased very considerably by reason of the large expenditure by Government on public works, railways and canals and the industrial and building operations of the general public. The Director of Land Records and Agriculture has collected information of the wages paid in all rural tracts between October and December 1907, and has compared them with the results of the wage census taken on the same lines in 1906. His conclusions are that the commonest rates of wages paid in the later period were nowhere below, and were in most cases above, those recorded at the wages census. Moreover, wages below the commonest rates were paid much less often than in 1906, whereas wages above the prevailing rates were paid on a considerably greater scale than in 1906, and rates hitherto unknown were paid in some localities. Taking the combined results of these conclusions he estimates that the average wage of the province has increased in the period by two or possibly three pice for each day's work. A labourer, therefore, who in 1906 spent $1\frac{1}{2}$ annas on food, could in the autumn of 1907 spend two annas on food without curtailing his other expenditure; so that he could get the same amount of food as before if prices were $33\frac{1}{3}$ per cent. above the level of prices in 1906 (itself above normal).“ || „In the large cities the rise has been even greater than in the rural tracts. In Agra, for instance, men engaged as ordinary diggers earned, in 1900 2 annas a day, and women seldom received more than 1 anna 3 pies. At the present time the rate of wages for this kind of work is four annas for men, and 2 annas to 2 annas 6 pies for women. Masons and stone-cutters who in 1900 earned 3 annas 6 pies daily now receive from 5 to 7 annas. In the same period the pay of such classes as gardeners, water-carriers and sweepers has approximately doubled.“

The report for the Central Provinces contains the following remarks on the subjekt: —

„Every year since 1900 has witnessed an extension of the area occupied for cultivation, and there has been no year at the close of which it could be said that the prosperity of the cultivating classes had not advanced. In no parts of the provinces has progress been more rapid than in the cotton tracts. Cotton thrives best with a light rainfall, and years of short rainfall have induced cultivators to devote increased attention to the crop. Its cultivation has also been greatly stimulated by the high prices obtainable for the fibre, and a large export demand for the seed. The value of land has risen everywhere, and the demand for it is extraordinarily keen in the cotton country. . . . The prices for agricultural produce have generally been high since the famines. In 1903—04, owing to the excellent harvests reaped in these provinces and in Northern India, they receded to a point somewhat below those of the normal period preceding the first famine; but subsequently the pooriness of the seasons brought them back to a higher level, from which they have shown no tendency to recede, and the good harvests reaped in these provinces during the year immediately preceding the recent scarcity must have brought large sums into the pockets of the cultivating classes. Along with this improvement in their material resources, there has been a distinct advance in the direction of agricultural improvement. || „Substantial as has been the improvement in the condition of the landholder it has been even more remarkable in the case of the labourer, whether he works on the farm, or seeks employment in the towns. If cultivators have anything new to complain of, it is the dearth of labour, and the absorption of a large part of their extra profits in the increased rates of wages that they are compelled to pay. Generally unthrifty, the labouring classes are the first to succumb when times are hard for all, and the famines left their numbers seriously depleted. Since then the cry has been for workers rather than for work. Agriculture itself has steadily increased its demands, but has felt itself obliged to compete with the still more rapidly increasing requirements of commerce, and it is no exaggeration to say that the labourer has been in a position to dictate his own terms. . . . There has been a general rise in the standard of wages, and the rise is more than proportionate to the rise in prices which has necessitated it. The labourer has never been in better case.“

The United Provinces and the Central Provinces contain 60 million

people and are fairly representative of the conditions of British India as a whole.

51. *Famine.* — Against famine, the greatest of all troubles that befall the population of India, the country is more fitted to contend than it was fifty years ago. Over many tracts of India the rainfall is occasionally short or unseasonable and sometimes it fails altogether. Such a disaster causes loss of harvests and scarcity of food deepening sometimes into famine. Happily drought or famine never afflicts the whole of India at once, and prosperous provinces always have surplus food to spare for their suffering neighbours. Under native rule famines were very frequent and frightful when they came. There was little thought for, and no effectual means of, remedial action. Famine smitten areas could not be relieved by importation of food from prosperous tracts. The mortality was often terrible, and the country would lie desolate for years. Famines have been frequent under British rule, but they are less destructive and their effect less permanent. During the past fifty years there have occurred the Northern India drought of 1860, the Orissa famine of 1866, the Bengal famine of 1874, the great famine of Southern India in 1877; and in more recent times, after a nineteen years' cycle of comparatively regular rainfall, the great droughts of 1896, 1899 and 1907. || In the earlier famines in this list, relief was insufficient and imperfectly organized. No famine code had been inherited from native rule. The principles on which relief should proceed were not at first clearly understood, and though the humane policy of saving life was accepted, its execution was impeded by defective communications and failure of local supplies of food. These impediments no longer exist. An Indian famine is now mainly a problem of extemporising work for the able-bodied and providing gratuitous relief for those incapable of work. By timely arrangements and the liberal expenditure of public money, a drought, however intense, can now be combatted without disturbance of ordinary public business and with a great measure of success. || Every province has now its plans of relief organisation and relief works thought out and sanctioned beforehand. Everywhere the urban and village organisation is stronger than it was. The crop area securely protected from drought by irrigation is three-fold what it was in 1857. Railways have revolutionised relief. Absolute dearth of food is now unknown. Private trade pours in food wherever it is required. In the drought of 1899—1900, which extended over an area of 175,000 square miles with a population of 25,000,000, the railways carried 2½ million tons of grain into the affected tracts. Not one-tenth of this quantity

could have reached these districts, or could have been distributed in time, with the means of communication which existed in 1857. Without this outside supply of food, and without the great organisation specially provided for relieving the starving and the sick, the distress and excess mortality would have been far greater than actually occurred. || As illustrating the comparative ease with which an intense drought is now surmounted, another citation may be made from the report on the famine relief operations of 1907—08 in the United Provinces. „There was“ it is stated, „no organised movement of the population from the distressed areas in search of work, no considerable emigration to or immigration from Native States, and, in fact, no noticeable wandering at all. The slight extent to which poor house relief was required, and the very small number of casual wanderers relieved by the police, afford a striking confirmation both of the effectiveness with which gratuitous relief was administered and of the small disturbance which the famine caused in the ordinary conditions of the life of the people. The death rate, though higher than in an ordinary year, was far from excessive considering the extent and severity of the scarcity which prevailed; the ravages of epidemic disease and the mortality indirectly due to scarcity were minimised to an extent unprecedented in seasons of similar distress, while deaths directly due to starvation were almost unknown.“ || Notwithstanding all that has been done to prevent or mitigate the effects of drought, there are natural limits to the completeness of preventive measures. There are tracts which cannot be protected by irrigation works, and even in the most favourably situated tract protection is at best partial and does not extend to every field. To meet the demands of relief and of preventive measures the Government of India set aside in the budget not less than 1,000,000*l.* annually for „Famine Relief and Insurance.“ When famine or scarcity comes, expenditure on relief is not restricted to this sum. The only limit then recognised is the need of the distressed population. In years when the annual famine grant is not required for relief, the money is spent on famine preventive works in tracts especially exposed to drought; or used, instead of borrowed money, for the capital requirements of State railways and canals. In this way permanent assets are created in non-famine years as a set-off against debts incurred on relief in famine years.

Local Self Government.

52. *Municipalities.* — Before the mutiny era, local committees had been formed in the districts of some provinces, and in parts of India

the town panchayets (councils of five elders) still survived. But these bodies were consultative only. The members were nominated by the Government, and the final control of local affairs, town improvements, district roads, public schools, hospitals, and port improvements was entirely in the hands of Government officials. Since 1860 a comprehensive system of municipal government has been created. Laws have been passed for every province of India, under which urban affairs are placed in the hands of local bodies, partly elected by and partly nominated from among the townsfolk. In the municipalities as a whole about half the members are elected: the rest are nominated by the Government. The tendency is to extend the elective principle, so far as is consistent with efficient administration and the due representation of the different classes of the community. The municipal bodies, subject to the law and the general control of the Government, raise funds or receive grants of public money for local purposes. They are responsible for the sanitary improvement, the hospitals, the streets, the lighting, the schools, and, in fact, for all local affairs in their towns. Except in the larger towns, municipal elections are not keenly contested. But a seat on a municipal board is highly esteemed as an honourable and useful post, though it carries no emoluments and much responsibility. || There are now in India 746 municipal towns, containing a population of 16 millions. In 1907—08 the revenues controlled by municipalities amounted to 3,910,000*l*. But 40 per cent. of this sum was provided by Calcutta, Bombay, Madras, and Rangoon. Many of the towns are quite small and have very small incomes. Everywhere the sanitary work to be done transcends the means of the local authorities. But in some of the larger towns a great reduction has been effected in the death rate as it existed 30 or 40 years ago. A very considerable start has been made in local self-help and self-government, and considerable local interest has been evoked in local affairs. The law provides that, in case of great neglect or mismanagement, the Government may intervene and take specific local matters out of the hands of the municipal body, but the extreme step of actual intervention is rarely taken. The Government and its officers habitually afford help, advice, control, and even admonition to any municipal bodies that may seek or require such aid.

53. *District Boards.* — The local boards, to which is committed the duty of self-government in rural tracts, are, as representative institutions, the creation of the last 25 years. In all the larger provinces, with the exception of Burma, there is a district board in each district, with or without subordinate boards for sub-districts, and to these boards

have been transferred the management and expenditure of all public funds available or raised for district roads, schools, hospitals, and sanitary improvement. || In the Madras Presidency the chain of local authorities is most complete. The primary authority is a „union“ or parish, consisting of an important village or group of villages, each controlled by a small council of residents. The union has power to levy a light tax on houses, mainly for sanitary purposes. Next come the sub-divisional boards, which roughly correspond with the „district council“ in England. They are the subordinate agents of the district Board, and are entrusted with certain branches of local expenditure. Finally, there is the district board, which may be regarded as the „county council.“ || In other provinces the „union“ has not yet been effectively established, but in time will, no doubt, follow. The degree to which the elective principle has been introduced varies in the different provinces, but generally it may be said that about half the members of the district boards are elected, and the rest nominated by the Government. The aggregate income of the boards in British India in 1907—08 was 3,140,000*l*. It is mainly derived from local rates levied upon agricultural lands over and above the land revenue, supplemented by grants from general revenues. The expenditure is chiefly for roads and bridges, hospitals, vaccination, drainage, water supply primary education, markets, and rest-houses. || The policy with regard to these boards, as in the connected case of municipalities, is to make them more thoroughly representative and to enlarge their self-governing powers, with a view to enlisting the best energies, of the people and familiarising them with the administration of public affairs. It is contemplated to link them, by means of a suitable system of representation, on to the new and enlarged Provincial Legislative Councils which recent legislation has created.

54. *Port Trusts.* — For the management of harbour affairs at the chief seaports trusts have, since 1860, been constituted by law; and on each of these port trusts sit European and Native representatives of the trading and shipping interests, as well as two or three Government officers. The port trusts manage the docks, the harbour lights, the wharves, the pilotage, the port police, and all port affairs; but they cannot borrow money, or impose dues, or undertake great works, without the previous sanction of the Government. The several port trusts have performed their duties to the satisfaction of the trading communities and of the Government. The wharves and docks at Calcutta and Bombay are fully up to the standard of modern requirements; ample wharves have been provided at Rangoon; important harbour improvements have

been executed at Karachi, and harbour works at Madras. Meanwhile, the port and harbour charges are almost everywhere much lower than they were; at some ports they are less than half what they were when the trusts were first constituted; and the works executed from borrowed money yield a net revenue which suffices to meet the interest on the capital, and to pay off the capital itself within a moderate term of years.

Political Relations and Native States.

56. *Political Relations.* — In 1857 India had political relations with Ava, Afghanistan, Tibet, Siam, Turkish Arabia, and Persia, and the frontier States of Nepal and Bhutan. With Nepal these relations have remained undisturbed and been marked with increasing cordiality. With the other States there have been troubles more or less serious, such as inevitably occur in intercourse with oriental states that are peculiarly liable to internal revolution or decay, and are also exposed to the external pressure of contiguous European powers. In 1864 the ill-treatment of a British envoy by the ruler of Bhutan brought on hostilities which led in the following year to a treaty of „peace and friendship,“ with the result that our relations with the Durbar are now entirely amicable. In 1878 the dubious attitude of the Amir of Afghanistan at a time of exceptional tension between Great Britain and Russia led to the third Afghan war, the establishment of a new ruler on the Cabul throne, and the conclusion of treaty engagements between him and the British Indian Government. These have since been consolidated by friendly visits of the late and present Amir to India, by supplementary provisions and boundary demarcations, and by diplomatic understandings between Russia and England. In 1885 prolonged unfriendliness and breach of treaty on the part of the King of Ava brought on the third Burmese war and resulted in the incorporation of his kingdom in British Burma. With Tibet, a vassal of the Chinese Empire, relations, political and commercial, have been scanty and unsatisfactory. In 1888 encroachments by the Tibetans in Sikkim made it necessary to expel them by force from the places they occupied; and in 1890 a Convention was concluded with China, regulating the relations of the British and Tibetan Governments. Persistent failure on the part of the Tibetans to observe the provisions of this Convention and of the trade regulations of 1893, led to the despatch of a Mission to Lhasa in 1904, and to the conclusion of the Conventions of the 7th September 1904 with the Tibetan Government, and of the 27th April 1906 with China. With Siam, Turkish Arabia, and Persia, questions of boundaries, commercial privileges, and spheres of influence have at times

been provocative of controversy with France, Turkey, and Russia respectively, but have been found capable of adjustment. To this end the comprehensive conventions made by the British Government with France and Russia in 1904 and 1907 have greatly contributed. Generally speaking the relations of India with its neighbours are at the end of the half century in a more satisfactory condition than at the beginning. They are better defined, more scrupulously respected, and more firmly based on mutual good will and the perception of common advantages.

57. *Native States.* — The condition of the feudatory states in India has greatly improved, and their relations with the British Government have been placed on a firmer footing during the past fifty years. Soon after the mutiny documents were given in the Queen's name to all of the leading princes ruling their territories, whereby they were granted power to adopt heirs and successors, on condition of loyalty to the British Government. By these grants a grave cause of anxiety was removed from the minds of the Chiefs, who in previous years had seen Hindu States lapse to the British Government on the failure of direct heirs to the throne. It has also been made manifest in more than one case that, when reigning Chiefs had to be removed for scandalous misgovernment or for grave crimes, their countries were not annexed, but new rulers of the old families were placed by the British Government on the vacant thrones. The rendition of Mysore to a native prince, after fifty years of British administration, showed that no Native State would be annexed to British India so long as, in the words of Lord Canning, it was not guilty of „disloyalty or flagrant breach of engagement“ to the protecting power. || Almost all the great Chiefs had adhered loyally to the British during the mutiny crisis; but after 1860 no misgivings as to the intentions of Government were any longer possible. Since that time the Chiefs have cordially co-operated with the British Government in placing the administration of the salt tax and the opium duty on an improved footing; they have, in many States, acted on the advice and example of the paramount Power, by abolishing transit duties, by improving their judicial and revenue administration, by maintaining order, by constructing roads, railways, and irrigation works, by promoting education, by establishing hospitals, and by coming to the relief of their subjects in the grievous droughts which have visited India of late years. In all the more important States and in many of the minor States the cause of good government has made great advances. In not a few States in Rajputana, Central India, and Bombay, recent famines have seriously reduced the population, crippled the revenues, and created

serious financial embarrassments. But this set-back of prosperity is due to exceptional and temporary causes. Where famine has not interfered, the Chiefs as a rule keep their expenditure within their revenues, which have increased greatly within the past fifty years; some of them have large reserves either in cash or in the securities of the Indian Government; and many of them spend a large share of each year's revenue on works of material improvement. These good results are due in part to the good sense of the Chiefs themselves and of their ministers, but they are also greatly due to the peace secured, the example set, and the advice given by the British Government. || Among the 682 Native States with a total population of over seventy millions, there are some, no doubt, in which the people are overtaxed, in which order is not maintained, and in which the Chiefs live beyond their incomes. In most States also good government and the happiness of the people are still largely a question of the personal qualities of the ruler for the time being. Still, in the main, the protected States of India have made real and steady progress in good government during the last fifty years. Notable proofs of their loyalty to the British Crown were given in 1887, when the great Native States made spontaneous offer of their swords and treasure for the defence of the north-west frontier of India; in 1890, in the formation of the Imperial Service troops; and again at the two Jubilee celebrations of Her late Majesty's reign, on the occasion of Her lamented death, and at the Coronation Durbar of 1903.

Army.

58. *Army.* — At the end of 1856 the Indian Army consisted of 40,000 European soldiers and 215,000 native soldiers, besides 32,000 men in contingents paid by and serving in Native States; at that time a large proportion of the Indian artillery consisted of native gunners. The present army of India consists of 75,751 British troops and a native army of 158,932 troops. The field and horse artillery are now manned by Europeans. The armament of the troops has been changed by successive advances from smooth-bore muskets to breech-loading magazine rifles, and the horse and field artillery are armed with 12½ and 18½-pounder quick-firing guns instead of 6 and 9-pounder smooth-bore muzzle-loaders. Railways have made the concentration of troops within India or on its frontier ten times easier than it was in 1857. Transport and supply services have been organised, factories established for the manufacture of munitions of war, reserves of equipments and stores provided, and all arrangements made for the mobilization at short notice and maintenance

in the field of a force of any strength that an emergency might require. Officers and men, arms and horses, ammunition and *matériel*, commissariat and land transport, barracks and fortifications, all cost more than they did before the mutiny; while, therefore, for the year 1856 the cost of the army in India was 12,700,000 *l.*, for the year 1909—10 the estimated net charge is no less than 18,424,000 *l.*; there is also a charge of 817,000 *l.* for military works, including special defences. The re-armament and military progress of other countries have compelled the Indian Government to increase the efficiency and strength of its army, as well as to augment the defensive works of the country; but within the borders of India the need for troops is less than it was; the peace of the oldest provinces is secured by a moderate garrison—for instance, the two Bengals with a population of 80 millions have a military garrison of 9,700 soldiers, of whom nearly one-third are for the defence of Calcutta. Among the more important changes in army organisation within the past 50 years have been the amalgamation of the Company's European troops with the British army, the reorganisation of the native army, the formation of a unified army for the whole of India in place of the three armies of the Presidencies of Bengal, Bombay, and Madras, the reconstitution of the functions and powers of the Army Department and of the Commander-in-Chief, and the delegation of considerable powers of executive control to General Officers commanding divisions and brigades. Before the mutiny a regular native regiment had an establishment of officers based on the system obtaining in British regiments, with European company and troop officers and subalterns, while the irregular regiments had from three to four European officers only, with native troop and company commanders. The reorganisation made after the mutiny followed the system of the irregular regiments, and reduced the British officers to six in each regiment, leaving the company and troop commands to native officers. This system is still in force, though the number of British officers has since been largely increased. The proportion of soldiers drawn from unwarlike races has been greatly reduced, while the proportion of Goorkha regiments and of soldiers from the martial races of northern India has been increased. It is not necessary to recite here all the measures taken to promote the efficiency of the Indian army, but it may be mentioned that the health of the troops has been greatly improved by better barrack accommodation, by quartering a far larger proportion of Europeans at hill stations, and by careful sanitary precautions. For many years before the mutiny the average death-rate among European troops in India was 69 per thousand, and among native troops 20 per

thousand; during the four years ending 1907 the death-rate has averaged 10 per thousand among European and 7 per thousand among native troops. || The military position of India has been strengthened by the enrolment of 36,200 volunteers of European blood, of whom 31,400 were reported efficient at the end of 1908. The reserve of the native army numbers about 35,700 men, and will be increased gradually to 50,000. The Imperial Service troops, which are maintained for the defence of the Empire by the native Princes of India, number about 18,000, besides six transport corps. These troops are available for Imperial service when placed by the Chiefs at the disposal of the British Government, but otherwise belong absolutely to the States. They have reached a high standard of excellence and have done service in several campaigns.

Conclusion.

59. The Court of Directors claimed in 1858 that their government of India had been „not only one of the purest in intention, but one of the most benevolent in act, ever known among mankind; that . . . it had been one of the most rapidly improving governments of the world.“ It may fairly be claimed that, during the years of government under the Crown, progress has been more rapid in India than during any previous period of the same length, and that the intentions and actions of the Government have been as much for the benefit of the Indian people as in the time of the Court of Directors. The polity, the progress, and the requirements of India have been investigated by competent critics of many nations, and the general verdict has been that, despite mistakes and shortcomings such as are inseparable from human effort, the administration of India by the Crown has been an earnest and fairly successful attempt to solve political, social, and material problems of much difficulty and complexity. In conclusion, it may be permitted to recite the gracious words of the Proclamation by the King-Emperor, of the 2nd November 1908 to the Princes and Peoples of India: — „Half a century is but a brief span in your long annals, yet this half century that ends to-day will stand amid the floods of your historic ages, a far-shining landmark. The proclamation of the direct supremacy of the Crown sealed the unity of Indian Government and opened a new era. The journey was arduous, and the advance may have sometimes seemed slow; but the incorporation of many strangely diversified communities, and of some three hundred millions of the human race, under British guidance and control has proceeded steadfastly and without pause. We survey our labours of the past half century with clear gaze and good conscience.“

India Office, October 1909.

Die Staatsumwälzung in der Türkei 1908.*

Nr. 14084. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Agitation der Jungtürken. Ermordung Schemsi Paschas.

Therapia, July 7, 1908. (July 13.)

Sir, || I have the honour to report that Ibrahim Pasha, who has been in command of the IXth Division at Serres, has been appointed to the command of the IIIrd Army Corps, Essad Pasha, who had acted as Commander-in-chief, having been suddenly recalled to Constantinople, together with the Chief of his Staff. || This appointment is attributed by some to the necessity for combating the spread of „Young Turkish“ propaganda among the junior officers, and the repeated cases of revolt amongst the troops of this Army Corps. Two instances of this activity amongst the „Young Turks“ have just been reported to me by His Majesty's Consul at Monastir, when on the 3rd instant the Officer Commanding the Resna battalion, with some officials and soldiers, after seizing the military chest and seventy rifles, formed themselves into a „Young Turkish“ band and left for the mountains. An incident of a similar nature also took place at Presba on the same day.

I have, &c.

(Signed) G. Barclay.

P. S. — *July 8.* I have just received a telegram from Mr. Heathcote, reporting that General Shemsi Pasha, who had been sent from Mitrovitz to Monastir with two battalions, was assassinated by a private soldier, presumably at the instigation of the „Young Turks,“ yesterday afternoon, as he was starting for Resna to deal with the „Young Turkish“ band alluded to above.

G. B.

The incidents at Resna and Presba, followed by the murder of Shemsi Pasha and the refusal of the troops to march against the „Young Turk“ insurgents, are symptomatically at least a more serious matter, as showing that the „Young Turk“ movement has made real headway in the army. A special Council of Ministers met at the Palace immediately Shemsi Pasha's murder was known. Except for the despatch of Marshal

*) Engl. Blaubuch 1909. Cd. 4529. Red.

Osman Pasha to replace Shemsi Pasha, I do not know what measures have been decided upon, but I learn on good authority that a large number of the better educated officers of the IIIrd Army Corps are compromised, and Mr. Lamb informs me privately that he hears that over thirty officers have been suddenly removed.

I have, &c.

(Signed) G. Barclay.

Inclosure 1 in No. 2.

Colonel Surtees to Mr. G. Barclay.

Constantinople, July 9, 1908.

Sir, || I Have the honour to inform you that on or about the 4th July a serious episode took place at the small garrisons of Resna and Presba in the Okrida district.

At the first-mentioned place the Kolagha of the troops, that is to say the Adjutant-Major, having ordered his men, to the number of some 80 to 100, to move into the hills in supposed pursuit of brigands, followed them with some 800 armed Mussulman inhabitants and many of the civil officials, taking also £ T. 600 from the regimental chest and 15 boxes of ammunition.

This force was shortly afterwards joined by two other officers with officials and inhabitants from the Presba district.

On the 6th July, Liwa Shemsi Pasha, who possessed a great reputation for dealing with rebels, reached Monastir with two battalions from the 18th divisional district, together with some Albanians, with instructions to deal with the insurgents.

On the 7th instant he went to the telegraph office at Monastir, and on driving away from the same was shot at by some officers belonging to the „Young Turkish“ party and killed.

The troops in the Monastir district are refusing to march against the rebels, and desertions, mutinies, and incidents are stated to be now the order of the day.

There is little doubt that Ochrida has for some time past been the centre of a „Young Turkish“ movement, and that the population is heartily sick of the present régime.

It is always unwise to prophesy, but it may be that a movement such as this, in which Mussulmans, after many years of patient endurance, are now freely joining, may have very far-reaching consequences.

I have, &c.

(Signed) H. Conyers Surtees,
Military Attaché.

Inclosure 2 in No. 2.

Consul Heathcote to Mr. G. Barclay.

Monastir, July 5, 1908.

Sir, || I have the honour to report that on the 3rd instant the Adjutant-Major Commanding the Troops stationed at Resna, Niazi Effendi, accompanied by the Superintendent of Taxes and one or two other minor officials and by a few soldiers, seized some seventy rifles and the battalion chest and proceeded to the mountains, where they joined other companions and now form a „Young Turkish“ band about 100 strong.

On the same day similar measures were taken at Nakolets, the headquarters of the Presba nahié, and it is said that the two bands thus formed have joined forces; if so, they amount to about 200 men with 150 military rifles, and no doubt other arms for the rest of the men.

The majority of the small garrison of Resna, which is mainly drawn from the 1st Battalion 18th Regiment, head-quarters Ochrida, remains loyal.

There are rumours of an intention to act in other places also, and there has been of late a certain amount of vague talk about the formation of new Committees of the „Young Turkey“ party.

As to the probable course of action of the new bands, it is related that Niazi Effendi's band meeting a mixed party of Moslems and Christians, disarmed the former, and informed the latter that they had nothing to fear from the constitutional movement. It is also said that his Committee proposed common action with the Bulgarian bands, but that the chief Bulgarian leader was unwilling to make any definite agreement.

I have, &c.

(Signed) W. J. Heathcote.

Nr. 14085. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. — Ermordung Osman Hidayets. Die Verfassung von 1876 wird gefordert.

Constantinople, July 17, 1908. (July 18.)

(Telegraphic.) || I have been informed by Mr. Consul Heathcote that while Major-General Osman Hidayet was reading a telegram from the Sultan to the officers in the barracks this morning he was severely wounded by one of the officers. || A Proclamation has been issued by Niazi Bey, the leader of the Young Turk movement at Resna. In this document the object of the rising is said to be to revive the 1876 Constitution. The Ochrida authorities have been informed by Niazi Bey

that, as laid down by the rules of war, he will requisition supplies in any villages he may pass through.

Nr. 14086. **GROSZBRITANNIEN.** Der Konsul in Monastir an den Botschafter in Konstantinopel. — Näheres über die jungtürkischen Umtriebe in der Armee und Schemsis Ermordung.

Monastir, July 8, 1908.

Sir, || With reference to my despatch of the 5th July, I have the honour to report the assassination yesterday of Lieutenant-General Shemsi Pasha at the moment when he was starting for Resna to direct the operations against the Young Turkish insurgents. || Shemsi Pasha had arrived in Monastir the evening before by special train from Mitrovitza with two battalions of Albanian infantry. He spent the whole morning at the telegraph office in communication with his superiors, and was just stepping into the carriage which was to convey him to Resna when three revolver-shots were fired at him with fatal result. The official account is that the assailant was dressed as a soldier, but it is generally stated elsewhere that he was a junior officer. The General's personal escort of Albanians replied by firing half-a-dozen rifle shots more or less at random, and though one or two harmless bystanders were wounded, the assailant made good his escape. || For a time there was great anxiety in the town, especially as to the probable action of the late General's own men, a body of some thirty Albanians armed with Mausers and apparently dressed as soldiers, but, as I am assured, not belonging to the army. There was, of course, good reason to fear that this band of Bashi-Bozouks might wish to avenge their master; but in fact the afternoon passed off quietly, and I hear that these men have now left for Prishtina. || As to the progress of the Young Turkish rising, there is little but rumour to go upon. Two field officers — Lieutenant-Colonel Sela'ddin Bey and Major Hassan Bey, both, I believe, of the Staff — have left Monastir, and are understood to have joined the insurgents. It is said that considerable numbers have been added to their force in the last few days, and that the troops sent in the first instance from here to Resna have refused to fire on their fellow-Moslems; it is also rumoured that the same feeling prevails among the Albanian troops brought here by Shemsi Pasha, but this is as yet the merest hearsay. || The insurgents have not, so far as I know, given any indication yet as to the course they propose to adopt. They can hardly intend to remain

indefinitely in the Resna and Presba mountains; but for any aggressive action they must be assured of the co-operation, or at least the inaction, of the Imperial troops, and while it is no secret that there is much dissatisfaction in the Monastir garrison with the present régime, it is not possible to say whether this would lead to a refusal to obey orders in case the insurgents were to attempt to gain possession of this town or of any other military centre.

I have, &c.

(Signed) W. J. Heathcote.

Nr. 14087. **GROSZBRITANNIEN.** Der Militärattaché in Konstantinopel an den Botschafter. Bericht über die jungtürkische Bewegung in Mazedonien. Haltung der Truppen.

Constantinople, July 15, 1908.

Sir, || I have the honour to inform you that the following details have reached me with reference to the so-called „Young Turkish“ movement in Macedonia. || The Kolaghassi, who has placed himself at the head of the rebellion in the Okrida district, is a certain Niazi Effendi, a native of Resna, who has been previously badly reported upon for his advanced ideas, and who has been cited before a court-martial at Salonica by which, however, he was acquitted, and, contrary to the wishes of the Vali, sent back to his post at Resna, where, by exercise of personal powers of persuasion, he seems to have made himself master of the situation. || On Friday, the 4th July, he caused several shots to be fired in the neighbouring hills, and made these the excuse for sending out detachments to act against supposed Bulgarian bands, whilst he himself, together with his accomplices, which included an Inspector of Police, several minor officials, and a Servian schoolmaster, having secured some 75 Mauser rifles, 15 boxes of ammunition, and £ T. 540 from the regimental treasury, also moved into the hills, where they seem to have been joined by nearly 100 soldiers and large numbers of so-called Bashi-Bozouks. || The same evening two Lieutenants of infantry, with a certain following and more rifles, joined Niazi Effendi from Presba. || Niazi Effendi then sent a letter to the Vali at Monastir stating that the object of his action was to call attention to the desire of the people for a Constitution and Parliament. || The Young Turk propaganda has recently shown considerable signs of activity, and especially so in those districts of Albania which are cotinguous to that of Resna. Various bands, com-

posed of soldiers and of civilians, are visiting the Albanian centres in the western portions of the Monastir Vilayet, where they are endeavouring to persuade the Notables of all races, creeds, and nations to make common cause for the purpose of obtaining reforms and a better system of government. || Proclamations are being scattered broadcast, even in the Albanian language, calling upon all Turkish subjects, Christians and Mussulmans alike, to oust foreign influences from the country, which otherwise, they say, will be lost to Turkey. || The rebels protest that their object is a worthy one, and that plunder forms no part of their programme, but that their motto is „Liberty and equality for all.“ || Meanwhile, the formation of Albanian bands on the frontier of Albania proper and the Vilayet of Monastir is announced. It is not likely that the intentions of such will be similar to those above related. || Between the 6th and 8th instant, Lieutenant-Colonel Sulah-ed-din Bey with Majors Enver and Hassan Beys together with five Captains, all eight belonging to the Staff of the Monastir garrison, disappeared — presumably to join the party of Niazi Effendi, and to-day we have news from Monastir to the effect that several Lieutenant-Colonels are with the rebels. || It is rumoured that the object of the rebels is to isolate Monastir, and that many officers have remained in that town merely for the purpose of spreading disaffection. || Thirty-eight officers belonging to the IInd and IIIrd Army Corps are now under arrest at Constantinople, and it is said that they will shortly be arraigned before a court-martial at Scutari, when an example will probably be made. || According to information, dated the 7th July, from Monastir, two battalions having refused to march thence against the rebels of Presba and Resna — Shemsi Pasha — commanding the 18th Division at Mitrovitza, received an order to come to Monastir with two battalions, 3 and 4/69, from Prisrend. || These arrived on the evening of the 6th July, and, being composed largely of Bosnian elements, Shemsi felt every confidence in their loyalty. On the morning of the 7th July many telegrams passed between Shemsi and the Palace, and at about 3 P. M., whilst he was leaving the telegraph office and about to enter his carriage, he was shot down by the revolvers of three Turkish officers. || The soldiers of the escort are reported to have fired in the air, and so to have permitted the assassins to escape. || News from Monastir states that one of the two battalions which arrived with Shemsi Pasha has definitely refused to move against the rebels. || The body of Shemsi Pasha was buried on the 8th with full military honours. || The movement as yet shows no sign of collapsing. Lieutenant-General Sadik Pasha was grievously wounded by an Albanian on or about the

10th instant whilst returning on board a French steamer from Salonica to Constantinople, and about the same time a Mufti was assassinated by officers whilst about to enter a train at Salonica for the capital. It seems he was suspected of being a Palace spy. || Officers have been arrested also at Gostivar, and agitation is spreading at Prisrend and Perlepe. || The whole of the IIIrd Ordu Headquarter Staff, a portion of which was formerly at Monastir, has now been established at Salonica under the new Commander, Mushir Ibrahim Pasha; whilst Osman Pasha, a new Mushir has been appointed to command the newly formed Monastir independent military district. || Twenty-eight first-class Redif battalions have been ordered to Europe from Asia Minor. Of these, sixteen are from the 12th Division (Smyrna-Aidin district), whilst the remainder, with the exception of one regiment from the Ist Ordu district, are, it is said, to be from Konia and Khozat. || Ten thousand Redifs are also to be called out, it is said at Adrianople and at Salonica, but this is not certain. || The Mutessarif of Durazzo has been ordered to have everything ready for a rapid mobilization of troops in his district, and the Redif battalions of Sienitza and Yeni-Bazaar, 3 and 4/39, have been called out. || The Turkish authorities appear to be in desperate straits for money wherewith to pay up the time-expired men, who are everywhere clamouring for discharge. They, however, recently obtained £ T. 95,000, £ T. 50,000 of which was a loan from the „Dette Publique,“ but this sum is all earmarked. || The civil and military authorities at Salonica are much perturbed. Three Generals were recently sent thither from Constantinople, viz., Ismail Mahir, Regeb and Yussuf Pashas, to conduct an inquiry with the progress and condition of the Young Turkish party.

I have, &c.

(Signed) H. Conyers Surtees, Colonel,
General Staff, Military Attaché.

Inclosure in No. 6.

Vice-Consul Satow to Consul-General Lamb.

Uskub, July 11, 1908.

Sir, || I have the honour to report that for some days past considerable excitement has prevailed among the Albanians in the district of Ferisovitch.

The primary cause of the trouble seems to have been a simple one, viz., the organization of an excursion train, on behalf of the Austro-German (Railway) school, to the village of Saratishta, near Ferisovitch, which was fixed for Sunday, the 5th July. Preparations had been made

for this event in a wood near the village, where a dancing-platform had been erected, and decorations, including it is said some Austrian flags, put up.

News as to a pending incursion of Austrians and their families seems to have spread quickly abroad, and Albanians began to collect, with the result that the idea of the excursion train was abandoned.

On the Sunday, according to the driver who took up a train of empties to Mitrovitza, the line between the stations of Kachanik and Liplian was carefully watched by Albanians who were prepared to drive off the intruders, while the dancing-platform in the wood was burnt.

Albanians still continued to come in until their numbers reached several thousands, so that, as they showed no inclination to disperse, the Mutessarif of Prishtina was sent to Ferisovitch, where the majority had assembled, to persuade them to return to their villages.

On this an agitation was started against the Mutessarif who was obliged to leave for Uskub, where he arrived on the 9th instant. The Mudir of Ferisovitch was also obliged to leave.

According to the latter the Albanians number more than 10,000, but I do not doubt that this is an exaggeration. In any case, however, their number is considerable. The Mufti of Prishtina, a man of much influence, is now trying to persuade them to disperse peaceably.

It is not clear whether they will at once do this, as they are said to have invited the Uskub Notables to send delegates to discuss with them the general situation. There are also rumours as to a movement in favour of a „Mejliss“ (Council) for Albania, but nothing is as yet really known as to their intentions.

As, however, the military force at the disposal of the authorities is at present small, having been further weakened by the recent dispatch of a battalion and a-half from Mitrovitza to Monastir with the late Shemsi Pasha, the Albanians are really masters of the situation.

I have, &c.

(Signed) H. E. Satow.

No. 7.

Mr. G. Barclay to Sir Edward Grey.

Constantinople, July 21, 1908.

(Telegraphic.) || Three more assassinations in connection with the „Young Turk“ movement in Macedonia are reported this morning. On the evening of the 19th instant a Major and a Lieutenant were murdered at Monastir, and four persons, said to be officers in disguise, shot a Colonel dead at Serres.

The insurgents are reported to be enrolling recruits in the Monastir District, and His Majesty's Consul reports that they have made overtures to the local Bulgarian and Greek Committees, and that he learns that, subject to the approval of the Central Organization, the former have given a favourable reply, but that the latter have declined to join them.

I understand that Marshal Osman Pasha has orders to act with caution and try to induce the insurgents to return to their allegiance by fair promises, but judging from the assassination at Serres and the revolt of the garrison at Tikvesh the movement seems to be gaining ground.

Promotion has been granted to a large number of officers in the Constantinople garrison, no doubt with the object of securing the loyalty of the 1st Army Corps.

No. 9.

Mr. G. Barclay to Sir Edward Grey. — (Received July 22.)

Constantinople, July 22, 1908.

(Telegraphic.) || I received last night a telegram from His Majesty's Consul-General at Salonica reporting that 1,800 troops had arrived from Anatolia the previous day, and had started in the direction of Monastir; he stated that all the officers declared that they would refuse to fire on their fellow soldiers. The total number of troops arrived from Anatolia at Salonica amounts now to about 6,000 men.

Three battalions each 800 strong arrived in Monastir yesterday; these troops are said to be to a large extent favourably disposed to the „Young Turk“ movement. Mr. Heathcote also reports that about 10 officers and 100 privates have deserted at Ochrida, where the Young Turks have seized 95 cases of ammunition and 900 rifles.

Nr. 14088. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Ministerwechsel.

No. 10.

Constantinople, July 22, 1908. (July 23.)

(Telegraphic.) || The events which have lately occurred in connection with the „Young Turkish“ movement in Macedonia have led the Sultan to change both the Grand Vizier and the Minister of War, in the evident hope of checking the movement, especially in the army. Ferid Pasha's resignation was accepted to-day, and the Grand Vizierate was offered to

Kiamil Pasha; the latter, however, made conditions which the Sultan found unacceptable, and His Majesty has now appointed Saïd Pasha, who took refuge in His Majesty's Embassy some years ago with both his sons. He has the reputation of being a man of liberal views. Omer Rushti Pasha, Chief of the General Staff, has been appointed Minister of War in place of Riza Pasha.

Nr. 14089. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Das-selbe. No. 11.

Constantinople, July 23, 1908. (July 23.)

(Telegraphic.) || I reported in my telegram of yesterday the resignation of Ferid Pasha and the appointment of Saïd Pasha as Grand Vizier, and I now learn from an official publication that the ex-Grand Vizier, Kiamil Pasha, has been made a member of the Cabinet without a portfolio. An appointment of this nature is unprecedented, and practically means that Kiamil Pasha is to be associated with Saïd Pasha in the Grand Vizierate. || An official „Gazette“ announces that the title of Commander-in-chief („Serasker“) is abolished and is replaced by that of Minister of War, with the object apparently of conveying the impression that the highly centralized autocracy known as the Palace régime, against which the Young Turk movement is directed, has been replaced by Ministerial responsibility.

No. 12.

Mr. G. Barclay to Sir Edward Grey. — (Received July 23.)

Constantinople, July 23, 1908.

(Telegraphic.) || I learn from His Majesty's Consul at Monastir that outbreak similar to the rising at Ochrida (see my telegram of yesterday) have occurred at Grebana, Elasona, Kozana, Kailar, and Serfije, and that the Vali of Monastir has sent in his resignation. One of my colleagues is informed that this action of the Vali's was taken because the Sultan refused to grant the demands of the insurgents, which he had urged His Majesty to do, as resistance to them would be useless.

Nr. 14090. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Überschiekt Dokumente zum Programm der Jungtürken. — Fortschritte der Jungtürken in Monastir.

No. 13.

Therapia, July 20, 1908. (July 24.)

Sir, || With reference to my telegram of the 17th instant, I have the honour to transmit French translations of three documents issued by

Niazi Bey,* the leader of the Young Turkish rising in the Vilayet of Monastir. These documents, which were communicated to Mr. Consul-General Lamb, are interesting as showing the professed object of the rising, *i. e.*, the application of the Constitution of 1876 and the methods by which it is proposed to support the movement. || I also inclose a copy of a despatch from His Majesty's Consul at Monastir, from which it appears there is little or no concealment now of the Young Turkish sympathies entertained by many of the officers in Monastir, and I understand from Mr. Lamb that some doubt is felt as to the spirit prevailing amongst the Redifs from the Smyrna district, who have begun to arrive in Salonica. So far no serious expedition has been sent against the insurgents, and it is probable that Marshal Osman Pasha will at first try conciliatory methods. || At the close of his despatch Mr. Heathcote gives the summary of a document handed to him by a „civilian of some standing“ purporting to give the aims of the Young Turks. The document emanates from the „Comité d'Union et de Progrès Ottoman,“ which as you will remember, addressed the Governments of the Great Powers in June last in favour of general reform embracing the whole Empire without distinction of race or creed, as opposed to partial reforms for the benefit of the Christians in Macedonia.

I have, &c.

(Signed) G. Barclay.

“ : ————— ”

Anlage.

Consul Heathcote to Mr. G. Barclay.

Monastir, July 13, 1908.

(Extract.) || The active rising does not appear to have made much progress since the date of my last despatch, the 8th July. The insurgents have been joined by a few more officers, notably Lieutenant-Colonel Nouri Bey of the Staff, and apparently also Lieutenant-Colonel Enver Bey, who had been summoned to Constantinople, but who disappeared from Salonica some days ago. It is stated, that these two officers, together with the two named in my last Report, Sela'ddin and Hassan Beys, have refused an offer of pardon and promotion to the rank of Major-General made to them by telegraph directly from Constantinople. They and their companions have now left the Resna district for that of Ochrida, and are said to be now going about in small parties among the villages, enrolling recruits to join them at the first summons; when

*) Anmerk. Beilage I am Schluß der Publikation. Red.

they visit Christian villages they treat the inhabitants well, promising them protection, and in many cases paying fully for the supplies they take, though I hear also reports of payments by drafts redeemable, no doubt, only in case of success. || There is little or no concealment now of the Young Turkish sympathies entertained by many of the Monastir officers, who talk politics openly in the cafés and elsewhere in a way that would have been impossible a fortnight ago. || General Shukri Pasha, Commandant (or Inspector) of the Artillery of the IIIrd Army Corps, arrived here on the 10th and left on the 12th. It is said that his mission was to strengthen the loyalty of the Monastir garrison, but that his interviews with the officers with this object were not satisfactory. || Field-Marshal Osman Pasha arrived here from Salonica last night, and is staying in the house of the Vali. I understand he has been sent here in succession to the late Shemsi Pasha, and it is generally supposed that his orders are to make another attempt to conciliate the insurgents, and recall them to obedience before employing force; if he is ultimately compelled to have recourse to the latter alternative, the general opinion here is that it will be necessary to send up fresh troops of more certain loyalty than those now in Monastir. || There is reason to believe that the leaders of the movement are sincerely desirous of avoiding any action against the Christian population. || Since writing the above, I have been visited by a civilian of some standing, who repeated the assurances already made to me that the movement is in no way directed against the Christians. He expressed anxiety lest the strength of the party should be underrated, and its aims misunderstood in Europe, foreseeing that in both these senses misrepresentation might be used against them by their opponents. He handed to me a paper, of which I may perhaps summarize the chief contents now, as there is not time to prepare copies before this despatch has to be sent off. The paper bears the seal of the „Comité d'Union et de Progrès Ottoman.“ || 1. The object of the League is to secure the application of the Constitution of 1876 (1292). The present bad situation of the Empire is wholly due to the existing régime of despotism, favouritism, and corruption. Let Europe recognize that improvement can only be attained by substituting for this a constitutional régime. The Great Powers can show their good-will towards the peoples of Turkey by earnestly urging His Majesty the Sultan to yield to the legitimate demands of his subjects, who are loyal, though in revolt against the shameful situation of their country. || 2. The League solemnly declares that it is not hostile to the non-Moslems, but that constitutionalism implies security for the life, honour, and property of all alike.

3. If the League sometimes employs „energetic methods“, it is only in extreme cases against the enemies of liberty. || 4. We avoid useless bloodshed, of which too much has been caused by the Government. It may even be feared that the Government will this time again provoke a massacre between Moslems and non-Moslems, to throw the blame on our party. || 5. The fighting corps will not attack the villages, but will defend them from the incursions of bands from without, and will preach goodwill and fraternity. || 6. To prove once more the unscrupulousness of the Government, it is sufficient to quote the following recent incident: Shemsi Pasha, in order to bring his personal guard of Bashi-Bozouks, had represented the Resna affair to them as a Servian insurrection. Is not the employment of these lawless plunderers a contempt of the friendly advice constantly given by the Great Powers?

Nr. 14091. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Proklamierung der Verfassung in Monastir*).

Constantinople, July 24, 1908. (July 24.)

(Telegraphic.) || Yesterday, in the presence of the Vali and other officials, a large number of Christians and Moslems, and the whole garrison of the town, the Constitution of 1876 was publicly proclaimed at Monastir. The Mullahs offered up prayers, the Greek Bishop and the representatives of the League of Progress and Union made speeches, and an artillery salute was given. The scene was one of great enthusiasm, but there was no disorder. || The proclamation has also been made at Serres, with speeches by the Mutessarif and the chief preacher. The town is perfectly quiet, but the people have been ordered not to disperse until the Sultan has replied to the Mutessarif's telegram asking His Majesty to recognize the Constitution without delay. || At Drama also the Constitution was proclaimed at the Konak by a body of troops, consisting of twenty officers and 100 men, who marched there from Serres. They also asked the Sultan by telegraph to recognize the Constitution within two days. The proclamation was made in a perfectly orderly fashion, and complete tranquillity prevails in the town. || At Salonica, where also perfect order still prevails, although there is much excitement, officers and civilians have been addressing the people from hotel balconies and the steps of the Government buildings, assuring them that

*) Anmerk. Am 24. verordnete ein Iradé des Sultans die Vorbereitung von Wahlen nach der Verfassung von 1876. Red.

the Constitution of 1876 is this morning to be proclaimed. || The Officer commanding the troops at Uskub has left for Salonica, having refused to support the movement in favour of the Constitution; he was escorted by his officers to the railway station.

Mr. G. Barclay to Sir Edward Grey. — (Received July 26.)

Constantinople, July 25, 1908.

(Telegraphic.) || Since yesterday the old spy system has completely disappeared in the capital, and on the advice of the Grand Vizier the Sultan has proclaimed a general amnesty for all political exiles and refugees.

The reality of the revival of the Constitution being evident from this morning's uncensored newspapers, the population of this capital have given free expression to their joy by decorating the town and by enthusiastic demonstrations at the Ministry of Foreign Affairs and other public offices. Determination of all to combine in working for the good of the Empire and loyalty to the Sultan formed the key-note of these demonstrations. The Grand Vizier was given a popular ovation this afternoon by several thousand Christians and Moslems assembled at the Grand Vizierate, who insisted on his Highness receiving and replying to an address. The crowd is animated with good humour, and it is remarkable to see the fraternization of Moslems and Christians, especially Armenians.

The Turks, who remember that both Kiamil Pasha and the new Grand Vizier have at various times sought British protection, and look upon England as the champion of constitutional liberty and the traditional friend of Turkey, showed special friendliness towards several Englishmen who happened to be circulating in the town.

Mr. G. Barclay to Sir Edward Grey. — (Received July 26.)

Constantinople, July 26, 1908.

(Telegraphic.) || I have received the following telegram from Mr. Greig, British Vice-Consul at Serres: —

„The proclamation of the Constitution on the 25th July was followed by general enthusiasm. As an example of the general feeling, the President of the Bulgarian Committee and the Greek Archbishop embraced on the suggestion of the Mutessarif. The Bulgarian Agent and the Greek Consul were informed by an official deputation during the course of the afternoon that the sympathy of their respective Governments would be

appreciated. The deputation also told them that crime would in future meet with severe punishment. On the evening of the 25th July all the Consuls, officials, and Notables attended a banquet which had been got up to celebrate the granting of the Constitution. This district is at present singularly free from crime."

Mr. G. Barclay to Sir Edward Grey. — (Received July 27.)

Therapia, July 22, 1908.

Sir, With reference to previous correspondence regarding the Young Turkish movement, I have the honour to forward to you herewith a despatch which I have received from Mr. Vice-Consul Satow, reporting the mission of General Shukri Pasha to Uskub, with a view to tranquillize the movement in favour of the Young Turk party in that town.

You will perceive that the General addressed the officers of the garrison as well as the Notables of the town, and that in both cases his efforts appear to have been without success.

Mr. Satow reports that the Albanians assembled at Ferisovitch have decided to make a truce amongst themselves, and to bind themselves to support the action of the Young Turkey party. I have already reported by telegraph that they have addressed a telegram to the Sultan demanding the application of the Constitution of 1876.

My telegrams of the last few days will have shown you how serious is the situation, and that the Young Turkish movement has spread over a large area. Assassinations have been committed in the last day or two at Dibra, Monastir, and Serres. Reports from Salonica, Uskub, and Monastir show that the Albanians at Ferisovitch and the bulk of the officers in the larger garrisons are in sympathy with the movement. From Ochrida we hear that a number of troops have deserted, taking with them arms and ammunition, the garrison at Tikvesh is reported to be in a state of revolt, and, lastly, the officers of the newly arrived troops from Anatolia would seem to be no less disaffected than their comrades of Salonica and Monastir.

I have, &c.

(Signed) G. Barclay.

Vice-Consul Satow to Consul-General Lamb.

Uskub, July 16, 1908.

Sir, With reference to the Young Turkey movement, I have the honour to report that on the 14th instant the officers of the garrison

were assembled and addressed by Lieutenant-General Shukri Pasha, an artillery officer, who had been sent from Constantinople in connection with the movement.

According to the reports current of what passed at the meeting, he exhorted his hearers to be loyal to the Sultan, and impressed upon them the continual efforts of His Majesty in the interests of his people. A Lieutenant answered on behalf of the officers to the effect that their aim too was the prosperity of the nation, and that they would never take action against any one who was genuinely trying to further its interests.

The Notables of the town were also assembled and addressed in similar terms. It is alleged that a reply was made by Salih Bey, ex-President of the municipality, who said that, as they were all working for the good of the nation, His Imperial Majesty would doubtless approve their aims.

Shukri Pasha left the same day for Constantinople.

With regard to the agitation at Ferisovitch, reported in my despatch of the 11th instant, it is said that the Albanians have decided to make a „bessa“, by which they will bind themselves to support the action of the Young Turkey party, and that they will then disperse.

The Mutessarif of Prishtina, Ismail Pasha, against whom the agitation was partly directed, has been removed from his post. The Kaïmakam of Uskub, Jemal Bey, has been sent to Prishtina as Acting Mutessarif.

The Uskub Redif battalion returned here from Palanka on the 14th instant to be disembodied. This step has possibly been taken to avoid any open expression of discontent on the part of the men. It should, however, be stated that the condition of the Palanka Kaza is quieter, owing to the orders given to the Servian bands to refrain from active operations.

On the 13th instant a number of time-expired men of the 1320 class received their discharges and went off. Some of the artillerymen, however, of this class have not yet received their discharges, which fact has given rise to some dissatisfaction.

I have, &c.

(Signed) H. E. Satow.

Nr. 14092. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Große konstitutionelle Demonstration vor dem Sultan.

Constantinople, July 26, 1908. (July 27.)

(Telegraphic). || To-Day there have been manifestations of gratitude and loyalty and rejoicings at the new Constitution in all parts of Con-

stantinople. || Deputations of the different guilds, regardless of what creed they belonged to, attended a large meeting which took place in the large square of the Ministry of War, and from there they proceeded to the Palace of Yildiz where they presented addresses. A message was sent to the people by the Sultan which has since been proclaimed in public places, and after being printed has been circulated throughout Constantinople. The Sultan thanks the people in this message for their demonstrations of loyalty, and he expresses his confidence that the Assembly when convoked will show a loyal spirit to him and his Government. || It is said that the number of people who went to Yildiz in these deputations amounted to 50,000. A very prominent part was taken by the Softas.

Nr. 14093. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Soll dem Großwesier zu dem neuen Zustande gratulieren. Eventuell Suspendierung der Vorstellungen über Mazedonien.

Foreign Office, July 27, 1908.

(Telegraphic.) || I request that you will as soon as possible avail yourself of an opportunity of offering your congratulations to the Grand Vizier on the occasion of his accession to office in circumstances so favourable as those created by the Sultan's promulgation of a Constitution. || His Highness should be assured that the warmest sympathy has been called forth by this event in England, in which country the welfare of Turkey is earnestly desired by means of a regeneration of the Administration. You should point out that such action as His Majesty's Government have taken from time to time with regard to the state of affairs in Armenia or Macedonia has been inspired solely with a view to obtaining an amelioration in the Government of those districts which are effected by our Treaty obligations and has never been tinged with hostility to Turkey. As far as His Majesty's Government are concerned the Macedonian question and others of a similar character will entirely disappear, once good government throughout the Turkish dominions is established. You may assure his Highness that any changes or genuine efforts on such lines will not be embarrassed by us but will receive our fullest sympathy. || The nature of our proposal relating to the mobile force should also be explained to the Grand Vizier. An agreement in principle has been arrived at between the other Powers and ourselves on this subject. Nothing more is contemplated

than such measures for the suppression of the bands in Macedonia as would naturally be taken by the Turkish Government themselves in a genuine effort to secure life and property in those regions. || His Majesty's Government, however, in view of the statement made at the Porte to the effect that during the last few days the bands have disappeared do not wish to embarrass the new Turkish Government. They place confidence in the determination of the Grand Vizier to maintain order in Macedonia and to render life and property secure for all. They are, therefore, reconsidering the question of making any further representations on this subject so long as tranquillity remains undisturbed and efforts for its preservation are not relaxed. No announcement of this kind can, however, be made until the other Powers in concert with whom we are acting have been consulted.

Nr. 14094. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Petersburg. — Soll die Anschauung der russischen Regierung feststellen.

Foreign Office, July 27, 1908.

(Telegraphic.) || His Majesty's Government are of opinion, in view of the marked improvement caused in the Macedonian situation by the inactivity of the bands and by their reported disappearance, that, so long as tranquillity remains undisturbed and the effort to maintain it is persevered in by the Turkish Government, it is desirable that any representations to the Porte for the creation of a mobile force should be suspended. || If Russian Minister for Foreign Affairs agree, we will inform the other Powers of this opinion. Please ascertain his views on the matter.

Nr. 14095. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Amnestiefrage u. Camarilla.

Constantinople, July 27, 1908. (July 28.)

(Telegraphic.) || A Petition praying that a general amnesty should be accorded to all political offenders, and requesting that certain members of the Palace camarilla might be removed, including the notorious Izzet Pasha and the Sultan's First Secretary, was presented to the

Sultan late last night by a deputation through the intermediary of the Sheikh-ul-Islam. After much insistence the deputation were finally admitted to the presence of the Sultan, who refused to accede to the request for the removal of the members of the camarilla. || A large meeting took place to-day at the Santa Sophia Mosque, and a deputation again proceeded to Yildiz to renew their request that the favourites of the Sultan who were obnoxious to the people should be removed. The general amnesty has been publicly announced, but the Sultan's decision with regard to the dismissal of his objectionable favourites is not yet known. || The 1st November has been decided on as the date for the assembly of the new Chamber of Deputies. || A deputation visited the British Embassy at Pera to-day and said that they entertained most friendly feelings to England as the country which was the champion of liberty. There have been a large number of deputations parading the town. || There has been no disturbance of public order up to the present.

Nr. 14096. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. — Mitglieder der Camarilla suchen Schutz in der Botschaft.

Constantinople, July 28, 1908. (July 28.)

(Telegraphic.) || Yesterday an inquiry was addressed to me by an emissary as to whether protection could be afforded by the Embassy to two members of the camarilla, and if they could also be helped to get out of the country. As it was not clear that they were in imminent danger of their lives I declined to do so, and it seems better not to assist persons with such a record if it is possible to avoid doing so. I, however, gave the emissary to understand that if they took refuge in the Embassy because they were flying for their lives I would not refuse them asylum.

Mr. G. Barclay to Sir Edward Grey. — (Received July 29.)

Constantinople, July 29, 1908.

(Telegraphic.) || The town of Constantinople is resuming its normal appearance, and the street demonstrations have almost entirely stopped, as the leaders of the Young Turk party and the Ministry have strongly advised the people to resume their ordinary avocations. || In compliance with the demands of the people for the dismissal of the obnoxious members of the Palace camarilla, the Sultan has sent the notorious Izzet

Pasha, his second Secretary, to exile in Damascus, together with his family, and has also disgraced Ismail Pasha, his Aide-de-camp, and the principal spy of the military schools.

Nr. 14097. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an die Botschafter in Paris, Rom, Berlin, Wien, Petersburg. — Mazedonische Frage.

Foreign Office, July 29, 1908.

(Telegraphic.) || Macedonia. Please make following communication to the French Government:— || Any representations to the Porte with a view to the creation of a mobile force for the suppression of the Macedonian bands are for the present rendered inopportune, in our opinion, owing to the surrender of the leaders and the voluntary dissolution of the bands in question.

Nr. 14098. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Kein Schutz der Camarilla.

Foreign Office, July 29, 1908.

(Telegraphic.) || Your telegram of the 28th instant. || You should not make representations to Turkish Government on behalf of members of the camarilla. We should certainly not receive them at His Majesty's Embassy. They have no claim whatever on us, and have thwarted continually all our reform proposals.

Nr. 14099. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafterin Petersburg. — Schleuniger Beschluß über Mazedonien ist nötig.

Foreign Office, July 29, 1908.

(Telegraphic.) || Macedonia. With reference to my telegrams of the 27th and 29th instant. || We fear that, if this step were further delayed, the situation might be affected adversely. Some tendency has already made itself apparent in the direction of interference with the European officers of the gendarmerie, and an unfavourable turn might be given to the situation by the idea that at this moment, and before the new Government has got control in Turkey, further pressure was to be applied. You should explain this to the Russian Government.

Nr. 14100. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Ausw. — Iswolsky ist einverstanden.

St. Petersburg, July 30, 1908. (July 30.)

(Telegraphic.) || With reference to your telegrams of the 29th instant on the subject of Macedonian affairs. || Your views regarding desirability of suspending representations for the creation of a mobile force in Macedonia meet with M. Iswolsky's full concurrence. His Excellency informs me that he is himself now occupied in considering what course to adopt as regards the scheme of reforms which the Russian Government had prepared. He considers that it is essential that Great Britain and Russia should avoid placing themselves in antagonism to a Mussulman movement productive of genuine reforms, and that a fair chance of showing what good it can bring about should be afforded to that movement.

Nr. 14101. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Näheres über den Entschluß des Sultans zur Konstitution.

Therapia, July 26, 1908. (July 31.)

(Extract.) || The Sultan's decision to re-establish the Constitution of 1876 was taken late in the night of the 23rd-24th instant, at the close of a prolonged Council of Ministers at the Palace. || The question of some reform short of the revival of the Constitution was mooted, but following the advice of the Grand Vizier, Kiamil Pasha, and the Minister for Foreign Affairs, His Majesty declared himself against half-measures, and decided to re-establish the Constitution, which he said he had himself granted, and which had never been abrogated. In the early morning of the 24th a circular was sent to the provinces announcing the Imperial decision, and it was published in the capital in the morning's papers. In Constantinople the importance of the measures did not seem to be fully realized at once, for there was no manifestation of enthusiasm to speak of during the 24th, but on the following day the fact that the newspapers bore no trace of the censorship was taken as showing that the revival of the Constitution was a reality, and since then there has been every sign of popular rejoicing amongst Moslems and Christians alike. As I have already mentioned, Englishmen have been the recipients of many expressions of friendliness from Turks, who feel that their aspirations to Constitutional liberty cannot lack the moral support of Great Britain. This feeling is doubtless strengthened by the fact that

the two statesmen whom the Sultan has raised to power in this crisis have both at different times enjoyed British protection. || What distinguishes the present measure from all other reforms in Abdul Hamid's reign is that it was not due to foreign pressure upon the Sultan, nor was it, like the promulgation of the Constitution of 1876, the work of a few statesmen ahead of their time. Thirty years of growing enlightenment have intervened since 1876, and Friday's Iradé was obtained by the united pressure of the army and His Majesty's Mussulman subjects. || The discontent of the Mussulman population with the corruption of the Administration, and with the rule of the Palace favourites and spies which has characterized what is known as the Hamidian régime, has been steadily growing for some time past. During the last three years the Embassy has frequently had occasion to report significant manifestations of this discontent, which has finally culminated in the revolt of the IIIrd Army Corps. There are reasons for thinking that similar movements were expected in other portions of the army. It was this, no doubt, and the fact that the Albanians had declared themselves in favour of the Constitution, which made the Sultan listen to counsels of moderation. A reform introduced by pressure from Abdul Hamid's army and backed by the general sympathy of his Mussulman subjects stands a good chance of effective application. The immediate suppression of the censorship of the press, the abolition of the system of espionage, which has for long been the terror of Constantinople, and the proclamation of an amnesty, are significant events, and the bloodless and orderly character of the revolution — practically the only victims have been spies — the wise and gracious manner in which the Sultan has yielded, the universal character of the loyal and enthusiastic demonstrations of the past two days showing that it is realized that the present reform will benefit Moslem and Christian alike, and above all, the indications which reach us from Macedonia of the cessation of band activity, give at least some warrant for the sanguine expectations for the future which are the uppermost feeling in the population of the capital to-day.

Nr. 14102. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Unterredung mit dem türkischen Gesandten über die Staatsumwälzung.

Foreign Office, July 31, 1908.

Sir, The Turkish Ambassador came to see me to-day, and asked what news I had about Turkey and what was my opinion. || I told him

we should cordially welcome anything which made for good government in Turkey. Our one wish was to secure good government, and if the Turks were now going to establish that for themselves we should be glad to express our satisfaction and to give them our sympathy. || He pressed me as to what I knew of the views of the other Powers. || I told him I could give him no information as to the attitude of the other Powers, for I had heard nothing from them. I could only tell him that our sympathy was with the reform movement in Turkey, and that we should regret very much if any one attempted to interfere with it. Our quarrels had never been with the Turkish people, but only with that particular form of Government against which the Turks themselves had now protested. We had informed the other Powers that it seemed unnecessary at present to proceed with the discussion of the note about the mobile force for Macedonia which we had thought of presenting to the Porte. || The Ambassador questioned me as to the representations to be made to the Balkan States and Greece against supporting the bands in Macedonia. || I said we had been on the eve of suggesting to the Powers that, when we presented the note at Constantinople about the mobile force, we should simultaneously present a joint note to Bulgaria, Servia, and Greece, urging them not to support the bands. But it was difficult to press this now, as the note to Constantinople had been abandoned for the present. I hoped, however, that he had noticed the reference to this point which I had made the other night in Parliament. || The Turkish Ambassador seemed very pleased with all that had taken place, and spoke with great satisfaction of the sympathy which was expressed in the English press, and of the prospect of friendly feeling towards Turkey. || I told him I hoped that henceforth there would be much more pleasant interviews in this room with the Turkish Ambassador than there had been for many years past.

I am, &c.

(Signed)

E. Grey.

Nr. 14103. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Keine Aufnahme von Gegnern des neuen Regiments.

Foreign Office, August 3, 1908.

(Telegraphic.) || Izzet Pasha.*) With reference to your telegram of the 1st instant || Unless requested by the Porte to do so on a criminal

*) Anmerk. Der frühere Sekretär des Sultans sollte sich auf ein engl. Schiff geflüchtet haben. Red.

charge, we cannot, I assume, interfere with any Turkish subject. Our action must be governed by this maxim in the case of Izzet as well as of others. Neither His Majesty's Embassy nor any official vessels should, however, receive undesirable persons who may seek asylum.

Nr. 14104. **GROSZBRITANNIEN.** Der Generalkonsul in Saloniki an den Botschafter in Konstantinopel.—Programm der Jungtürken. Sie lehnen eine fremde Einmischung ab.

Consul-General Lamb to Mr. G. Barclay.

Salonica, July 21, 1908.

Sir, || I have the honour to transmit herewith copy of a Memorandum which has been addressed to the Consuls of the Great Powers by the Salonica branch of the Ottoman Committee of Progress and Union. *) || This document may appear somewhat grandiloquent in view of the restricted number of „Constitutionalists“ who have hitherto taken the field, but there is nothing whatever, either in the conduct hitherto observed by these few or in the openly expressed opinions of the great mass of their sympathizers, who are avowedly only awaiting the opportunity for declaring themselves, that can be said to be in the least inconsistent with it. || Telegrams have appeared in the European press to the effect that the Young Turkish movement is directed, not against the Government of the Sultan, but against the reforms, which is manifestly absurd. The movement is directed primarily against arbitrary government by canarilla, but being strongly nationalist in tone it is naturally opposed to foreign intervention. The attitude of the Young Turks towards the reforming efforts of the Powers is that they may have been well meant, but that they have necessarily failed in their object, owing partly to a want of comprehension of the real source of the evils it was desired to remove and partly to the „tiraillements“ of the Powers themselves, who were not all equally sincere in their endeavours. It is satisfactory to note that in this respect England stands first in their consideration. In spite of our supposed partiality towards Bulgaria, they recognize the greater disinterestedness and sincerity of His Majesty's Government and hope for its support in the near future, for no doubt appears to exist in their minds as to the ultimate success of their movement, provided

*) Anlage II am Schluß der Publikation. Red.

that there is no armed intervention on the part of the neighbouring Powers. || It is significant of the rapid and complete change that has taken place in the political atmosphere since the „pronunciamiento“ of Resna that, whereas when the former Memorandum was deposited at this Consulate on the 25th May last I thought it preferable to transmit it to you privately so as to take no risk of attracting attention to the bearers, in the present case it has been a matter of public notoriety for three days past that this Memorandum was being prepared for distribution, and no concealment appears to have been thought necessary.

I have, &c.

(Signed) Harry H. Lamb.

Nr. 14105. **GROSZBRITANNIEN.** Der Oberstleutnant Bonham
in Drama an den Botschafter in Konstantinopel.
— Schilderung der jungtürkischen Bewegung.

Drama, July 23, 1908.

Sir, || I have the honour to report, in confirmation of my telegram of this evening, that the town and Government of Drama are in the hands of a detachment of soldiers commanded by officers belonging to the Young Turkey party, to which the garrison of the town has gone over, and which has been received with open arms by all the principal Turkish Beys and Notables, and whose demands have been subscribed to from various motives by practically the whole Turkish and Greek population of the town. || Some such event was, by people who knew, not altogether unexpected to happen for some time, but it nevertheless came to-day as a complete surprise to all except the most initiated, and to none more so than to the Mutessarif of Drama himself. || Put in the briefest terms, what actually happened was this: —

By the usual train from Salonica there arrived at Drama at or about 1,30 P. M. 100 soldiers and twenty officers commanded by a young staff officer named Rushen Bey, a Kolaghassi (Vice-Major in the army). On arrival the detachment was paraded, rifles were loaded and bayonets fixed, and Rushen Bey proceeded to deliver a speech in which, as I am informed by people who heard this, he dilated upon the iniquities of the present Government, laid great stress on the brotherhood of all nationalities under the Ottoman flag, on the absolute necessity of establishing a constitutional Government if the Turkish Empire was to be saved from utter ruin, on the abolition of the distinction between race and creed under the Ottoman Government, and gave the words „La patrie,

liberté, égalité, fraternité" as their new motto. He then turned to the soldiers, and said: „You are now going into the town to proclaim a constitutional Government; any one who resists, no matter what his rank or position, is to be shot dead and the body left until the evening where it falls.“ || The party then marched off, preceded by a military band, Rushen Bey at its head, the other officers and the troops following, waiving a broad banner specially made in Paris for the Young Turkey party, amidst cries of „Vive la nation!“ to the Konak. || About 2 P. M. two of our interpreters came up to the British officers here in a state of considerable excitement and alarm, saying that a body of fifty Turkish troops had arrived by the train, and were marching towards the Konak with loud shouts, waiving a large flag and calling on the population to join them. In consequence the Greeks were in a great panic, had shut their shops and fled to their houses awaiting a general massacre. I at once collected the British officers at Drama at the moment — Lieutenant-Colonel Tyrrell, Major Nye, and Captain D. Stephen — and rode down to the Konak, which, besides being the seat of Government, also contains the gendarmerie officers, as quickly as possible, arriving there about 2,25 P. M. I found a considerable concourse of people assembled, but everything quite orderly and calm. I asked the officer commanding gendarmerie battalion what had happened, and he told me substantially the story as related above, and said that he was quite powerless to do anything, as the garrison had gone over to the Constitutional party. I then went with him to his office, where I found a number of army officers. I told them that it was not my business to criticize or comment on the step that they had taken, but that it would be my duty to watch and report upon the manner in which they conducted themselves, and in which the movement they had apparently entered upon was carried out. || At this point Rushen Bey, the director of the enterprise, came into the room, and, treating me with the utmost punctilio, explained in French the ulterior aims of his party and the reasons which had driven them to this action. I replied to him in the same terms as I had to his comrades, and told him that I could only be of service to him if I clearly understood what he and the Young Turkey party wanted to do, and, in particular, what were his immediate plans. || Putting on one side for the moment the ulterior objects of his party, which I had an opportunity of ascertaining later, he informed me that he was going to send to the Mutessarif and ask him to come and, if necessary, bring him to the Konak, where, at 4 P. M., the Constitution would be sworn to, signed, and promulgated, and telegrams sent to the Sultan to say

that if he did not give a reply favourable to the party within twenty-four hours the IIIrd Army Corps would march on Constantinople. I thanked him for this information, and telling him again that, while I could offer no comments, he could rely on me to be strictly impartial in my reports on his action, I left the room. I must not omit to state that he gave me clearly though politely to understand that one of the first things his party would insist on would be the removal of all foreign officials from Macedonia. || I then sent Major Nye and Captain Stephen to patrol the town, to see any Greeks they could, to reassure them as to their personal safety, and to explain what was actually in progress, while I went to the house of the Mutessarif to ascertain his attitude accompanied by Lieutenant-Colonel Tyrrell. || To my astonishment the Mutessarif appeared to be in complete ignorance of what was happening. I had seen him some hours before with reference to my recent tour in Pravishta and some gendarmerie matters, and from his behaviour then and when Lieutenant-Colonnell Tyrrel and I called on him I am convinced he had no idea that anything out of the ordinary was to be apprehended in Drama. Before, however, he had really grasped the situation from our explanations a party of military and gendarmerie officers and an escort of soldiers appeared at his front door, which was visible from the window at which we were sitting. The Mutessarif was visibly perturbed, and when a few seconds later several officers appeared and respectfully but firmly told him he was wanted at the Konak at once by order of the people, he appeared absolutely nonplussed. || I immediately withdrew with Lieutenant-Colonel Tyrrell, but, before going, said that I should be glad to accompany him to the Konak if he wished it. He replied, „It is not necessary,“ and we accordingly went, leaving him apparently demurring at obeying this irregular summons. || The Mutessarif's house is next door to that occupied by the British officers, and I was therefore able to notice that not three minutes later he left his door at the head of the party of officers and soldiers that had come to fetch him. I at once followed, both to watch events and to make sure as far as possible that no harm came to him. || Meanwhile, in the Konak, in the mosque, and in the Greek church, the great majority of the population, both Greek and Mussulman, had been swearing fidelity to the Constitution, and this process continued most of the afternoon. The Mufti was sworn, the Colonel Commandant de Place marched in at the head of his ragged soldiery and was sworn, practically all the Drama Beys and many prominent Greeks took the oath to join in the demand for representative government, and to refuse to obey the order of the

actual Government, and to devote themselves to the cause of „La patrie, liberté, égalité, fraternité“. || I have taken particular pains to discover if the word „égalité“ was to be found in the oath, and I am informed that it was, but that there is no idea of a Republic in the minds of the organizers of the movement, nor any desire to depose the Sultan, provided he will give way as to a Constitutional Assembly. || The proceedings were marked at times by applause and shouts of „Vive la nation!“ when different Notables and detachments came in but were extremely orderly. Finally at 4 P. M. it was proclaimed that the Constitution was accepted, and telegrams were sent to the Sultan, signed greatly against his will by Zia Pasha, the Mutessarif. I am informed that the latter was told that if he did not swear to be faithful to the new régime he would be shot off-hand, and I have no doubt whatever that this would have been done. || It is difficult to prophesy how far this movement will go, but there can be no doubt whatever in the mind of any one who saw what I did to-day that it is thoroughly earnest and thoroughly well organized, and, what is more, that it has the thorough support, in the provinces at all events, of any Turk, old or young, who loves his country and is utterly disgusted with the present régime. || One thing is certain, that if there are many officers of the calibre of Rushen Bey engaged in this movement it will go far. He is the true type of the revolutionary, a leader of men, eloquent, feverishly energetic, blind to any difficulties there may be in the way of the cause which is his existence. || In a conversation with him this evening at which no other officers but some of the leading Turks and Greeks were present, he explained to me at length the policy of the Young Turkey organization, which consists of insistence on constitutional government; death to all, race, creed, and position apart, who oppose the movement; scrupulous respect for the lives, property, and honour of all Christians, and the exercise of every possible means to induce them to join in the national movement; great insistence on the brotherhood of all nationalities under the Ottoman flag; instant punishment of all crime and misdemeanour against inoffensive people; finally, the march on Constantinople if the Sultan refuses concessions. || He further said that they would prove themselves worthy by their conduct of the esteem of the Great Powers, and intended to gain their sympathy for what was a true and genuine movement for reform from within. At the same time, he intimated plainly that the Powers would be requested to withdraw all their officials in this country. || Finally, he stated that every step had been carefully calculated; their plans very thoroughly worked out, and that success was certain. „If, however, we

do not succeed, we are not going to be made ridiculous in the eyes of Europe; no Christian blood will be shed; but we will all die rather than accept a renewal of the old régime.“ || The movement of which this young officer — he is only 28 or 29 years of age — is so fervent an apostle originated in Paris a year or more ago, when the more ardent spirits wished to commence operations of a wild description immediately. Sager counsels, however, prevailed and it was decided, and, as events have turned out very rightly decided, that the first condition of success, especially to avoid unnecessary bloodshed, was to get control of the army. || In eleven months the organization has practically got complete control of the IIIrd Army Corps, and the loyalty of the IVth is more than doubtful. || I shall see the Mutessarif and Rushen Bey again tomorrow, and will report further. || I am informed that Serres yesterday threw in its lot with the Party of Union and Progress, and that Salonica has done so to-day. Deputations have been sent to Cavalla and Pravishta to secure those places. These statements are probably true.

I have, &c.

(Signed) G. Lionel Bonham, Lieutenant-Colonel,
British Staff Officer.

Nr. 14106. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Dasselbe.

Drama, July 25, 1903.

Sir, || I have the honour, in continuation of my despatch of the 23rd instant, to report that early on Friday, the 24th instant, news was received here that the Constitution of 1876 had been accepted by the Sultan, and the fact was formally announced from the steps of the Konak. The same evening the Constitution was proclaimed at Cavalla and Pravishta and yesterday at Pressochan. So far, to the extent to which they have come under my own observation, the plans of the Young Turkey party have worked without a hitch and without bloodshed. To-day a party of officers, commanded by Rushen Bey, has gone off to Xanthi, returning to-night, the main object of this step being, as far as I can see, to definitely establish relations with the IInd Army Corps, a step the importance of which is obvious. || The representatives of the Young Turkey party here, particularly the leader of the proceedings, Rushen Bey, have been at pains to show to the public that they are sincere as to their proclamations as regards the equality of races and

their determination to punish any one to whom this idea is either unpalatable or incomprehensible. It may be worth while to quote some instances: —

After the proclamation of the acceptance of the Constitution yesterday two policemen who, in a state of intoxication, had beaten a Christian the night before, were produced before the crowd, and after Rushen Bey had announced that the Committee had condemned them to death, but did not wish to dishonour the day of the liberty of the people with so vile a sacrifice, they were publicly degraded with all the proper ceremonial, their buttons, badges, and stripes being cut off with a pocket-knife, and they were then imprisoned and a telegram sent to Hilmi Pasha asking for power to inflict punishment upon them not as yet allowed by the law. || After this a certain priest (Hodja) was produced, who, with a revolver at his head, was forced to declare that he had been a spy for fifteen years, and to confess on oath many crimes of which he had been guilty. Which ceremony finished, Rushen Bey kissed him, and accepted him again as a priest amidst much applause. Rushen Bey then proceeded to read sentence of death on him, but commuted it on the ground that it was the people's day, and they did not wish to shed blood. || Last night a Turk called a Christian a „pig“ in a café in which a number of the revolutionary officers were present. They immediately rushed for him and took him to prison. || The Mutessarif is entirely in the hands of the revolutionists, and they do not hesitate to make use of him in every way. || Rushen Bey and his party from Xanthi return to Drama during the night. Tomorrow they expect to see all the Komitadjis, Greek and Bulgarian, within the immediate vicinity of Drama. || I am informed that the more important bandits, such as Sandanski and Pannitza, do not intend to come in until they have seen all the Proclamations, telegrams, of the Young Turkey Party. || Here, before taking any further steps beyond sending detachments to the small towns and villages to explain the situation and obtain the oaths of fidelity to the Constitution from the inhabitants the organization is waiting the Sultan's answer to the claim for the amnesty of all political prisoners and exiles throughout the Empire, which has not as yet been answered by him. || They declare that they have 500,000 men ready to march on Constantinople to overpower all opposition. || The revolution, which is what it really represents, is a cheerful one and popular on the whole among all classes. || I am on very amicable terms with the authorities, who, without exception, have subscribed to the movement, and with Rushen Bey, the eader, in the Drama Sanjak. || Perfect tranquillity prevails.

I inclose —

Translation of the Proclamation.

Translation of the telegram to the Sultan asking for a Constitution.

Translation of the reply from the Grand Vizier.*)

I have, &c.

(Signed) G. Lionel Bonham, Lieutenant-Colonel,
British Staff Officer.

Nr. 14107. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Beruhigung in Mazedonien seit der Verkündung der Verfassung.

Therapia, July 29, 1908. (August 4.)

Sir, || In my telegram of the 26th instant I had the honour to state that I had been informed at the Porte that, owing to the proclamation of the Constitution, the bands in Macedonia were melting away. This statement has since been repeated to me, and meanwhile, to test its veracity, I telegraphed to His Majesty's Consular officers for reports. || Mr. Lamb reports that the Salonica Committee of the League of Union and Progress asserted that they had arrived at a complete understanding with all Bulgarians. It is certain that two chiefs, Lazo and Christo, and an Albanian named Abdi accompanied Enver Bey, the head of the Local Committee, to Salonica, and the notorious Sandanski and Panitza have laid down their arms and come in. A wellknown Bulgarian leader, Apostol, is now expected to do likewise. || The Vali of Uskub has no definite information that the bands have dispersed, though he believes that they will do so. The large Servian band whose presence was reported in June by Mr. Vice-Consul Satow has returned to Kivia, but this occurred before the recent events. A number of Komitajis have abandoned hostilities at Kiuprulu. || From Monastir His Majesty's Vice-Consul reports that the bands are disappearing, the military party being resolved to repress any recurrence of violence. He hears that one Bulgarian band and one Servian have made their submission at Resna. The Albanian chief Chirkis and his men came in on the 25th July, and the Albanians who had been surrounding the town are beginning to return to their homes. || Mr. Heathcote reports, however, that the attitude of the Greek bands is still uncertain. The band under Taska is expected

*) Anlage III am Schluß der Publikation. Red.

to surrender shortly at Serres, where Dinka and Yovanoff, whose sphere of activity was in the neighbourhood of Nevrocop have already come in with their followers, some thirty in number. The chief of the Greek band which has been operating round Serres and Baraldi Juma has also surrendered.

I have, &c.

(Signed) G. Barclay.

Nr. 14108. **GROSZBRITANNIEN.** Der Generalkonsulin Saloniki an den Botschafter in Konstantinopel. Wirkung der Verfassung.

Salonica, July 26, 1908.

Sir, || Events have followed each other with such unexampled rapidity in the last few days that it has been difficult to keep pace with and record them, let alone to offer any reflexions on their causes and probable consequences. || There is no doubt that the movement in favour of a return to the Constitution of 1876, though long in preparation, was not regarded by its organizers themselves as ripe for action. Events were precipitated by the arrival here about the 20th June of the Commission under Ismaïl Mahir Pasha — the „microbe“ brigade, as it was dubbed here — with instructions to inquire into the condition of the IIIrd Army Corps, with special reference to the attempt on the life of Nazim Bey, the „Commandant de Place“ of Salonica, on the 11th June. || One direct result of this inquiry was an invitation received by a certain Major Enver Bey, a popular young officer who happened to be a brother-in-law of the said Nazim Bey, to proceed to Constantinople. On receipt of this summons Enver Bey mysteriously „disappeared“ between the Olympus Palace and Hilmi Pasha's residence, and was said to have escaped by sea, but he was shortly after heard of as at the head of a small party of deserters from the garrison of Tikvesh. This was the throwing of the cap over the mill, and accounts for the extraordinary ovations accorded to Enver Bey on his return to Salonica. His actual performance was trifling, if not actually nil, viewed in the light of subsequent events, but at the moment when he took the plunge no one who had grown up under the crushing weight of the Hamidian régime was prepared to predict success without a bloody struggle. As he himself declared in a very modest and manly speech which he delivered yesterday afternoon from a table in the hall of the Salonica Club, „he offered his life as a sacrifice to the cause of the nation, and the Almighty had

been pleased to restore it to him.“ || Enver was quickly followed by Niazi, whose desertion from Resna was reported to you in Mr. Heathcote's despatch of the 5th instant, and the organizing Committee, recognizing that the die was cast, set to work with feverish energy to complete their preparations. || The remote region of Ochrida was chosen as head-quarters of the operating force, and Monastir was the first place to proclaim the Constitution, while Salonica itself was intended to be the last. || The news of Niazi's Monastir *coup* was received here early in the morning of Thursday, the 23rd instant, and was quickly disseminated all over Macedonia, the Committee apparently having complete control of the telegraph wires. Even then so rapid a finale was never contemplated by them. A demonstration in Salonica was decided on first for Monday, then for Saturday; but soon after noon on Thursday a certain Nessim Russo, an Israelite clerk attached to the International Financial Commission, delivered a harangue in a large café on the Olympus Square, his example being followed by others in the manner described in my despatch of the 23rd July. News of similar *pronunciamientos* poured in from every part of the three vilayets. In reply to frantic instructions from Constantinople, both Hilmi Pasha and the Mushir, who faced a difficult situation with both dignity and skill, sent long telegrams representing the futility of attempting repression when every instrument of force was in the possession of the other side, and by midnight the Yildiz Enjuman had decided on concession. || There is no doubt that the movement so far has been skilfully and ably conducted, facilitated though it was by the universal dissatisfaction with the existing order of things. Three days have been given up to frantic rejoicings at the success so cheaply won; but to-morrow we shall be confronted with the practical difficulties of the situation, which is fraught with uncertainty. || The Inspector-General, the Valis, Mutessarifs, and Kaïmakams are reduced to the position of mere figureheads, the real power in each district being in the hands of the local garrison, directed by a more or less secret organization in this town. || The general amnesty, intended to be applied only to political offences committed in connection with the present movement, has already been extended — by whose order is unknown — to all crimes, not only of a political character, but even of common law, and the prisons are empty. The recently arrived Redifs are being rapidly re-embarked for Anatolia. || It is impossible not to recognize that the Committee here, which numbers amongst its members some men of incontestable ability, has hitherto done nothing to justify serious apprehensions; and although the situation is in many respects perplexing,

and it would be idle to say that no anxiety exists in regard to the future, the general feeling is rather optimistic than otherwise.

I have, &c.

(Signed) Harry H. Lamb.

Nr. 14109. RUSZLAND. Der Minister des Ausw. an den Botschafter in London. — Soll der englischen Regierung ein neues Vorgehen in der mazedon. Frage vorschlagen. Rückblick auf die mazedon. Frage. (Communicated by Count Benckendorff, August 13.)

Saint Pétersbourg, le 25 Juillet, 1908.

M. l'Ambassadeur, || Depuis le commencement de la crise Macédonienne les Puissances, conscientes des droits et des devoirs découlant pour elles des Traités existants, s'étaient appliquées à obtenir du Sultan l'introduction de réformes dans les Vilayets de Salonique, de Monastir, et de Kossovo; reconnaissant que la Russie et l'Autriche-Hongrie étaient plus directement intéressées dans les affaires Balcaniques, elles avaient consenti à abandonner aux Cabinets de Saint-Pétersbourg et de Vienne le soin de déterminer les mesures les plus impérieusement nécessaires pour le bien-être des populations Macédoniennes, et c'est ainsi que prit naissance le projet connu sous le nom de programme de Muerzsteg, accepté non seulement par les Cabinets Européens, mais aussi par Sa Majesté le Sultan. || Les Puissances ne manquèrent pas d'accorder tout leur appui à l'exécution du programme susmentionné, et leurs efforts combinés avec ceux de la Russie et de l'Autriche-Hongrie ne sont pas restés sans résultats. || Des organes nouveaux — tels que l'Inspecteur Général, le Général Réorganisateur de la Gendarmerie et ses Adjoints, les Agents Civils, la Commission Financière — furent créés; des lois et des règlements concernant le fonctionnement de ces organes furent mis en vigueur; malheureusement l'amélioration qui devait en résulter pour la population locale fut considérablement entravée et retardée par diverses circonstances; le régime judiciaire dont la réorganisation était prévue par le quatrième point du programme de Muerzsteg restait essentiellement défectueux; le fonctionnement de l'Administration, et en particulier de l'Administration Financière, laissait beaucoup à désirer; enfin la lutte entre les différentes nationalités locales prenait un caractère de plus en plus aigu et se compliquait par la formation de bandes armées contre lesquelles les forces Turques n'avaient ni la puissance, ni peut-être la ferme volonté de lutter efficacement. || Un projet de réorganisation judiciaire élaboré

en commun par la Russie et l'Autriche-Hongrie n'ayant pas reçu l'approbation unanime des Ambassadeurs à Constantinople, et l'œuvre réformatrice et pacificatrice des Puissances semblant devoir subir un arrêt gros de dangers pour l'avenir, le Cabinet de Londres jugea le moment venu de proposer aux autres Gouvernements un plan de réformes générales impliquant la création d'un poste de Gouverneur-Général de la Macédoine et l'organisation de cette contrée sur des bases nouvelles. En annonçant son plan à la Chambre des Communes Sir E. Grey déclara en même temps qu'il n'avait nullement l'intention de se détacher du concert des Puissances et qu'il ne poursuivrait sa réalisation que par les moyens employés jusqu'ici, c'est-à-dire, en s'appliquant à acquérir l'adhésion des autres Cabinets et à obtenir d'un commun accord avec ceux-ci le consentement du Sultan. Or, il était à craindre que le projet Anglais pourrait difficilement obtenir l'assentiment de toutes les Puissances, et qu'il se heurterait à la résistance la plus opiniâtre de la part de la Turquie, qui paraissait disposée à y voir une atteinte à son intégrité et à ses droits souverains. || Dans ces circonstances le Cabinet Impérial, soucieux avant tout de faire œuvre pratique et d'apporter un prompt remède aux maux de la population Macédonienne, crut devoir employer tous ses efforts à trouver un terrain d'entente et à ramener les propositions Anglaises à des dimensions qui les rendraient plus acceptables tant à certaines Puissances qu'au Sultan lui-même. || Les négociations qui s'en suivirent entre les Cabinets de Saint-Pétersbourg et de Londres aboutirent à la rédaction de deux projets*); l'un, formulé par le Gouvernement Anglais, avait pour objet la formation d'un corps mobile de troupes placé à la disposition de l'Inspecteur-Général et destiné à poursuivre les bandes; l'autre, dressé par nos soins, contenait un programme de réformes complémentaires à introduire dans les Vilayets de Salonique, de Monastir, et de Kossovo. || Votre Excellence trouvera ci-joint le second de ces projets sous forme d'aide-mémoire daté du 2 Juillet courant. || Cet aide-mémoire ayant obtenu l'adhésion complète du Cabinet des Londres, nous étions sur le point de le proposer à la discussion et à l'acceptation des autres Cabinets, lorsque survinrent les derniers événements en Macédoine et à Constantinople. || La situation qui résulte de ces événements est tout à fait nouvelle, et réclame de notre part, ainsi que de la part des autres Puissances intéressées, la plus sérieuse attention. || En poursuivant l'activité réformatrice exposée plus haut, ni la Russie, ni les autres Puissances n'ont jamais été inspirées par un sentiment d'hostilité contre la

*) Beilage V am Schluß der Publikation. Red.

Turquie, on par le dessein d'enfreindre les droits souverains du Sultan; mais l'expérience ayant démontré que dans l'état actuel de désorganisation de l'Administration Ottomane, et tant que le régime Turc demeurerait basé sur l'infériorité des populations non Musulmanes de la Turquie, aucune amélioration sensible n'était à attendre de l'effort spontané de la Sublime Porte, les Puissances devaient forcément rechercher la solution du problème dans un plus grand degré de décentralisation et dans l'établissement d'un contrôle efficace; de plus, si d'un côté la constitution générale de l'Empire Turc, en tant qu'État souverain et indépendant, restait en dehors de l'action des Puissances, celles-ci possédaient, en vertu de stipulations internationales, le droit incontestable de veiller à une meilleure administration dans celles des provinces de la Turquie d'Europe pour lesquelles une organisation particulière n'avait pas été prévue par le Traité de Berlin. C'est dans ces limites que devait se réaliser l'action des Puissances, et le Cabinet Impérial n'a jamais songé pour sa part à les dépasser. Actuellement nous nous trouvons en présence d'un acte spontané du Sultan octroyant à la Turquie une charte, en tête de laquelle sont inscrits les généreux principes d'égalité devant les lois pour tous ses sujets d'organisation régulière des pouvoirs publics et de bonne et intègre administration. || Il est évident qu'une application complète et sincère de ces principes tendrait à assurer le sort des populations Macédoniennes dans le sens des vues dont s'inspiraient les Puissances en poursuivant le développement ultérieur de leur action réformatrice. C'est ce que le Cabinet Impérial n'hésite pas pour sa part à reconnaître; il est donc tout prêt à surseoir pour le moment à toute démarche qui pourrait être considérée par la Turquie comme étant empreinte de méfiance à l'égard de la volonté du Sultan et du Gouvernement Ottoman de réaliser la réforme générale qui vient d'être décrétée. Suivant en ceci l'exemple du Gouvernement Britannique, lequel, en présence de la cessation de l'activité des bandes, a renoncé pour le moment à présenter à l'acceptation de la Sublime Porte sa note relative à la formation de troupes mobiles, nous renonçons de notre côté provisoirement à présenter notre projet de réformes que nous ne transmettons actuellement aux Cabinets, pour ainsi dire, qu'à titre d'information, et pour ne servir qu'ultérieurement si les événements obligeaient les Puissances à revenir à leur méthode primitive. || Car il doit être bien entendu que le désistement de la Russie et, nous en sommes convaincus, des autres Puissances, ne peut être ni absolu, ni inconditionnel; les droits acquis aux Puissances par les Traités, et les avantages assurés aux populations Macédoniennes en vertu de ce qui a été convenu entre les

Cabinets et la Sublime Porte sur la base de ces Traités, sont et demeurent évidemment intacts: la Russie suivra avec l'attention la plus sympathique les efforts de la Turquie d'assurer le fonctionnement du nouveau régime; elle s'abstiendra pour sa part de toute ingérence pouvant compliquer cette tâche et exercera toute son influence afin de prévenir et d'empêcher toute action perturbatrice de la part des États Balcaniques. Mais, d'autre part, fidèle aux traditions de sa politique, elle ne considérera son rôle réformateur, ainsi que celui des autres Puissances, comme terminé que si l'œuvre entreprise par le Sultan aboutit à une réelle amélioration de l'état de choses en Macédoine, amélioration qui aurait pour premier effet de mettre fin parmi les pays Balcaniques à une inquiétude naturelle et essentiellement dangereuse pour la paix générale; en un mot, la Russie ne saurait renoncer à la faculté d'apprécier si la réforme octroyée par le Sultan atteint le degré d'efficacité voulue, et s'il se trouve que la situation des provinces Européennes de la Turquie reste dans un état précaire, elle aura le devoir de signaler aux Puissances la nécessité de reprendre de la manière la plus résolue l'œuvre actuellement interrompue de leur activité réformatrice commune. || Dans le ferme espoir que les idées que je viens d'exposer rencontreront l'approbation de tous les Gouvernements, je me permets, pour me résumer, d'exprimer la conviction que dans la phase actuelle des événements Balcaniques les Cabinets devraient ajourner toute nouvelle démarche auprès de la Porte tendant à compléter l'œuvre des réformes, jusqu'à nouvelle décision prise d'un commun accord par les Puissances. || Veuillez, M. l'Ambassadeur, en donnant lecture de la présente dépêche au Ministre des Affaires Étrangères, et en lui laissant copie tant de la pièce principale que de son annexe, le prier de vouloir bien nous faire connaître le sentiment du Cabinet de Londres sur les idées qui s'y trouvent formulées.

Veillez, &c.

(L.S.)

Nr. 14110. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Beruhigung Mazedoniens.

Therapia, August 11, 1908. (August 17.)

Sir, || With reference to my despatch of the 4th instant, I have the honour to forward to you herewith copy of a despatch which I have received from His Majesty's Consul-General at Salonica, reporting on the further surrender of bands in Macedonia, from which it appears that, in all, 105 bands, comprising between 600 and 700 men, have come in. ||

I also transmit despatches from the British Staff Officer in Macedonia and His Majesty's Consul at Monastir, which give accounts of the surrender of bands in their respective districts. It is to be noticed that the actual bands were extremely small, and that their propaganda was mainly carried on by the peasants affiliated to the bands, who committed such murders and other deeds of violence as seemed advisable to the leaders. || A report has reached me from His Majesty's Vice-Consul at Uskub that an attempt was made by Muzaffer Pasha, a member of the Commission, to study the Sanjak Railway scheme, to start a reactionary movement against the League, but his plan leaked out and he was sent off to Salonica with the utmost ignominy. A fellow-plotter of his, a well-known brigand named Issa Bolyetinatz, is reported to have been killed by Albanians as he was fleeing towards Montenegro. || The Albanian Chiefs of the Uskub district further telegraphed to the Sultan that if the Constitution were not re-established in its entirety, and the camarilla dismissed, they would proceed to Constantinople. || The Constitution was received at Scutari with enthusiasm by the soldiery, but by the people with indifference and even suspicion. The Vali suggested telegraphing a message of thanks for it to the Sultan, but the Notables, both Christian and Mussulman, refused to do so, saying it would be better to wait and see what its results would be. This vilayet enjoys peculiar privileges, such as that of immunity from military service, and the people have little to gain by a change of régime. || The proclamation was greeted with great satisfaction at Prevesa.

I have, &c.

(Signed) Gerard Lowther.

Nr. 14111. **ÖSTERREICH-UNGARN.** Aide-mémoire communicated by Austro-Hungarian Ambassador to Russian Cabinet in reply to Circular Despatch of July 25 (o. s.). — (Communicated by Count Széchényi, August 18, 1908.) 18. August 1908.

Le Gouvernement Impérial et Royal a pris connaissance avec le plus vif intérêt de la dépêche Circulaire du Cabinet de Saint-Pétersbourg en date du 25 Juillet dernier (ancien style). Il partage entièrement la conviction exprimée dans le résumé final et il est, tout comme le Gouvernement Impérial, d'avis que les Cabinets devraient ajourner toute démarche auprès de la Porte tendant à compléter l'œuvre des réformes jusqu'à nouvelle décision prise de commun accord par les Puissances. || En abondant dans le sens du Gouvernement Impérial, le Cabinet de Vienne saisit cette occasion pour préciser brièvement aussi de son côté le point de vue de

la politique Austro-Hongroise vis-à-vis des événements qui viennent de se dérouler en Turquie et dont la Monarchie est la plus proche des témoins. | Lorsque — il y a bientôt cinq ans — le Cabinet de Vienne entra en collaboration avec l'État voisin pour doter les Vilayets de Salonique, Kossovo, et Monastir d'un système de réformes reconnues nécessaires, il le fit non seulement pour le bien des populations Macédoniennes, mais dans l'intérêt de l'Empire Ottoman même et mû par une idée éminemment pacifique et conservatrice. || Il s'agissait d'améliorer l'Administration Ottomane des trois vilayets. || Le mouvement politique qui vient de se faire en Turquie poursuit apparemment le même but; sa méthode cependant est différente; le mal est pris à sa racine et la réforme de l'Administration Turque commencée à Constantinople même pour être étendue à toutes les parties de l'Empire. || Nous ne pourrions que nous féliciter si ce nouveau système sanctionné par la décision de Sa Majesté le Sultan était appelé à réussir et s'il était possible d'arriver par cette voie à un état de choses également profitable à tous les ressortissants de l'Empire Ottoman sans différence de religion ni de nationalité, ce que était toujours dans les intentions de notre politique. || Dès le début de la crise actuelle le Cabinet de Vienne a été d'avis qu'une attitude réservée s'imposait aux Puissances et qu'il fallait éviter toute démarche intempestive qui risquerait d'aggraver la situation; il n'a pas manqué de faire part de cette pensée au Cabinet de Saint-Pétersbourg ainsi qu'aux autres Cabinets. La décision du Gouvernement Impérial Russe de surseoir à la présentation de son projet de réformes répond au même ordre d'idée, et c'est donc avec satisfaction que le Gouvernement Impérial et Royal s'empresse d'en prendre acte. || Le Cabinet de Vienne profite de cette occasion pour informer le Cabinet Impérial que les officiers de l'armée Austro-Hongroise détachés dans la gendarmerie Macédonienne, dont l'activité comme instructeurs et contrôleurs ne peut se faire valoir utilement dans les circonstances actuelles, ont été autorisés de partir en congé et de ne rejoindre leur poste que sur nouvel avis.

Nr. 14112. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Die türk. Regierung würde eine Zurückziehung der mazedon. Gendarmerieoffiziere gern sehen.

Constantinople, August 29, 1908. (August 29.)

(Telegraphic.) || Though they will not ask for it at present, there are clear indications that the withdrawal of the foreign gendarmerie

officers and Adjoints would be viewed with pleasure by both the Government and the Committee, who are inclined to allow a reasonable interval for us to effect a spontaneous withdrawal. || If the withdrawal of the gendarmerie officers is decided upon by His Majesty's Government, would it not be advisable, not to adopt the Austrian and German line, but that at least the three Powers should agree to approach the Ottoman Government and inquire whether the withdrawal would meet with their wishes?

Nr. 14113. GROSZBRITANNIEN. Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Paris, Rom, Petersburg. — Teilt Nr. 14112 mit und empfiehlt den türkischen Wunsch zu erfüllen.

Foreign Office, September 1, 1908.

(Telegraphic.) || Sir G. Lowther's telegram of the 29th ultimo. || Please communicate the substance of the above telegram to the Government to which you are accredited, and say that, in view of the circumstances, it is proposed immediately to withdraw the British officers on unlimited leave of absence. || You should suggest that the Turkish Government should be approached jointly by the four Governments interested, and should be asked whether their wishes will be met by such action. || His Majesty's Government had gained the impression that an immediate change was not desired by the Porte, and it seemed to them that if the officers were withdrawn precipitately, embarrassing results might be produced. The wishes of the Ottoman Government have now, however, been clearly demonstrated, and, as His Majesty's Government do not now entertain any doubts as to the ability and intention of the Porte to secure the maintenance of order in the three vilayets, they are glad, by withdrawing their officers, to be able to make use of the present opportunity for demonstrating the confidence they feel in the new régime.

Nr. 14114. GROSZBRITANNIEN. Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Ausw. — Die russ. Regierung ist einverstanden, schlägt Mitteilg an die Pforte vor.

St. Petersburg, September 2, 1908. (September 2.)

(Telegraphic.) || M. Tcharykoff informs me that he will instruct Russian Ambassador at Constantinople to concert with his colleagues with regard to making a communication to the Turkish Government in the sense of your telegram of the 1st instant. || M. Tcharykoff adds that he would prefer that the intention of the four Powers to simultaneously

give leave to all their officers should be communicated to the Turkish Government, and that inquiry should be made of them as to whether any inconvenience would be caused by such a step.

Nr. 14115. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Ausw. — Die franz. Regierung ist einverstanden mit Nr. 14112.

Paris, September 2, 1908. (September 3.)

(Telegraphic.) || Your telegram of yesterday. || Minister for Foreign Affairs concurs in your view that gendarmerie officers should be given unlimited leave, and that the four Powers should join in inquiring of the Turkish Government whether withdrawal of the officers meets with their wishes. || M. Pichon suggests, having regard to the Ministers for Foreign Affairs not being generally at the capitals now, that the form of the communication to be made to the Porte should be settled by the Embassies of the four Powers at Constantinople.

Nr 14116. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Soll gemeinsam mit dem franz., italien. und russ. Botschafter eine Mitteilung an die Pforte machen.

Foreign Office, September 3, 1908.

(Telegraphic.) || Sir A. Nicolson's telegram of yesterday and my telegram of the 1st instant to Paris, Rome, and St. Petersburg. || You should act with your French, Italian, and Russian colleagues in making a joint communication to the Porte, as outlined in above-mentioned telegram from St. Petersburg.

Nr. 14117. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in London an den Minister des Ausw. — Wirkung der Verfassung besonders unter den Armeniern.

Therapia, August 26, 1908. (September 7.)

Sir, || I have the honour to address you further on the subject of the effect of the re-establishment of the Constitution in those parts of the Empire especially inhabited by Armenians, in continuation of my despatch of the 11th instant. || At Erzeroum the official promulgation of the Constitution was greeted with great enthusiasm by large crowds of Mussulmans and Christians without distinction, who paraded the town

raising cheers for the Sultan, Liberty, and Justice. || While the Moslems experience the greatest relief from the abolition of the old spy system, incalculable benefits accrue to the Armenians from the relaxation of the restrictions upon travel. They used to rely in great part for their livelihood upon periodical visits to the Caucasus, where work was plentiful, and they are now at liberty to resort thither as before. || There are no signs in the town of any improper use of the newly acquired freedom. A Committee has been formed for the discussion of matters of general interest, but at present they are wisely confining their efforts to inculcating the necessity for moderation and self-restraint. On the 20th instant the officers took a solemn oath of fidelity to the Constitution. || The Vali of Van has been dismissed, to the general satisfaction of the province, but no successor has yet been appointed. || At Kharpout, the news of the reforms brought terror to the Armenians, who thought of the days succeeding the promulgation of the Armenian reforms of 1895. Gradually it became evident that these were of a different nature, and satisfaction became general. All political prisoners were released on the 19th instant. There is a considerable reactionary party in this town, — the Mufti, for instance, when he heard the news, exclaiming „This is the end of Islam“ — and on the 22nd instant they brought a number of armed Mussulmans into the town, which gave rise to a certain uneasiness owing to the absence of an adequate Government, but the feeling appears to have been merely transient. || The latest despatch which I have received from Bitlis is dated the 21st July, *i. e.*, prior to the Constitution, but already then there was a distinct improvement in the situation. The Modky Kurds had become very much quieter, in fear, no doubt, of the measures which they understood the Government were preparing to take against them, and they began to telegraph complaints to Constantinople of depredations committed against them by other Kurdish tribes. || An excellent impression was further caused by the arrest of the murderers of the Abbot Zakaria Vartabed, of the Monastery of Surp Akhberic, and by the punishment of sundry other Kurds for acts of robbery and violence. || Several members of the League have arrived at Samsun, where they have harangued large audiences, pointing out that the Constitution was wrung from, and not granted by, the Sultan, and asserting that the Armenian troubles of twelve years ago would have been averted had the advocates of reform at that time pressed, not for partial, but for general reform. I have, &c.

(Signed) Gerard Lowther.

Nr. 14118. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Rom an den Minister des Ausw. — Tittoni stimmt dem russ. Vorschlage zu.

Rome, September 7, 1908. (September 7.)

(Telegraphic.) || Macedonian gendarmerie officers. || Reference is to your telegram of the 1st instant. || M. Tittoni has stated by telegraph that with regard to the manner in which communication to Porte should be made, the Italian Government hold the same view as the Russian Government.

Nr. 14119. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Identische Note an die Pforte.

Foreign Office, September 9, 1908.

(Telegraphic.) || We see no objection to wording proposed by Russian Government (see Sir A. Nicolson's telegram of the 2nd instant). We think note should be identic, and you should draw it up in concert with your three colleagues.

Nr. 14120. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an die Botschafter in Wien und Berlin. — Österreich-Ungarn und Deutschland sollen der Note beitreten.

Foreign Office, September 10, 1908.

(Telegraphic.) || Withdrawal of gendarmerie officers from Macedonia. || His Majesty's Ambassador at Constantinople has been instructed to draw up an identic note in concert with his Russian, Italian, and French colleagues, to be addressed to the Ottoman Government. The Porte will be informed that the withdrawal on unlimited leave of their officers is in contemplation by the four Powers, who desire to know whether any inconvenience would be caused by such a step. || His Majesty's Government, having understood that the Austrian and German officers had already been withdrawn on leave, did not approach the Austrian and German Governments on the subject, but the Austrian Chargé d'Affaires has stated since that leave has not been granted to all the Austrian officers. || [To Vienna.] — The Austro-Hungarian Government should therefore be invited by you to participate in the identic note. || [To Berlin.] — You should explain the circumstances to the German Government, in case

there should have been some misunderstanding in regard to the German officers also, and invite them to join in the note.

Nr. 14121. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Übersendet den Entwurf zur Note.

Therapia, September 8, 1908. (September 14.)

Sir, || I have the honour to transmit to you herewith the draft of the collective note proposing the withdrawal of the foreign gendarmerie officers from Macedonia, and to request your permission to present it to the Sublime Porte. || I should be glad to receive a reply by telegraph.

I have, &c.

(Signed) Gerard Lowther.

Anlage.

Draft Collective Note.

La Constitution nouvelle posant le principe de l'égalité de tous devant la loi, doit par cela même généraliser le système des réformes que les Puissances avaient, d'accord avec la Sublime Porte, organisées pour les trois vilayets de Salonique, Monastir, et Kossovo. || Dès lors les Puissances se sont demandé s'il ne conviendrait pas de laisser le Gouvernement Impérial poursuivre seul dans les trois vilayets l'œuvre de la réorganisation de la gendarmerie qu'il paraît décidé à étendre à tout le territoire de l'Empire. || Mais avant de prendre à cet égard une décision définitive, les Gouvernements intéressés ont jugé nécessaire de connaître le sentiment du Gouvernement Impérial. || En conséquence les Représentants soussignés ont l'honneur de prier le Ministère Impérial des Affaires Étrangères de bien vouloir leur faire savoir s'il ne voit pas d'inconvénients à ce que le contrat qui lie au Gouvernement Impérial les officiers étrangers soit provisoirement suspendu et que des congés *sine die* soient accordés aux dits officiers. || Au cas où la Sublime Porte en manifesterait le désir, ces officiers seraient rappelés par leurs Gouvernements dans un très bref délai.

Nr. 14122. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Antwort auf das vorige. Foreign Office, September 16, 1908.

(Telegraphic.) || Your despatch of the 8th instant. || You are authorized to send in note when others do. I have now been informed by His

Majesty's Ambassadors at Vienna and Berlin that the Austro-Hungarian and German Representatives are authorized to sign.

Nr. 14123. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Übersendet den Text der Gendarmerienote.

Therapia, September 27, 1908. (September 27.)

(Telegraphic.) || Your telegram of the 16th September. || Following is text of proposed identic note agreed to by my colleagues: —

„Pour des motifs qui n'échapperont pas à la haute appréciation de la Sublime Porte, les Gouvernements de

auraient l'intention de mettre en congé *sine die* les officiers étrangers chargés de la réorganisation de la gendarmerie dans les trois Vilayets de

„L'activité de ces officiers comme instructeurs et contrôleurs ne saurait s'appliquer utilement dans les circonstances actuelles, mais comme ils sont liés au Gouvernement Impérial par un contrat, les Soussignés, au nom de leurs Gouvernements, prient le Ministère Impérial des Affaires Étrangères de vouloir bien leur faire connaître si l'exécution de la mesure ci-dessus énoncée rencontrerait des objections de la part du Gouvernement Impérial.

„Dans le cas où la Sublime Porte accepterait la proposition des Puissances il ne resterait qu'à régler d'un commun accord la situation des officiers rappelés à la suite de leurs congés.“

May I agree to this wording?

Nr. 14124. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Was bedeutet „situation“? Foreign Office, September 28, 1908.

(Telegraphic.) || Your telegram of yesterday. || Last sentence is somewhat vague as to what is meant by the word „situation“. Does it refer to compensation, or pay to be given to the officers on their recall?

Nr. 14125. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Antwort auf das vorige.

Therapia, September 30, 1908. (September 30.)

(Telegraphic.) || Your telegram of the 28th instant. || My colleagues are agreed that „situation“ means compensation to officers. If you do not agree I might perhaps get word „indemnities“ substituted for it.

Nr. 14126. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. — Genehmigung der Note.

Foreign Office, October 2, 1908.

(Telegraphic.) || Your telegram of the 30th ultimo. || His Majesty's Government accept text of identic note as proposed in your telegram of the 27th ultimo. We think officers have fair claim to six months' pay for cancellation of contracts.

Nr. 14127. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. — Änderung der Note.

Therapia, October 3, 1908. (October 3.)

(Telegraphic.) || Your telegram of yesterday. || Identic note was sent in to-day. || Word „indemnities“ substituted for „situation.“

Nr. 14128. **TÜRKEI.** Antwort auf die Kollektivnote Nr. 14123.

Le Ministre des Affaires Étrangères a reçu la note collective que leurs Excellences MM. les Ambassadeurs de Russie, de France, d'Italie, d'Autriche-Hongrie et d'Angleterre ont bien voulu lui adresser le 3 Octobre dernier, pour lui faire part de l'intention de leurs Gouvernements de mettre en congé *sine die* les officiers étrangers chargés de la réorganisation de la gendarmerie dans les trois Vilayets de Salonique, Cossovo, et Monastir. || En réponse, le Ministre des Affaires Étrangères a l'honneur de faire savoir à leurs Excellences MM. les Ambassadeurs que le Gouvernement Ottoman adhère à la proposition formulée dans cette note, et qu'il se réserve de régler d'un commun accord l'indemnité à attribuer aux officiers rappelés. || A cette occasion la Sublime Porte se fait un agréable devoir d'exprimer toute sa satisfaction, ainsi que ses remerciements, pour les services rendus par les susdits officiers dans l'accomplissement du mandat qui leur était confié, ainsi que pour l'activité dont ils ont fait toujours preuve.

Ministère des Affaires Étrangères,
le 10 Décembre, 1908.

Anlagen.

I.

Dokumente von Niazi Bey überreicht.

(1.)

Le 3 Juillet, 1908.

(Traduction.) || Aux Autorités de la ville d'Ochrida, || Pour combattre les injustices et les iniquités dont souffre notre patrie depuis des années, je suis parti aujourd'hui avec 200 patriotes décidés. Le but que nous poursuivons est sacré. Nous forcerons le Gouvernement de rentrer dans la voie de l'équité, et nous travaillerons au salut de la nation Ottomane, en exigeant du Gouvernement l'application franche de la Constitution de 1292. || De cette manière les sentiments d'obéissance et de fidélité envers notre auguste Souverain seront restaurés dans les cœurs Ottomans. Tout le peuple Ottoman poursuit actuellement ce but, qui est la seule condition de son salut. || En partant, j'ai transmis à qui de droit les desiderata de la nation, afin qu'on les porte à la connaissance de Sa Majesté Impériale le Sultan. Je viens donc par la présente vous prier de vouloir bien saisir aussi vos supérieurs de ce qui précède et de me faire tenir la réponse qu'y sera faite. Je vous engage aussi, M. le Maire, à ne point vous départir de l'équité et de la justice dans les affaires dont la gestion vous est dévolue et à ne faire aucune distinction de races, ni de religion, entre les divers éléments qui constituent le peuple Ottoman. || L'Être Suprême, dont personne au monde n'a vainement imploré la toute-puissance, nous accorde plein et entier succès!

Au nom des 200 patriotes:

L'Adjudant-Major,

(Signé) Niazi.

(2.)

Le 4 Juillet, 1908.

(Traduction.) || Aux Autorités d'Ochrida, || Le devoir de nourrir et d'entretenir les adeptes du Comité d'Union et de Progrès Ottoman, qui travaille dans le but sacré de reconquérir la liberté et le bonheur de la nation en forçant le Gouvernement à appliquer la Constitution, incombe naturellement au peuple. || Par conséquent, je prendrai aux villages qui se trouveront sur mon passage, et cela conformément aux règles de la guerre, les objets nécessaires à l'entretien de mes hommes. || Je vous prie, en conséquence, d'accepter mes reçus comme espèces et d'en porter le montant comme sortie dans les registres. || Je vous préviens que je ferai su-

bir les pires tortures à ceux qui s'aviseront de refuser ces quittances ou d'en punir les porteurs.

Au nom des 200 patriotes:

L'Adjudant-Major,
(Signé) Niazi.

(3.)

Le 4 Juillet, 1908.

(Traduction.) || Honorables Citoyens, || L'argent que vous payez au Gouvernement n'a servi jusqu'à ce jour qu'à enrichir quelques individus ou a été gaspillé dans d'inavouables débauches. Par contre, vous n'avez aucune garantie de sécurité pour votre vie, votre honneur, et vos biens. || Aujourd'hui, chargé par vous-mêmes de l'honorable tâche de reconquérir et de sauvegarder vos droits, il est juste que vous me payez pour l'entretien de mes hommes ce que vous payiez au Gouvernement. || Vous présenterez aux encaisseurs, lorsqu'ils viendront percevoir les impôts, le reçu, qui mentionne, avec leurs prix, les objets que vous m'aurez donnés. Dans le cas où l'encaisseur refuserait d'accepter le présent reçu comme espèces, je vous prie de me communiquer immédiatement son nom et le nom de celui qui lui aurait donné un pareil ordre.

Au nom des 200 patriotes:

L'Adjudant-Major,
(Signé) Niazi.

II.

Denkschrift des Ottomanischen Komitees für Fortschritt und Einheit.

Monsieur, || Il y a environ un mois que le Comité Ottoman d'Union et de Progrès avait eu l'honneur de communiquer aux Ministères des Affaires Étrangères ainsi qu'à certaines personnalités politiques des Grandes Puissances un Mémorandum dont voici le résumé: — || „Le motif unique des souffrances endurées par les populations Macédoniennes n'est que l'effet de l'administration néfaste du Gouvernement Ottoman actuel, effets produisant les mêmes ravages dans la situation générale de l'Empire. Il n'y a pas une question Macédonienne. Le Comité d'Union et de Progrès est convaincu que par la suppression du régime despotique actuel, regnant partout dans l'Empire, on arrivera aussi à enrayer le mal Macédonien. C'est pour atteindre ce but qu'une grande partie de la nation Ottomane s'est unie sous ce titre et travaille dans cette direction, ayant pris en vue tous les sacrifices. L'Europe, qui se plaît à imaginer un mal Macédonien, doit abandonner son intervention, qui n'a pu et ne peut produire aucun effet salutaire.“ || Voilà ce que nous avons dit il y

a un mois, et depuis lors, poursuivant le but que nous nous sommes assignés, nous sommes entrés dans la voie des faits. Nous l'avons prouvé aux yeux de tout le monde par des coups répétés, agiles, et justes, frappant à mort l'injustice. || Le Comité entre donc dans sa phase d'exécution, et c'est pourquoi il voit la nécessité de publier la présente Proclamation, expliquant comme suit son but et ses moyens d'action: —

1. Tout le monde sait qu'un groupe d'individus, dont les noms sont enregistrés par le Comité, sacrifiant les intérêts de la nation à leurs intérêts personnels, ont creusé un abîme entre elle et son Souverain. Ces individus, par des insinuations systématiques et continues, lui ont toujours présenté le peuple comme un ennemi de sa personne. || C'est ainsi que l'administration du pays a été l'objet de leur tyrannie. Leur despotisme a augmenté de jour en jour et le pays, après avoir enduré trente-deux ans de privations et de souffrances, est tombé dans une grande faiblesse, dans une profonde misère. || Nous sommes convaincus que si la nation, unie d'un commun accord, ne s'efforce pas de déraciner du pays, avec toute l'urgence possible, le régime despotique, une fin navrante et irréparable est imminente. || 2. Un Comité ayant le titre de „Comité Ottoman d'Union et de Progrès“ s'est donc formé sur des bases solides et inébranlables pour délivrer notre chère patrie du grand mal qui la ronge. Il a uni sous son drapeau, dans l'espèce de quelques années, sans distinction de race ni de religion, l'élite de la nation: des personnes honnêtes et intelligentes, des fervents patriotes, une grande partie des Musulmans, des Israélites, des Valaques, des Arméniens, des Albanais, des Bulgares, des Grecs, des Serbes, et des Arabes, enfin et surtout toute l'armée! || 3. Le but essentiel du Comité est, comme il est dit au No. 1, de démolir le régime gouvernemental actuel, de le remplacer par le régime constitutionnel, accordé en vertu de la Loi Organique de 1293, basé sur la liberté, l'égalité, et la justice pour tous les citoyens vivant sous la nationalité Ottomane, et de rendre ainsi à la nation les droits de l'homme qui lui ont été frustrés. || 4. Le Comité d'Union et de Progrès, prenant en considération l'égalité des citoyens portant le nom d'Osmanni, respecte d'une force égale la vie et les biens de chacun d'eux et les garantit uniformément avec le même esprit d'égalité, quelle que soit leur religion, quelle que soit leur langue. || 5. Le Comité Ottoman d'Union et de Progrès, connaissant les noms et le nombre des personnes auxquelles profite la continuation du régime actuel et sachant qu'ils entravent la réussite de son but sacré, aura recours, en cas de nécessité, et dans la plus large mesure, à tous les moyens énergiques pour surmonter leurs difficultés. || Nous tenons à insister sur ce point: tous les

actes du Comité n'auront en vue que la suppression des agents despotes et tyrans du régime actuel. || Nous vous prions par conséquent de prendre ce point en sérieuse considération. || 6. Le Comité Ottoman d'Union et de Progrès, sûr que le Gouvernement Hamidien usera, comme d'ordinaire, de tous les subterfuges pour fomenter dans l'esprit des Gouvernements étrangers que le but du Comité consiste à soulever les races les unes contre les autres et surtout à exciter le fanatisme Musulman contre les races Chrétiennes, tient, dès à présent, à protester énergiquement contre ces insinuations indignes et mensongères. || Il proclame hautement qu'il n'a en vue qu'un but unique: délivrer la nation du despotisme du régime actuel et de remplacer celui-ci par un régime constitutionnel. || 7. Le Comité Ottoman d'Union et de Progrès n'a pas confiné son œuvre aux vilayets de Roumélie, comme certaines personnes se plaisent à le croire. Son action s'est propagée dans toutes les parties de l'Empire, où il a concentré des forces considérables, suffisantes pour le succès de son œuvre. Il le prouvera incessamment par les mêmes actes de justice que ceux de Roumélie. || Le Comité ne lâchera pas ses armes avant de voir son œuvre couronnée de succès.

Conclusions.

Vu que notre désir le plus ardent n'est autre que celui de faire cesser à jamais les souffrances sous lesquelles gémit toute une nation, de ne plus laisser couler le sang innocent d'un peuple navré et meurtri par la tyrannie du régime actuel, de préparer le règne d'une ère de félicité et de bonheur pour tous les sujets Ottomans; que c'est dans ce but que toute une nation s'est unie, sous serment, pour arracher la liberté au prix de son sang; nous sommes rassurés que l'Europe ne procédera pas à une intervention inutile et inopportune, sous prétexte que la tranquillité publique fait défaut. || Nous sommes également rassurés que l'opinion publique Européenne sera avec nous, avec les libres Osmanlis, qui ont pris l'initiative d'un mouvement libérateur de la nation, qu'elle appréciera, qu'elle encouragera, qu'elle aidera notre œuvre. || Oui, nous en sommes rassurés, car l'histoire générale de l'Europe est là, avec ses pages les plus brillantes, où sont chantés leur amour pour la liberté, leur amour pour l'égalité, leur amour pour la justice, et où sont flétris la tyrannie et le despotisme.

III.

Proklamation an das türkische Volk.

(Traduction.) || Le Gouvernement, dont le plus grand devoir consisté dans la garde des droits sacrés du peuple et de la sécurité intérieure et

extérieure, dans la garantie de la tranquillité, du bonheur, et de la prospérité de la patrie, au lieu de remplir son devoir, a, au contraire, depuis plus de trente ans, travaillé et désiré son malheur, sa décadence, et sa ruine. Sans prendre en considération la renommée, acquise parmi les peuples, de courage, de bravoure et de générosité dont s'est glorifié le peuple Ottoman pendant des siècles, et abusant de sa fidélité aveugle, le Gouvernement actuel, afin de contenter quelques impertinents qui ne pensent qu'à multiplier leurs millions et à assurer leurs passions bestiales, n'a reculé devant aucun moyen tyrannique et antihumanitaire pour sucer le sang du peuple et le traiter avec la plus grande injure à la face du monde entier. Est-ce possible de nier que tout en faisant vendre à chaque membre de la nation même ses meubles pour lui retirer par force des millions; en laissant des milliers de familles dans le deuil et la misère à cause de tant de sang versé durant cette direction funeste des affaires; des parties sacrées de la patrie ont été perdues une à une; le peuple a été privé de sa liberté par toutes sortes de moyens; chaque jour il a été conduit vers la plus grande misère et ignorance. Le pays — l'un de ceux contenant d'énormes richesses naturelles — a été mis dans un tel état qu'il est presque impossible de réparer; tous les membres de la nation, vivant comme des frères depuis des siècles, ont été poussés à l'hostilité les uns contre les autres pour se verser leur sang; en outre, augmentant de vigueur, le Gouvernement a montré le plus grand désir pour la ruine totale de la flotte nationale et de la gloire maritime, pour agrandir la plaie de la patrie par des injures de plus en plus fortes; pour réduire l'armée, qui a une passion naturelle de bravoure, à la faiblesse et à la misère, en appelant des bandits et des lâches à diriger les affaires. || Compatriotes! ne sentez-vous pas votre cœur battre pour ces vérités amères? Ne pensez-vous pas au sort de vos familles avec un tel Gouvernement tyrannique, qui intimide l'avenir de la patrie comme un cauchemar de malheur, qui vous prive des bienfaits de la liberté et de la science? Ne souffrez-vous pas à la vue de la funeste misère et décadence de la patrie au sein de tendresse de laquelle vous avez pris naissance et qu'elle aspire à la tranquillité et au bonheur? Ne vous froissez-vous pas à l'idée qu'on passe sa vie dans un tel milieu où on fait souffrir votre conscience en vous défendant de prononcer le nom même de la patrie dont vous êtes les enfants? Ne savez-vous pas que l'homme qui endure toutes sortes d'injures, qui laisse prendre ses droits les plus sacrés, n'a aucune différence avec les bêtes? || Oh! peuples et cultivateurs! jusqu'à quand allez-vous remplir d'argent, gagné par votre sueur et économisé avec difficulté sur votre nourriture, les poches de ces

gens de Constantinople afin qu'ils continuent de vivre dans le déshonneur et la débauche; à dépenser des millions pour la construction des kiosques, appartements, et autres? Jusqu'à quand allez-vous souffrir que de tels gens servent d'intermédiaires entre le peuple et son Roi, pour donner tous les emplois gouvernementaux — depuis le simple muduriat jusqu'à la fonction de Grand Vizirat — à des hommes incapables, inconscients, et déshonorables; pour remplacer dans nos Tribunaux la justice et le droit par l'injustice et le don d'argent; pour remplir nos plus grandes écoles, afin d'enseigner la vérité et la science, par des espions; pour faire publier dans nos journaux des nouvelles falsifiées, qui frappent aux yeux de tout le monde; pour empêcher le peuple de jouir des bienfaits de la civilisation comme les autres nations; pour laisser nos soldats dans la misère et la nudité? C'est assez attendre; ceux qui considèrent l'amour de la patrie comme le plus grand devoir de l'homme et qui sont prêts à lui sacrifier leur vie se sont unis sous le nom de „Société de Progrès et d'Unité Ottomane“ pour cesser tout obstacle qui empêche la liberté et le bonheur de la nation, sans distinction de race ni de religion, pourvu qu'ils veuillent le bien de l'État. On a la ferme intention de faire tout pour obtenir une Assemblée Nationale, au lieu d'un Gouvernement absolu et tyrannique, afin de redonner au peuple ses droits et sa prospérité. || Nous faisons remarquer à tous nos compatriotes et honnêtes gens qui ne connaissent pas bien le corps de la Société et qui n'ont pas l'énergie nécessaire pour s'associer à nous, peuvent au moins ne pas s'écarter du chemin d'honneur envers cette grande idée dont la réalisation n'est pas loin, parce que la nation ne s'écartera jamais de l'idée de justice pour punir les traîtres et les lâches. Nous faisons de même remarquer au Gouvernement ingrat et tyrannique qu'il ne prenne pas des moyens utopistes pour sa conservation, car la nation s'est décidée à faire tout et travailler avec toute sa force pour la cause de la liberté. L'opposition de la Société et de la nation sera si forte qu'elle pourra, avec beaucoup de pertes, rappeler le Gouvernement à l'esprit. Le bon Dieu est l'ennemi des tyrans et l'aide de ceux qui cherchent la justice.

Vive la Patrie!

Vive la Nation!

Vive la Liberté!

Telegramm an den Sultan über eine konstitut. Regierung.

(Traduction.) || Il est généralement convenu et décidé que pour améliorer la gloire nationale en dissipant l'affaiblissement et la misère que le pays continue de supporter, il n'y a aucun autre moyen que celui de

la convocation d'un Conseil National à Constantinople, avec déclaration, de nouveau, d'une délibération constitutionnelle en conformité du contenu de la loi ratifiée par permis Impérial du Sultan en date du 7 Mouharems, 1293 (premier mois de l'année lunaire), et laquelle tient du précepte sublime du Prophète. || Nous attendons impatiemment la prompte admission de notre présente sollicitation, qui constitue une preuve manifeste de fidélité à la souveraineté Impériale ainsi qu'à Sa Majesté le Sultan et qui est proche à une bonne intention.

Erklärung des Großwesirs.

(Traduction.) || Le Parlement qui a été accordé par Sa Majesté Impériale Ottomane le Sultan, dont la continuation à l'éternité a été consacrée par plusieurs Iradés successifs et dont la constitution est écrite dans l'annuaire de l'Empire Ottoman, n'avait pas été convoqué, provisoirement, d'après les circonstances et pour la conservation de l'État. Or, maintenant, le Parlement étant ouvert par la décision du Conseil des Ministres, sanctionnée par Iradé Impérial, on a envoyé l'ordre à tous les vilayets et sandjiaks particuliers de l'Empire ainsi qu'aux trois vilayets Rouméliotes tels que Salonique, Cossova, et Monastir, pour procéder à l'élection des membres suivant les dispositions de la loi, et que l'état de choses existantes prennent fin.

Le Grand Vizir,
(Signé) Saïd.

Le 10 (23) Juillet, 1908.

IV.

Auszug aus dem „Levant Herald“ vom 3. August 1908.

Hatti-Humayun.

(Traduction.) || Mon illustre Vizir, Saïd Pacha, — Tout le monde sait qu'à l'époque où notre Empire avait toute sa puissance, la confiance régnait parmi les diverses classes des sujets. Divers événements survenus plus tard empêchèrent de donner toute la garantie aux droits du peuple pour qu'il puisse les exercer librement. C'est alors que mon illustre père, Sultan Abdul Medjid Khan, promulgua le Hatti de Gulhané, garantissant à nouveau la confiance et le droit individuel et établissant sur des bases sérieuses le régime administratif. Il publia, en outre, en 1272, un Firman de réformes qui réorganisait les services administratifs d'après les exigences de la civilisation et raffermissait en même temps les liens qui doivent unir comme enfants du même pays les sujets de diverses religions. ||

Dans l'intervalle qui s'écoula entre l'époque de l'établissement du Tanzimat et celle du commencement de notre règne, le progrès de l'éducation générale faisait ressentir la nécessité de l'établissement du régime constitutionnel. C'est alors que nous proclamâmes, de notre propre initiative, la Constitution. Mais diverses tendances hostiles qui se manifestèrent prévalurent contre l'idée des intérêts généraux. Des avertissements pour suspendre la Constitution se multiplièrent et finalement la suspension fut décidée par le Gouvernement, à la tête duquel se trouvait Savfet Pacha, comme Grand Vizir. Depuis lors, les circonstances et les tendances de l'opinion montrèrent que le pays était apte à posséder un Gouvernement Constitutionnel. C'est ainsi que nous avons promulgué l'Iradé remettant en vigueur toutes les dispositions de l'Acte de la Constitution ordonnant la convocation, chaque année, de la Chambre des Députés, Iradé qui fut communiqué partout par notre Sublime Porte. J'ai affirmé hier, en recevant les félicitations des Ambassadeurs et des fonctionnaires politiques des Puissances, que jamais désormais aucune atteinte ne sera portée à la Constitution, qui sera intégralement appliquée. Car les intérêts du pays ne peuvent prendre leur essor que quand les lois prennent une forme régulière et acquièrent toute leur force. Appréciant donc la nécessité de l'harmonie qui doit exister entre les progrès des intérêts réels de l'autorité et ceux des intérêts généraux, je proclame par mon présent Hatt, portant ma signature, le caractère définitif de mon Iradé prescrivant la mise en vigueur de la Constitution et la convocation, chaque année, de la Chambre des Députés. J'ajoute aussi ceci: les droits des divers sujets de l'Empire devront être entièrement sauvegardés. Entre un individu et un autre, entre une classe et une autre classe, les droits sont les mêmes; tous devront jouir en parfaite égalité de la justice. Cela est prescrit par les lois naturelles et par les lois établies. Depuis quelque temps, cependant, nous voyons que, contrairement au but que nous poursuivons, la force des lois est affaiblie. Les devoirs des administrations publiques et des divers services qui en dépendent sont définis par des lois spéciales; cependant, ces devoirs ne sont pas bien remplis, ce qui peut avoir des conséquences fâcheuses. Il faut donc pour garantir le présent et l'avenir renforcer les prescriptions régissant les droits du public et les devoirs du Gouvernement et combler les lacunes qui se présentent sous ces deux rapports.

1. Tout sujet, à n'importe quelle race et quelle religion qu'il appartienne, doit jouir de sa liberté individuelle et avoir l'égalité dans les droits et dans les charges. || 2. En dehors des cas prévus par la loi, personne ne peut être interrogé, arrêté, emprisonné, ou puni par d'autres moyens que ceux prescrits par la loi. || 3. Aucun Tribunal ni aucune Commission

ayant un caractère extraordinaire ne peuvent être formés. Personne ne peut être cité ailleurs qu'au Tribunal auquel la loi a donné la compétence.

4. Le domicile individuel est inviolable. Il n'est donc pas permis en dehors des moyens prévus par la loi d'entrer dans une maison, ni de la placer sous surveillance. || 5. Les agents de police et les autres employés de l'État ne peuvent, sous n'importe quel nom ou quelle qualité, exercer des poursuites en dehors des cas prévus par la loi. || 6. Tous mes sujets peuvent pour commerce ou pour faire des voyages se rendre librement dans tous les pays, tenir des réunions, et venir en contact avec tous ceux qu'ils désirent. || 7. Les imprimés ne seront pas soumis, avant l'impression, au visa du Gouvernement. Les lettres privées et les revues ne peuvent être arrêtées aux bureaux de poste. Les délits de presse sont de la compétence des Tribunaux ordinaires. || 8. L'enseignement est libre. || 9. Sauf le service militaire, personne ne peut être nommé à un emploi contre sa volonté. Les fonctionnaires publics ne sont pas tenus d'obéir à leurs chefs hiérarchiques si leurs ordres sont contraires à la loi. Ils sont libres toujours de résigner leurs postes. Ils sont responsables de leurs charges.

10. Sauf le Chéikh-ul-Islam, les Ministres de la Guerre et de la Marine, tous les autres Ministres du Cabinet sont choisis par le Grand Vizir et confirmés par moi. || Le Grand Vizir choisit également, sur avis conforme : (a) Les Ambassadeurs et Ministres accrédités auprès des Cours étrangères, du Ministre des Affaires Étrangères; (b) les Gouverneurs-Généraux, du Ministre de l'Intérieur; (c) des membres du Conseil d'État, du Président de cette Assemblée. || Les fonctionnaires des Ministères et des vilayets sont nommés et révoqués, décorés, promus, ou autrement récompensés par les chefs de leurs Départements respectifs, après avis conforme du Grand Vizirat. || 11. Aucun fonctionnaire administratif ne peut s'adresser, soit verbalement ou par écrit, ailleurs qu'à son chef hiérarchique. Il reçoit des ordres de celui-ci, à l'exclusion de tout autre administrateur ou fonctionnaire, qui ne peuvent lui donner ni verbalement ni par écrit des ordres, ni correspondre avec lui. || 12. Il entre dans les attributions du Grand Vizir de corriger les fautes commises dans le choix ou la mutation des employés, prendre des mesures lorsque, pour cause de mauvaise conduite ou d'incapacité, leur révocation devient nécessaire. || 13. Le Budget des revenus et des dépenses ordinaires et extraordinaires de l'Empire sera publié au commencement de chaque année financière, sans faute et sans avoir été dénaturé, avec les Budgets particuliers de chaque département et de chaque vilayet. || 14. Des projets de loi seront préparés pour être présentés à la Chambre, qui se réunira prochainement, projets portant des modifications conformes aux exigences actuelles des lois sur l'organisation et l'attribution des

départements et vilayets. || 15. L'armée étant le plus puissant facteur de la puissance de l'Empire, et par conséquent désirant voir perfectionner son organisation ainsi que son armement, j'ai donné dans ce but des ordres particuliers au Ministère de la Guerre.

Je veux que vous formiez le nouveau Cabinet en en soumettant la liste à ma confirmation, procéder d'accord avec vos collègues à l'exécution des mesures énoncées ci-haut et à la bonne gestion des affaires de l'État. || Que Dieu vous seconde dans vos efforts.

Le 4 Redjeb, 1326.

(Signature Impériale.)

V.

(1.)

Sir Edward Grey to Mr. O'Beirne.

Foreign Office, June 17, 1908.

(Telegraphic.) || Macedonia. || His Majesty's Government have drafted the following collective note to the Ottoman Government. They propose, if the Russian Government concur, to submit it to the other Powers interested: —

„The Governments of . . . , animated by a sincere desire for the restoration of tranquillity in the Vilayets of Salonica, Kossovo, and Monastir, are persuaded that this object can only be attained by the adoption of drastic measures such as will serve effectually to put an end to the destructive activity of the rival bands, of which recent reports tend to show that a recrudescence is in progress. || „The application of administrative reforms, however desirable in themselves, must remain of little practical effect so long as the primary condition of good government, security of life and property, is conspicuously absent. || „To deal with this state of affairs the above-mentioned Governments have decided to indicate to the Sublime Porte the measures which, in the interests of His Majesty the Sultan, should be carried into immediate execution. || „A force of mobile troops should be formed at the earliest opportunity, and placed at the disposal of the Inspector-General. These troops should be commanded by a Turkish officer, selected by Hilmi Pasha in consultation with the General reorganizing the gendarmerie, and formally appointed by His Majesty the Sultan. || „The force should include an adequate number of mounted men for purposes of maintaining communications between the several units, and for the rapid pursuit of the bands where the nature of the ground admits of such a course. || „A scheme of co-operation between this force and the gendarmerie should be drawn up by the Inspector-General, the Reorganizing General, the officer in

command of the mobile column, and the Adjoints. || „Joint operations should be initiated by Hilmi Pasha and the General in command of the gendarmerie. || „The European officers shall be informed of all operations, and shall be entitled to accompany the columns, and shall report to their General. || „These proposals will involve a small increase in the number of the foreign gendarmerie officers and men. || „As regards the gendarmerie itself, whilst it is not expedient that the foreign officers should be placed in executive command of actual operations in the field, it is essential that they should control their training, distribution, and action. || „The Governments of . . . are persuaded that the Sublime Porte is actuated by a similar desire for the restoration of tranquillity, a consummation which cannot fail to contribute to the economic prosperity of the provinces in question, and they rely upon the active co-operation of the Ottoman authorities in the application of these measures, which are so urgently called for by the requirements of the situation.“

(2.)

Aide-mémoire.

Les considérations suivantes pourraient servir de base à un programme de réformes à introduire dans les Vilayets de Salonique, de Monastir, et de Kossovo. || En premier lieu il serait désirable d'introduire des améliorations dans l'organisation et dans les attributions actuelles de la force publique des trois vilayets. || Ces améliorations devraient porter tout d'abord sur la situation du Général Réorganisateur de la Gendarmerie. Le Général devrait avoir la faculté de participer aux délibérations de la Commission Financière touchant aux questions administratives. Placé dans cette situation il serait mieux à même de coordonner l'activité de la gendarmerie avec celle des autres organes administratifs locaux. De plus, les Puissances pourraient consentir à l'entrée des officiers supérieurs adjoints au Général Réorganisateur de la Gendarmerie dans les trois vilayets au service Ottoman, sans que rien soit changé dans le mode de leur nomination. Quant à la gendarmerie elle-même, on pourrait admettre que les cadres et effectifs de la gendarmerie fussent augmentés dans la mesure du possible. Ce soin incomberait à la Commission Financière qui se chargerait également, d'accord avec le Général Réorganisateur, d'élaborer un règlement pour la gendarmerie approprié aux nouvelles conditions de l'activité de cette dernière. Ces nouvelles conditions ne devraient pas toutefois consister dans l'emploi d'une gendarmerie beaucoup plus nombreuse et plus mobile en remplacement des troupes Turques pour la répression des bandes. En même temps il serait nécessaire que

la Commission Financière fût chargée d'établir l'étendue des pouvoirs des officiers de la gendarmerie. A ce propos il est à remarquer que cette question a été discutée à la Conférence des Adjointes Militaires à Salonique en Octobre 1907 en connexité avec celle de l'organisation de détachements de la gendarmerie appelés à coopérer avec l'armée dans la poursuite des bandes, mais les Adjointes Militaires ne se sont pas prononcés d'une façon suffisamment claire sur les limites des pouvoirs dont seraient investis les officiers de la gendarmerie. On pourrait, néanmoins, établir dès à présent, comme condition essentielle d'une réforme dans le sens indiqué, la nécessité qu'il y aurait de ne pas créer aux officiers étrangers une situation équivoque, ni de leur faire assumer la responsabilité de la répression des bandes, ni de mettre leur vie en danger, ce qui pourrait amener des complications générales. || Il serait ensuite nécessaire de prêter une attention toute particulière au vœu émis par la Commission des Adjointes Militaires à l'unanimité des voix dans sa première séance du mois d'Octobre 1907, qui porte, entre autres, que dans chaque village un certain nombre d'habitants, désignés par les autorités sur la proposition de la gendarmerie, soient armés de manière à constituer une sorte de garde communale, fonctionnant sous la surveillance des postes de gendarmerie ayant juridiction sur le village. || Cette institution serait celle dite des „gardes-champêtres,” qui a déjà fait l'objet des „Instructions Supplémentaires au Sujet des Provinces de la Roumélie en 1903.” Le Gouvernement Ottoman lui-même l'a reconnue comme étant d'une grande utilité, et en a ordonné l'introduction dans le Mémoire remis par le Ministre Ottoman des Affaires Étrangères à l'Ambassadeur de Russie à Constantinople le 10 (23) Février, 1903. || En effet, si l'activité de la gendarmerie était développée dans le sens du vœu précité, tous les villages des trois vilayets obtiendraient un minimum de garantie matérielle pour la sécurité de leurs habitants contre les actes de pillage, d'incendie, et de violence de la part de bandes peu nombreuses. || Pour ce qui est des bandes plus considérables, leur apparition serait de suite signalée à la gendarmerie, leur circulation à travers le pays serait rendue moins facile, et l'action, soit de la gendarmerie elle-même soit de la force militaire Ottomane requise, deviendrait plus prompte pour la suppression de ces bandes. || Il est à noter que ces gardes, afin que leur action soit efficace et ne devienne pas dangereuse, doivent être régulièrement et convenablement payés, sans que pour cela la situation financière actuelle des communes ou de l'administration centrale des trois vilayets soit aggravée. || Or, d'après les renseignements les plus récents, les gardes-champêtres sont installés actuellement au nombre de 6,840 hommes dans 5,627 villages des vilayets en question. Par conséquent le

développement de cette institution porterait non pas autant sur le nombre et l'équipement des gardes-champêtres, que sur un meilleur emploi et une organisation plus pratique de cette partie de la force publique, et n'exigerait pas une augmentation immédiate et notable des ressources y affectées. De plus, il est certain que, aussitôt que l'insécurité qui sévit en ce moment dans les campagnes des trois vilayets aura diminué, la rentrée des impôts ne tardera pas à s'accroître et à fournir ainsi des moyens plus considérables pour l'introduction d'améliorations administratives. || Un relevé statistique récent, fourni par le Gouvernement Ottoman, tend à démontrer que dans l'espace des trois dernières années 391 gardes-champêtres Chrétiens ont commis des crimes de différentes espèces, soit une moyenne de 130 cas par an. Comme le nombre total des gardes-champêtres existant actuellement est de 6,840, la proportion annuelle des criminels parmi eux atteindrait presque 2 pour cent. Bien que ce chiffre soit souvent dépassé dans les statistiques des criminalités dans d'autres corps, il est sans doute excessif pour celui-ci qui devrait être un corps d'élite et dont le but est précisément la prévention de crimes. || Par conséquent, le meilleur moyen de parer à cette défectuosité de l'organisation actuelle des gardes-champêtres serait d'améliorer le système de leur choix. || C'est à la Commission Financière qu'incomberait le soin de l'étude détaillée de cette question, en suivant d'aussi près que possible le système élaboré par le Vali de Monastir, Halil Rifat Pacha, en 1887. Toutefois, vu les changements considérables qui ont eu lieu en Macédoine dans le cours des vingt et un dernières années, la Commission devrait emprunter au susdit système seulement les éléments qui seraient aujourd'hui pratiquement applicables, ayant surtout soin d'assurer un bon choix du personnel des gardes-champêtres. || L'affermissement de l'ordre et de la sécurité qui résulterait de l'application pratique des mesures ci-dessus exposées rendrait on ne peut plus opportune une amélioration de l'organisation actuelle de la Commission Financière, l'introduction de la réforme judiciaire, ainsi que la création pour l'exercice des fonctions dévolues actuellement à l'Inspecteur-Général des trois vilayets de conditions plus favorables que celles existant aujourd'hui. || La réforme projetée de l'administration de la justice et de la Commission Financière contribuerait puissamment à donner plus d'efficacité à l'action combinée de l'Inspecteur-Général et des autres organes de l'administration réformée locale. || Pour ce qui est de la Commission Financière, les Puissances pourraient accepter l'idée de l'admission éventuelle au service Ottoman des Agents Civils et des membres de la Commission Financière. || Cette mesure serait destinée à sauvegarder expressément de principe le la souveraineté du Sultan et faciliterait par

là, sans doute, une meilleure et plus large organisation de la Commission Financière susmentionnée, ainsi que de l'administration de la justice dans les trois vilayets. || Pour arriver à ce résultat, il paraîtrait nécessaire d'adopter les mesures suivantes: les membres de la Commission Financière et les Agents Civils, en qualité de membres de cette Commission, étant admis au service du Gouvernement Ottoman, sans que rien soit changé dans le mode de leur nomination, cette Commission contrôlerait dorénavant l'activité des Tribunaux locaux, dans les conditions prévues par le projet de réforme judiciaire Russo-Autrichien, qui a fait récemment l'objet des délibérations des Ambassadeurs à Constantinople et qui serait dès lors accepté par la Porte dans tout son ensemble. || En même temps, le principe de l'égalité de droits pour les Représentants de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie et de la Russie au sein de la Commission Financière pourrait servir à mieux assurer l'institution d'un contrôle efficace de l'administration générale dans les trois vilayets. || En effet, ce principe a déjà trouvé une application pratique dans l'organisation de la gendarmerie confiée à des instructeurs choisis par toutes les Puissances susindiquées. || Dans cet ordre d'idées il s'agirait d'obtenir de la Porte en faveur des Délégués de l'Allemagne, de la France, de la Grande-Bretagne et de l'Italie au sein de la Commission Financière la reconnaissance des mêmes droits dont jouissent les Agents Civils Russe et Austro-Hongrois. || Dès lors tous les membres de la Commission Financière pourraient exercer dans la même mesure un contrôle sur l'action des organes de la police locale, en obtenant des renseignements précis sur la marche des affaires par l'intermédiaire des officiers-instructeurs de leur nationalité, et notamment dans les districts où ces derniers résident. Cette mesure procurerait aux officiers de chaque nationalité la possibilité de présenter des rapports directs à l'instance nationale préposée. || De plus, la Commission Financière pourrait étudier avec approbation de la Sublime Porte la question si importante d'une meilleure coopération des troupes Ottomanes avec les autorités civiles pour la répression de désordres. || La Commission Financière élaborera aussi d'autres règlements qui seraient reconnus nécessaires pour le bon fonctionnement de l'administration locale, et, entre autres, comme cela a été dit plus haut, celui ayant trait à une meilleure organisation de l'institution des gardes-champêtres. || Le poste d'Inspecteur-Général ayant rang de Vézir, et dont les attributions sont définies dans les „Instructions concernant les Vilayets de la Turquie d'Europe“ de 1902, ainsi que dans les „Instructions supplémentaires au sujet des Provinces de la Roumélie“ de 1903, sera maintenu pour un terme à fixer entre les Puissances et la Porte, et qui ne sera

pas moindre que celui convenu pour le prélèvement de la surtaxe douanière de 3 pour cent. Le titulaire de ce poste ne sera pas révoqué avant l'expiration du dit terme, sans que les Puissances soient préalablement consultées à ce sujet. || Il serait désirable de compléter les dispositions existantes concernant la situation et les pouvoirs de l'Inspecteur-Général. On pourrait notamment assurer à l'Inspecteur-Général une pension sur le budget des trois Vilayets, avec garantie des Puissances; cette question devrait faire l'objet d'un examen spécial de la part de la Commission Financière. || L'Inspecteur-Général a le droit, en vertu des règlements existants, de révoquer, après s'être concerté avec les Valis, les fonctionnaires dont la destitution serait considérée nécessaire. De plus, la mission qui lui est confiée de faire appliquer les dispositions de la première partie des instructions concernant les vilayets de la Turquie d'Europe (Novembre 1902) lui confère des droits exécutifs très importants, entre autres, en matière de nomination des employés, et en ce qui concerne la faculté de leur donner des instructions, ainsi qu'il appert de l'Article 2 des „Instructions supplémentaires au sujet des Provinces de la Roumélie.“ || D'autre part, l'Inspecteur-Général est Président de la Commission Financière, laquelle possède des droits importants d'administration et de contrôle par rapport aux services financiers, en vertu des Articles 11 et 12 du Règlement de 1905. L'Article 12 stipule que „tous les changements dans le personnel seront portés à la connaissance de la Commission, avec indication des raisons qui les auront motivés.“ Du moment où les membres de la Commission Financière seront assimilés aux Agents Civils, leur activité comprendra toutes les branches de l'administration locale, et la Commission, à la tête de laquelle se trouvera comme par le passé l'Inspecteur-Général, jouira des droits précités, tels qu'ils sont définis par les Articles 11 et 12, dans toutes les sphères de son activité. Il incombera à la Commission Financière de veiller à ce que les employés dont la destitution serait reconnue nécessaire par l'Inspecteur-Général ne puissent pas continuer à occuper le poste dont ils se seront rendus indignes. Pour ce qui concerne les hauts dignitaires nommés par l'Empereur, ces fonctionnaires, suivant la disposition de l'Article 17 du Décret de 1902 pour l'introduction de réformes dans les provinces de Roumélie, ne sont pas exclus du nombre de ceux dont la révocation peut être décidée par l'Inspecteur-Général. C'est à ce dernier qu'incombe déjà „le devoir de demander à la Porte de pourvoir à leur remplacement.“ || Le programme ci-dessus exposé tend donc à accorder à l'Inspecteur-Général et à la Commission qu'il préside la faculté d'exercer une action plus efficace sur le fonctionnement général de l'administration des trois vilayets, et, en particulier, d'avoir voix

prépondérante dans le choix du personnel administratif. || On ne saurait enfin méconnaître l'importance capitale de la question de la bonne administration des finances des trois vilayets. || A ce sujet il est à remarquer que l'Article 6 du Règlement existant pour les services financiers des trois vilayets de Roumélie, publié par ordre du Sultan en Décembre 1905, contient les stipulations suivantes: —

„La Commission (Financière) s'assurera en premier lieu que le Budget contient les prévisions nécessaires pour les besoins de l'administration civile, y compris la gendarmerie et la police. || „Sur la demande de la Commission toute information concernant les recettes budgétaires ainsi que les dépenses de l'administration civile devront lui être fournies. || „Les Budgets ne pourront être modifiés en cours d'exercice.“

Afin d'assurer les ressources matérielles nécessaires pour l'administration générale des trois vilayets, il s'agirait de veiller strictement à ce que les dispositions susindiquées du Règlement soient effectivement exécutées, et à ce que la Commission Financière fasse réellement usage de son droit de retenir la partie des recettes des trois vilayets qui est nécessaire pour les besoins de l'administration civile, en tenant le reliquat à la disposition de la Porte pour des besoins militaires. || L'expérience budgétaire des trois vilayets n'a pas donné lieu jusqu'à présent à des plaintes tant soit peu fondées contre l'attitude de la Porte relativement à la confirmation des états dressés par la Commission Financière d'accord avec l'Inspecteur-Général. Néanmoins, en vue de prévenir une tactique éventuelle d'obstruction à laquelle les autorités Ottomanes pourraient recourir dans cette occasion, il serait nécessaire d'assurer autant que possible l'application immédiate du Budget. En conséquence, si le Gouvernement Ottoman n'avertit pas à temps l'Inspecteur-Général de sa résolution concernant le Budget, la Commission Financière pourrait recourir au système des douzièmes provisoires sur le Budget de l'année en cours jusqu'à la réception de la réponse de la Porte.

Saint-Pétersbourg, le 2 Juillet, 1908.

VI.

Erklärung Enver Beys.

Nous avons demandé à Enver Bey ce qu'il pensait de la question Macédonienne, et s'il ne songeait pas que le moment était venu où les Puissances étrangères devraient considérer leur mission en Macédoine comme terminée et envisager sérieusement le retrait de leurs représentants dans un avenir prochain. || Il nous a répondu textuellement —

„Nous voulons que l'initiative du retrait des représentants étrangers en Macédoine vienne de l'Europe elle-même et non pas de nous. L'Europe comprendra que la nation Ottomane est arrivée à un état moral tel que l'on doit respecter sa susceptibilité. A elle à apprécier cet état moral.“

„Communiqué“ des Ottomanischen Komitees für Einheit und Fortschritt.

On a lu dans le „Progrès de Salonique“ du 28 courant que les habitants de Polycros (Caza de Cassandra) viennent d'adresser une pétition à son Excellence Hilmi Pacha demandant que le Commandant de gendarmerie M. Poltanoff, de passage à Salonique, ne retourne plus dans la localité où il ne sera pas reconnu par la population. || Il est porté à la connaissance du public que cette nouvelle est complètement étrangère au but et au programme que le Comité poursuit.

(Le Comité.)

Salonique, le 16 (29) Juillet, 1908.

Direction de l'Instruction Publique.

Dans son numéro 809, portant la date du Mardi, 28 Juillet, le „Progrès de Salonique“ a publié sur le Major Poltanoff, Attaché à la réorganisation de la gendarmerie à Cassandra, une nouvelle contraire à la vérité. Nous y opposons un démenti formel.

(Le Directeur.)

Rede Enver Beys.

Hier soir, sur la Place de la Liberté, en présence d'une quinzaine de mille citoyens et citoyennes, le Major Enver Bey a prononcé, aux applaudissements frénétiques de toute l'assistance, un discours politique d'une importance considérable. En voici une traduction: —

„Citoyens, || Depuis cinq jours à peine notre pays jouit de la liberté. Depuis cinq jours nous voyons venir à nous, non seulement les milliers et les milliers de patriotes Ottomans, mais aussi l'approbation et les félicitations de l'univers civilisé. || „Ce courant de sympathie montre clairement la légitimité de notre action, grâce à laquelle nous espérons, nous sommes sûrs, de sauver le pays et de l'acheminer dans la voie du progrès. || „Les exactions, l'arbitraire du Gouvernement précédent, avaient atteint au plus haut degré. Toutes les classes de la population en souffraient, les enfants d'un même pays vivaient séparés et étaient même ennemis. || „Les choses arrivèrent à tel point que les Puissances Européennes, émues d'un état de choses très regrettable, ayant pitié de nous, se mirent en tête de nous venir en aide et déléguèrent ici des Agents chargés de surveiller les actes du Gouvernement pour sauvegarder nos

intérêts à tous. || „Nous sommes très reconnaissants à l'Europe pour les témoignages évidents de bonté qu'elle nous a donnés, nous sommes convaincus de ses sentiments humanitaires, de son désir d'extirper le mal et de voir s'y substituer le bien. || „Aurons-nous besoin désormais d'être guidés par la main? Y a-t-il utilité à être désormais surveillés, et nos intérêts demandent-ils à être sauvegardés? || „Les éléments divers qui composaient notre population avaient à se plaindre. Elles souffraient, nul ne saurait le dénier; nous souffrions tous, nous avions tous à nous plaindre. Et ne sachant comment nous y prendre, nous vivions en frères ennemis, nous nous faisions la guerre, et nous rétrogradions au lieu d'avancer. || „Aujourd'hui, l'arbitraire est disparu, le mauvais gouvernement n'existe plus. Nous sommes tous frères. Il n'y a plus des Bulgares, des Grecs, des Serbes, des Roumains, des Juifs, des Musulmans; sous le même horizon bleu nous sommes tous égaux, nous nous glorifions d'être des Ottomans. || „Nous sommes certains que l'Europe, à laquelle nous devons beaucoup de reconnaissance et voit toujours le fond des choses, va reconnaître la vérité de la situation et va juger que son action directe, que son mandat, chez nous est terminé. || „Ce que les Puissances désiraient sûrement voir se faire dans notre pays, nous le ferons nous-mêmes, nous seuls; la Turquie doit prendre la place qui lui convient dans le Concert Européen. || „Nous ne dirons pas à l'Europe de retirer ses Agents; il n'y aura pas lieu de le faire. Mais l'Europe, à la délicatesse de laquelle nous nous plaisons à rendre hommage, saura elle-même rappeler ses Agents extraordinaires, et nous donner ainsi une occasion de voir se raffermir toute la reconnaissance que nous lui devons.

„Vive l'Europe! Vivent les Puissances! Vive la nation Ottomane!“
Salonique, le 30 Juillet, 1908.

VII.

Le Programme du Cabinet.

Les journaux Turcs publient le programme du Cabinet. Voici ce document: —

Le Ministère, appréciant la haute valeur de la sollicitude Impériale pour la remise en vigueur de la Loi Constitutionnelle, est résolu de gouverner conformément au texte de cette Loi, qui est conforme à la loi divine et à la raison, en sauvegardant entièrement les droits du Souverain, les droits du Conseil des Ministres et ceux du Parlement, et les droits politiques et généraux de la population. || Pour mettre cette résolution à exécution il n'y a pas possibilité d'attendre la modification par la Chambre des Députés du système d'administration et de certaines Lois de l'ancien

régime. Pour les bases et les quelques Lois et Règlements fortement établis par l'ancien régime, et qui ne peuvent être appliqués actuellement, il est naturel de les mettre, jusqu'à ce qu'ils soient réformes régulièrement, en concordance avec le texte et l'esprit de la Constitution. Tous les Ordres, Proclamations, et instructions qui peuvent exister et qui n'ont pas pris une forme de loi et qui ne sont pas en concordance avec le texte et l'esprit de la Loi Constitutionnelle doivent être considérés comme nuls et non avenus. || En attendant de faire les réformes qui seront soumises à l'approbation de la Chambre des Députés, le Cabinet dirigera les affaires gouvernementales, en les dépouillant des idées de l'ancien régime. || Améliorer et réformer les Lois existantes; élaborer beaucoup de Lois et de Règlements dont la nécessité se fait sentir, exigeant du temps, quelques questions à cause de leur urgence devront naturellement dès maintenant attirer l'attention. Et principalement la question financière, l'âme de l'État, qui depuis quelque temps a revêtu un caractère grave, ne peut être, même en l'état actuel des choses, maintenue dans sa forme du jour. || D'une part, on travaillera à la préparation du Budget de l'année prochaine, à l'étude des réformes nécessaires pour les taxes et les impôts; et, avec cela, il a été trouvé nécessaire de s'occuper, sans perdre du temps, de la réforme des finances, de diminuer au nombre voulu les fonctionnaires des Départements de l'État qui, actuellement, par leur grand nombre, empêchent le travail; diminuer les appointements qui ne sont pas en rapport avec les fonctions; pourvoir de postes les employés ou fonctionnaires mis en disponibilité, dans l'avenir, au fur et à mesure des vacances, et pour ne pas les laisser actuellement sans ressources et être cause de la misère de milliers de familles, leur allouer temporairement une pension. || Petits emprunts pour faire face aux besoins du Trésor; faire le plus d'économies possibles et compatibles; soumettre à l'approbation de la Chambre des Députés les mesures provisoires qui sont en délibération de même que les questions fondamentales. || Comme pour les départements civils, il est naturel que la même attention soit portée pour les économies à faire, dans toutes les branches, des départements militaires. Mais l'Empire Ottoman étant une Grande Puissance, il ne sera pas oublié que pour maintenir sa position gouvernementale et son prestige et l'augmenter il ne le peut qu'avec son armée et sa marine bien organisées. Et tout ce que notre patriotisme inspirera pour les mesures à arrêter, sera porté à la connaissance des Députés de la nation. || Il n'y a pas à nier que les économies pourront jusqu'à un certain point alléger les charges du Trésor. Mais, en principe, pour la bonne marche des affaires gouvernementales et pour donner la prospérité aux sections né-

gligées par le Gouvernement jusqu'ici, il faudra encore des dépenses. Et si l'on prend en considération l'étendue du territoire Ottoman et le chiffre de sa population, et si l'on compare ses éléments avec ceux des autres Puissances civilisées, l'insuffisance des revenus actuels sera trouvée très claire. En conséquence, d'une part, sans recourir à de nouveaux impôts, il a été trouvé nécessaire de réorganiser l'assiette des impôts et leur perception; et en renouvelant les Traités de Commerce et, d'autre part, en travaillant à la prospérité du pays, de faire profiter le Trésor par l'augmentation progressive des revenus. || Jusqu'à présent le manque de méthode de gouvernement pour les travaux publics, l'existence de certaines causes essentielles et subséquentes empêchant le progrès du commerce et de l'industrie, formaient une barrière au progrès. Grâce à Dieu, l'esprit de progrès a pénétré dans le pays Ottoman, et en se basant sur l'égalité devant la loi et les devoirs de toutes les classes de la population et pour que les bienfaits de l'union soient profitables au Gouvernement et à la nation, différents projets seront élaborés pour être présentés à la Chambre des Députés. Ces projets concernent le commerce terrestre et le commerce maritime, l'industrie, les travaux publics, l'agriculture dans toutes ses branches. || Un des éléments qui constitue la richesse du pays est le droit de propriété. Ce droit est soumis actuellement à différents systèmes contradictoires; le crédit sur les immeubles est presque inexistant, ce qui étant très nuisible, les réformes nécessaires seront étudiées et le nécessaire sera fait pour donner aux propriétaires la possession légale de leurs biens immeubles et en donnant aussi à ces derniers leur valeur légale. || La richesse et la science ont besoin l'une de l'autre. Et il n'y a pas lieu d'insister que, pour rendre le pays aussi heureux et prospère qu'il le mérite, il faut y faire progresser la science. || La question d'instruction et d'éducation qui était jusqu'à présent envisagée d'une manière peu en rapport avec la dignité et la réputation du peuple Ottoman, sera réformée par le nouveau Cabinet sur les bases établies par la Constitution. || La Loi Constitutionnelle, qui accorde le droit d'égalité aux Ottomans, est en vigueur pour tous et les charges aussi. Principalement elle étend le service militaire à toutes les classes de la population. En conséquence, l'admission aux écoles militaires des non-Musulmans étant nécessaire, les Lois et les Règlements voulus sont en élaboration sur cette base. || Comme tous les Ministères, celui de la Justice ayant besoin d'une réorganisation, les projets de loi refondant les lois existantes sont en préparation pour être soumis à l'approbation de la Chambre des Députés; et sans toucher au principe fondamental de l'indépendance des Tribunaux, la formation de ces Tribunaux est à l'étude sur une base qui leur permet

de rendre la justice équitablement et à la satisfaction générale. || L'octroi au pays et à la nation de la remise en vigueur, par Sa Majesté Impériale le Sultan, de la Loi Constitutionnelle est un événement honorable pour le Gouvernement Impérial, qui s'est attiré l'approbation des peuples amis et des pays étrangers. Garder cet honneur pourra se faire en consolidant l'ordre et la tranquillité à l'intérieur, en rendant la vie heureuse aux indigènes et aux étrangers et en rendant générale la confiance que la protection de la loi fait le bonheur de tous. Ces questions d'ordre et de tranquillité étant de la plus grande importance, elles ne seront jamais perdues de vue. || Le Gouvernement Impérial est en bonnes relations avec tous les pays environnants. Il ne nourrit point de desseins cachés envers aucun d'eux. Sa politique extérieure n'ayant pour but que le maintien intégral de ses droits de souveraineté et des Traités, de même que la sauvegarde du prestige de la nation, les relations étrangères seront basées sur ces principes et le Gouvernement entretiendra de bonnes relations avec tous les Gouvernements étrangers. || Quelques sujets des pays étrangers jouissent en Turquie de privilèges et de droits en dehors du droit général international, en vertu de Conventions et de Traités anciens (Capitulations). Le Gouvernement travaillera à amener la suppression de ces privilèges avec le consentement des Puissances intéressées. || Le Gouvernement fera tous ses efforts pour que toutes les branches de l'Administration inspirent une entière confiance à tous et pour faire admettre aux étrangers aussi l'inutilité de leurs privilèges. || Le Cabinet, qui a pris le gouvernement avec ces idées, est résolu à gouverner dans les limites de la Loi Constitutionnelle, et de faire administrer les vilayets avec ces mêmes idées. Les conseils de Sa Majesté Impériale le Sultan étant tous dans ce sens, le Gouvernement, se rendant bien compte de toute la difficulté de sa tâche dans le présent et dans l'avenir, se met au travail en implorant l'assistance divine.



Verlag von DUNCKER & HUMBLOT in Leipzig.

Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte.

Vierte Auflage.

Von **Heinrich Brunner.**

Preis gebd. 7 Mk.

Das Stapelrecht.

Eine rechtshistorische Untersuchung

von **Max Hafemann.**

Preis 3 Mk.

Das Erbbaurecht.

Geschichtlich und wirtschaftlich dargestellt

von **D. Pesl.**

Preis 3 Mk. 50 Pfg.

Das Wesen der österreichischen Kommunalverfassung.

Von **Josef Redlich.**

Preis 1 Mk. 50 Pfg.

Hye und die Wiener Revolution.

Ein Beitrag zur Geschichte der politischen und kriminalistischen Literatur
Oesterreichs.

Von **Ludwig Spiegel.**

Preis 1 Mk.

Die Verwaltungsrechtswissenschaft.

Beiträge zur Systematik und Methodik der Rechtswissenschaften.

Von **Ludwig Spiegel.**

Preis 5 Mk. 50 Pfg.

Die historische und kritische Methode in der Rechtswissenschaft.

Von **Karl Wieland.**

Preis 1 Mk.

Recht und Macht.

Sechs Vorträge

von **Friedrich v. Wieser.**

Preis 3 Mk. 50 Pfg.

Luftschiffahrtsrecht.

Von **Ernst Zitelmann.**

Preis 1 Mk.

UNIVERSITY OF FLORIDA



3 1262 08553 3908

327.08
5775
v.78





